

LESEBUCH DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Michael Reschke, Christian Krell, Jochen Dahm u. a.

Geschichte der Sozialen Demokratie



**FRIEDRICH
EBERT**

STIFTUNG



ISBN 978-3-86498-443-3

3. Auflage (Digitale Fassung im März 2013 aktualisiert)



Herausgegeben von der
Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Politische Akademie
Bonn, Januar 2013

Redaktion: Jochen Dahm, Helga Grebing, Christian Krell, Michael Reschke, Meik Woyke

Kontakt: christian.krell@fes.de / jochen.dahm@fes.de

Druck: Mauser + Tröster GbR, Mössingen

Layout und Satz: DIE.PROJEKTOREN, Berlin

Titelfotos: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung; Frédéric Cilon, PhotoAlto

Für die inhaltlichen Aussagen dieser Veröffentlichung tragen die Autorinnen und Autoren der einzelnen Abschnitte die Verantwortung. Die geäußerten Meinungen müssen nicht in allen Teilen der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung entsprechen.

LESEBUCH DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Michael Reschke, Christian Krell, Jochen Dahm u. a.

Geschichte der Sozialen Demokratie

INHALT

<i>Vorwort zur 3. Auflage</i>	4
<i>1. Einleitung</i>	6
<i>2. Am Anfang stand die Not: Freiheit und Fortschritt in Solidarität (bis 1863)</i>	15
<i>3. Massenbewegung zwischen Einheit und Spaltung (1863–1918)</i>	30
<i>4. Tragende Kraft der Republik und Klassenpartei (1919–1933)</i>	50
<i>5. Verfolgung, Verbot und Exil (1933–1945)</i>	67
<i>6. Neu- und Wiedergründung und Modernisierung (1945–1965)</i>	81
<i>7. Sozialer Fortschritt und neue Wege (1966–1989)</i>	96
<i>8. Die moderne Sozialdemokratie: Zwischen Ernüchterung und Erneuerung (1990–2013)</i>	117
<i>9. Soziale Demokratie: Wohin zieht die neue Zeit?</i>	142
<i>Bibliografie</i>	154
<i>Autorinnen und Autoren / Redaktion / Mitarbeit</i>	161

Abbildungsverzeichnis

<i>Abb. 1: Die drei Stränge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung</i>	9
<i>Abb. 2: Aufbau des Buches</i>	12
<i>Abb. 3: Bevölkerungsexplosion zur Zeit der industriellen Revolution (Deutschland)</i>	24
<i>Abb. 4: Mitarbeiterentwicklung der Firma Krupp</i>	24
<i>Abb. 5: Unterschiede zwischen ADAV und SDAP</i>	34
<i>Abb. 6: Organisatorische Entwicklung 1863–1922</i>	54
<i>Abb. 7: Gegenüberstellung Räte- und parlamentarisches System</i>	56
<i>Abb. 8: Ausgewählte Artikel der Weimarer Verfassung</i>	57
<i>Abb. 9: Sozialdemokratische Minister in der Großen Koalition 1966–1969</i>	97
<i>Abb. 10: Ausgewählte sozial-liberale Reformen</i>	103
<i>Abb. 11: Ausgewählte rot-grüne Reformen</i>	125
<i>Abb. 12: Negative und positive Freiheitsrechte</i>	147
<i>Abb. 13: Beispielhafte programmatische Forderungen mit „visionärem Überschuss“</i>	150
<i>Abb. 14: Mitgliederentwicklung der SPD 1906–2011</i>	158
<i>Abb. 15: Wahlergebnisse von ADAV, SPAD, SAPD und SPD 1871–2009</i>	159
<i>Abb. 16: Kurzübersicht zu sozialdemokratischen Grundsatzprogrammen</i>	160

VORWORT ZUR 3. AUFLAGE

Wissen, wohin man geht, im Wissen, woher man kommt:

Politik braucht klare Orientierung. Nur wer die Ziele seines Handelns klar benennen kann, wird seine Ziele auch erreichen und andere dafür begeistern.

Am 23. Mai 2013 blickt die Sozialdemokratie auf 150 Jahre Parteigeschichte zurück. Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet, in dessen kontinuierlicher Linie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) steht.

Verbote, Verfolgung und Exil, Erfolge und Niederlagen, mehr als einmal zu Unrecht totgesagt: Die SPD blickt auf eine bewegte Geschichte zurück. Die Sozialdemokratie hatte sich bereits als Partei organisiert, bevor 1871 das Deutsche Reich gegründet wurde, und sie hat die deutsche Geschichte durch Kaiserreich, Weimarer Republik, nationalsozialistische Diktatur, im Exil und im geteilten und vereinten Deutschland mitgestaltet und miterlitten.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich den Zielen der Sozialen Demokratie und den Idealen der Arbeiterbewegung verpflichtet. Das Jubiläum der SPD ist für die Akademie für Soziale Demokratie ein Anlass, in der Reihe der Lesebücher der Sozialen Demokratie auf die Geschichte der Sozialen Demokratie zurückzublicken.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wird das Jubiläum unter Federführung des Archivs der sozialen Demokratie umfassend begleiten: u. a. mit einer großen Wanderausstellung, einem Begleitband und einem Internetportal zur Geschichte der Sozialdemokratie. Mehr dazu unter www.fes.de/150jahre.

Im Fokus dieses Lesebuches steht die SPD. Aber aus der gemeinsamen Wurzel der Arbeiterbewegung haben sich auch die Gewerkschaften und die Arbeiterkulturbewegung entwickelt. An vielen Stellen wird in diesem Band deutlich, wie eng diese drei Stränge der Arbeiterbewegung verwoben sind.

Das Ziel der Lesebücher der Sozialen Demokratie ist es, Zusammenhänge fundiert und klar darzustellen und mit wissenschaftlichem Gehalt präzise und prägnant zu formulieren. In dieser Reihe sind bisher Bände zu den Themen Grundlagen, Wirtschaft, Sozialstaat, Europa, Integration und Zuwanderung sowie Staat und Bürgergesellschaft erschienen.

Dieses Lesebuch setzt notwendigerweise Schwerpunkte. An vielen Stellen finden sich Lesehinweise zur weiteren Vertiefung. Besonders sei hier noch einmal auf die Veröffentlichungen des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und die *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* (Grebing 2007), die *Kleine Geschichte der SPD* (Potthoff/Miller 2002) und die *Kleine Geschichte der Gewerkschaften* (Schneider 2000) verwiesen. Von diesen Arbeiten hat dieser Band oft sehr profitiert.

Herzlich danken möchten wir zunächst Michael Reschke. Er hat als Hauptautor den Großteil des Buches verfasst. Helga Grebing und Meik Woyke haben den Band als Redaktionsmitglieder mit ihrer Expertise unterstützt. Ihre kenntnisreichen, klugen und immer konstruktiven Hinweise waren für das Gelingen von unschätzbarer Bedeutung. Unser Dank gilt zudem Thomas Meyer und Viktoria Kalass für ihren Rat bei der Konzeption, Viktoria Kalass darüber hinaus für ihre Mitarbeit an den grundlegenden Kapiteln des Buches und schließlich Tobias Gombert für seine Hinweise zum Manuskript und seinen Beitrag „Die SPD ist weiblich“. Ohne sie alle und viele andere wäre das Lesebuch nicht gelungen; etwaige Unzulänglichkeiten gehen zu unseren Lasten.

Das Symbol der Akademie für Soziale Demokratie ist ein Kompass. Mit den Angeboten der Akademie möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung einen Rahmen bieten, um Standpunkte und Orientierungen zu klären. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Angebote nutzen, um Ihren politischen Weg zu bestimmen. Soziale Demokratie lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürger sich immer wieder mit ihr auseinandersetzen und sich für sie engagieren.



Dr. Christian Krell

Leiter

Akademie für Soziale Demokratie



Jochen Dahm

Projektleiter

Lesebücher der Sozialen Demokratie

1. EINLEITUNG

*Geschichte bedeutet
Identität*

Geschichte bedeutet Identität. Politische Selbstverständnisse und Leitbilder sind nicht starr, sondern flexibel. Sie entwickeln sich dynamisch in Reaktion auf Veränderungen in ihrer Umwelt. Entwicklung bedeutet nicht nur gerader Weg, sondern ebenso Umweg, Umkehren und ist vor allem von Weggabelungen gekennzeichnet, an denen Richtungsentscheidungen zu fällen sind und waren. Die Vertreterinnen und Vertreter der Sozialen Demokratie standen immer wieder in solchen Entscheidungssituationen.

Gerade heute gilt es, wichtige und schwierige Fragen zu klären. Allen voran: Was ist Soziale Demokratie? Woher kommt sie, was bedeutet sie heute und wohin steuert sie im 21. Jahrhundert? Um diese Fragen nach Identität, aktueller Bedeutung und Entwicklung Sozialer Demokratie beantworten zu können, ist eine Auseinandersetzung mit ihren Ursprüngen und den prägenden historischen Wegmarken ihrer Entwicklung unverzichtbar.

*Geschichte zeigt:
Alte Fragen bleiben
aktuell*

Beim Blick in die Geschichte wird klar, dass nicht alle neu anmutenden politischen Herausforderungen der Gegenwart zum ersten Mal behandelt werden: Die Frage, wer eigentlich über wen herrscht, die demokratisch legitimierte Politik über wirtschaftliche Interessen oder andersherum, Fragen nach der Ausgestaltung Sozialer Demokratie, kurzum nach einem selbstbestimmten Leben, finden sich immer wieder in der Geschichte der Sozialdemokratie.

*Die „Geißel der
Herkunft“*

Das Ziel, die „Geißel der Herkunft“ zu überwinden, begegnet uns heute etwa in anderen Worten, aber politisch noch immer drängend, in bildungspolitischen Diskussionen über die soziale Selektivität des deutschen Schulsystems.

*Die Gleichstellung
der Geschlechter*

Die Gleichstellung der Geschlechter war ein früh formulierter Anspruch, dessen Verwirklichung angesichts eines rund 25-prozentigen Lohnunterschieds zwischen Mann und Frau in gleichwertigen Beschäftigungsverhältnissen noch immer aussteht.

Krieg und Frieden

Und nicht zuletzt: Schon in ihren Anfängen wurde die Arbeiter/-innen-Bewegung mit Fragen von Krieg und Frieden konfrontiert und engagierte sich aktiv für internationale Solidarität. In Zeiten von Auslandseinsätzen der Bundeswehr sind diese Fragen umso präsenter. Globale Ungleichheiten zwingen uns seit jeher, über den nationalen Tellerrand zu schauen und unser Blickfeld zu erweitern.

Allein diese kleine Auswahl an Fragen zeigt bereits zwei Aspekte der Geschichte Sozialer Demokratie auf: Antworten auf die Frage nach dem, was als sozial, und auf das, was als demokratisch betrachtet wird, sind nie endgültig. Sie unterliegen gesellschaftlichem, politischem und ökonomischem Wandel und müssen dementsprechend stets überprüft werden.

*Zwei Aspekte: sozial
und demokratisch*

Gleichwohl ist die gesellschaftliche Entwicklung vorangeschritten. Der Konstituierungsprozess der Arbeiterbewegung in Deutschland zur Mitte des 19. Jahrhunderts war von unmittelbar erfahrbaren Missständen getrieben: Kinderarbeit, fehlendem Arbeitsschutz, schlechtem Wohnraum, Armut, unklarer wirtschaftlicher Zukunft, keiner garantierten sozialen Absicherung im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Berufsunfähigkeit oder im Alter, kurzum: spürbarer sozialer Not.

Die Arbeiter waren nicht nur sozial, sondern angesichts von preußischem Dreiklassenwahlrecht und Unterdrückung auch politisch an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Die Hoffnungen, die sich mit der Revolution von 1848 verbanden, wurden mit deren Scheitern enttäuscht. Mit der anschließenden repressiven Reaktionszeit verschlechterten sich die politischen Verhältnisse sogar noch.

*19. Jahrhundert: Die
Arbeiterbewegung
entsteht*

Die Überwindung materieller Not und das Streben nach politischer Mitbestimmung – die Idee eines „besseren Morgen“ – standen somit am Anfang der Arbeiterbewegung. Ihre politische Kraft und Überzeugung speisten sich aus täglichen Erfahrungen von Solidarität zwischen Handwerkern, Arbeitern und ihren Familien, geteilten Abhängigkeiten, aber auch aus der Sympathie und Solidarität einzelner Intellektueller der bürgerlichen Schicht.

*Überwindung der
Not und Streben
nach Mitbestimmung*

Die erste Partei in der deutschen Arbeiterbewegung war der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV). Die Gründung des ADAV am 23. Mai 1863 war der entscheidende Schritt zur eigenständigen politischen Vertretung der Arbeiter-schaft. Beginnend mit der Gründung des ADAV 1863 kann in Deutschland von einer kontinuierlichen sozialdemokratischen Organisationsgeschichte gesprochen werden. Jene Gründung stellt dementsprechend den Bezugspunkt für das 150-jährige Jubiläum der SPD im Jahr 2013 dar.

*23. Mai 1863:
Der Allgemeine
Deutsche Arbeiter-
verein ADAV wird
gegründet*

150 Jahre Sozialdemokratische Partei in Deutschland heißen auch 150 Jahre deutsche Geschichte. Reich an Brüchen, Höhen und Tiefen gab es in der Entwicklung Deutschlands bis hin zur gegenwärtigen, gefestigten Demokratie so

*150 Jahre SPD:
150 Jahre deutsche
Geschichte*

manch katastrophalen Irrweg. Die Demokratiebewegung in Deutschland musste Verfolgung, Diktatur und Gewalt erleiden. Ihr Erfolg war nicht vorherbestimmt, die Realisierung einer demokratischen Ordnung blieb lange ungewiss. Das Erreichen einer vollständigen Sozialen Demokratie bleibt dauernde Aufgabe.

„Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist also, wie sich jetzt ergeben hat, nicht nur Ihr [gewandt an seine Leser] politisches, es ist auch Ihr soziales Grundprinzip, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe. Es ist das einzige Mittel, die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern.“ (Ferdinand Lassalle 1863, Offenes Antwortschreiben, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 130)

Die Sozialdemokratie war stets treibende Kraft sozialer und politischer Emanzipation. Ihre Geschichte ist eng verwoben mit dem Weg Deutschlands in die Moderne und dem Erringen gesellschaftlicher und individueller Freiheit gegen alle Widerstände.

Bezeichnend für ihr programmatisches Verständnis war dabei stets die Verbindung der sozialen Frage mit der Frage nach Macht, Herrschaft und Demokratie. Dieser innere Zusammenhang zieht sich durch Schriften, Reden und Programme. Die sozialdemokratischen Vordenkerinnen und Vordenker waren überzeugt: Erst in einer Demokratie würden soziale Not und Abhängigkeit überwunden werden können, da nur diese Staatsform die Möglichkeit bietet, Politik an den Interessen und Bedürfnissen der Mehrheit der Gesellschaft – und somit der Arbeiterschaft – zu orientieren.

Dabei stellten die SPD und ihre Vorläuferorganisationen wie der ADAV nur einen Teil der Arbeiterbewegung dar. Die deutsche Arbeiterbewegung umfasst gleichermaßen die Gewerkschaften sowie die Arbeiterkulturbewegung. Gemeinsam sind den Organisationen der Arbeiterbewegung ihre Gesellschaftsanalyse und ihr Gesellschaftsbild. Zusammen verfolgten sie das Ziel einer Sozialen Demokratie.

Entsprechend finden sich alle drei Teile der Arbeiterbewegung auch in diesem Band wieder. Gleichwohl liegt der Fokus auf der Programm-, Organisations- und politischen Gestaltungsgeschichte der Sozialdemokratie als Partei. Immer wieder werden Bezüge zum Milieu und zu anderen Teilen der Arbeiterbewe-

Arbeiterbewegung =
Partei, Gewerk-
schaften und Kultur-
bewegung

gung wie Gewerkschaften und Genossenschaften hergestellt, um den Blick auf das große Ganze, auf die Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit, nicht zu verstellen.

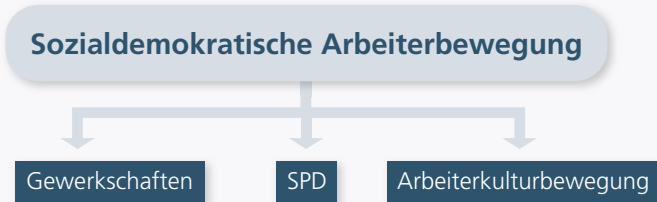


Abb. 1: Die drei Stränge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung

Das Ziel einer sozial gerechten Gesellschaft, in der die Grundwerte der Sozialdemokratie (Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität) verwirklicht sind, ist nicht allein angesichts der wechselhaften Dynamik der deutschen Geschichte, sondern auch aufgrund der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus eine anspruchsvolle und herausfordernde Aufgabe.

Aufbau des Buches

Willy Brandt hat einmal gesagt: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt euch auf eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll“ (Willy Brandt 1992: 515 f., Grußwort an den Kongress der Sozialistischen Internationale vom 14. September 1992).

Mit diesen Worten machte Brandt deutlich, dass eine umfassende Analyse der jeweiligen gesellschaftlichen Zustände, Problemlagen und Tendenzen, aber auch die Diskussion sowie eine darauf erfolgende Einigung auf Ziele, Instrumente und Realisierung unverzichtbar für sozialdemokratische Politikformulierung sind. Davon ausgehend möchte das vorliegende Lesebuch die Geschichte der Sozialdemokratie bis in die Gegenwart entlang dreier Leitfragen nachvollziehen:

- Mit welchen gesellschaftlichen Entwicklungen und zentralen Entscheidungssituationen war die Sozialdemokratie konfrontiert?

*Drei Leitfragen des
Buches*

- Wie interpretierte, behandelte und verarbeitete die Sozialdemokratie diese Fragen und Entwicklungen programmatisch und strategisch; welche Diskurse führte sie?
- Welche Erfolge, aber auch Niederlagen und Krisen lassen sich festhalten?

Wenn wir nach Antworten auf diese Fragen suchen, stoßen wir wiederholt auf Leitbegriffe und Spannungsverhältnisse, die für das tiefere Verständnis der Sozialdemokratie charakteristisch sind. Sie prägten und prägen Identität, Programmatik und Strategie der Sozialdemokratie: Theorie und Praxis, Reform und Revolution, Krieg und Frieden, Fortschritt und Beharrung, Internationalismus und Nationalismus, aber auch das Verständnis von Staat und Gesellschaft.

*Kapitel 2:
Arbeiterbewegung
bis 1863*

Das Lesebuch orientiert sich an historischen Perioden. Nach dieser Einleitung wird in **Kapitel 2** der Entstehungszusammenhang der Arbeiterbewegung bis 1863 aufgezeigt. Die Ziele der Französischen Revolution, der Einfluss frühsozialistischer Vorstellungen und insbesondere die Entwicklung der bürgerlichen und kapitalistischen Gesellschaft sowie das Scheitern der 1848er-Revolution bildeten die Ausgangspunkte der deutschen Sozialdemokratie.

*Kapitel 3: Aufstieg
zur Massenbewegung
(1863–1918)*

Kapitel 3 zeichnet den Aufstieg der Sozialdemokratie zur Massenbewegung zwischen 1863 und 1918 nach, behandelt aber auch die Unterdrückung durch den wilhelminischen Obrigkeitsstaat (Sozialistengesetz) und die inneren programmatischen und strategischen Konflikte (Revisionismusstreit, Kriegskredite).

*Kapitel 4:
Weimarer Republik
(1919–1933)*

Den Hoffnungen und Ernüchterungen der ersten deutschen Demokratie widmet sich **Kapitel 4**. Der Aufstieg der Weimarer Republik war dabei von der Sozialdemokratie als tragender Partei der Republik bestimmt. Gleichwohl konnte die sozialdemokratische Kraft den Fall der jungen deutschen Demokratie nicht aufhalten. Einer gesellschaftlichen Öffnung der Partei, ersten eigenen Regierungserfahrungen und sozialen Fortschritten wie der Einführung einer Arbeitslosenversicherung standen die Spaltung der Arbeiterbewegung in SPD und KPD, Inflation und wirtschaftliche Krisen, eine geringe gesellschaftliche Verankerung der Demokratie, die Eskalation politischer Gewalt und letztlich der Aufstieg der NSDAP gegenüber.

Mit Beginn der nationalsozialistischen Diktatur folgten 1933 bis 1945 Zerschlagung, Verfolgung und Unterdrückung sowie der schwere Gang ins Exil und der Kampf im Widerstand. Dies wird in **Kapitel 5** behandelt. Das Kapitel stellt darüber hinaus die Nachkriegsentwürfe vor, die zu Deutschland, Europa und zur Partei im Exil und im Widerstand entworfen wurden.

*Kapitel 5: Verbot,
Verfolgung und Exil
(1933–1945)*

Nach Kriegsende 1945 war die SPD unter der Führung von Kurt Schumacher die erste wiedergegründete Partei. **Kapitel 6** schildert den Start in die zweite deutsche Demokratie und zeigt den Weg vom Neuanfang bis zur Modernisierung der Sozialdemokratie im Westen in den späten 1950er und den 1960er Jahren. Ebenso wird ein Blick in die sowjetische Besatzungszone geworfen und die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED sowie deren Etablierung in der späteren DDR behandelt.

*Kapitel 6: Wieder-
gründung und
Modernisierung
(1945–1965)*

Nach dem Ende der Kanzlerschaft Erhards und der konservativ-liberalen Koalition konnte die SPD 1966 erstmalig in der Nachkriegszeit in eine Bundesregierung einziehen. Auf die Große Koalition folgte die „sozial-liberale Ära“, die mit den Kanzlerschaften Willy Brandts und Helmut Schmidts verbunden ist und durch Demokratisierung, gesellschaftliche Öffnung, Ausbau des Sozialstaates und eine neue Ostpolitik bestimmt war. Ebenso werden in **Kapitel 7** aber auch die Krisen und Niederlagen dieser Zeit – wie die Rückkehr von Massenarbeitslosigkeit, Terrorismus oder der erneute Gang in die Opposition 1982 – behandelt.

*Kapitel 7: Große und
sozial-liberale Koali-
tion (1966–1989)*

Die Neugründung der Sozialdemokratie in der DDR, die deutsche Einheit und die jüngere Entwicklung der SPD behandelt das **Kapitel 8**. Der Rückkehr in Regierungsverantwortung unter Gerhard Schröder 1998 nach 16 Jahren Opposition folgte angesichts innerer und gesellschaftlicher Kontroversen rund um „dritte Wege“ und „Agenda 2010“ schnell Ernüchterung. Gleichwohl gelangen der rot-grünen Koalition bis 2005 Modernisierungsschübe in ökologischen und gesellschaftspolitischen Fragen. Die sich anschließende zweite Große Koalition bis 2009 fiel mit der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre zusammen. Der andauernde Erneuerungsprozess der Sozialdemokratie in Deutschland und Europa wird in diesem Kapitel ebenfalls berücksichtigt.

*Kapitel 8:
die moderne
Sozialdemokratie
(1990–2013)*

Im Verlauf der Darstellung wird deutlich, wie sehr das Gesellschaftsbild der Sozialen Demokratie, wie sehr das Ringen um mehr Demokratie und mehr sozialen Fortschritt die Sozialdemokratie und die ihr nahestehenden Akteure

beschäftigten. **Kapitel 9** wird daher die Theorie der Sozialen Demokratie historisch einordnen und zurückbinden an die (Programm-)Historie der SPD. Dazu wird das Verhältnis der Theorie der Sozialen Demokratie zum demokratischen Sozialismus als Vision einer „Gesellschaft der Freien und Gleichen“ geklärt und es werden weitere Brücken zum Grundlagenband (Lesebuch 1) geschlagen. In einigen abschließenden Bemerkungen sollen zudem die wesentlichen Charakteristika der Entwicklungs- und Programmgeschichte der Sozialdemokratie aufgezeigt und ein Blick in die Zukunft gewagt werden.

Der vorliegende Band *Geschichte der Sozialen Demokratie* setzt in der Reihe der Lesebücher der Sozialen Demokratie somit vor dem Lesebuch 1, *Grundlagen der Sozialen Demokratie*, an. Er zeichnet die programmatische Entwicklung hin zur gegenwärtigen Theorie der Sozialen Demokratie nach, zeigt aber auch die historischen Auseinandersetzungen und Kämpfe um mehr Freiheit und Gerechtigkeit in Solidarität für alle und bietet einen vertiefenden Einblick in die Entwicklung der Sozialdemokratie insgesamt.

Wo?	Wann?	Was? (Schlagworte)
Kapitel 1		Einstieg: Geschichte bedeutet Identität
Kapitel 2	bis 1863	Entstehung der Arbeiterbewegung
Kapitel 3	1863–1918	Aufstieg zur Massenbewegung
Kapitel 4	1919–1933	Regierungsverantwortung und Spaltung in der Weimarer Republik
Kapitel 5	1933–1945	Verbot, Verfolgung und Exil in der NS-Zeit
Kapitel 6	1945–1965	Wiedergründung und Modernisierung
Kapitel 7	1966–1989	Große und sozial-liberale Koalition
Kapitel 8	1990–2013	Die moderne Sozialdemokratie
Kapitel 9		Soziale Demokratie: Wohin zieht die neue Zeit?

Abb. 2: Aufbau des Buches

Die SPD ist weiblich

Von Tobias Gombert

„Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“ (Hamburger Programm 2007: 41). Mehr als alle anderen Parteien hat sich die SPD in ihrer Geschichte für die gleiche Freiheit aller Menschen, Frauen wie Männer, eingesetzt. Doch die SPD war und ist nicht nur stark, weil sie sich für Frauen, sondern vor allem, weil sich Frauen in ihr eingesetzt haben, und zwar in allen Politikfeldern. Die SPD hat so in der Frauenbewegung eine Vorreiterinnenrolle eingenommen. Zugleich zeigen die privaten und politischen Lebenswege von SPD-Politikerinnen, dass der gleichberechtigte Platz in Partei und Gesellschaft immer wieder hart erkämpft werden muss. Im Folgenden stellen wir neun SPD-Politikerinnen aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert kurz vor und suchen eine Antwort auf die Frage: Was können wir als Handlungsauftrag für heute von ihnen mitnehmen?

Clara Zetkin (1857–1933) war bis 1917 eine führende Politikerin des linken Parteiflügels, später der KPD. Als überzeugte Feministin und Internationalistin setzte sie sich für die internationale Arbeiter/-innen-Bewegung ein. Sie war 1892 Gründerin und Chefredakteurin der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ und die prägende Initiatorin des internationalen Frauentages und der Sozialistischen Internationale. Clara Zetkin steht für die SPD als Teil der Frauenbewegung, aber auch der internationalen Solidarität.

Lily Braun (1865–1916) war eine der ersten Sozialdemokratinnen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf politisch forderten, aber auch selbst lebten. So forderte sie beispielsweise bessere Arbeitszeiten für Mütter. Lily Braun versuchte zwischen proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung zu vermitteln, wurde allerdings von beiden Seiten angefeindet. Lily Braun steht für das Ziel, dass für Frauen und Männer die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine gesellschaftspolitische Aufgabe bleibt.

Rosa Luxemburg (1871–1919) war bis 1914 eine der führenden Theoretikerinnen der SPD und eine der Wortführerinnen des linken SPD-Flügels. Zwischen 1907 und 1914 lehrte sie an der SPD-Parteischule. Programmatisch setzte sie sich gegen die Vertreter des Revisionismus ein. Frühzeitig und hellsichtig warnte sie vor dem deutschen Militarismus und Imperialismus. Später gründete sie die KPD mit und wurde 1919 ermordet. Rosa Luxemburg steht für die Notwendigkeit, theoretisch fundierte Politik zu machen, und für den Anspruch auf internationale Solidarität.

Rosa Helfers (1885–1965) arbeitete zunächst als Gefängnisfürsorgerin. Sie trat unter männlichem Pseudonym in die SPD ein. Als erste Direktorin des Untersuchungsgefängnisses Berlin-Moabit behauptete sie sich in einer „Männerdo-

mäne“. Rosa Helfers begründete in Hameln sowohl die Arbeiterwohlfahrt als auch die SPD-Frauengruppe mit. Sie war Mitglied des Preußischen und später des Niedersächsischen Landtages. Während der nationalsozialistischen Diktatur arbeitete sie im Widerstand. Rosa Helfers' sozialpolitischer Einsatz steht für die Einheit der Arbeiterinnenbewegung durch SPD und AWO.

Louise Schroeder (1887–1957) gehörte als eine der wenigen Frauen der verfassungsgebenden Weimarer Nationalversammlung, dem Reichstag und später dem Bundestag an und war kurzzeitig Oberbürgermeisterin von Berlin. Sie war an der Wiedergründung von AWO und SPD nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligt. Louise Schroeder steht für eine erfolgreiche Verbindung von kommunaler, landes- und bundesweiter Politik.

Elisabeth Selbert (1896–1986) stammte aus einfachen Verhältnissen und arbeitete zunächst im Telegrafenamts. Im Selbststudium bereitete sie sich – neben Beruf und Familie – auf das Abitur vor und schloss danach ihr Studium der Rechts- und Staatswissenschaften mit Auszeichnung und Promotion ab. Sie ist eine der vier „Mütter des Grundgesetzes“ und sorgte u. a. dafür, dass die Gleichberechtigung im Grundrechtsteil des Grundgesetzes aufgenommen wurde. Elisabeth Selbert steht für den Kampf um einen gleichberechtigten Aufstieg durch Bildung und die Nutzung des Wissens für die Gesellschaft.

Anna Zammert (1898–1982) war u. a. als Tabakarbeiterin und im Braunkohle Tagebau tätig. Später studierte sie an der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main. 1927 bis 1933 war sie die erste hauptamtliche Frauensekretärin einer Einzelgewerkschaft und bis 1933 zugleich Reichstagsabgeordnete. Nach dem Krieg baute sie die AWO in Hannover federführend wieder mit auf. Anna Zammert steht besonders für die Bündnisarbeit von SPD und Gewerkschaften.

Annemarie Renger (1919–2008) hat die SPD-Politik nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidend mitgeprägt. So leitete sie ab 1946 zunächst in Hannover das Büro Schumacher, später in Bonn das Büro des Parteivorstandes und war zwischen 1972 und 1990 Präsidentin bzw. Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Annemarie Renger steht für den erkämpften Erfolg, sich als Berufspolitikerin durchzusetzen.

Inge Wettig-Danielmeier (geb. 1936) gehörte 1982 bis 2007 dem SPD-Parteivorstand an und war u. a. 1991 bis 2007 Bundesschatzmeisterin der SPD, 1981 bis 1992 Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und 15 Jahre Mitglied des Bundestages. In ihrer Zeit als Bundesschatzmeisterin wurde der Unternehmensbereich der SPD ausgebaut und konsolidiert. Inge Wettig-Danielmeier steht neben ihrem Kampf für die Gleichstellung der Geschlechter besonders für die politische und nachhaltige Gestaltung der Parteifinanzierung.

2. AM ANFANG STAND DIE NOT: FREIHEIT UND FORTSCHRITT IN SOLIDARITÄT (BIS 1863)¹

In diesem Kapitel

- wird die soziale Lage der Arbeiterschaft Mitte des 19. Jahrhunderts beschrieben;
- werden die Ideen der Frühsozialisten diskutiert;
- wird gezeigt, wie die Revolution von 1848/49 die Etablierung der Arbeiterbewegung beeinflusste;
- wird das Entstehen ihrer ersten Organisationen nachvollzogen.

Mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) wurde im Mai 1863 die erste eigenständige Arbeiterpartei gegründet. Ihre Gründung war zugleich der Beginn einer kontinuierlichen Linie sozialdemokratischer² Parteien in Deutschland. Der Gründung des ADAV war eine Phase von Findungs- und Selbstverständigungsprozessen der jungen deutschen Arbeiterbewegung vorausgegangen. Diese Phase war von den politischen und sozialen Widersprüchen und Problemen, ja Notlagen dieser Zeit geprägt. Nicht zuletzt war sie von der Frage bestimmt, wie diesen Widersprüchen und Problemen – auch organisatorisch – zu begegnen sei.

Das Traditionsbanner der SPD, die alte Fahne des ADAV, die auch auf dem Titel dieses Buches abgebildet ist, erinnert nicht zufällig an die Französische Revolution. Die Werte der Revolution (Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit), die das Banner zieren, deuten bereits die spätere Wertetrias der Sozialdemokratie an: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Die Französische Revolution übte starken Einfluss auf die Arbeiterbewegung aus. Der Bruch mit Feudalismus und Absolutismus, die Idee allgemeiner Menschenrechte, das Ideal der Gleichheit aller Menschen, die politische Selbstbestimmung, Demokratie und Parlamentarismus bilden zentrale ideelle Bezugspunkte in der Programmatik und Identität der Arbeiterbewegung.

*Kontinuierliche Linie
seit 1863*

*Der Einfluss der
Französischen
Revolution*

*Bezugspunkte der
Arbeiterbewegung*

¹ Bei der Erarbeitung des Bandes wurde insbesondere auf die Ideen von Potthoff/Miller 2002, Schneider 2000 und Grebing 2007 zurückgegriffen.

² „Sozialdemokratisch“ und „sozialistisch“ sind dabei nicht als gegensätzlich zu verstehen; gerade im 19. Jahrhundert waren beide im Kern deckungsgleich.

Die Losung „Einigkeit macht stark!“ auf dem Traditionsbanner verweist bereits früh auf die Überzeugung, dass gesellschaftliche Veränderungen nur gemeinsam erkämpft werden können. Denn wenn Gesellschaft verändert und gerechter werden soll, ist es unumgänglich, sich kollektiv zu organisieren und solidarisch für eine gerechte Ordnung einzutreten.

*Forderung nach
Gleichheit =
Bruch mit dem
Feudalismus*

Dabei bedeutete insbesondere das Gleichheitsprinzip den wesentlichen Bruch mit der vormals ständisch geprägten Ordnung des Feudalismus. Die sozialen wie politischen Folgerungen aus dem Gleichheitsprinzip waren entsprechend umfassend: soziale Absicherung und bessere Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung in der Arbeitswelt, Zugänge zu Bildung, keine Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft und vor allem die Forderung nach einem freien, allgemeinen und direkten Wahlrecht; parlamentarische Demokratie statt absolutistischer Herrschaft, gewählte politische Repräsentation statt monarchischer Erbdynastien.

*Liberalisierung der
Wirtschaft*

Darüber hinaus leiteten die Aufklärung und die Französische Revolution einen Epochenwechsel ein. Der Einfluss des Liberalismus schlug sich nicht nur in Forderungen nach demokratischer Umgestaltung nieder. In wirtschaftlicher Hinsicht erlangte er ungleich erfolgreicher auch reale Geltung: Gewerbefreiheit, Bauernbefreiung und Marktkonkurrenz lösten die vormals von Zünften bestimmte Wirtschaftsordnung ab – der (Früh-)Kapitalismus begann seinen Siegeszug.

Im politischen Raum konnte sich der Liberalismus gegen die konservativen monarchischen Kräfte nicht durchsetzen. Wirtschaftspolitisch gelang ihm im Kontext des monarchisch-autoritären Staates jener Zeit allerdings die Durchsetzung einer weitgehenden Selbstregulierung des Marktes und der Wirtschaftsteilnehmer.

Der Liberalismus war eine Ideologie der aufstrebenden kaufmännischen und besitzenden Schichten. Sie legten als Profiteure der gesellschaftlichen Entwick-

Kapitel 2: 1799–1863

1799

Robert Owens gelungenes Firmensexperiment für bessere Arbeitsbedingungen (Frühsozialismus)

21. Februar 1848

Veröffentlichung des Kommunistischen Manifestes (Marx/Engels)

1799

Zeitgeschichtlich: Industrialisierung und Bevölkerungsexplosion

lung keinen besonderen Fokus auf die Lösung der Widersprüchlichkeiten im Frühkapitalismus und auf den Kampf gegen die soziale Polarisierung. Vielmehr vertrauten die Anhängerinnen und Anhänger des Liberalismus auf individuelle Freiheitsrechte ohne weitergehende soziale Rechte. Die ökonomische Freiheit rangierte für sie vor der politischen Freiheit.

Gesellschaftliche Voraussetzungen der Arbeiterbewegung

Ohne die umfassende Wandlung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse ist das Aufkommen der Arbeiterbewegung nicht zu denken. Liberale Marktwirtschaft und wachsende soziale Notstände waren die entscheidenden Kontexte für die Entstehung der Arbeiterbewegung.

Marktwirtschaft und soziale Not

Der Begriff **Proletarier** stammt vom lateinischen Wort „proles“, das „Nachkommenschaft“ bedeutet. Es bezog sich im alten Rom auf die Menschen, die zwar keine Sklaven, sondern freie Bürger waren, aber gleichzeitig frei von Besitz und abhängig von Lohnarbeit. Karl Marx prägte den Begriff mit Blick auf die Industriearbeiterschaft, die infolge der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert entstand. Auch für sie sah Marx eine „doppelte Freiheit“ – zwar Befreiung von feudalen Strukturen und die Freiheit, die Arbeitskraft nach eigenem Willen zu gebrauchen, aber auch eine „Freiheit“ vom Besitz an Produktionsmitteln und damit erneute Abhängigkeit. Der Gegenbegriff zum Proletarier ist die Bourgeoisie, die besitzende Klasse.

Der Frühkapitalismus fußte auf zwei Prinzipien, die gleichzeitig wesentliche Triebkräfte der Arbeiterbewegung waren: Industrialisierung und Lohnarbeit. Beide leiteten eine Proletarisierung großer Teile der Gesellschaft ein.

Die Proletarisierung erzeugte eine tendenzielle Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse und -umstände der Arbeiterschaft und trug damit nicht zuletzt zur gemeinsamen Identitätsbildung bei. Kocka (1990a:

„Negative und positive Proletarisierung“

521 ff.) unterscheidet dabei eine „negative Proletarisierung“ und eine „positive Proletarisierung“. Unter „negativer Proletarisierung“ versteht er die krisenhaften,

**Ab Februar/
März 1848**
1848er-
Revolution
(Paulskirche)

23. Aug. bis 3. Sept. 1848
Gründung der „Allgemeinen
Deutschen Arbeiterverbrüderung“
(Stephan Born)

1. März 1863
„Offenes Antwortschreiben“
(Ferdinand Lassalle)

1848

1863

desintegrierenden Entstrukturierungsprozesse im Frühkapitalismus. Er umschreibt damit ausgehend von der Abschaffung der Leibeigenschaft und der Einführung der Gewerbefreiheit die Herauslösung der arbeitenden Bevölkerung aus der ständischen Ordnung und den zuvor üblichen kooperativen Formen der Arbeit in Zünften.

*Neue Abhängigkeit
und Institutionen*

Die Durchsetzung der Lohnarbeit versteht Kocka als „positive Proletarisierung“. Der Begriff des Positiven umfasst indes an dieser Stelle keine normative Wertung. Vielmehr spielt Kocka mit diesem Begriff auf die strukturierende Wirkung der Proletarisierung an, die neue Abhängigkeiten und Institutionen etablierte. Bei aller sozialen Not und Ungerechtigkeit ist Proletarisierung hier nicht als Verelendungs-, sondern als gesellschaftlicher Ent- und Umstrukturierungsprozess zu verstehen. Dieser wirkte als entscheidender Impuls auf eine Klassenbildung hin, da er althergebrachte, ständische Identitäten auflöste und das Gefühl der Zugehörigkeit zu neuen sozialen Klassen schuf.

*Zentralisierung
der Arbeit fördert
Identitätsbildung*

Entscheidenden Einfluss auf die spätere gemeinsame Identitätsbildung in der Arbeiterschaft im Frühkapitalismus hatte demnach die Zentralisierung der Arbeit. Zuvor war Arbeit geprägt von der ganzheitlichen Fertigung von Produkten. Die Arbeitsstätte war in der Regel mit der Heimstätte verbunden. Nun bedeutete Arbeit Lohnarbeit in Form von spezialisierter Arbeitsteilung mit einem höheren Grad an Maschinisierung. Für den (zumeist männlichen) Einzelnen war sie also abstrakter und letztlich entfremdet. Arbeitsstätte und Heim und Familie waren getrennt.

*Handwerker:
Pioniere der
Arbeiterbewegung*

Arbeit wurde also zu einer eigenständigen Sphäre mit einem hohen Grad an Normierung: strengen Arbeitszeitvorgaben, Maschinisierung und Produktionskennziffern. Sie war nicht mehr „eingebettet“. Hinzu kam die einschneidende Erfahrung betrieblicher Herrschaft, verbunden mit einer großen sozialen Distanz zur Unternehmensleitung. Die Arbeiterschaft fand sich somit in einer doppelten Abhängigkeit wieder: einerseits vom Markt und andererseits von den Arbeitgebern, die das Kapital besaßen (vgl. Kocka 1990a: 51 ff.). Dies prägt den strukturellen Gegensatz von Arbeit und Kapital bis heute.

Pioniere der jungen Arbeiterbewegung wurden insbesondere Handwerksgesellen und verarmte Handwerksmeister, unter ihnen beispielsweise der Drechsler und spätere „Arbeiterkaiser“ August Bebel. Am Beispiel der Handwerksgesellen kann die einschneidende Erfahrung „negativer Proletarisierung“ besonders eindrucksvoll dargestellt werden.

Treibende Kraft der Handwerksgelesen war nicht allein die Erfahrung sozialer Not. Die Handwerksgelesen verfügten über sehr spezialisierte Qualifikationen, waren äußerst stolz auf ihren Beruf und sehr autonom. Ein Großteil der Handwerksmeister arbeitete allein und dies war auch für die Gelesen Teil beruflicher Normalität. Sie alle fürchteten aber nun, angesichts der wirtschaftsliberalen Politik des kaiserlichen Obrigkeitsstaates, als Lohnarbeiter im Kapitalismus ebendiese berufsständisch geprägte Autonomie zu verlieren. Sie befürchteten, in direkte Abhängigkeitsverhältnisse zu geraten.

Politisch profitierten sie von ihrer ausgeprägten Eigenständigkeit, aber auch von ihrer vormaligen Organisationserfahrung, korporativen und zünftischen Traditionen und darauf aufbauenden Netzwerken. Dies sollte sich beim Aufbau der genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen und parteilichen Arbeiterbewegung auszahlen.

Die Lösung der sozialen Frage

Die skizzierten sozialen Umwälzungsprozesse waren keine deutsche Besonderheit. Der Frühkapitalismus, aufgrund der Vorreiterrolle Englands in der Industrialisierung vielfach auch als „Manchesterkapitalismus“ bezeichnet, rief in allen westlichen Industrienationen Widersprüche hervor. Er schuf soziale Gegensätze, neue gesellschaftliche Abhängigkeiten und ging mit Machtverschiebungen einher. Dementsprechend lassen sich auch verschiedene Ideen und Theorien zur Lösung der sozialen Frage feststellen, die als **frühsozialistische** Vorstellungen die Bemühungen um die Zählung und letztlich Überwindung des Kapitalismus beeinflussten.

Im Zentrum der Beiträge aus England und Frankreich, die nicht zuletzt Karl Marx' Überlegungen inspirierten, stand die kritische Auseinandersetzung mit dem Privateigentum. Der Englän-

der Robert Owen etwa erprobte die Idee der Gütergemeinschaft, also einer kollektiven Eigentumsform, in seiner eigenen Fabrik. Owens Erfahrungen übten auf die Entwicklung der britischen Genossenschaften und Gewerkschaften, aber auch auf die spätere Sozialgesetzgebung großen Einfluss aus.

Manchesterkapitalismus und Frühsozialismus

*England:
Robert Owen*

Robert Owen (1771–1858) war ein britischer Unternehmer und Frühsozialist. Es gelang ihm 1799 in seiner Baumwollspinnerei in New Lanark (Schottland) zu zeigen, dass gute Arbeitsbedingungen und hohe Produktivität sich nicht entgegenstehen, sondern Hand in Hand gehen. Er verkürzte die Arbeitszeit, schuf günstige Unterkünfte, führte Renten- und Krankenversicherung ein und im Ergebnis erhöhte sich die Produktivität der Firma erheblich – nicht zuletzt aufgrund der höheren Motivation seiner Arbeiter. Owen gilt als Begründer des Genossenschaftswesens.

Frankreich: Pierre-
Joseph Proudhon

Der Franzose Pierre-Joseph Proudhon sah im Staat den entscheidenden Akteur gesellschaftlicher Umgestaltung. Bekannt wurde seine Formel „Eigentum ist Diebstahl“, die sich auf mit Privateigentum verbundene „erpresserische“ Privilegien bezieht. Sein Landsmann Charles Fourier sah den Schlüssel zu einer gerechten Ordnung in einer ausgeglicheneren Güterverteilung. Henri de Saint-Simon schließlich argumentierte, dass die Entwicklung der Wirtschaft das soziale Leben maßgeblich beeinflusse. Diese Annahme findet sich bei Marx wieder, der die Wirtschaft als „ökonomische Basis“ einer Gesellschaft versteht.

Deutschland:
konservative
Reformer

In Deutschland wurden frühsozialistische Ansätze ausländischer, vor allem französischer Sozialkritiker von konservativen Reformern wie Lorenz von Stein aufgenommen. Aber auch andere gesellschaftliche Schichten wurden beeinflusst. Bekannt wurde die vom Dichter Georg Büchner propagierte Losung „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“. Nennenswert ist außerdem der Schneidergeselle Wilhelm Weitling, der radikale frühsozialistische Forderungen nach gleichheitsorientierter Gütergemeinschaft, Abschaffung des Geldes und letztlich nach einem revolutionären Umsturz der Gesellschaft im Wesentlichen aus einer christlichen Motivation heraus formulierte.

Soziale Frage im
Christentum

Ohnehin nahmen sich auch die Vertreter des Christentums der sozialen Frage an, allerdings in unterschiedlichem Maße. Protestantismus und Katholizismus trieb zwar angesichts der fortschreitenden Säkularisierung jeweils die Sorge vor dem Verlust christlich-konservativer Werte an; sie unterschieden sich jedoch im Umgang mit der sozialen Frage. Der Protestantismus führte Armut unverändert vorrangig auf religiöse Gründe zurück und beschränkte sich auf Armenfürsorge und Seelsorge.

Der soziale Katholizismus allerdings, wie er vor allem vom damaligen Bischof von Mainz, Wilhelm-Emanuel Freiherr von Ketteler, vertreten und in *Die Arbeiterfrage und das Christentum* (1864) aufgezeigt wurde, unterschied sich davon. Er verstand die soziale Frage als zentrale gesellschaftliche Herausforderung in der sich herausbildenden kapitalistischen Ordnung. Überschneidungen zwischen Lassalle und von Ketteler bestanden dabei nicht nur in der Analyse des Ausbeutungscharakters der Lohnarbeit und in der Forderung nach Förderung von Genossenschaften. Sie teilten auch die Überzeugung, dass die Arbeiterschaft sich eigenständig vertreten können müsse und dass staatliche Sozialreformen nötig seien.

Kapitalismuskritik fand sich auch in der Enzyklika *Rerum novarum* des Papstes Leo XIII. (1891). Christliche Gewerkschaften und das sozialpolitische Programm der Zentrums Partei spiegelten diese Maßgaben wider. Das Verhältnis zwischen Katholiken und Sozialdemokratie blieb jedoch distanziert bis ablehnend, da die Sozialdemokratie als „Erbe des religionsfeindlichen Liberalismus“ (Grebing 2007: 53) wahrgenommen wurde.

Vordenker der Arbeiterbewegung: Marx und Engels

„Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt. Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, dass sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große einander direkt gegenüberstehende Klassen – Bourgeoisie und Proletariat.“ (Marx/Engels 1848, Manifest der Kommunistischen Partei, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 57)

*Einflussreich:
Marx und Engels*

Karl Marx (1818–1883) und **Friedrich Engels** (1820–1895) waren deutsche Philosophen und politische Journalisten. Großen politischen Einfluss hatte ihr 1848 veröffentlichtes *Manifest der Kommunistischen Partei*. Marx' wirtschaftstheoretisch wichtigste Veröffentlichung waren das teilweise erst nach seinem Tod von Engels veröffentlichte Werk *Das Kapital*, dessen drei Bände zwischen 1867 und 1894 erschienen. Die wichtigsten eigenständigen Veröffentlichungen Friedrich Engels', der auch als Unternehmer tätig war, waren *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* (1845) und der *Anti-Dühring* (1877).

Ungleich wirkungsvoller waren aber ab der Mitte des 19. Jahrhunderts die Werke von Karl Marx und Friedrich Engels. Die (Industrie-)Arbeiter-schaft teile, wie Marx im Kommunistischen Manifest 1848 schrieb, ein gemeinsames Schicksal: den Zwang zum „Verkauf der eigenen Arbeitskraft“, die zur Ware werde (Marx/Engels, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 62).

Diese Schlussfolgerungen basierten auf Marx' Auseinandersetzung

mit der vom Kapitalismus bestimmten „bürgerlichen Gesellschaft“. Deren Kern verortet er im „Klassengegensatz“ von Bourgeoisie und Proletariat, von Kapital und Arbeit, im Besitz oder eben Nichtbesitz von Kapital und in der Verfügungs-

gewalt über die Produktionsmittel. Marx war überzeugt, dass sich Proletariat und Bourgeoisie unversöhnlich gegenüberständen.

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ (Marx/Engels 1848, Manifest der Kommunistischen Partei, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 57)

*Kommunistisches
Manifest wirkte
durch Zitate*

Marx und Engels widmen sich im Kommunistischen Manifest der Bestandsaufnahme sozialistischer Diskurse und formulieren teils von ihnen abgrenzend, teils darauf aufbauend ihre Gesellschaftsanalyse. In seiner Zeit erreichte das Manifest seine Breitenwirkung allerdings weniger durch den Text als Ganzes als vielmehr durch einzelne zugespitzte Zitate.

Das Manifest übernimmt die frühsozialistische Forderung nach Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und stellt die ökonomische Entwicklung ins Zentrum gesellschaftlicher Veränderung. Die Abhängigkeit des Menschen vom Menschen begründe sich in der Verfügungsgewalt Einzelner über die Produktionsmittel. Der Kapitalismus breche mit tradierten Organisationsformen der Arbeit und trage gleichzeitig aufgrund von Proletarisierung, Verelendung und Konzentration der arbeitenden Massen in den Fabriken zur Ausbildung einer revolutionären Klasse bei.

Mit dem revolutionären Umsturz sollte im Sinne Marx' letztlich die „Entfremdung des Menschen vom Menschen“, also seine Degradierung zur Ware Arbeitskraft in der kapitalistischen Produktionsweise, überwunden werden. Der Mensch sollte nicht allein vom Zwang, seine Arbeitskraft zu verkaufen, entbunden werden. Vielmehr sollte ihm die Überwindung des Privateigentums tatsächliche Freiheit ermöglichen:

„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (Marx/Engels 1848, Manifest der Kommunistischen Partei, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 57)

Marx: Das Kapital

Mit dem 1867 erschienenen ersten Band des *Kapitals* stellte Marx seine Gesellschaftsanalyse auf wissenschaftliche Füße. Er zeigte u. a., dass nicht nur die Ausbeutung der Arbeiterschaft, sondern auch der ständige Wettlauf um unternehmerische Produktivität als Überlebensbedingung für Unternehmen analysiert werden kann. Damit werden Krisen ganzer Wirtschaftszweige erklärbar.

Marx und Engels hatten in ihrer Analyse vorrangig die Industriearbeiterschaft Englands vor Augen. Zum Zeitpunkt des Kommunistischen Manifests, 1848, umfasste diese Gruppe allerdings nur einen kleinen Teil der Bevölkerung. In Deutschland nahm die Industrialisierung zudem erst später als in England Fahrt auf. Trotz allem betrafen die beschriebenen Notlagen, Abhängigkeiten und Existenzsorgen den übergroßen Teil der deutschen Bevölkerung. Ob „Proletariat“ oder „vierter Stand“, „das Elend einer breiten, schwer arbeitenden und dennoch hungernden besitzlosen Klasse“ (Potthoff/Miller 2004: 21) existierte in hohem Maße, und zwar bereits vor der Industrialisierung. Die Not war insbesondere dem starken Bevölkerungswachstum zu Beginn des 19. Jahrhunderts geschuldet, welchem zu wenig einträgliche Arbeit gegenüberstand. *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* beschrieb Engels 1845 so:

„[D]iese Arbeiter haben selbst durchaus kein Eigentum und leben von dem Arbeitslohn, der fast immer aus der Hand in den Mund geht; die in lauter Atome aufgelöste Gesellschaft kümmert sich nicht um sie, überläßt es ihnen, für sich und ihre Familien zu sorgen, und gibt ihnen dennoch nicht die Mittel an die Hand, dies auf eine wirksame und dauernde Weise tun zu können; jeder Arbeiter, auch der beste, ist daher stets der Brotlosigkeit, das heißt dem Hungertode ausgesetzt, und viele erliegen ihm; die Wohnungen der Arbeiter sind [durchweg] schlecht gruppiert, schlecht gebaut, in schlechtem Zustande gehalten, schlecht ventiliert, feucht und ungesund; die Einwohner sind auf den kleinsten Raum beschränkt, und in den meisten Fällen schläft wenigstens eine Familie in einem Zimmer; die innere Einrichtung der Wohnungen ist ärmlich in verschiedenen Abstufungen bis zum gänzlichen Mangel auch der notwendigsten Möbel; die Kleidung der Arbeiter ist ebenfalls durchschnittlich kärglich und bei einer großen Menge zerlumpt; die Nahrung im allgemeinen schlecht, oft fast ungenießbar und in vielen Fällen wenigstens zeitweise in unzureichender Quantität, so daß im äußersten Falle Hungertod eintritt.“ (Engels 1845: 85 f.)

Die Bevölkerungszahl erhöhte sich von 1800 bis 1875 von 23 auf 43 Millionen Menschen, und dies trotz einer hohen Auswanderung von etwa 3 Millionen Menschen. Zuwachs erzielten vor allem die Städte, einerseits durch steigende Geburtenraten, andererseits infolge von Wanderungsbewegungen aus den ländlichen Räumen in die neu entstehenden industriellen Zentren. Nahezu 50 % der Bevölkerung zählten Mitte des 19. Jahrhunderts zum „Proletariat“. Insgesamt gehörten mindestens zwei Drittel der Unterschicht bzw. unteren Mittelschicht an, das Bürgertum umfasste etwa 10 % der Gesellschaft (vgl. Kocka 1990a: 105).

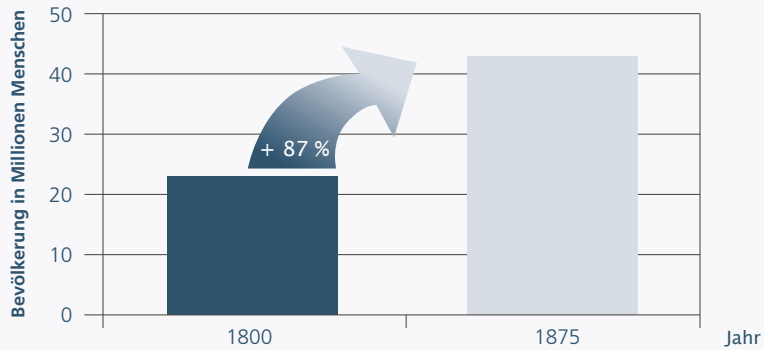


Abb. 3: Bevölkerungsexplosion zur Zeit der industriellen Revolution (Deutschland)

Lesehilfe: Die Bevölkerung hat sich zwischen 1800 und 1875 von 23 auf 43 Millionen fast verdoppelt.

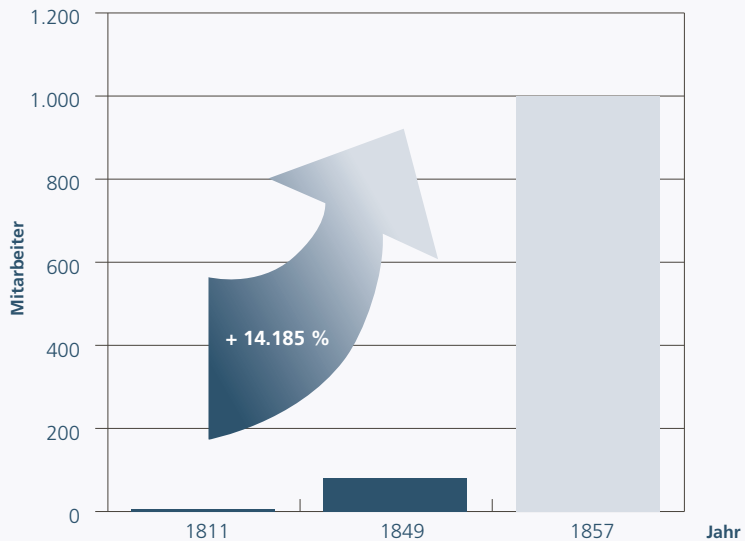


Abb. 4: Mitarbeiterentwicklung der Firma Krupp

Lesehilfe: Die Firma Krupp hat die Anzahl ihrer Mitarbeiter im Zuge der industriellen Revolution von 1811 bis 1857 in weniger als 50 Jahren fast hundertfünfzigfach.

Der Prozess der Industrialisierung gewann jedoch nur langsam an Fahrt; es herrschte ein Überangebot an Arbeitskräften: Die Firma Krupp beispielsweise beschäftigte 1811 sieben, 1849 80 und erst 1857 1.000 Arbeiter. Der massenhaften Armut, den 14-Stunden-Arbeitstagen, der Frauen- und Kinderarbeit, den desolaten Wohnsituationen und der fehlenden sozialen Absicherung von Lebensrisiken der Besitzlosen stand ein steigender Wohlstand der besitzenden Unternehmerschaft, der kapitalistischen „Bourgeoisie“, gegenüber. Trotz Abhängigkeit, Niedriglöhnen und sozialer Not versprach Fabrikarbeit den Besitzlosen Arbeit und Brot. Dagegen rangierte etwa das Einkommen der in Heimarbeit tätigen Weber und Spinner weit unter dem Existenzminimum.

*Industrialisierung:
zunächst schleppend*

Seit den 1850er Jahren nahm die industrielle Dynamik zu. Der Bevölkerungsanstieg schlug sich nun auch in den Beschäftigtenzahlen der einzelnen Wirtschaftssektoren nieder: Arbeiteten 1830 noch dreimal so viele Beschäftigte in der Landwirtschaft wie im Gewerbe – und davon erst 10 % in Fabriken, Bergwerken und Manufakturen –, trafen sich der Agrarsektor und das Gewerbe und Dienstleistungen 1873 bereits auf Augenhöhe bei jeweils 50-prozentigen Anteilen. Besonders deutlich wird die ökonomische Dynamik des deutschen Kaiserreiches an der Entwicklung des Agrarmarktes: Bis Mitte des Jahrhunderts wurden landwirtschaftliche Produkte aus Deutschland exportiert, in der Folgezeit wandelte sich dies jedoch und Deutschland wurde zu einem Agrarimporteur. Katalysator der industriellen Entwicklung war dabei das Aufkommen der Eisenbahnen (vgl. Kocka 1990a: 104).

*Ab 1850er Jahre:
industrielle Dynamik*

Die Revolution von 1848 und die Anfänge der organisierten Arbeiterbewegung

Das von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest behauptete Selbstbewusstsein und die als „Gespenst“ in Europa umhergehende Bewegung des Kommunismus waren eher getragen von der Überzeugung, den objektiven Lauf der Geschichte entschlüsselt zu haben, als von einer erfahrbaren Massenorganisation und realgesellschaftlichen Breitenwirkung. Besonders in Deutschland erreichte das Manifest nur wenige Anhänger im Umfeld des „Bundes der Kommunisten“.

Das Jahr 1848 war weniger aufgrund der Veröffentlichung des Kommunistischen Manifestes bedeutsam. Vielmehr stehen zwei weitere, einschneidende Ereignisse im Vordergrund sozialdemokratischer Geschichtsschreibung: die Revolution von 1848 und die Gründung der „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung“ als eigenständige und umfassende Mitgliederorganisation.

*1848: ein mehrfach
wichtiges Jahr*

Die autoritäre staatliche Unterdrückungspolitik gegenüber oppositionellen Bewegungen verzögerte die Entstehung von Gewerkschaften und einer politisch organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland. Das Koalitionsverbot wurde erst mit der Revolution von 1848 zeitweise aufgehoben. In England geschah dies schon 1824, dort existierte bereits eine politische Arbeiterbewegung, die von Gewerkschaften getragen wurde. Hinzu kam in Deutschland eine ausgeprägte Pressezensur. Bis 1848 waren einzig die wandernden Handwerksgesellen politisch engagiert, und dies auch nur, wenn sie sich nicht auf deutschem Boden befanden. Die Handwerksgesellen organisierten sich in verschiedenen Zusammenhängen, u. a. im kommunistisch geprägten „Bund der Gerechten“. Erste Kranken-, Hilfs- und Sterbekassen sowie frühe Streikaktivitäten waren Vorläufer gewerkschaftlicher Entwicklung.

Die Revolution von 1848

Die Revolution von 1848 sollte dies ändern. Anders als in Frankreich war die Revolution in Deutschland weniger von einer sozialen, sondern stärker von einer demokratischen und nationalen Motivation getragen. Ziel der deutschen Demokraten war ein parlamentarisch verfasster Staat in nationaler Einheit mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht. Die Bildung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche war für große Teile der bürgerlichen Demokratiebewegung somit bereits der entscheidende politische Erfolg.

Die mit den bürgerlichen Demokraten kämpfende Arbeiterschaft wurde indes von der Hoffnung auf ein besseres und selbstbestimmtes Leben getrieben. Für sie bot die Revolution die Initialzündung zur Organisation. In der Folgezeit entstanden erste Gewerkschaftszusammenschlüsse, vornehmlich der Buchdrucker und Tabakarbeiter. Es gab jedoch auch im Bürgertum sozial motivierte, liberaldemokratische Kräfte. Getragen von einem liberalen Bildungsideal, bemühten sich diese um den Aufbau von Arbeiterbildungsvereinen. Sie leisteten zwar Hilfe zur Selbsthilfe, weiter gehende soziale Forderungen in aller politischen Konsequenz lagen ihnen aber fern.

„Wir Arbeiter waren einem großen Teile der deutschen Bürgerklasse fremde, unbekannte Wesen [...]; konnten wir erwarten, dass man uns als eine Klasse in der Gesellschaft betrachtete, die ihre eigene selbständige Entwicklung durchmacht? [...] Wir schlagen unsere Kräfte weder zu hoch noch zu niedrig an; es ist wahr, wir stehen jetzt auf einer Stufe der Entwicklung, von der uns keine Gewalt der Erde mehr zurückwerfen soll [...], wir nehmen unsere Angelegenheiten selbst in die Hände und niemand soll sie uns wieder entreißen.“ (Stephan Born 1848, Einleitung zu den Statuten des Berliner Zentralkomitees für Arbeiter, zit. nach Grebing 2007: 15)

Einen anderen, eigenständigen Weg sollte der Buchdrucker Stephan Born einschlagen. Auf sein maßgebliches Betreiben hin fanden sich vom 23. August bis 3. September 1848 32 Arbeitervereine aus ganz Deutschland in Berlin zusammen, um mit der „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung“ die erste eigenständi-

Stephan Born (1824–1898) war ein gelernter Buchdrucker, arbeitete später aber auch als Lehrer, Redakteur und Professor. Auf ihn geht die Gründung der „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung“, der ersten eigenständigen, überregionalen Selbsthilfeorganisation der Arbeiterbewegung, im Jahr 1848 wesentlich zurück. Nach dem Scheitern der Märzrevolution von 1848 emigrierte Born in die Schweiz.

ge, überregionale Selbsthilfeorganisation der Arbeiterbewegung zu gründen, die gewerkschaftliche Forderungen vertrat. Ihre erfolgreiche Verankerung in der Fläche wird an den 230 örtlichen Vereinen und Bezirksorganisationen deutlich, die die „Arbeiterverbrüderung“ später umfasste.

Neben dem Schritt zur überregionalen Eigenständigkeit und der Größe der Organisation war ein anderes Merkmal der „Arbeiterverbrüderung“ wesentlich: der Solidaritätsgedanke. Zwar wurde die „Arbeiterverbrüderung“ vorrangig von qualifizierten Arbeitern und Handwerksgehilfen und weniger von Ungelernten, Tagelöhnern oder dem „Lumpenproletariat“ getragen. Dennoch zeugt das Leitmotiv der „Arbeiterverbrüderung“ – „Einer für alle, alle für einen“ – von einer gemeinsamen Identität und einem kollektiven Selbstverständnis als „Arbeiterstand“ oder „Arbeiterklasse“. Die Mitglieder der „Arbeiterverbrüderung“ teilten die Überzeugung, dass Freiheit und Fortschritt nur in Solidarität erreicht werden können.

Im Kontext der „Arbeiterverbrüderung“ Stephan Borns tauchte der Begriff „Sozialdemokratie“ erstmals prominent auf. So nannten sich die (männlichen) Mitglieder „Social-Demokraten“ und verbanden damit in ihrer Selbstbeschreibung die fortwährende programmatische Überzeugung einer untrennbaren Verbundenheit der sozialen mit der demokratischen Frage. In der Folge etablierte sich der Begriff zunehmend: Die zentrale Publikation des ADAV trug den Titel „Der Social-Demokrat“ und in den Bezeichnungen der späteren Parteigründungen und -fusionen findet sich der Begriff ebenfalls wieder.

Programmatisch forderte die „Arbeiterverbrüderung“ Verbesserungen der politischen und der sozialen Ordnung: Koalitionsfreiheit, um eigene Vertretungsorganisationen aufbauen zu können, erste sozialstaatliche Sicherungssysteme

wie Gesundheitseinrichtungen und Krankenkassenunterstützung. Die Kritik am Privateigentum fand sich in der Forderung nach Konsum- und Produktionsgenossenschaften wieder, der eindrucksvolle Wandel der Arbeit zeigte sich in den Forderungen nach Arbeitsnachweisen, gesetzlichem Arbeitsschutz und Mitbestimmung bei Arbeitszeit und der Lohnfindung.

*Die 1848er-
Revolution
scheitert*

Es gelang, über einzelne Abgeordnete entsprechende Forderungen in die Beratungen der verfassungsgebenden Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche einzubringen. Hier trafen diese jedoch auf den eingeschränkten Umgestaltungswillen der liberal-bürgerlichen Mehrheit, die sozialdemokratische Neugestaltungsvorschläge ausbremste. Ziel der liberalen und bürgerlichen Kräfte war die Schaffung eines deutschen Nationalstaates mit in einer Verfassung garantierten bürgerlichen Freiheiten. Konkret ging es ihnen vorrangig um politische Mitbestimmungsrechte, um Gleichheit vor dem Gesetz und den Schutz von Eigentum. Forderungen der radikaldemokratischen und sozialrevolutionären Minderheit in der Nationalversammlung konnten sich nicht durchsetzen.

Gleichzeitig erstarkten die monarchischen Kräfte. Die Enttäuschung der Arbeiterschaft über die Verhandlungsergebnisse in der Paulskirche wuchs. Es kam zu Protesten. Die monarchische Reaktion nutzte die Gelegenheit der Schwäche und der inneren Spaltung der Demokratiebewegung. Mit Waffengewalt wurden die Proteste niedergeschlagen und das Parlament aufgelöst. Der kurze demokratische Frühling rund um die Revolutionszeit fand mit einem strengen Koalitionsverbot und der Verfolgung oppositioneller Kräfte ein jähes Ende.

*Die Arbeiterbewe-
gung tritt das demo-
kratische Erbe an*

Aus dem Scheitern der nahezu vollständig mit Mitgliedern des Bürgertums und nur einer Handvoll Bauern und Handwerkern bestehenden Frankfurter Nationalversammlung zogen das liberale Bürgertum und die Arbeiterbewegung unterschiedliche Schlüsse mit jeweils weitreichender Wirkung. Während aufseiten des Bürgertums Anpassung und Resignation vorherrschten und die oppositionelle Haltung angesichts errungener ökonomischer Freiheiten vielfach aufgegeben wurde, wuchs in der Arbeiterbewegung die Überzeugung, Fortschritt und eine gerechte Ordnung allein erringen zu müssen. Die Arbeiterschaft nahm sich des Erbes der 1848er-Revolution an und entwickelte die demokratischen Ideale und Ideen weiter. Die Demokratisierung der Gesellschaft und die Befreiung der Arbeiterklasse wurden zum historischen Auftrag der sich herausbildenden Arbeiterbewegung.

„Organisieren Sie sich als ein Allgemeiner deutscher Arbeiterverein zu dem Zweck einer gesetzlichen und friedlichen, aber unermüdlichen, unablässigen Agitation für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts in allen deutschen Ländern. Von dem Augenblicke an, wo dieser Verein auch nur 100.000 deutsche Arbeiter umfasst, wird er bereits eine Macht sein, mit welcher jeder rechnen muss. Pflanzen Sie diesen Ruf fort in jede Werkstatt, in jedes Dorf, in jede Hütte. Mögen die städtischen Arbeiter ihre höhere Einsicht und Bildung auf die ländlichen Arbeiter überströmen lassen. [...] Je mehr das Echo Ihrer Stimme millionenfach widerhallt, desto unwiderstehlicher wird der Druck derselben sein.“ (Ferdinand Lassalle 1863, Offenes Antwortschreiben, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 131)

Am Vorabend der Bildung des ADAV, dessen Leitfigur mit diesen Worten zitiert wird, stehen ungelöste soziale Probleme und anhaltende politische Ohnmacht gepaart mit Enttäuschung über die unergiebigsten Kooperationsversuche mit der liberalen Bewegung insgesamt. Die gewachsene Überzeugung der Arbeiterschaft und weniger sich dieser verbunden fühlender Intellektueller, ihre Interessen eigenständig vertreten zu müssen, gewann an Zustimmung und realer Geltung. Die Arbeiterschaft organisierte sich zusehends selbst. 1863 gründet sich die erste deutsche Arbeiterpartei, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV). Dieses Datum markiert den historischen Wendepunkt zur Konstituierung einer dritten großen und bedeutenden politischen Strömung neben Liberalismus und Konservatismus: des Sozialismus.

Was bedeutet das für die Soziale Demokratie?

- Früh erkannte die junge Arbeiterbewegung, gestützt auf Marx und Engels und die eigene Lebenserfahrung, wie entscheidend die ökonomischen Verhältnisse die Gesellschaft prägen.
- Die Arbeiterbewegung trat das demokratische Erbe der Revolution von 1848/49 an.
- Die soziale Not des Frühkapitalismus auf der einen und der autoritäre Obrigkeitsstaat auf der anderen Seite standen einer gerechten Ordnung entgegen. Von Beginn an zeichnete die Sozialdemokratie die Verbindung der sozialen mit der demokratischen Frage aus.

Zum Weiterlesen:

Jürgen Kocka
(1990a), *Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Band 2: Arbeitsverhältnisse und Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Jürgen Kocka
(1990b), *Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

3. MASSENBEWEGUNG ZWISCHEN EINHEIT UND SPALTUNG (1863–1918)

In diesem Kapitel

- wird beschrieben, wie aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) von 1863 und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) später die SPD entstand;
- werden Verbot und Verfolgung der Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes skizziert;
- werden der Aufstieg zur Massenbewegung und die Diskussionen über Programm und Strategie im autoritären Kaiserreich nachgezeichnet;
- werden die Umstände erläutert, unter denen sich die SPD während des Ersten Weltkriegs spaltete.

Lassalle war überzeugt: Das Bürgertum hatte die Ideale von 1848 verraten. Vor allem das war seine Motivation bei der Gründung des ADAV 1863. Die historische Aufgabe, die demokratischen Freiheitsideale zu realisieren, sei nun Sache des „vierten Standes“ – so bezeichnete Lassalle die „Arbeiterklasse“ häufig.

„Seine Sache ist daher in Wahrheit die Sache der gesamten Menschheit, seine Freiheit ist die Freiheit der Menschheit selbst, seine Herrschaft ist die Herrschaft aller.“ (Ferdinand Lassalle 1862, zit. nach Bernstein 1919: 187)

*Sachsen: frühes
Zentrum der
Arbeiterbewegung*

Der ADAV wurde nicht zufällig in Leipzig gegründet: Sachsen war eines der frühen Zentren der Arbeiterbewegung. Darüber hinaus wurde dort das Koalitionsverbot bereits 1861 aufgehoben. Im Leipziger Bildungsverein wurde eine Minderheit aktiver. Sie wollte eine eigenständige politische Vertretung der Arbeiterschaft. Ein „Central-Comite zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Congresses“ wurde ausgerufen. Lassalle wurde um einen Programmentwurf gebeten.

Ferdinand Lassalle (1825–1864) war Jurist und Publizist und der erste Präsident des 1863 gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), in dessen Nachfolge die SPD steht. Bekannt ist Lassalles „Offenes Antwortschreiben“, auf das die Gründung des ADAV zurückgeht. Tragisch war sein Tod in einem Pistolenduell, was zu seiner Verehrung als Idol beitrug.

Ferdinand Lassalle war ein bekannter Jurist und Publizist. Er entfaltete dank seiner leidenschaftlichen Reden, seines organisatorischen Talents und der von ihm eingenommenen Rolle als Anwalt der Arbeiterschaft eine hohe Wirkung und Anziehungskraft. Programm und Strategie des ADAV skizzierte er in

seinem „Offenen Antwortschreiben“ vom 1. März 1863. Am 23. Mai 1863 trafen sich in Leipzig Delegierte aus elf Orten, gründeten den ADAV und wählten Lassalle zu seinem Präsidenten. Die Mitgliederzahl belief sich 1864 auf etwa 4.600. Der ADAV umfasste zwar nur eine Minderheit der Arbeitervereine und seine unmittelbare Strahlkraft war regional begrenzt – die ADAV-Gründung war jedoch ein Zeichen des Aufbruchs. Die nachträgliche Idolisierung Ferdinand Lassalles und der Umstand, dass auf seine Ideen immer wieder Bezug genommen wurde, zeigen seine Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiterbewegung.

Lassalle hatte einen liberalen Gegenspieler aus der Deutschen Fortschrittspartei. In der Debatte zwischen Hermann Schulze-Delitzsch, einem Mitbegründer des deutschen Genossenschaftswesens, und Lassalle spiegelt sich eine große Kontroverse dieser Zeit wider, eine zentrale Auseinandersetzung zwischen

Sozialismus und Liberalismus. Ihr Gegenstand waren die Interpretation und Deutung der sozialen Frage, im Speziellen des „ehernen Lohngesetzes“.

Laut **ehernem Lohngesetz** kann sich der Arbeitslohn für die Arbeiter stets nur auf aller-niedrigstem Niveau bewegen. Das gewinn- und profitorientierte Ausbeutungsverhältnis im Kapitalismus verhindere höhere Löhne.

Aus dem „ehernen Lohngesetz“ ergab sich für Lassalle die Notwendigkeit, für die Arbeiter eigene Produktivgenossenschaften zu gründen. Sie sollten die Trennung zwischen Arbeitslohn auf der einen und Unternehmergewinn auf der anderen Seite überwinden. Entsprechend forderte er eine staatliche Unterstützung der Produktivgenossenschaften. Ihm widersprach Schulze-Delitzsch. Dieser lehnte Staatsinterventionen ab und setzte vielmehr auf Selbsthilfe über Hilfskassen und Konsumgenossenschaften.

1863: das „Offene Antwortschreiben“ Lassalles und die Gründung des ADAV

Lassalles Gegenspieler

Lassalle, Marx und Engels

Lassalle sowie Marx und Engels stimmten in vielen Fragen nicht überein. Aber sie wiesen der Arbeiterbewegung eine entscheidende historische Rolle zu. Sie analysierten die Defizite des Kapitalismus in ähnlicher Weise. Auch teilten sie die Einschätzung, dass für die Emanzipation der Arbeiterbewegung die Forderung nach Abschaffung des „Grund- und Kapitaleigentums“ zentral sei.

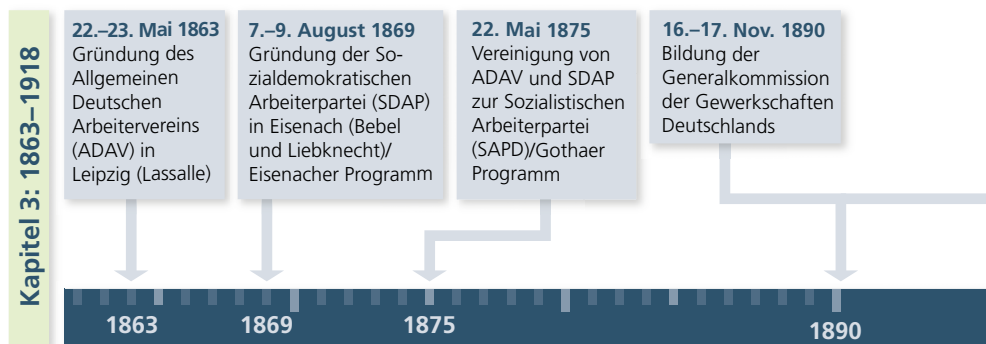
Die erheblichen Unterschiede zwischen Lassalle auf der einen und Marx und Engels auf der anderen Seite lagen in den Staatsvorstellungen, im revolutionären bzw. reformorientierten Ansatz, einem stärker nationalen bzw. internationalen Blick und unterschiedlichen Vorstellungen zur innerparteilichen Mitbestimmung. Diese Unterschiede wirkten sich auf die Parteibildungsprozesse der 1860er Jahre aus.

Staatsfunktion

Vor allem hinsichtlich der Rolle des Staates und seiner gesetzgeberischen Institutionen unterschieden sich die Vorstellungen. Marx sah sie eher als Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse. Lassalle hielt es für möglich, die politische Ausrichtung des Staates zu verändern. Er war für ihn aufgrund seiner Gesetzgebungsfunktion eine zentrale Arena zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Im Vergleich zu Marx und Engels orientierte sich Lassalle darüber hinaus stärker am nationalen Staat. Er war weniger internationalistisch und in Programmatik und Rhetorik weniger revolutionär.

Strategie

Marx und Engels kritisierten zudem Lassalles politische Strategie. Er attackiere das liberale Bürgertum zu sehr und sei zu wenig bemüht, zumindest in der Anfangszeit des politischen Kampfes Bündnisse mit den fortschrittlichen Teilen des Bürgertums einzugehen. Ihnen zufolge könnten sich erst allmählich aussichtsreiche Bedingungen zur politischen Selbstständigkeit der Arbeiterbewegung entwickeln.



Zeitgeschichtlich: deutsches Kaiserreich, Verfolgung der Sozialdemokratie mit dem Sozialistengesetz (Oktober 1878 bis September 1890) und Erster Weltkrieg

Die „Eisenacher“ gründen sich als zweite Partei der Arbeiterbewegung

Am 7. August 1869 organisierte sich mit der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) ein zweiter Zweig der Arbeiterbewegung, die sogenannten Eisenacher. Gründer, Doppelspitze und prägende Figuren der SDAP waren Wilhelm Liebknecht und der später als „Arbeiterkaiser“ zur Ikone aufsteigende und langjährige SPD-Parteivorsitzende August Bebel.

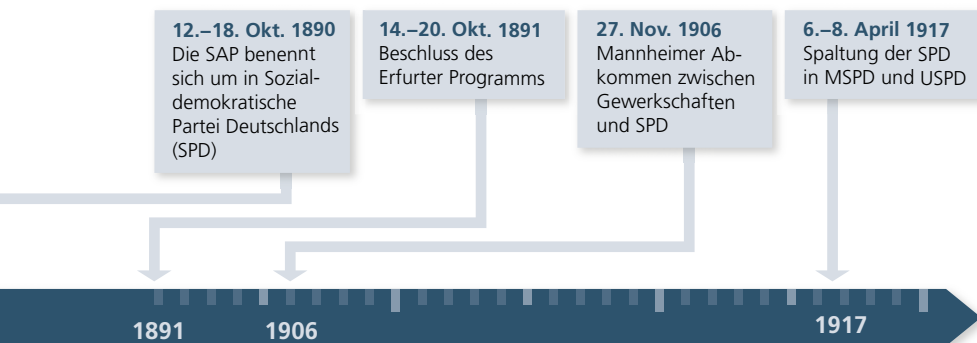
August Bebel (1840–1913) und **Wilhelm Liebknecht** (1826–1900) gründeten 1869 die SDAP. Bebel war von 1892 bis zu seinem Tod einer der beiden Vorsitzenden der SPD und seit 1871 Mitglied des Reichstags. Seine Popularität fand in der Bezeichnung „Arbeiterkaiser“ Ausdruck. Bebels einflussreichstes Werk als Autor war *Die Frau und der Sozialismus*, das 1879 erschien. Der ältere Liebknecht war bereits in der Revolution 1848/49 aktiv und später ein einflussreiches Mitglied der Reichstagsfraktion der SPD. Wilhelm Liebknecht war der Vater von Karl Liebknecht.

Die SDAP setzte sich anfänglich vor allem aus ehemaligen ADAV-Mitgliedern zusammen. Viele waren zudem ehemalige Anhänger der Sächsischen Volkspartei,

die Bebel und Liebknecht folgten. Bezogen auf die Regionen gewann die SDAP vor allem mittel- und süddeutsche Arbeiter. Programmatisch und theoretisch erinnerte vieles an den ADAV: Die SDAP forderte – wie auch der ADAV – das allgemeine, direkte und gleiche Wahlrecht, gesetzlich geregelte Höchstarbeitszeiten, progressive Steuerverläufe statt Konsumsteuern und eine allgemeine Schulpflicht. Darüber hinaus sprach sich die SDAP für die staatliche Förderung von Genossenschaften aus. Die staatlichen Institutionen erkannte sie als Arenen der politischen Auseinandersetzung an. Entsprechend trat die SDAP zu Wahlen an.

1869: Gründung der SDAP

Programmatische Überschneidungen zum ADAV



Ebenso wie Lassalle gingen die „Eisenacher“ von einem Zusammenhang zwischen politischer und sozialer Freiheit der Arbeiterschaft aus:

„Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.“ (Eisenacher Programm, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 160)

Ihre internationalistische Gesinnung unterstrichen sie mit dem Beitritt zur Internationalen Arbeiterassoziation, die später auch als Erste Internationale bezeichnet wurde. An Mitgliedern zählte die SDAP 1870 etwa 10.000, 1875 etwa 9.000 (zum Vergleich: ADAV 1872 etwa 21.000, 1875 etwa 15.000).

	ADAV	SDAP
Gründung	1863	1869
Wichtige Personen	Lassalle	Bebel und Liebknecht
Innere Organisation	Autoritäres Präsidium	„Von unten nach oben“
Bezugsrahmen	Stärkere nationale Orientierung	Stärkere internationale Orientierung
Deutsche Frage	Kleindeutsche Lösung unter preußischer Führung	Großdeutsche Lösung unter österreichischer Beteiligung
Einschätzung der Politik Bismarcks	Potenzieller Verbündeter	Inbegriff des autoritären und rückständigen Deutschlands

Abb. 5: Unterschiede zwischen ADAV und SDAP

Unterschiede zwischen ADAV und SDAP

Ein erster wesentlicher Unterschied beider Parteien der Arbeiterbewegung war die binnendemokratische Organisation. Der ADAV war sowohl unter Lassalle als auch unter dessen Nachfolger Johann Baptist von Schweitzer eine autoritär strukturierte Organisation mit einem autonomen Führungszentrum. Dagegen setzte die SDAP – ähnlich wie heutige Parteien – auf eine innerdemokratische Willensbildung „von unten nach oben“.

Unterschied:
Binnenorganisation

Auch in Bezug auf die Bildung einer deutschen Nation unterschieden sich SDAP und ADAV. Während sich Erstere an einem föderalistischen und großdeutschen – also Österreich integrierenden – Deutschlandbild orientierte, bevorzugte der ADAV die kleindeutsche, preußisch dominierte Variante. Entsprechend unterschiedlich waren die Einschätzungen in Bezug auf den preußischen Ministerpräsidenten und späteren Reichskanzler Otto von Bismarck: potenzieller Partner im Kampf gegen das Bürgertum auf der einen (ADAV), Inbegriff des rückständigen und autoritären Deutschlands auf der anderen Seite (SDAP).

*Unterschied:
deutsche Frage*

Annäherung und Fusion

Diese unterschiedlichen Auffassungen bestimmten zunächst das Verhältnis zwischen SDAP und ADAV. 1875 vereinigten sich beide jedoch in Gotha zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)³. Befördert worden war die Annäherung neben der nunmehr vollzogenen deutschen Reichsgründung 1871 von der sich verschlechternden Lage der Klasse der Arbeiterschaft. Nach der Reichsgründung wandte sich der Blick des autoritären Kaiserreiches wieder nach innen und zielte auf die Sozialdemokratie. Zur staatlichen Unterdrückung gesellte sich eine verstärkte ökonomische und soziale Notlage. 1873 kam es am Ende der sogenannten Gründerzeit zum „Gründerkrach“. In den Anhängerschaften beider Parteien wuchs die Einschätzung, nur gemeinsam bestehen zu können.

*1875: Vereinigung
in Gotha zur SAPD*

Die SAPD wurde also in einem Umfeld gegründet, das als feindlich erlebt wurde, und diese Erfahrung prägte die Partei. Das auf dem Einigungsparteitag beschlossene Gothaer Programm besteht im Wesentlichen aus einer Kombination von Auffassungen Lassalles und Liebknechts. Es ist weniger durch eine stringente Analyse und eine theoriegesättigte Ableitung politischer Forderungen gekennzeichnet. Auch die Anleihen bei Marx sind gering, wie Marx selbst Liebknecht in schärfster Kritik mitteilte.

Das **Gothaer Programm** unterstrich das sich zunehmend ausbildende und verfestigende Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft. Deutlich wird dies insbesondere durch das Festhalten am „ehernen Lohngesetz“ Lassalles als Baustein der gesellschaftlichen Analyse und daran, dass alle anderen politischen Kräfte als reaktionär gegeißelt wurden. Dies bedeutete gleichzeitig eine Absage an jegliche Bündnispolitik mit fortschrittlichen Kräften des Bürgertums.

*Das Gothaer
Programm*

³ Die SAPD von 1875 wird auch SAP abgekürzt. Die 1933 gegründete Sozialistische Arbeiterpartei wird ebenfalls mit SAPD und SAP abgekürzt. Zur Unterscheidung wird für Letztere in diesem Band die Abkürzung SAP genutzt.

Das Sozialistengesetz

Unterstützung von bürgerlichen Sozialreformern oder Vertretern der katholischen Soziallehre versprach man sich nicht. Im Kampf um politische Gleichberechtigung und soziale Rechte sah sich die Arbeiterbewegung ohne Bündnispartner – und die herrschenden Kräfte im Kaiserreich waren wenig gewillt, an ihrer Haltung etwas zu ändern: Das Sozialistengesetz demonstrierte und praktizierte in aller Deutlichkeit den Unterdrückungswillen des Kaiserreiches.

Das **Sozialistengesetz** von 1878 („Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“) verbot politische Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften sowie Vereine, die sich für Sozialismus einsetzten. Die Koalitions- und die Pressefreiheit wurden eingeschränkt. Bis zum Ende der Gültigkeit des Gesetzes 1890 sollten mehrere Hundert Zeitungen, Zeitschriften und Gewerkschaften verboten und Sozialdemokraten verfolgt, angeklagt und verurteilt werden. Hierzu zählte auch die 1876 erstmals erschienene Parteizeitung „Vorwärts“.⁴

Wie war es zum Sozialistengesetz gekommen? 1871 gründete sich die Pariser Kommune, ein spontan gebildeter Stadtrat, der die französische Hauptstadt nach sozialistischen Vorstellungen umgestalten wollte. Er wurde gewaltsam unter Einsatz von Militär niedergeschlagen. Die deutsche Sozialdemokratie hatte sich mit den Pariser Sozialisten solidarisiert. Sie rief sie zum Vorbild im internationalen Befreiungskampf der Arbeiterklasse aus. Nach der Niederschlagung der Pariser Kommune fühlten sich viele deutsche Sozialdemokraten jedoch bestätigt: Eine Massenbewegung sei Vorbedingung eines Machtwechsels. Ihre Skepsis gegenüber spontanen, revolutionären Umstürzen war gewachsen.

Und tatsächlich zeigte die parlamentarische Strategie der Sozialdemokratie Erfolge. Bei den Reichstagswahlen konnte sie sich kontinuierlich verbessern: Im Jahr 1871 erreichten die sozialdemokratischen Parteien zusammen 3,2 % der Stimmen, 1874 6,8 %. 1877 erhielt die SAPD, die aus der Fusion von ADAV und SDAP entstanden war, dann bereits 9,1 % der Stimmen.

Bismarck und die konservativen Kräfte der Monarchie sahen sich so konfrontiert mit der gegen alle Widerstände aufstrebenden Sozialdemokratie einerseits und mit Ansprüchen des wirtschaftlich erfolgreichen und aufsteigenden Bürgertums andererseits. Sie versuchten mit dem Sozialistengesetz beide machtpolitischen Herausforderungen zu lösen.

4 Vgl. Seite 43.

Zwei erfolglose Attentate auf Kaiser Wilhelm I., bei denen es keinerlei Verbindung zur Sozialdemokratie gab, dienten dann als finaler Anlass, das Sozialistengesetz zu verabschieden. Bismarck behauptete, die staatliche Ordnung müsse gegen die Sozialdemokratie verteidigt werden. Er konnte dabei auf bürgerliche Ressentiments gegen die Sozialdemokratie aus Zeiten der Pariser Kommune bauen.

Auf der einen Seite schürte er also Angst und Ressentiments gegenüber der Sozialdemokratie, brandmarkte sie als staatsgefährdend und umstürzlerisch. Auf der anderen Seite versuchte er insbesondere die Nationalliberalen an das autoritäre Kaiserreich zu binden, indem er zur Sicherung und Verteidigung der bestehenden Ordnung aufrief.

Das Sozialistengesetz wurde am 19. Oktober 1878 mit den Stimmen von Konservativen und Nationalliberalen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten,

des katholischen Zentrums und der linksliberalen Fortschrittspartei verabschiedet. Das Sozialistengesetz wurde mehrfach verlängert und galt letztlich zwölf Jahre lang: von Oktober 1878 bis September 1890.

Konservative und Liberale: für das Sozialistengesetz

Der Gründungskongress der Zweiten Internationale rief 1889 alle Arbeiter dazu auf, am **1. Mai** 1890 für ihre Rechte auf die Straße zu gehen. In Deutschland war das Sozialistengesetz noch in Kraft. Das Versammlungsverbot wurde mit „Massenspaziergängen“ umgangen, als Erkennungszeichen diente – Fahnen durften nicht mitgeführt werden – eine **rote Nelke** im Knopfloch (vgl. Heimann 2003: 15).

Das war aber noch nicht alles: Bismarck verfolgte eine Doppelstrategie, die als Rede-

„Zuckerbrot und Peitsche“

wendung „Zuckerbrot und Peitsche“ wohlbekannt ist. Neben Repressionen und Unterdrückung entstand in den 1880er Jahren eine neue Qualität der Sozialgesetzgebung. Sie war ein Versuch, die Arbeiterschaft zu integrieren: 1883 wurde das Krankenversicherungsgesetz beschlossen, 1884 die Unfallversicherung und 1889 das Invaliditäts- und Alterssicherungsgesetz.

Aufstieg der Sozialdemokratie

Den Aufstieg der Sozialdemokratie konnten die Strategie der politischen Verfolgung und der Versuch, sie an den Rand der Gesellschaft zu drängen, allerdings nicht stoppen. Zu Wahlen auf Reichs- und auf Landesebene konnte sie aus verfassungsrechtlichen Gründen unverändert antreten – und ihre Wahlergebnisse trotz der massiven Einschränkungen bis 1890 sogar noch verbessern. Mit rund

SPD: Erfolge trotz Verbot

1,4 Millionen Stimmen wurde die SPD bei der Reichstagswahl im Februar 1890 stärkste Partei. Es zeigte sich, dass das Streben nach Demokratie und politischer Selbstbestimmung sowie das verbreitete Misstrauen gegenüber den autoritären Kräften des Kaiserreiches stark genug waren, um die Bindungskraft auch in Zeiten des Verbots nicht zu verlieren. Vielmehr waren die Identifizierung und die Sehnsucht nach einer alternativen Gesellschaftsordnung gewachsen. Dies fand seinen Ausdruck insbesondere in einer zunehmenden Popularität an Marx orientierter Ideen – nicht zuletzt deswegen, weil die Zwangsläufigkeit des Zusammenbruchs des Kapitalismus und das Erreichen einer gerechteren Ordnung eine bessere Zukunft versprochen. Dieser Gedanke spendete in und trotz der autoritären, realen Düsternis Trost, Optimismus und Siegeswillen.

„Sind es Arbeiter nicht, welche Lokomotiven und Schiffe bauen? Ihnen gehorcht der Dampf, die elektrische Kraft und gebändigt das Feuer und Wasser! Einst werden sie auf eignen Wagen fahren, mit eignen Schiffen touristisch die Meere durchkreuzen! [...] Keine irdische Pracht gibt es da, die sein Aug' nicht erspähte, kein Land, das sein Fuß nicht betrat [...].

Sein ist die Welt! Sein ist die Kraft! Sein ist alle Menschenseligkeit!

Fragt ihr aber, wer uns solches bringen wird? Einzig allein nur der sozialdemokratische Zukunftsstaat! Er ist die Erfüllung unsrer kühnsten Träume!“

(Ernst Kreowski [1904], Zukunfts-Verheißung in einer Maizeitung, zit. nach Achten 1980: 134)

Politisch agierte die Sozialdemokratie nach wie vor reformorientiert. Die Fraktionen bildeten sich in den Zeiten des Parteiverbots als klare Machtzentren heraus. Die gegen alle Widerstände erzielten Wahlerfolge wurden als weiteres Indiz dafür verstanden, dass die politische Machtfrage über das allgemeine und demokratische Wahlrecht zu lösen sei. Nur so könne die Bewegung einen Massencharakter bekommen und sei eine Annäherung an den Sozialismus möglich.

Das Erfurter Programm

1891 beschloss die Partei, die sich 1890 in Sozialdemokratische Partei Deutschlands umbenannt hatte, ein neues Grundsatzprogramm, das utopische Idee und Gesellschaftsanalyse mit Reformvorschlägen kombinierte. Das **Erfurter Programm** ging auf einen Entwurf zweier Theoretiker der Partei, Karl Kautsky und Eduard Bernstein, zurück.

Die Struktur des Erfurter Programms gilt für Grundsatzprogramme von Parteien insgesamt als beispielhaft. In einem ersten, gewissermaßen „theoretischen Teil“ werden die gesellschaftlichen Verhältnisse analysiert und die eigenen politischen Prämissen und Werte dargestellt. Im zweiten, „praktischen Teil“ werden daraus politische Instrumente abgeleitet.

Dabei orientierte sich der theoretische Teil stark an den Marx'schen Ideen. Er analysierte die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und plädierte entlang der Eigentumsverteilung und der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel für eine anzustrebende Vergesellschaftung der Produktionsmittel. So könne die Befreiung der Arbeiterklasse realisiert werden.

Der praktische Teil des Programms forderte politische Freiheiten und soziale Reformen: etwa die Einführung des allgemeinen, direkten und gleichen Stimmrechts, eine Volksgesetzgebung, die Abschaffung geschlechterdiskriminierender Gesetze, Schulpflicht bei gleichzeitig kostenfreiem Unterricht, progressive Steuerverläufe, Arbeitsschutzregelungen, die Einführung des Achtstundentages, aber auch die Übernahme der Arbeiterversicherung durch das Reich unter Mitverwaltung durch die Arbeiterschaft.

Etablierung der Sozialdemokratie

Bismarcks Doppelstrategie aus politischer Unterdrückung der Arbeiterbewegung und gleichzeitig fortschrittlicher Sozialgesetzgebung war nicht erfolgreich. Das machte der Ausgang der Reichstagswahl 1890 deutlich: Erstmals wurde die SPD wählerstärkste Partei mit 19,7 % bzw. 1.427.000 der abgegebenen Stimmen. Der Durchbruch als Massenbewegung war gelungen, das Vertrauen in die SPD gestiegen, das sozialdemokratische Milieu vertieft und es hatte sich als stabil genug erwiesen, auch zwölf Jahre Sozialistengesetz erfolgreich zu überstehen.

Der Zenit war für die Partei aber noch nicht erreicht. Dies stellte sie einerseits bei den folgenden Reichstagswahlen⁵ unter Beweis, es lässt sich aber auch an den steigenden Mitgliederzahlen ablesen. Ab 1912 war die SPD zudem nicht nur wähler- und mitgliederstärkste Partei, sondern auch stärkste Fraktion im Reichstag.

So schadete der SPD nicht nur in Preußen das Dreiklassenwahlrecht, welches die Wertigkeit der Stimme an das Steueraufkommen bzw. den Besitz koppelte.

*Zweigeteilter
Aufbau*

*Theorie: an Marx
angelehnt*

*Praktischer Teil:
konkrete
Forderungen*

*1890: SPD erreicht
meiste Stimmen*

5 1893: 23,3 % = 1.786.000 Wähler; 1898: 27,2 % = 2.107.000 Wähler; 1903: 31,7 % = 3.000.000 Wähler; 1907: 28,9 % = 3.258.000 Wähler; 1912: 34,8 % = 4.250.000 Wähler. Vgl. auch Seite 159.

Bei Reichstagswahlen wurde die SPD auch durch den Zuschnitt der Wahlkreise benachteiligt. Dieser hatte sich seit der Zeit der Gründung des Reiches nicht verändert, obwohl sich die Verteilung der Bevölkerung eklatant zugunsten der industriellen Zentren verschoben hatte. Die Folge war, dass die agrarischen – und somit konservativ dominierten – Gebiete im absoluten Mehrheitswahlrecht des Kaiserreiches übermäßig Einfluss behielten. Die Landarbeiter blieben für die Sozialdemokratie dabei ebenso unerreichbar wie große Teile der nicht protestantischen Arbeiterschaft im Süden und in Teilen des Westens. Hier war die katholische Zentrums Partei erfolgreich, die sich zusehends für die soziale Frage öffnete und katholische Arbeiter an sich band.

Die Gewerkschaften sind die zweite wichtige Säule der Arbeiterbewegung. Auch ihre Entwicklung verdeutlicht die Fortschritte der Bewegung. Die Arbeiterschaft organisierte sich zunächst anhand von Berufsgruppen. Erneut bildeten – wie bereits zur Mitte des Jahrhunderts – die Verbände der Buchdrucker und Zigarrenarbeiter die Vorhut. Erste Gewerkschaften und Dachverbände wurden durch das Sozialistengesetz jedoch ebenfalls verboten. Nach dem Ende des Verbots gründete sich die „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, die 1891 bereits 277.000 Mitglieder hatte und bis 1914 rund 2.500.000 Mitglieder zählte. Diesen „freien Gewerkschaften“ standen weitere „Richtungsgewerkschaften“ gegenüber: die an den Liberalen orientierten Gewerkvereine (1913: 105.000 Mitglieder) und die christlichen Gewerkschaften (1913: 340.000 Mitglieder). Beide waren jedoch deutlich kleiner als die sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Der Zuwachs an Wählern, Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern spiegelte den gesellschaftlichen Wandel im Kaiserreich wider. Die Industrialisierung nahm zu, der Agrarsektor wurde als dominierender Wirtschaftssektor abgelöst. Verglichen mit dem Gründungsjahr 1871 lebten 1914 rund 67 Millionen und somit 27 Millionen Menschen mehr im Deutschen Reich. Diese trieb es zudem aus den agrarisch dominierten Gebieten in die industriellen Ballungszentren und in entsprechende Anstellungsverhältnisse im produzierenden Gewerbe. Vor allem in Sachsen, in Berlin und im Ruhrgebiet stieg die Bevölkerung stark an. Der Anteil der Industriearbeiterschaft erhöhte sich ungemein. Getrieben war die Industrialisierung besonders stark vom technologischen Fortschritt.

Um die Jahrhundertwende stießen bereits früh eine der Grundannahmen des Erfurter Programms und dessen an Marx orientierte Analyse des Kapitalismus

und seiner zukünftigen Entwicklung an ihre Grenzen: Statt zunehmender Massenarbeitslosigkeit und Lohnverfall ließen sich trotz aller Branchen- und Berufsunterschiede eine niedrige Arbeitslosigkeit und Lohnzuwächse beobachten. Dabei war es gerade die niedrige Arbeitslosigkeit, die den Gewerkschaften Vetomacht zukommen ließ und dank der sie in Verhandlungen Erfolge erzielen konnten. Unter anderem sank die tägliche Arbeitszeit, ein Hauptkampffeld der Arbeiterbewegung, beginnend mit den 1870er Jahren auf zwölf, in den 1890er Jahren auf elf und zu Anfang des Jahrhunderts teilweise auf zehn Stunden ab.

Gleichwohl war die soziale Frage nicht gelöst. Die Gesellschaft durchzog auch weiterhin eine Polarisierung zwischen Arm und Reich. Insbesondere der Wohnungsbestand, Kinderarbeit und Frauenausbeutung stellten große Probleme dar. Auch die politischen Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Arbeiterschaft außerhalb des eigenen Milieus waren weiterhin mangelhaft, sie blieben von den herrschenden Kräften ausgegrenzt. In der Arbeiterbewegung führte dies umgekehrt zu einer Vertiefung des Milieus, der Gründung zahlreicher Institutionen im Vorfeld der Partei und einem hohen Gemeinschaftsgefühl. Dieses Gemeinschaftsgefühl fand seinen Ausdruck nicht zuletzt auch im Genossenschaftsprinzip und in der Arbeiterkulturbewegung. Das Milieu bot Identität und Halt.

*Soziale Frage:
ungelöst*

„Wann wir schreiten Seit’ an Seit’ und die alten Lieder singen“ – diese Textzeile illustriert, wie gemeinsames Liedgut den Zusammenhalt von Sozialdemokratie und Gewerkschaften stärkte. Das Singen von **Arbeiterliedern** stiftete soziale und politische Identität, transportierte Zukunftsvisionen und war ein wichtiges Element der sozialdemokratischen Kultur. Zu den bekanntesten Liedern gehören die „Arbeiter-Marseillaise“, 1864 als Reaktion auf den Duelltod von Ferdinand Lassalle gedichtet, sowie das von Georg Herwegh im Vorjahr anlässlich der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins verfasste „Bundeslied“. Erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg avancierte dann weltweit die „Internationale“ zur Hymne der Arbeiterbewegung. Mit dem im sozialdemokratischen Milieu weitergetragenen Liedgut konnte Gesellschaftskritik in leicht verständlicher und deshalb breitenwirksamer Form geübt werden. Es demonstrierte nach außen Geschlossenheit und half, starke Gefühle wie Empörung, Wut und Trauer zum Ausdruck zu bringen. Gesungen wurde bei vielen Gelegenheiten, etwa zum Abschluss von Versammlungen, bei Demonstrationen, Feiern und bei Beerdigungen. Während der Weimarer Republik umfasste die organisierte Arbeiter-Sänger-Bewegung gut 450.000 Mitglieder, zugleich erprobten Agitprop-Gruppen neue musikalische Formen. Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten stand das Singen von Arbeiterliedern unter Strafe. In der DDR wurde es als Mobilisierungs- und Kampfmittel unter neuem Vorzeichen eingesetzt, während diese Tradition in der Bundesrepublik Deutschland nicht ausreichend gepflegt wurde.

Nach dem Ende des Sozialistengesetzes stellte sich diese Frage nach der politischen Ausrichtung neu. Es galt zu entscheiden, in welchem politischen Bereich die wieder legale SPD – und mit ihr die Gewerkschaften – ihre Akzente und Schwerpunkte setzen und welchen Gestus sie pflegen wollte. Wollte sie ihre oppositionelle Haltung zum autoritären Kaiserreich bewahren und versuchen, dieses zu überwinden? Oder war die praktische Reformarbeit im gegebenen Staat und auf dem Boden des Kapitalismus das Mittel der Wahl? Ließen sich beide möglicherweise doch sozialer ausgestalten? Letzteres setzte vorrangig auf die Arbeit in der Reichstagsfraktion, auf Allianzen mit dem fortschrittlichen Bürgertum und auf das Bündnis mit den freien Gewerkschaften zur Gestaltung der Arbeitswelt.

Als einer der ersten wortmächtigen Anhänger eines Reformismus, der progressive Allianzen und entsprechende parlamentarische Initiativen ins Zentrum stellte, trat der führende bayerische Sozialdemokrat Georg von Vollmar hervor.

Georg von Vollmar (1850–1922) war sozialdemokratischer Politiker, der entscheidenden Anteil am Aufbau des bayerischen Landesverbands der SPD hatte. Von 1892 bis 1918 war er dessen Vorsitzender. Nach Vollmar ist u. a. die Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel am See benannt.

Ihm diametral gegenüber stand der Parteivorsitzende und „Arbeiterkaiser“ August Bebel. Bebel hatte bei allem Pragmatismus Sorge, dass das große Ziel, Ausbeutung im Kapitalismus zu überwinden und den Sozialismus zu erreichen, aus den Augen verloren werden könne. Er sprach von einem baldigen Ende und nahenden Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft – vom großen „Klad-deradatsch“. Im Erfurter Programm hatte die Partei den Versuch unternommen, ihre Gesellschaftsanalyse und über den Tag hinausreichende (revolutionäre) Vision in tagespolitische Aufgaben zu übersetzen. Ob sich dieser Versuch bewähren würde, musste sich erst noch zeigen.

Und tatsächlich trug dieses teilweise widersprüchlich anmutende Spannungsverhältnis der realpolitischen und realgesellschaftlichen Entwicklung Rechnung. Die Arbeiterbewegung war eben mehr als bloße „Bewegung“. Die Partei verfügte ebenso wie die freien Gewerkschaften über eine Massenorganisation mit besoldeten Funktionären. Sie besaß eine verzweigte und sich hierarchisierende Organisationsstruktur, die vielfältige Aufgaben wahrnahm: von der Vermittlung der eigenen Politik im umfassenden Zeitungswesen der Sozialdemokratie über die Schulung und Verwaltung der Mitgliedschaft bis hin zur Beratung von

Mitgliedern und Anhängern in sozialen und rechtlichen Notlagen. In den Parlamenten war der Bewegungsspielraum der SPD zwar aufgrund der zusammenstehenden bürgerlichen Parteien begrenzt; trotzdem war dies die politische Arena, die gesellschaftlich am meisten Aufmerksamkeit erfuhr. Hier bestand die Möglichkeit, politisch zu gestalten, hier waren konkrete gesetzgeberische Erfolge in sozialen und demokratischen Fragen grundsätzlich möglich. Solche konkreten Erfolge waren auch von Marx und Engels stets gefordert wurden.

Forderungen nach mehr Demokratie konnte die SPD allenfalls mit den Linksliberalen diskutieren, sozialpolitische Vorhaben mit dem Zentrum, das in der katholischen Arbeiterschaft stark war. Eigene Mehrheiten konnte die SPD nicht erzielen, die Einführung des Achtstundentages, die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen oder die Einführung des Frauenwahlrechts blieben unerreicht. Gleichwohl gab es einzelne Abstimmungen auf Reichsebene, bei denen die Sozialdemokratie Gesetzesvorhaben zustimmte, beispielsweise erstmals bei der Ermäßigung von Importzöllen für Getreide 1894, um die Lebensmittelpreise zu senken.

Der Aufstieg der Sozialdemokratie ist mit **sozialdemokratischen Medien** verbunden. Sie bemühten sich um eine eigene, kritische Öffentlichkeit im wilhelminischen Obrigkeitsstaat. Für das sozialdemokratische Führungspersonal waren sie oft die wirtschaftliche Grundlage für politische Arbeit; aktiven Sozialdemokraten wurde in vielen Branchen häufig gekündigt. Bis 1875 waren Leser- und Mitgliedschaft fast identisch, 1878 gab es 42 sozialdemokratische Blätter, am Ende des Sozialistengesetzes bereits wieder 60 Neugründungen, 1928 allein 204 sozialdemokratische Tages-, aber auch zahlreiche Wochenzeitungen und Buchverlage. Das spiegelte den sozialdemokratischen Bildungs- und Aufklärungsanspruch wider. Theoriezeitschriften wie „Die Neue Zeit“ (1883–1923) waren Orte innerparteilicher Debatten der Programmpartei SPD. In dieser Tradition stehen heute Zeitschriften wie „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“, „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“, „Berliner Republik“ oder „Perspektiven des demokratischen Sozialismus“. Nach der nationalsozialistischen Diktatur wurde die sozialdemokratische Zeitungslandschaft zunächst wieder aufgebaut, war dann aber stark rückläufig und verschwand weitgehend. Verbliebene Beteiligungen der SPD sind heute in der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg) organisiert.

Revisionismusstreit

Die Partei diskutierte jedoch nicht allein über mehr reformorientierte Bestrebungen in der täglichen politischen Arbeit. Bereits seit ihren Anfängen stellte sich die Sozialdemokratie als Programmpartei dar. Sie wies eine produktive Kultur der Debatte über die täglichen und über den Tag hinausreichenden politischen Fragen auf, welche beispielsweise in der Theoriezeitschrift der SPD „Die Neue

Zum Weiterlesen:
Friedhelm Boll
(2002), *Die deutsche Sozialdemokratie und ihre Medien. Wirtschaftliche Dynamik und rechtliche Formen*, Verlag J.H.W. Dietz
Nachfrage Herrberg, Bonn.

Produktive Debatte

Zeit“ vertieft diskutiert wurden. Dabei spielten besonders im Umfeld der Jahrhundertwende die theoretischen Deutungen der Entwicklung des Kapitalismus eine zentrale Rolle. Angestoßen wurde die Debatte von Eduard Bernstein.

Eduard Bernstein (1850–1932) war einer der einflussreichsten Vertreter der „Revisionisten“ in der Sozialdemokratie. In seinem 1899 erschienenen Buch *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie* setzte er sich kritisch mit den Marx'schen Theorien auseinander. Bernstein war – neben Karl Kautsky – Autor der Beschlussfassung des Erfurter Programms von 1891.

Marx und Engels waren im Kommunistischen Manifest von einem Abstieg der Mittelschicht, einer zunehmenden Verelendung der Arbeiterschaft und sich verschärfenden ökonomischen und sozialen Krisen ausgegangen. Bernstein bezog sich auch auf Marx, interpretierte dessen Analyse aber anders und verwies auch mit Blick auf die weiter vorangeschrittene Entwicklung Englands auf die unerwartete Stabilität und Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus. Darüber hinaus bezog er sich positiv auf die erreichten (begrenzten) sozialen Fortschritte im Kaiserreich und verband diese mit der Stärke und der politischen Arbeit der Arbeiterbewegung. Er plädierte für ein Verständnis von Reformpolitik, in dem die Gesellschaft und das politische und ökonomische System nach und nach in einem evolutionären, demokratischen Sinne verändert würden und die kapitalistische Produktionsweise als krisenfester und stabiler als bisher angenommen behandelt werden müsse. Zum Ausdruck kommt dies in seiner berühmten Formulierung:

„Das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, ist mir nichts, die Bewegung alles.“ (Bernstein 1920: 235)

Bernstein betrachtete die SPD als eine „demokratisch-sozialistische Reformpartei“. Wenig überraschend erfuhr Bernstein heftige Gegenwehr, denn er widersprach wesentlichen Aspekten der Verortung und Identität der Sozialdemokratie: der Orientierung am Klassenkampf, der bevorstehenden Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und der Überzeugung einer historisch notwendigen und naturwüchsig zu betrachtenden Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft hin zum Sozialismus.

Karl Kautsky (1854–1938) war Gründer und Herausgeber der Theoriezeitschrift der SPD „Die Neue Zeit“. Kautsky war wesentlich daran beteiligt, dass sich die marxistische Gesellschaftsanalyse in der SPD verankerte. Er war – neben Eduard Bernstein – Autor der Beschlussfassung des Erfurter Programms von 1891.

Paul Singer (1844–1911) war ein deutscher Fabrikant und sozialdemokratischer Politiker. Er stammte aus der bürgerlichen demokratischen Bewegung, trat aber 1869 der SDAP bei und war von 1890 bis 1911 einer der Kovorsitzenden der SPD. Singer finanzierte viele wichtige Publikationen der SPD.

Angeführt wurde die Mehrheit der Delegierten auf den Parteitag von der Jahrhundertwende von den Parteivorsitzenden August Bebel und Paul Singer sowie von Karl Kautsky. Sie und mit ihnen die Mehrheit der Delegierten sprachen sich gegen die Thesen Bernsteins aus, die man bald in der Partei als Revisionismus bezeichnete.

Die Orientierungsmuster des Erfurter Programms blieben erhalten. Kautskys berühmte Formulierung, die Sozialdemokratie sei „eine revolutionäre, nicht aber Revolutionen machende Partei“, bringt diese gut zum Ausdruck: Revolution hieß im Verständnis der Mehrheit der Partei nicht Gewaltanwendung und Umsturz, sondern die Erringung der politischen Macht, um die Wirtschaftsstrukturen radikal umzugestalten und somit auch mittels weitreichender Sozialreformen die kapitalistische Gesellschaft zu überwinden.

Massenstreik und Strategie der Gewerkschaften

Nach den Reichstagswahlen 1912 stellte die Sozialdemokratie die stärkste Fraktion im Reichstag. Ihren realen Einfluss spiegelte dies jedoch nicht wider. Die Partei und auch die Gewerkschaften waren gegenüber den Eliten im Kaiserreich an ihre Grenzen gestoßen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stagnierten die Reallöhne sowie der Ausbau des Sozialstaats bei gleichzeitig steigenden Unternehmensgewinnen.

Als ein möglicher Ausweg aus dieser Situation wurde der Massenstreik diskutiert. Die Idee war im Rahmen der Diskussionen der Zweiten Internationale nicht mehr verfolgt worden und auch Engels und Bebel hatten sich bereits Jahre zuvor skeptisch gezeigt: Der Massenstreik galt als zu schwer zu realisieren und man sah die Gefahr neuer Repressionen.

*Mehrheit gegen
Bernstein*

*1912: SPD stärkste
Fraktion*

*Debatte:
Massenstreik*

Nun erfuhr die Idee der massenhaften Arbeitsniederlegung zur Durchsetzung auch allgemeinpolitischer und nicht nur auf Arbeitskämpfe und Lohnverhandlungen bezogener Ziele neue Aufmerksamkeit. Sie wurde nicht zuletzt aus Sorge um einen reaktionären Staatsstreich und somit um den Fortbestand der zumindest in Ansätzen vorhandenen demokratischen Rechte geführt. Anlass für diese Sorge war einerseits die „Umsturzvorlage“. Das war eine dem Sozialistengesetz ähnliche Gesetzesvorlage. Auch sie richtete sich gegen „kaiserreichfeindliche Bestrebungen“. Die Vorlage war jedoch umfassender und zielte zudem auf die allgemeine Presse und die Wissenschaft ab. Sie wurde 1895 abgelehnt. Neben der Umsturzvorlage hatte der Verlauf der russischen Revolution von 1905 die Befürchtungen hinsichtlich eines reaktionären Staatsstreiches gemehrt.

*1906: Mannheimer
Parteitag*

Auf dem Parteitag in Mannheim 1906 wurde diskutiert, ob und wie der Massenstreik eingesetzt werden könnte, um die Demokratie zu verteidigen und die Entwicklung in den Sozialismus zu beschleunigen. Der reformerische, „rechte“ Flügel der Partei wollte mit ihm das Dreiklassenwahlrecht in Preußen überwinden. Die Linken um Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Karl Liebknecht forderten, ihn im Krisenfall, beispielsweise bei einem Kriegsausbruch, als Katalysator einzusetzen. Auf diese Weise sollte die herrschende Ordnung überwunden und der Sozialismus erreicht werden.

*Kompromissformel
zum Massenstreik*

Letztlich beschloss der Mannheimer Parteitag 1906, dass im Falle der Bedrohung des Reichstagswahlrechts oder des Koalitionsrechts der Massenstreik ein legitimes Mittel darstelle. Der Beschluss trägt trotz der grundsätzlichen Zustimmung sehr defensive Züge. Keiner der beiden Teile der Partei konnte eine Mehrheit für eine offensive Nutzung des politischen Massenstreiks in seinem Sinne erzielen.

Die zurückhaltende Formulierung nahm auch Rücksicht auf die Gewerkschaften. Diese hatten zuvor auf ihrem Kongress in Köln den Massenstreik abgelehnt und setzten vielmehr auf eine Erhöhung des eigenen Organisationsgrades und Verbesserungen auf dem Boden der bestehenden Ordnung.

Im Rahmen des Parteitags von Mannheim wurde auch das Mannheimer Abkommen geschlossen. Es sollte ein mit dem Revisionismusstreit verbundenes, tiefer liegendes Spannungsfeld zwischen Gewerkschaften und Partei lösen: die Frage ihrer organisatorischen Verbindung.

Das **Mannheimer Abkommen** von 1906 stellt für die gesamte deutsche Gewerkschaftsentwicklung eine wesentliche Zäsur dar. Die Gewerkschaften wurden von der SPD unabhängig. Politische Nähe, gemeinsame Herkunft und gemeinsame Verwurzelung in der Arbeiterbewegung blieben zwar bestehen; politische Entscheidungen und Aktionen, die Partei und Gewerkschaften betrafen, wurden nun aber gleichberechtigt zwischen Partei und Gewerkschaften diskutiert.

Die parteipolitische Unabhängigkeit war den Gewerkschaften deshalb so wichtig, weil sie als oberstes Ziel die eigene Organisation stabilisieren und ausbauen wollten. Sie wollten Stück für Stück Erfolge erzielen, und zwar auf dem Verhandlungswege zwischen Kapital

und Arbeit und somit unmittelbar orientiert an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen und den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise.

Erster Weltkrieg

Die Einsicht, dass der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, der Verkauf der Arbeitskraft und die soziale und die politische Ungleichheit kein exklusives Phänomen einzelner Länder und Nationen, sondern gleichwohl Strukturprinzipien im Kapitalismus darstellten, prägte die Arbeiterbewegungen international. Die Solidarität über Ländergrenzen hinweg, der Internationalismus der Arbeiterbewegung, der bereits die frühesten programmatischen Schriften der Bewegung wie das Kommunistische Manifest durchzog, schlug sich nicht zuletzt in jener berühmten Formel nieder:

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ (Marx/Engels 1848, Manifest der Kommunistischen Partei, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 85)

Ebendieser Internationalismus wurde mit der zu Anfang des 20. Jahrhunderts stetig wachsenden Kriegsgefahr auf eine harte Probe gestellt. 1907 trafen sich die internationalen Delegationen zum ersten Mal auf deutschem Boden in Stuttgart – darüber hinaus tagten erstmals die internationale Frauenkonferenz und die sozialistischen Jugendorganisationen – und beschlossen, sich für die Abwendung eines europäischen Krieges einzusetzen und, sollte dieser nicht verhindert werden können, schnellstmögliche Friedensschlüsse anzustreben. 1912 wurde der Beschluss grundsätzlich bestätigt, jedoch außerdem um die Forderung nach internationalen Streiks gegen Krieg ergänzt.

*Gewerkschaften:
Verhandlungsweg*

*Internationale
Orientierung*

Im August 1914 scheiterte jedoch auch die Zweite Internationale: Nach den französischen Sozialisten stimmten auch die deutschen Sozialdemokraten für die zur Kriegsfinanzierung notwendigen Kredite und die deutsche Sozialdemokratie reihte sich in die „Burgfriedenspolitik“ Kaiser Wilhelms II. ein, in der er „nur noch Deutsche, jedoch keine Parteien mehr“ kannte.

Verschiedene Beweggründe spielten in die Entscheidung der Reichstagsfraktion hinein: die Angst vor dem russischen Zarenreich, das Bild eines „Verteidigungskrieges“, die mit dem gesellschaftlich vorherrschenden Nationalismus verschwimmenden Grenzen des sozialdemokratischen Patriotismus, sicherlich auch die Sehnsucht nach gesellschaftlicher Anerkennung und danach, mit der Nation übereinzustimmen und das Etikett der „vaterlandslosen Gesellen“ loszuwerden, das der SPD aufgrund des Internationalismus angeheftet wurde.

Perspektivisch erhofften sich die Gewerkschaften, die noch vor der Partei auf Kriegskurs einschwenkten, und Teile in Partei und Fraktion Zugeständnisse des Kaiserreiches beim Ausbau sozialer Leistungen und demokratischer Ordnung, beispielsweise durch die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts. Die Gewerkschaften wurden tatsächlich mit dem Hilfsdienstgesetz 1916 anerkannt, das ihnen die Interessenvertretung der Arbeiterschaft u. a. in Fragen des Lohns und der Arbeitsbedingungen in der Rüstungswirtschaft zusprach und Aushandlungen mit der Betriebsleitung vorsah.

So vielfältig die Motive zur Bejahung der Kriegskredite gewesen sein mögen, so einschneidend waren die Folgen der von Partei- und Fraktionsführung mehrheitlich geteilten Absage an eine oppositionelle Friedenpolitik: Im Kontext der Burgfriedenspolitik nahm sich die Sozialdemokratie jeglichen innenpolitischen Spielraum und die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung fand ihr Ende.

Die Spaltung der Partei in Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängige Sozialdemokraten im April 1917 folgte dabei nicht den Vorkriegskonstellationen, erfolgte also nicht entlang der Frage „Revisionisten oder Antirevisionisten?“. Tatsächlich gingen die theoretischen Galionsfiguren beider Positionen (Karl Kautsky und Eduard Bernstein) gemeinsam in die USPD⁶, zusammen mit Rosa Luxemburg, dem bis dahin langjährigen Kovorsitzenden der SPD Hugo Haase, Kurt Eisner, Clara Zetkin und Franz Mehring und anderen.

⁶ Vgl. Seite 53 f.

Die USPD verkörperte in ihrer Ablehnung der Burgfriedenspolitik und in ihrer antimilitaristischen und pazifistischen Haltung die traditionelle Sozialdemokratie und stritt für einen Verständigungsfrieden. In anderen Politikfeldern gab es – trotz aller Strömungsvielfalt – durchaus größere Übereinstimmungen mit der MSPD.⁷ Die USPD verfolgte eine Doppelstrategie, die neben der parlamentarischen Tätigkeit auf die Initiierung von Massenstreiks setzte. Dies ließ sie nach links viele Kräfte integrieren, anfangs auch die von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht angeführte Spartakusgruppe bzw. den späteren Spartakusbund, der der Kommunistischen Partei vorausging.

Am Vorabend der Republik zeigte sich die Arbeiterbewegung zunehmend „destabilisiert“ (Grebing), zerrissen zwischen MSPD und USPD und nicht zuletzt auch in einem spannungsreichen Verhältnis zu den an Konformität mit dem Bestehenden orientierten Gewerkschaften. Gleichzeitig hatte das Kaiserreich seine Unfähigkeit zu politischen und sozialen Reformen mit einem Weltkrieg auf fatale Art unter Beweis gestellt.

Was bedeutet das für die Soziale Demokratie?

- Mit der Gründung des ADAV am 23. Mai 1863 blickt die Sozialdemokratie 2013 auf 150 Jahre kontinuierliche Organisationsgeschichte zurück. Die eigenständige Organisation der Arbeiterbewegung war eine Antwort auf das Scheitern der Revolution von 1848/49.
- Verbot und Verfolgung der Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes konnten ihren Aufstieg zur Massenbewegung und die Entfaltung der Partei, der Gewerkschaften und der Arbeiterkulturbewegung nicht verhindern.
- Aus der Erfahrung des autoritären Kaiserreichs war die Programmatik der Sozialdemokratie zunächst durch Staatskepsis gekennzeichnet. Sie formulierte zwar Forderungen an den Staat, setzte aber vor allem auf genossenschaftliche Selbsthilfe und erwartete den revolutionären Umbruch.
- Die SPD entwickelte sich als Programmpartei, deren Stärke es war, in gemeinsamer Debatte um die richtigen Antworten zu ringen. Die Arbeiterbewegung wurde geschwächt, als sich die SPD 1917 über die Frage der Kriegskredite spaltete.

Zum Weiterlesen:

Thomas Welskopp
(2000), *Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Gerhard Ritter/
Klaus Tenfelde
(1992), *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871–1914*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Helga Grebing
(1993), *Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914*, München.

7 Vgl. Seite 53 f.

4. TRAGENDE KRAFT DER REPUBLIK UND KLASSENPARTEI (1919–1933)

In diesem Kapitel

- wird die tragende Rolle der SPD in der Weimarer Republik beschrieben;
- wird die Wahl Friedrich Eberts zum ersten demokratischen deutschen Staatsoberhaupt geschildert;
- werden die Probleme diskutiert, denen sich die junge Demokratie gegenüber sah;
- wird erläutert, wie die SPD versuchte, die Weimarer Republik vor linken und rechten Republikgegnern zu schützen.

1918: Scheidemann
ruft die Republik aus

Am 9. November 1918 um etwa 14 Uhr rief Philipp Scheidemann von einem der Balkone des Reichstages die Republik aus. Er kam Karl Liebknecht bewusst zuvor, der nur zwei Stunden später die „Freie sozialistische Republik Deutschland“ ausrief.

Mit dem Kieler Matrosenaufstand wenige Tage zuvor hatte die Revolution begonnen. Sie brachte die Arbeiterbewegung schlagartig in eine neue Rolle. Bisher war sie vor allem eine gegen die bestehende Gesellschaftsordnung und gegen das autoritäre Kaiserreich stehende Bewegung gewesen. In der Nachkriegsordnung des Ersten Weltkrieges wurde sie jedoch zur maßgeblichen gestaltenden Kraft.

Herausforderungen der jungen
Demokratie

Es war eine Herausforderung, den neuen deutschen Demokratieversuch zu gestalten. Die Arbeiterbewegung nahm diese Herausforderung an. Ihre Arbeit stand jedoch aus vier Gründen unter keinem guten Stern: Zunächst galt es, unmittelbare Kriegsfolgen zu bewältigen. Damit verbunden war die Frage, inwieweit es hierbei der alten Eliten bedurfte und wie mit diesen umzugehen war. Außerdem war die Arbeiterbewegung selbst gespalten. Sie hatte sich in unterschiedliche Parteien geteilt und war auch in der Frage nach einer Räte- oder parlamentarischen Demokratie zerstritten. Konflikte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gab es dabei auch in den Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ADGB. Die Integrationskraft der freien Gewerkschaften erschöpfte sich jedoch über die Jahre und 1929 spaltete sich die kommunistische Richtungsgewerkschaft „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ ab.

Bewältigung der Kriegsfolgen

Bei der Bewältigung der Kriegsfolgen ging es zunächst darum, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Kohle sicherzustellen. Hier war es aufgrund der Witterung und infolge von Streiks zu Ausfällen und Hunger gekommen. Zweitens galt es, die industrielle Produktion wieder von Krieg auf Frieden umzustellen. Ferner mussten tragfähige und belastbare Friedensbedingungen ausgehandelt werden. Nicht zuletzt war es für die junge Demokratie eine gewaltige logistische Herausforderung, 4 Millionen Soldaten aus dem Ausland zurückzuführen und für ihren anschließenden Verbleib und ihre berufliche Wiedereingliederung zu sorgen.

*Unter anderem
Mangel an
Lebensmitteln*

Umgang mit den alten Eliten

Für diese Vorhaben bedurfte es einer funktionierenden Verwaltung und damit der Unterstützung der alten Eliten. Diese verfügten anders als die SPD und die Gewerkschaften über Erfahrung in Ministerialbürokratie und Staatsführung. Damit wurde wieder relevant, dass sich die Sozialdemokratie einerseits und konservatives Bürgertum, Adel, Kirchen und auch Militär andererseits ablehnend gegenüberstanden. Unvergessen war in diesem Zusammenhang die von der Obersten Heeresleitung propagierte „Dolchstoßlegende“.

*Notwendig:
funktionierende
Verwaltung*

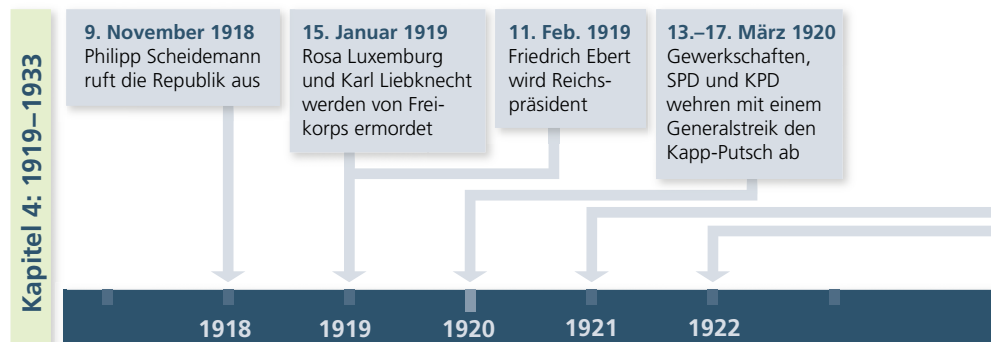
Die **Dolchstoßlegende** war eine Lüge, die von der Obersten Heeresleitung nach dem Ersten Weltkrieg verbreitet wurde. Demnach sei das deutsche Heer „im Felde unbesiegt“ geblieben und die deutsche Niederlage allein der Novemberrevolution von 1918 und der Sozialdemokratie anzulasten. Die Lüge wurde u. a. auch von Reichspräsident Hindenburg propagiert, sie wurde von den Nationalsozialisten instrumentalisiert und war für die Sozialdemokratie und die junge Republik eine schwere Bürde. Tatsächlich hatte die Oberste Heeresleitung die Niederlage bereits im Oktober 1918 intern eingestanden und auf eine Verfassungsänderung gedrängt, da die USA die Demokratisierung Deutschlands zur Vorbedingung eines Waffenstillstands erklärt hatten. Die Dolchstoßlegende war u. a. deshalb so erfolgreich, weil die Kampfhandlungen während des gesamten Ersten Weltkrieges und auch zum Zeitpunkt der absehbaren Niederlage nicht in Deutschland selbst stattgefunden hatten.

Friedrich Ebert trieb die Sorge um die gesellschaftliche Ordnung um. Er war davon überzeugt, dass nur ein Mindestmaß an Kontinuität die nötige Stabilität versprach, um die beschriebenen Herausforderungen zu bewältigen und nachhaltige und weitreichende politische Reformen zu realisieren.

Das Arrangement mit den alten Eliten ging sehr weit. Es gab keinen Versuch, eine eigene Freiwilligenarmee zu gründen. Die Reichsführung um Friedrich Ebert und Gustav Noske, Volksbeauftragter für Heer und Marine, schloss stattdessen einen Pakt mit den alten Generälen des Kaiserreichs. Sie agierten unter dem Eindruck, nur zusammen mit der Obersten Heeresleitung die innere Ordnung herstellen und gegen die (weit überschätzten) Kräfte des Bolschewismus verteidigen zu können. Dabei kooperierte Noske bis zu deren Auflösung auch mit republikfeindlichen, rechtsradikalen Freikorps. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden von Angehörigen solcher Freikorps im Januar 1919 ermordet. Die Republik musste jedoch vielmehr gegen rechte, konterrevolutionäre Kräfte verteidigt werden – wie sich nicht zuletzt 1920 beim u. a. durch Massenstreik vereitelten Kapp-Putsch zeigte.

Friedrich Ebert (1871–1925) wurde 1919 Reichspräsident der Weimarer Republik und damit das erste demokratische deutsche Staatsoberhaupt. Er war gelernter Sattler und stammte aus einfachen Verhältnissen. Ebert wuchs in Heidelberg auf und war früh politisch und gewerkschaftlich in Bremen aktiv. Er trat 1889 in die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) ein, die sich 1890 in SPD umbenannte. Von 1913 bis zu seinem Tod 1925 war Ebert zunächst mit Hugo Haase Vorsitzender der SPD. Der Schwerpunkt seiner politischen Arbeit war das Ringen um schrittweise Verbesserungen der Lage der Arbeiterklasse. In seiner Amtszeit als Reichspräsident setzte er sich für den politischen und sozialen Ausgleich zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum ein. Friedrich Ebert regte in seinem Testament die Gründung einer Stiftung an, die sich gegen die Benachteiligung von jungen Menschen der Arbeiterklasse im Bereich der Bildung richten sollte. Das Startkapital der **Friedrich-Ebert-Stiftung** bildeten Spenden der Trauergäste.

Die Gewerkschaften gingen ein folgenreiches Arrangement ein: Sie schlossen sich mit den Verbänden der Unternehmen zur sogenannten Zentralarbeitsgemeinschaft zusammen. Sie wollten damit vor allem die im ersten Kriegsjahr



Der **Kapp-Putsch**, auch Kapp-Lüttwitz-Putsch, vom 13. März 1920 richtete sich gegen die demokratische Regierung von Gustav Bauer (SPD). Die meisten Putschisten waren aktive oder ehemalige Reichswehrangehörige. Sie wurden von Wolfgang Kapp und Walther von Lüttwitz angeführt und von Erich von Ludendorff, der bereits am gescheiterten Hitler-Ludendorff-Putsch beteiligt gewesen war, unterstützt. Die Regierung musste aus Berlin fliehen; vor allem dank eines Generalstreiks brach der Putsch aber nach fünf Tagen zusammen.

errungene Gleichberechtigung mit der Arbeitgeberseite sichern. Diese Gleichberechtigung, betriebliche Interessenvertretungsstrukturen und den lange angestrebten Achtstundentag gab es jedoch nicht ohne den Verzicht der sozialdemokratischen, freien Gewerkschaften auf eine Umgestaltung der bestehenden Eigentumsordnung und kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Sie nahmen

also Abstand von ihrer vormals zentralen Forderung nach umfassenden Sozialisierungen, die in der Revolutionszeit erneut diskutiert worden waren.⁸

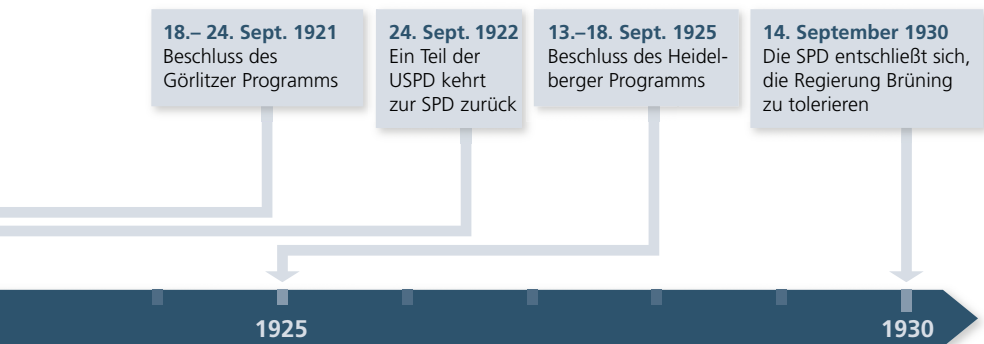
Gesplante Arbeiterbewegung

Die Probleme der jungen Demokratie wurden schließlich durch die Spaltung der Arbeiterbewegung vergrößert. Die SPD hatte sich nach der mehrheitlichen Zustimmung zu den Kriegskrediten in Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) und Unabhängige Sozialdemokraten (USPD) gespalten. In der USPD gab es zudem den revolutionär und an Räten orientierten Spartakusbund. Das war die Gruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, aus der am 1. Januar 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) hervorging. Obwohl der Spartakusbund in der öffentlichen Wahrnehmung sehr präsent war, bestand er tatsächlich nur aus etwa 30 Personen.

8 Vgl. Lesebuch 6, *Staat, Bürgergesellschaft und Soziale Demokratie*, Kapitel 6.2.

*Gewerkschaften:
Verzicht auf Sozialis-
sierungen*

*MSPD, USPD, Spar-
takusbund und KPD*



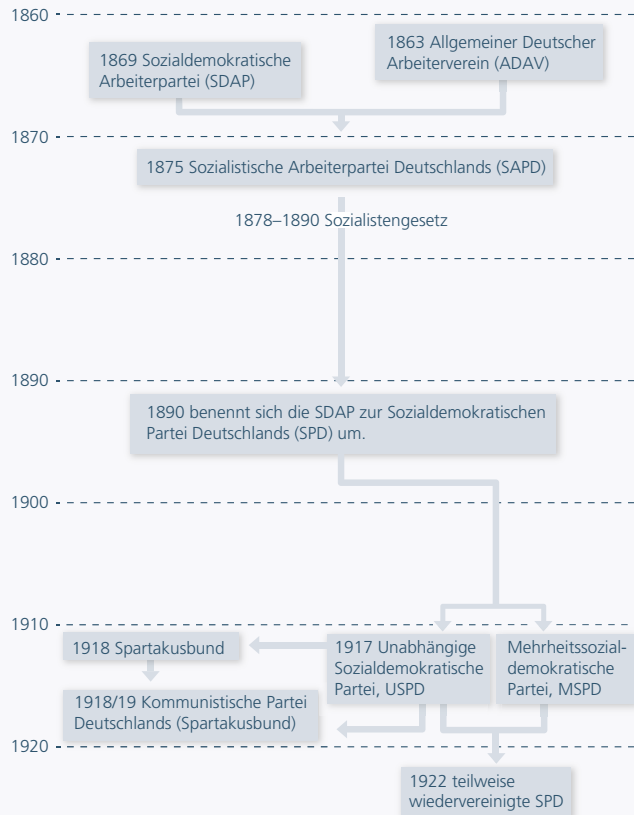


Abb. 6: Organisatorische Entwicklung 1863–1922

Die Spaltung der Arbeiterbewegung war mit einer Vielzahl von kräftezehrenden Auseinandersetzungen verbunden, die die Neugestaltung der demokratischen Ordnung behinderten.

Rosa Luxemburg (1871–1919) war Mitbegründerin der Sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen und Litauen. 1898 kam sie nach Berlin und wurde Mitglied der SPD. Sie war eine führende Theoretikerin der Linken in der SPD, u. a. auch mit einer Imperialismustheorie.

Karl Liebknecht (1871–1919) war der zweite der fünf Söhne von Wilhelm Liebknecht und seit 1900 SPD-Mitglied. Liebknecht rief am 9. November 1918 zwei Stunden nach Philipp Scheidemann eine „Freie sozialistische Republik“ aus. 1919 waren Luxemburg und Liebknecht Mitbegründer der KPD und wurden im selben Jahr von Freikorpsoldaten ermordet.

Parlamentarische Republik oder Räterepublik?

Am 9. November 1919 übernahm der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert die Reichskanzlerschaft von Max von Baden. Ebert strebte die sofortige Wahl einer verfassungsgebenden Nationalversammlung an, um die Errungenschaften der Revolution – und dabei entscheidend die Überwindung der Monarchie – verfassungsrechtlich abzusichern und dem neuen Staat einen legalen Boden zu verschaffen.

Der „Vorwärts“ beschrieb die Situation in der Rückschau 1925 so: „Härteste Bedrängnis von außen, tiefste Erschütterung im Inneren, soziale Nöte, drohender Zerfall, das waren die Zeichen, unter denen Ebert sein Amt antrat.“ Und weiter heißt es: „Eberts Aufgabe war es zu verhindern, dass die Krisen zu Katastrophen wurden“ (zit. nach Mühlhausen 2008: 107).

Der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung 1919, bei der es erstmals gelang, das Frauenwahlrecht durchzusetzen, ging der Rat der Volksbeauftragten voraus. Er war zu Beginn paritätisch mit je drei Vertretern von SPD und USPD besetzt und wurde von den Arbeiter- und Soldatenräten als Übergangsregierung anerkannt. Die USPD schied Ende 1918 aus Protest gegen die Ablehnung der MSPD, die Armee konsequent in ein Volksheer umzuwandeln, aus dem Rat aus.

Ebert und mit ihm die Mehrheit in Sozialdemokratie und Gewerkschaften traten für eine parlamentarische Republik ein und lehnten eine „Rätedemokratie“ ab. Insbesondere die kommunistischen Parteigänger, die allerdings eine klare Minderheit darstellten, strebten aber eine Orientierung am Vorbild der russischen Oktoberrevolution von 1917 an.

Ein genauerer Blick auf die Positionen in der Arbeiterschaft während der Revolutionszeit offenbart jedoch, dass diese weniger an Räteherrschaft als an Reformen in kritischer Auseinandersetzung mit Bürokratie und Militär interessiert waren. Ohnehin verloren die Befürworter der Räterepublik nach und nach an Mobilisierungskraft, da sie von den Gewerkschaften und angesichts der inneren Mehrheitsverhältnisse, die größtenteils zugunsten der MSPD ausgingen, gebremst wurden. Die große Mehrheit der Arbeiterschaft und mit ihr die SPD sowie auch Teile der USPD standen für eine parlamentarische Demokratie. Sie lehnten eine Übertragung des russischen „Sowjet-“ und „Räte“-Modells auf Deutschland explizit ab.

*Ebert: neuen Staat
demokratisch
sichern*

Gefährdungen

*1919 erstmals:
Frauenwahlrecht*

Rätedemokratie?

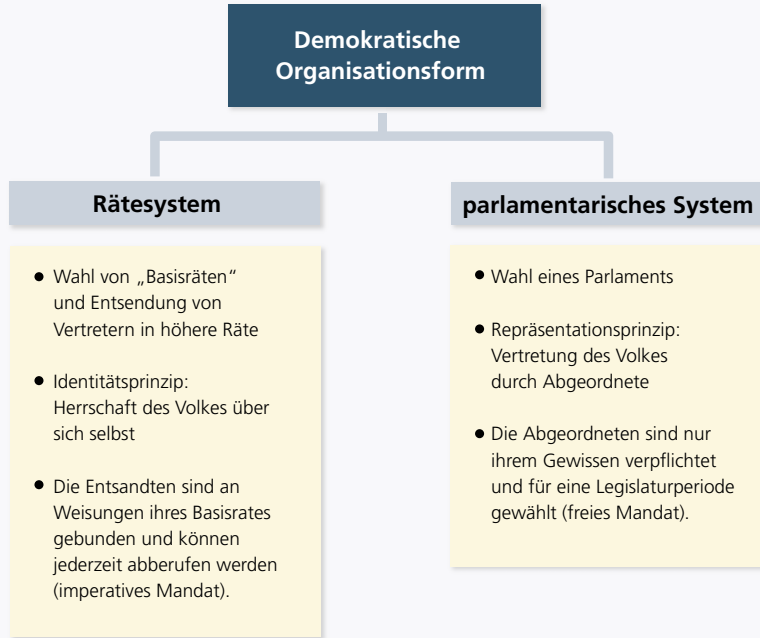


Abb. 7: Gegenüberstellung Räte- und parlamentarisches System

Die „stecken gebliebene“ Revolution

Die beschriebenen Umstände, Konflikte und Entscheidungen waren für die Arbeiterbewegung und die junge Republik eine schwere Bürde. Im Ergebnis wurden in der Revolutionsphase keine radikalreformerischen Optionen in sozialen und demokratischen Fragen ausprobiert. Stattdessen gewann ein pragmatischer Strukturkonservatismus die Oberhand. Helga Grebing spricht in ihrer Bewertung von einer – bewussten oder unbewussten – „Kontinuität [der] etatistischen Politik des Burgfriedens“ (Grebing 2007: 70). Viele Hoffnungen der revolutionär eingestellten Soldaten und Arbeiter und verschiedener Intellektueller wurden enttäuscht. In dieser Phase wurde auch der Grundstein für die spätere bittere Rivalität zwischen Kommunisten und Sozialdemokratie gelegt.

Ihrerseits bot sich nun – nicht zuletzt auf dem Boden der Weimarer Verfassung⁹ – die tatsächliche Möglichkeit, eine rechtsstaatlich verfasste, soziale Demokratie zu gestalten.

9 Vgl. Lesebuch 6, *Staat, Bürgergesellschaft und Soziale Demokratie*, Kapitel 3.3.

Artikel	Enthält u. a. Regelungen über
102	Unabhängigkeit und Gesetzesbindung der Richter
109	Gleichheit vor dem Gesetz, grundsätzlich gleiche staatsbürgerliche Rechte und Pflichten für Männer und Frauen
111	Freizügigkeit
114	Freiheit der Person
115	Unverletzlichkeit der Wohnung
116	Keine Strafe ohne Gesetz
117	Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses
118	Meinungsfreiheit
119	Schutz der Ehe mit Gleichberechtigung der Geschlechter
123	Versammlungsfreiheit
124	Vereinigungsfreiheit
125	Wahlgeheimnis und Wahlfreiheit
126	Petitionsrecht
134	Steuerpflicht entsprechend Leistungsfähigkeit
135	Religionsfreiheit
142	Wissenschaftsfreiheit
161	Sozialversicherungen
163	Recht auf Arbeit, Sozialhilfe
165	Gewerkschaftliche und betriebsrätliche Regelungen

Abb. 8: Ausgewählte Artikel der Weimarer Verfassung

Sozialdemokratie zwischen Regierung und Opposition

Die Sozialdemokratie wurde zur tragenden politischen Kraft der Weimarer Republik und ihrer Verfassung. Nachdem die USPD sich gespalten hatte und ihr linker Teil mit etwa 370.000 Mitgliedern 1920 in die KPD ging, kehrten 1922 rund 200.000 Mitglieder zur Mehrheitssozialdemokratie zurück. Die SPD konsolidierte sich erneut als mit Abstand größte und stärkste Partei.

Sie stellte zudem mit Friedrich Ebert bis 1925 den ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik. Bei den Reichstagswahlen wurde sie bis zur Wahl im Juli 1932 stets stärkste Kraft. Sie konnte Regierungskoalitionen im Reich und in den Ländern bilden und sammelte so erstmals Regierungserfahrungen. Bis 1920 regierte die SPD in der sogenannten Weimarer Koalition mit dem katholischen Zentrum und der linksliberalen DDP in den Kabinetten der Sozialdemokraten Gustav Bauer bzw. Hermann Müller.

*SPD: tragende
Kraft der Weimarer
Republik*

*Ebert bis 1925
Reichspräsident*

Große Koalitionen

In einer Großen Koalition mit den Nationalliberalen der DVP und dem Zentrum regierte die SPD zweimal: lediglich rund zwei Monate 1923 unter Gustav Stresemann und unter dem SPD-Vorsitzenden Hermann Müller als Reichskanzler von 1928 bis 1930. Die SPD war die Partei, die sich mit der Republik am stärksten identifizierte. Sie war jedoch die meiste Zeit in der Opposition – eine Rolle, die sie konstruktiv auszufüllen versuchte.

Eigene Wahrnehmung zwischen Opposition und Regierung

Die eigene Rollenwahrnehmung und -beschreibung war in der SPD ein Feld großer Konflikte. Sie verstärkten sich nach der Wiedervereinigung mit den zurückkehrenden Teilen der USPD: Regierungspartei oder Oppositionspartei sein zu wollen blieb ein dauerndes Diskussionsthema. Koalitionen wurden dementsprechend unterschiedlich bewertet: als sinnvolles Ziel, um gesetzgeberisch mitgestalten zu können, als notwendiges Übel oder auch als unnütz. Letzterer Meinung zufolge lagen die gesellschaftlichen Veränderungspotenziale nicht in, sondern außerhalb der Parlamente.

Mit den Identitätskonflikten ging die Frage einher, wo das Machtzentrum liegen sollte: in der Partei, in der Fraktion oder in der Exekutive, also bei den Regierungsmitgliedern.

Diese Orientierungsfragen beschäftigten die Partei die gesamte Weimarer Zeit hindurch. Klaus Schönhoven beschreibt die Situation der SPD in Weimar treffend als „merkwürdige Zwitterstellung“ zwischen halber Regierungs- und halber Oppositionspartei (Schönhoven 1989: 118).

Erfolge in Ländern und Kommunen

In den Ländern und den Kommunen regierte die SPD kontinuierlicher. Preußen, dem größten der Länder, kam eine besondere Bedeutung zu. Unter sozialdemokratischer Führung Otto Brauns als Ministerpräsidenten wurde es zum „demokratischen Bollwerk“ in Weimar. Durch einen pragmatischen Umgang mit Regierungs- und Oppositionsfragen konnte die Sozialdemokratie in den Ländern und Kommunen einige konkrete Verbesserungen der sozialen Lage der Arbeiterschaft erzielen. Dabei kam es trotz aller Konflikte mit der KPD teils auch zu regionalen Koalitionen, beispielsweise in Sachsen und Hessen. Orientiert an der Vorstellung eines Kommunalsozialismus erweiterte und modernisierte sie insbesondere den Wohnungsbestand und schuf ein Wohnumfeld mit sozialen und kulturellen Einrichtungen (u. a. Schulen, Schwimmbäder, Theater und Sportstätten).

Entwicklung des Arbeitermilieus

Trotz des Aufstiegs der Massenmedien und einer zunehmenden Ausdifferenzierung von Milieu und Gesellschaft angesichts sich immer weiter verbreitender Mittelschichten und Angestelltenverhältnisse erwies sich das Arbeitermilieu als relativ stabil. Es bildeten sich sogar neue Vorfeldorganisationen wie die Arbeiterwohlfahrt. Gleichzeitig differenzierte sich die Gesellschaft weiter aus und es gewannen Wähler und auch Mitglieder aus der neuen Mittelschicht, also Angestellte und Beamte in neuen Dienstleistungsberufen, an Bedeutung. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften dieser Berufsgruppen organisierten sich im Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa-Bund), der über ein Kooperationsabkommen mit dem ADGB verbunden war, jedoch bis zum Ende der Weimarer Republik autonom blieb.

*Stabiles, starkes
Milieu*

Im Umfeld der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften entstanden im 20. Jahrhundert verschiedene **Vorfeldorganisationen**, die zum Teil heute noch bestehen oder bekannt sind. Die **Arbeiterwohlfahrt** (AWO) wurde am 13. Dezember 1919 von Marie Juchacz als „Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt in der SPD“ gegründet. Im Zentrum der Arbeit stand zunächst das Bemühen, die Not nach dem Ersten Weltkrieg zu lindern, etwa mit Mittagstischen, aber auch Werkstätten zur Selbsthilfe. Von einer Selbsthilfeinitiative entwickelte sich die AWO dann zu einer umfassenden Hilfsorganisation. Sie konnte von den Nazis nicht gleichgeschaltet werden und wurde verboten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die AWO parteipolitisch und konfessionell unabhängig neu gegründet. Sie sieht sich noch heute den Werten Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit verpflichtet. Auch der **Arbeiter-Samariter-Bund**, der bereits 1888 gegründet wurde, entstand aus einer Selbsthilfeinitiative von Arbeitern, wurde in der Zeit des Nationalsozialismus verboten und nach dem Krieg wiedergründet. Die **Volksfürsorge** nahm am 1. Juli 1913 ihren Betrieb auf. Ihre ersten beiden Geschäftsführer waren die Sozialdemokraten Adolph von Elm und Friedrich Lesche. Deren Idee war eine genossenschaftliche Volksversicherung, auch wenn die Volksfürsorge letztlich als Aktiengesellschaft organisiert wurde. Die Volksfürsorge wurde von den Nationalsozialisten in die Deutsche Arbeitsfront eingegliedert. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde eine „Alte Volksfürsorge“ neu gegründet, die später wieder Volksfürsorge hieß. Eine jüngere Vorfeldorganisation ist der **Auto Club Europa** (ACE). Er wurde 1965 auf Initiative verschiedener DGB-Gewerkschaften gegründet. Der ACE verknüpft in seinem Leitbild das Bekenntnis zum Auto mit der Idee einer ganzheitlichen Mobilität unter Einbeziehung aller Verkehrsmittel. Er öffnete sich 1995 auch für Mitglieder ohne gewerkschaftlichen Hintergrund und ist mit rund 550.000 Mitgliedern heute einer der führenden deutschen Automobilclubs.

Gesellschaftliche Brückenschläge, geschweige denn Andeutungen der späteren Volksparteiwerdung, gelangen der Sozialdemokratie aber nur sehr vereinzelt und sie strebte sie auch kaum an. Die konfessionelle Spaltung zwischen Protestantismus und Katholizismus blieb ohnehin bestehen und die florierende

Arbeiterkultur verfestigte das eigene Milieu zumindest in der Wahrnehmung. Eine Hochzeit erfuhr die sozialdemokratische Frauenbewegung. Frauen strebten in die Parlamente, organisierten sich in Ortsgruppen und engagierten sich insbesondere im Umfeld der Arbeiterwohlfahrt für soziale und pädagogische Anliegen. Themen der Frauenbewegung wie berufliche Gleichstellung oder Liberalisierung des Abtreibungs-, Ehe- und Familienrechts diskutierten sie dabei nicht zuletzt in eigenen Zeitschriften wie „Frauenwelt“ oder „Die Genossin“.¹⁰

*Programmatisch:
Auch die Kopf-
arbeiter für die
Partei gewinnen!*

Programmatische Entwicklung

Die Grundsatzprogramme jener Zeit spiegelten die beschriebenen Identitätsprobleme wider. Das Görlitzer Programm von 1921 drückte zunächst noch stärker die Differenz zur KPD und zum Bolschewismus aus. Das Heidelberger Programm von 1925 war nach der Rückkehr linker Kräfte aus der USPD und angesichts der Lage der Klasse der Arbeiterschaft dann wieder stärker an den Theorien von Marx orientiert – allerdings nicht im Sinne der Vorkriegsorthodoxie. Es war zudem ambitionierter in den internationalistischen Positionen. Strategisch wuchs in dieser Zeit die Erkenntnis, dass es nicht ausreichen würde, einzig die „Handarbeiter“ zu organisieren. Ebenso sehr müsse es darum gehen, die „Kopfarbeiter“, also vor allem diejenigen in den neuen Angestelltenverhältnissen, zu gewinnen.

Auf Karl Kautsky als wortführenden Theoretiker der Partei folgte Rudolf Hilferding.

Das **Görlitzer Programm** wurde im September 1921 beschlossen. Eduard Bernstein prägte es maßgeblich. Das Programm war reformorientiert angelegt und verbunden mit dem Versuch, Wählerschichten auch außerhalb der klassischen Klientel anzusprechen. Unter anderem bekannte sich die MSPD im Görlitzer Programm eindeutig zur Weimarer Republik und deren legaler Ordnung. Damit grenzte sie sich von der USPD und der KPD ab. Das Görlitzer Programm wurde schon 1925 durch das Heidelberger Programm ersetzt.

Die SPD beschloss das **Heidelberger Programm** auf dem Parteitag in Heidelberg im September 1925 und es sollte bis 1959 gelten. Das Heidelberger Programm knüpfte stärker an das Erfurter Programm von 1891 an, als es das Görlitzer Programm von 1921 getan hatte. Das ist nur zum Teil mit der zwischenzeitlichen Wiedervereinigung von MSPD und USPD zu erklären. Das Heidelberger Programm legte einen Fokus auf internationale Politik. So forderte es u. a. schon 1925 die „Verinigten Staaten von Europa“. Es betonte zudem die Bedeutung des demokratischen Staates und die Rolle der Parteien. Heidelberg als Ort des Parteitages wurde in Erinnerung an Friedrich Ebert gewählt, der dort geboren und kurz zuvor beigesetzt worden war.

10 Vgl. Seite 13 und 89.

Rudolf Hilferding (1877–1941) stammte aus Wien und war 1923 und 1928/29 Reichsfinanzminister der Weimarer Republik. Er gehörte zwischenzeitlich der USPD an und kehrte 1922 zur SPD zurück. Hilferding war Arzt, bekannt wurde er aber vor allem als marxistischer Theoretiker und Vordenker der SPD.

Hilferding ergänzte die Marx'sche Gesellschaftsanalyse insbesondere um die Berücksichtigung der Entwicklung des Finanzkapitals und der Banken. In ebenjenem Finanzkapital und in den Monopolisierungstendenzen in der Wirtschaft sah er den Übergang von einem freien zu

einem organisierten Kapitalismus. Die zunehmende Zentralisierung des Kapitals und ökonomischer Macht führe demnach zu einem umfassenden Kartell. Das dem Kapitalismus innewohnende Prinzip freier Konkurrenz werde somit nach und nach ersetzt durch Planung. Der organisierte Kapitalismus war für ihn der Schlüssel zur Befriedung des Kapitalismus und Voraussetzung für seine Überführung in den Sozialismus auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage und auf evolutionärem, also auf Reformen beruhendem Wege.

Das Konzept des organisierten Kapitalismus bildete zusammen mit dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie eine programmatisch-strategische Klammer, die die SPD und den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) verband. Im Konzept der Wirtschaftsdemokratie wird die Ausbreitung des Demokratieprinzips auf die Wirtschaftsabläufe beschrieben und das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft betont. Das Konzept wurde wesentlich von Fritz Naphtali entwickelt.¹¹

Der ADGB und seine Einzelgewerkschaften sahen sich in der Weimarer Zeit durchweg mit Mitgliederverlusten und politischem Druck vonseiten der Arbeitgeberverbände konfrontiert. Die Kapitaleseite setzte zunehmend auf Konflikte, um ihre Interessen durchzusetzen: festzumachen etwa an Aussperrungen der Arbeitnehmer oder daran, dass die Gewerkschaften in politischen Auseinandersetzungen nicht als gleichberechtigte Partner anerkannt wurden, oder an der Unterstützung der Präsidialkabinette und Brünnings destruktiver Sparpolitik am Ende der Weimarer Republik.

Politisch lautete die Strategie darüber hinaus, sich nach rechts und links abzugrenzen. Das führte nicht selten zu Spannungen mit der Partei. Gemeinsam jedoch stritten SPD und ADGB insbesondere für den Ausbau der Sozialstaatlichkeit der Republik. Sie wollten die demokratische Freiheit um soziale Freiheitsrechte ergänzen. Der größte Erfolg konnte 1927 mit der Einführung der Arbeitslosen-

Hilferding: Rolle des Finanzkapitals

Konzept: organisierter Kapitalismus

Kapitaleseite macht Druck auf die Gewerkschaften

¹¹ Ausführlich beschrieben wird das Konzept von Fritz Naphtali im Lese- und Hörbuch 6, *Staat, Bürgergesellschaft und Soziale Demokratie*, Kapitel 6.

versicherung erzielt werden. Tragischerweise sollte die letzte Reichsregierung mit parlamentarischer Mehrheit, die vom sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller angeführte Große Koalition, 1930 letzten Endes an einem Streit über die Beiträge zu dieser Arbeitslosenversicherung scheitern.

Links der Sozialdemokratie

Rückschläge im Ausbau demokratischer und sozialer Rechte, anhaltende soziale Ungleichheit, die Bürde der Revolutionszeit und die Komplexität des Regierens in der Republik hatten für die SPD Folgen. Ihre Integrationskraft im Arbeitermilieu und in der Arbeiterbewegung insgesamt stagnierte.

Entstehung der KPD

Links von der SPD war so einerseits als Partei die KPD entstanden. Andererseits sammelten sich dort verschiedene Gruppierungen und Organisationen, die kein Vertrauen in die SPD-Strategie des Hineinwachsens in den Sozialismus hatten. Die Linke in und außerhalb der Sozialdemokratie nahm die politischen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik vielfach unverändert als Klassenkämpfe wahr. Sie forderte daher entschiedene Schritte zur Überwindung des Kapitalismus und die SPD wiederum dazu auf, sich stärker um die Schichten zu bemühen, die an die KPD verloren gegangen waren. Diese linkssozialistischen Gruppen setzten kaum Hoffnungen in die Weimarer Republik. Sie waren aber demokratisch orientiert, was sie von der KPD unterschied und mit der SPD verband.

Die KPD hatte sich angelehnt an das russische Vorbild streng hierarchisch als Kaderpartei organisiert und trat in scharfe Abgrenzung zur SPD und zur Republik. Sie verlor dabei nicht zuletzt ihren vormaligen Vorsitzenden Paul Levi an die SPD.

Paul Levi (1883–1930) war Rechtsanwalt und Abgeordneter des Reichstages. Er war 1919 Gründungsmitglied der KPD und von März 1919 bis 1921 deren Vorsitzender. Nach Kritik an der putschistischen Taktik der KPD wurde er 1921 aus der KPD ausgeschlossen und kehrte in die SPD zurück.

Die KPD erreichte nach den Übertritten aus der USPD bei Reichstagswahlen zwischen 9 % (1924) und 17 % (1932). Im Hinblick auf ihre Mitgliederstruktur und Wählerschaft entsprach die KPD am ehesten einer proletarischen Klassenpartei. Sie sprach vor allem Arbeiter mit einem geringeren Qualifikationsniveau an. Zum Ende der Republik und 1929 angesichts der Weltwirtschafts- und Finanzkrise konnte sie besonders stark jugendliche Arbeitslose mobilisieren.

Die kommunistische **Sozialfaschismusthese** sah den Faschismus als eine Kampforganisation der bürgerlichen Klasse und die Sozialdemokratie als zwar gemäßigten, aber doch Teil dieses Faschismus. Die These wurde u. a. von Stalin, der von „Zwillingsbrüdern“ sprach, entwickelt und prägte seit 1929 auch die Programmatik und Strategie der KPD. Sie führte dazu, dass die KPD Sozialdemokraten und freie Gewerkschafter, aber nicht die NSDAP als Hauptfeind betrachtete. Ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus wurde deshalb unmöglich.

Die gewerkschaftlich organisierten Facharbeiter standen hingegen hinter der SPD. Neben der Konkurrenz um Wähler und Mitglieder war die KPD für die SPD vor allem deswegen eine Herausforderung, weil sich die KPD Koalitionen verweigerte. Für sie war gemäß der Sozialfaschismusthese die SPD – und nicht die NSDAP – der Hauptfeind.

Diese Spaltung der Arbeiterbewegung und die Fragmentierung des Milieus beeinträchtigten ihre gesellschaftliche Mobilisierungs- und Integrationskraft und schmäleren ihre Möglichkeiten, sich dem Aufstieg der NSDAP entgegenzustellen. In dieser Zeit bildeten sich aber auch bereits einige der Gruppen, die später im Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur eine wichtige Rolle spielen sollten: „Neu Beginnen“, „Internationaler Sozialistischer Kampfbund“ (ISK), „Rote Kämpfer“ und „Sozialistische Arbeiterpartei“.¹²

Verteidigung der Republik

Umklammert von KPD und NSDAP wuchs die Gefahr für die Demokratie. Die SPD war mit der Frage konfrontiert, wie die Republik verteidigt werden könne. Sie versuchte eine Vielzahl von Ansätzen: Zum einen nutzte sie im Reich und in den Ländern, dabei insbesondere in Preußen, die Möglichkeiten der Gesetzgebung und schuf einen Republikenschutz. Die SPD nutzte auch ihre Parteipresse und Versammlungen, um mit Öffentlichkeitsarbeit der Mobilisierung der Nationalsozialisten etwas entgegenzustellen. Um die eigene Organisation und um Versammlungen zu schützen, wurde mit der Eisernen Front gemeinsam mit ADGB und Arbeitersportbund schließlich auch eine paramilitärische Struktur geschaffen. Die Eiserne Front konnte allerdings eher eine symbolische Stärke als tatsächliche Schlagkraft demonstrieren. Bereits 1924 gründeten SPD, DDP und Zentrum das letztlich sozialdemokratisch dominierte Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.¹³

*Spaltung begünstigt
Aufstieg der NSDAP*

*Republikenschutz,
Eiserne Front und
Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold*

12 Vgl. Seite 73.

13 Vgl. Seite 70.

*Wahlerfolge der
NSDAP*

Bei den Wahlen im September 1930 erreichte die NSDAP einen Stimmenzuwachs von fast 16 Prozentpunkten und verbesserte sich sprunghaft von 2,6 % auf 18,3 %. Im Juli 1932 sollte ihr Stimmenanteil sich sogar verdoppeln auf 37,4 %. Zuvor war die Große Koalition¹⁴, die letzte Reichsregierung, die sich auf eine eigene parlamentarische Mehrheit stützen konnte, gescheitert.

*Beginn der
Präsidialregime*

Bis zum Ende der Republik folgte nun eine Phase von Präsidialregimen, die nach Art. 48 der Verfassung möglich waren. Die SPD tolerierte diese Präsidialregime, da sie auch aufgrund der Verweigerung der KPD keine politische Alternative sah. Wirtschaftsrezession und soziale Notlage erforderten eine aktive Regierung und man befürchtete bei Neuwahlen weitere Wahlerfolge der NSDAP.

Als erster Reichskanzler ohne eigene parlamentarische Mehrheit wurde Heinrich Brüning, Fraktionsvorsitzender des Zentrums, toleriert. Brüning löste sein Versprechen, das soziale Gleichgewicht zu erhalten, jedoch niemals ein.

*1932: der
Preußenschlag*

Der Sog der NSDAP bei Wahlen schwächte sich zunächst ab. Die NSDAP verlor bei den Reichstagswahlen im November 1932 4,3 Prozentpunkte. Allerdings litt auch die Sozialdemokratie. Die Tolerierung Brünings und dessen allein an Deflation und nicht an Wachstum und Beschäftigung orientierte Politik führten zu Abspaltungen auf dem linken Flügel der Partei. Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands gründete sich nach Parteiausschlüssen aus der SPD, und die SPD verlor zusehends die Fähigkeit, zu integrieren und zu mobilisieren. Am 1. Juni 1932 folgte auf Brüning Franz von Papen, der eine der schlimmsten Befürchtungen der Sozialdemokratie wahr machte: Im sogenannten Preußenschlag fiel ihre letzte große Bastion.

Mit dem **Preußenschlag** wurde am 20. Juli 1932 die geschäftsführende Regierung des Freistaates Preußen, der Otto Braun (SPD) vorstand, verfassungswidrig durch einen Reichskommissar ersetzt. Der Preußenschlag wurde mithilfe der Reichswehr und der Verhängung eines militärischen Notstandes durchgesetzt. Die Regierungsgewalt eines der größten Länder des Reiches ging auf Franz von Papen, den Reichskanzler, über.

Die von der SPD zur Schicksalswahl über die Demokratie stilisierte anschließende Reichstagswahl im Juli 1932 erbrachte keine befreiende Wirkung, sondern ließ die Macht der NSDAP weiter anwachsen.

Im parlamentarischen Rahmen war die Verteidigung der Republik – oder dessen, was von ihr übrig war – nicht gelungen. War nun der Zeitpunkt für außerparla-

¹⁴ Die „Große Koalition“ umfasste damals die SPD sowie die Deutsche Zentrumspartei (Zentrum), die Deutsche Volkspartei (DVP) und die Deutsche Demokratische Partei (DDP).

mentarischen Widerstand, womöglich unter Einbeziehung von Gewalt bis zum Bürgerkrieg, gekommen? Die SPD verneinte diese Frage entschieden, sehr zum Unmut einzelner linkssozialistischer Kreise. Die SPD war nicht bereit, die eigenen Ideale von Humanismus und Aufklärung aufzugeben. Sie entschied sich dafür, im legalen Rahmen zu bleiben. Der ADGB wiederum ging sogar einen Schritt weiter. Er verwarf nicht nur die Option eines Generalstreiks, dessen Realisierungschancen man ohnehin skeptisch sah. Die Gewerkschaften konzentrierten sich, wie schon zu Beginn der Republik, auf den Schutz der eigenen Organisation. Sie arrangierten sich auch mit der neuen Regierung und überwarfen sich in diesem Zusammenhang mit dem Afa-Bund. Auch vonseiten der SPD erntete der ADGB scharfe Kritik. Grebing fasst Otto Wels' Kritik pointiert zusammen: „[...] aus Angst vor dem organisatorischen Tod [beging man] politischen Suizid“ (2007: 106).

*Entscheidung:
Verbleib im legalen
Rahmen*

Otto Wels (1873–1939) war ein sozialdemokratischer Politiker. Er trat 1891 in die SPD ein, war lange Jahre Abgeordneter und von 1919 bis zu seinem Tod SPD-Vorsitzender. Berühmt ist Wels' Rede gegen das „Ermächtigungsgesetz“.¹⁵ Der Fraktionssaal der SPD im Bundestag ist nach Wels benannt.

Das Scheitern der Weimarer Republik

Am Ende der Weimarer Republik stand die Sozialdemokratie erneut allein für Demokratie ein. Es war nicht mehr möglich, mit Linksliberalen und katholischem Zentrum einen Block zur Verteidigung der Republik und Demokratie zu schaffen. Straßenschlachten mit und zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten und „gesprengte“ Versammlungen prägten den politischen Alltag. Sozialdemokraten und Kommunisten sahen sich unverändert außerstande, eine „Einheitsfront“ oder eine Aktionsgemeinschaft gegen die Nationalsozialisten zu bilden. Immerhin kamen beide Parteien noch im November 1932 auf rund 37 % der Wählerstimmen. Die KPD hing jedoch weiter ihrer Sozialfaschismusthese an.

*Zum Ende der Repu-
blik: SPD allein für
die Demokratie*

In der Endphase der Republik verlor die SPD beständig an Stimmen – von ihrer Hochzeit im Jahr 1928 mit 29,8 % über 24,5 % (1930) bis zu 21,6 % bzw. 20,4 % (beides 1932). Aber trotz bereits wirksamer Notverordnungen, die auch SPD und KPD betrafen, und Inhaftierungen erreichte die SPD auch bei den letzten Reichstagswahlen im März 1933, die nicht mehr als frei anzusehen waren, noch relativ stabil 18,3 %.

15 Vgl. Seite 67–70.

Zum Weiterlesen:

Walter Mühlhausen
(2006), *Friedrich
Ebert 1871–1925.
Reichspräsident der
Weimarer Republik*,
Verlag J.H.W. Dietz
Nachf., Bonn.

Heinrich August
Winkler (1985),
*Der Schein der
Normalität. Arbeiter
und Arbeiter-
bewegung in der
Weimarer Republik
1924– 1930*, Verlag
J.H.W. Dietz Nachf.,
Bonn.

Heinrich August
Winkler (1984), *Von
der Revolution zur
Stabilisierung. Arbeiter
und Arbeiter-
bewegung in der
Weimarer Republik
1918–1924*, Verlag
J.H.W. Dietz Nachf.,
Bonn.

Klaus Schönhoven
(1989), *Reformismus
und Radikalismus.
Gesplaltene Arbeiter-
bewegung im
Weimarer Sozial-
staat*, München.

Die älteren Sozialdemokraten fühlten sich angesichts der bedrohlichen Machtzuwächse der Nationalsozialisten, der Einschüchterungen und Drohungen und auch der Übergriffe und Verhaftungen an die Zeit des Sozialistengesetzes erinnert. Dass die Zerschlagung der Arbeiterbewegung eines der ersten Ziele der Nationalsozialisten sein würde – davon ging man aus. Lehren ziehen und später einen Neuanfang wagen, wie damals – dies war die Hoffnung vieler. Diese Hoffnung sollte sich nicht erfüllen. Viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter wurden von den Nationalsozialisten ermordet. Die nationalsozialistische Terrorherrschaft, der Zweite Weltkrieg und der Holocaust stehen für das schwärzeste Kapitel der deutschen Geschichte.

Was bedeutet das für die Soziale Demokratie?

- Die Rolle der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik war widersprüchlich: Einerseits war sie im Parlament zumeist in der Opposition, andererseits die tragende Kraft der jungen Demokratie.
- Mit der Übernahme von Regierungsverantwortung verstärkte sich die Reformorientierung der Sozialdemokratie. Im nun demokratischen Staat erkannte sie den möglichen Garanten für die Verwirklichung von Freiheitsrechten.
- Das Konzept der Klassenpartei, die nur auf ihr Milieu beschränkt ist, stieß in der Weimarer Republik an seine Grenzen. Eine Soziale Demokratie braucht eine Sozialdemokratie, die alle gesellschaftlichen Schichten erreicht.
- Das Scheitern der Weimarer Republik führt vor Augen, wie verletzlich Demokratien sind, wenn sie gesellschaftlich nicht breit verankert sind. Nicht zuletzt verweist dies auch auf die Bedeutung politischer Bildung für die Förderung eines demokratischen Bewusstseins.

5. VERFOLGUNG, VERBOT UND EXIL (1933–1945)

In diesem Kapitel

- werden die Umstände der Rede von Otto Wels gegen das „Ermächtigungsgesetz“ und das Ende der Weimarer Republik geschildert;
- werden Verbot und Verfolgung von SPD und Gewerkschaften sowie der Widerstand der Arbeiterbewegung gegen die nationalsozialistische Diktatur beschrieben;
- werden programmatische Diskussionen der Sozialdemokraten im Exil skizziert;
- wird verdeutlicht, welches Vermächtnis sich aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus ergibt.

Als Otto Wels am 23. März 1933 vor dem in der Krolloper versammelten Reichstag die Ablehnung der SPD gegen das „Ermächtigungsgesetz“ der Nazis begründete, war der nationalsozialistische Terror bereits deutlich spürbar. Die SPD war seit Langem Zielscheibe rechtsextremer Gewalt. Die Schlägertruppen der SA hatten schon in der Weimarer Republik gezielt und immer schärfer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten angegriffen. Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 entwickelte sich ihre Gewaltherrschaft immer ungehemmter. Sozialdemokratische und kommunistische Funkti-

Der Begriff **Machtübertragung** bezeichnet den Prozess, in dessen Rahmen die NSDAP im Deutschen Reich die Regierungsverantwortung erhielt und in der Folge die nationalsozialistische Diktatur errichtete. Die Nationalsozialisten selbst bezeichneten den 30. Januar 1933 als Tag der „Machtergreifung“. Von Historikern und Historikerinnen wird dieser Begriff wegen der darin enthaltenen Propaganda vermieden. Zudem verschleiert er die problematische Rolle konservativer Kreise, die eine von Hitler geführte Regierung befürworteten und personell unterstützten, etwa die Rolle des Reichspräsidenten Hindenburg, der Hitler am 30. Januar 1933 mit der Bildung einer Regierung beauftragte und ihn als Reichskanzler vereidigte.

onäre und Gewerkschafter wurden verunglimpft, verhaftet, misshandelt und ermordet, sozialdemokratische Zeitungen und Verlage zerschlagen und die ersten Konzentrationslager entstanden.

Unter dem Eindruck dieser beginnenden Gewaltherrschaft versammelte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vor der Abstimmung über das „Ermächtigungsgesetz“. Von den 120 gewähl-

*Die Situation am
23. März 1933*

ten Abgeordneten der SPD konnten nur 94 an der Sitzung teilnehmen. Wilhelm Sollmann, der ehemalige sozialdemokratische Innenminister, lag schwer misshandelt im Krankenhaus. Julius Leber und Carl Severing wurden noch auf dem Weg zur Sitzung verhaftet, andere saßen bereits in sogenannter Schutzhaft. Den Weg zur Sitzung mussten sich die Abgeordneten durch eine Gasse von lärmenden und bewaffneten Nazis bahnen, der Saal wurde von SS und SA sofort umstellt. Als Otto Wels ans Rednerpult trat, musste er das hereindröhnende Gebrüll der Nationalsozialisten übertönen.

Weiterhören:

Die Rede Otto Wels' ist als Tondokument im Archiv der sozialen Demokratie der FES zugänglich: www.fes.de/archiv



„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, dass sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt [...]. Wir haben gleiches Recht für alle und ein soziales Arbeitsrecht geschaffen. Wir haben geholfen, ein Deutschland zu schaffen, in dem nicht nur Fürsten und Baronen, sondern auch Männern aus der Arbeiterklasse der Weg zur Führung des Staates offensteht. [...] Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. [...] Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen. Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“
(Otto Wels 1933: 32 f.)

Kapitel 5: 1933–1945

23. März 1933
Otto Wels' Rede gegen das „Ermächtigungsgesetz“

2. Mai 1933
Zerschlagung der Gewerkschaften

22. Juni 1933
Verbot der SPD

28. Januar 1934
Veröffentlichung des Prager Manifestes der Sopade

1933

1934

In der folgenden namentlichen Abstimmung zum „Ermächtigungsgesetz“ stimmten alle 94 anwesenden sozialdemokratischen Abgeordneten mit Nein.

Abstimmung zum „Ermächtigungsgesetz“

Das sogenannte **Ermächtigungsgesetz** (offiziell: Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich) wurde vom Reichstag am 24. März 1933 beschlossen. Es verschaffte der nationalsozialistischen Diktatur einen scheinbar legalen Rahmen. Das Gesetz ermächtigte die Regierung Hitler u. a., Gesetze ohne den Reichstag zu beschließen, die darüber hinaus von der Verfassung abweichen konnten. Die SPD-Fraktion stimmte geschlossen gegen das Gesetz. Liberale und konservative Parteien wie das Zentrum stimmten mit der NSDAP.

Die kommunistischen Abgeordneten waren teilweise bereits verhaftet und konnten ihre Mandate nicht mehr wahrnehmen. Alle anderen Parteien – Nationalsozialisten ebenso wie Konservative, das katholische Zentrum und die liberale Deutsche Staatspartei – stimmten für das „Ermächtigungsgesetz“.

Die Rede von Otto Wels macht drei Zusammenhänge besonders deutlich,

Wels' zentrale Punkte

die für die Sozialdemokratie zu Beginn der nationalsozialistischen Diktatur charakteristisch waren:

Erstens gehörten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu den entschiedenen Gegnern des NS-Regimes. Sie waren – ebenso wie Kommunisten und Gewerkschafter – daher auch unter den ersten Insassen der neu errichteten Konzentrationslager und mussten ihren Widerstand vielfach mit dem Leben bezahlen.

Gegnerschaft zu den Nazis

Zweitens verstanden sich Sozialdemokraten als Verteidiger der Weimarer Republik und bewegten sich daher im verfassungsgemäßen Rahmen dieser Republik. Sie organisierten ihren Widerstand zunächst legal und waren bemüht, keine Rechtsbrüche zu begehen – auch im Angesicht der Rechtsbrüche, die die Nazis bereits begangen hatten und begingen. Die Führung der SPD wollte ihre Mitglieder nicht durch illegale Aktionen gefährden. Zugleich wollte sie der nationalsozialistischen Regierung keinen Vorwand für ein Verbot der Partei liefern.

Verteidigung der Republik

19. März 1941

Gründung der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“

20. Juli 1944

Scheitern des Attentats auf Hitler, in der Folge Hinrichtung vieler beteiligter Sozialdemokraten (u. a. Leber und Leuschner)

18. Oktober 1944

Eintritt verschiedener Stockholmer SAP-Mitglieder in die SPD (u. a. Brandt)

1941

1944

Hoffnung: „überwintern“ können

Drittens verglichen viele Sozialdemokraten die Zeit Anfang 1933 mit der Zeit des Bismarck'schen Sozialistengesetzes. Es bestand die Hoffnung, dass man irgendwie „überwintern“ und möglicherweise gestärkt aus der nun anbrechenden Phase hervorgehen könne. Während der Verbotsphase zwischen 1878 und 1890 (vgl. Kapitel 2) war es teilweise gelungen, zumindest bei Wahlen und im informellen Rahmen weiter politisch zu arbeiten, ohne das eigene Leben oder das Leben anderer zu gefährden. Viele Sozialdemokraten hatten die Hoffnung, dass dies auch im „Dritten Reich“ gelingen könne. Die Brutalität und der totalitäre Anspruch des NS-Regimes waren 1933 in der Konsequenz, die uns heute klar ist, nicht abseh- und kaum vorstellbar.

Zunächst kein gewaltsamer Widerstand

Für die sozialdemokratischen Parteimitglieder bedeutete dies, dass zunächst kein gewaltsamer Widerstand geleistet werden sollte. Für einige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war das überraschend. Die SPD hatte gemeinsam mit Liberalen und Zentrum mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bzw. der Eisernen Front schließlich durchaus Strukturen aufgebaut, die notfalls auch für eine bewaffnete Verteidigung der Republik bereitstanden. Tatsächlich warteten überall im Reich Genossinnen und Genossen auf das Zeichen zum Losschlagen. In einigen Gewerkschaftshäusern standen bewaffnete Gruppen bereit. Aus den Organisationszentralen kamen allerdings keine Einsatzbefehle, sondern vielmehr Appelle, sich ruhig und besonnen zu verhalten. Ob ein offener Kampf hätte erfolgreich sein können, ist umstritten. Dagegen sprachen unzureichende Bewaffnung und Ausrüstung des Reichsbanners und die brutale Gewalt der Nationalsozialisten.

Die Führung der SPD ging zunächst in Fehleinschätzung der Nationalsozialisten davon aus, dass sie ihren legalen Status bewahren könnte

Das **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**

war ein überparteiliches Bündnis zum Schutz der Weimarer Republik gegen Nationalsozialisten und Kommunisten. Es hatte sich 1924 als Verbund von Veteranen des Ersten Weltkriegs gegründet und wurde vor allem von Sozialdemokraten getragen. Es sollte in den bürgerkriegsähnlichen Zuständen der Weimarer Republik die Demokratie notfalls auch mit Waffen verteidigen. Das Reichsbanner war selbst ein Bündnispartner in der 1931 gegründeten Eisernen Front, die unter Einbeziehung u. a. der Gewerkschaften und des Arbeiter-Turn- und Sportbundes vor allem den Kampf gegen die Nationalsozialisten bündeln sollte. Zum offenen Kampf um die Republik kam es nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933 aber nicht. Ohnehin ist offen, welche Erfolgchancen dieser Kampf im Hinblick auf die unzureichende Bewaffnung und Ausrüstung der Mitglieder gehabt hätte.

und spätestens die nächsten Wahlen der von Hitler geführten Regierung ein Ende bereiten würden. „Nach Hitler – wir!“ Diese Losung war Ausdruck der Zuversicht in der Sozialdemokratie, bald wieder politisch gestalten zu können.

Bei den Gewerkschaften bestand die Hoffnung, auch im Nationalsozialismus als eigenständige Organisationen weiterexistieren zu können. Von Widerstand wollte man entsprechend zunächst absehen.

„Organisation – nicht Demonstration: Das ist die Parole der Stunde“ – so brachte der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Theodor Leipart die Taktik auf den Punkt (zit. nach Schneider 2000: 223). Entsprechend wurde auch der Aufruf der KPD zum Generalstreik als Protest gegen die Nazis von den Gewerkschaften nicht unterstützt.

Theodor Leipart (1867–1947) war gelernter Drechsler, SPD-Mitglied und von 1921 bis zum 2. Mai 1933, dem Tag der Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung durch die Nationalsozialisten, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Leiparts Versuch, den ADGB erst durch die Erklärung politischer Neutralität und später durch Anbiederung an die Nationalsozialisten zu erhalten, scheiterte.

In den folgenden Monaten kam es in Teilen der Gewerkschaftsbewegung zu Anpassungsversuchen an das braune Regime. Mit Anbiederungen hoffte die Gewerkschaftsführung, ihre Organisationen auch unter der neuen Regierung zu

erhalten. Sie distanzierte sich deshalb von der SPD und begrüßte nachdrücklich, dass die NS-Regierung den 1. Mai zum staatlichen „Feiertag der nationalen Einheit“ erklärt hatte. Wie illusorisch die Hoffnung war, durch Anpassung zu überleben, zeigte sich bereits einen Tag später. Am Vormittag des 2. Mai 1933 besetzten SS- und SA-Truppen die Büros, Zeitungen und Banken der Gewerkschaften. Dieser Tag markierte das Ende freier Gewerkschaften im NS-Regime und für viele Funktionäre bedeutete er den Beginn von Haft und Folter oder ihre Ermordung.

Für die SPD wurde nach dieser Aktion noch deutlicher als zuvor, dass man in Kürze mit einem ähnlichen Schlag rechnen musste. Tatsächlich wurden am 9. Mai 1933 alle Vermögenswerte der Partei beschlagnahmt.

*Gewerkschaften:
Organisation – nicht
Demonstration*

*Zerschlagung von
Gewerkschaften
und SPD*

Die SPD verstärkte nun den Aufbau eines Exilvorstands. Am 22. Juni 1933 schließlich wurde die SPD in Deutschland vollständig verboten. Der bis dahin ungeklärte Konflikt innerhalb des SPD-Vorstands, ob man die noch vorhandenen minimalen Gestaltungsspielräume im Reich nutzen solle, um die Organisation zu retten, oder sich auf Exil und Widerstand einstellen solle, war damit überholt.

Wenn im weiteren Verlauf dieses Kapitels über die SPD gesprochen wird, muss unterschieden werden zwischen dem in Deutschland verbliebenen Teil der Partei, der in der Illegalität weiterlebte, und den Sozialdemokraten, die ins Exil gezwungen wurden.

Verbot der Friedrich-Ebert-Stiftung

Nach Beginn der nationalsozialistischen Diktatur wurde auch die Friedrich-Ebert-Stiftung verboten. Sie hatte von 1925 bis 1933 insgesamt 295 Stipendiaten gefördert. 1946 regte der Sozialistische Deutsche Studentenbund die Neugründung an, die 1947 in Hannover erfolgte. Seit 1954 ist Bonn Sitz der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

In den folgenden Monaten und Jahren entwickelten sich in Deutschland vielfältige Formen der Opposition und des Widerstands. Die Arbeiterbewegung war dabei mit einem besonderen Problem konfrontiert. SPD, KPD und auch Gewerkschaften waren als Massenorganisationen entstanden, die auf Massenwirksamkeit abzielten. Nun – unter den Bedingungen von Terror, Gestapo und Spitzeln – war aber das genaue Gegenteil gefragt: konspirative Arbeit. Es fehlten vielfach die Erfahrungen und Techniken, in einer Diktatur wirksamen Widerstand zu organisieren. Eine Vielzahl der 20.565 politisch Verurteilten, die das NS-Regime selbst bereits für das Jahr 1933 im „Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches“ angab, stammte daher aus der Arbeiterbewegung (vgl. Potthoff/Miller 2002: 153). Unter ihnen waren prominente Sozialdemokraten wie der ehemalige Reichspräsident Paul Löbe, der Abgeordnete Julius Leber, der

Paul Löbe (1875–1967) war gelernter Schriftsetzer, seit 1895 Mitglied der SPD und 1920 der erste Reichspräsident. Paul Löbe wurde von den Nationalsozialisten wegen seines Widerstands mehrfach verhaftet. Er verbrachte viel Zeit in verschiedenen Gefängnissen und Konzentrationslagern. Nach ihm ist heute eines der Bundestagsgebäude benannt.

Otto Brenner (1907–1972) war gelernter Betriebselektriker und von 1956 bis 1972 Vorsitzender der IG Metall. Er schloss sich 1920 der Sozialistischen Arbeiterjugend an, wurde 1926 Mitglied der SPD, zwischenzeitlich Mitglied der SAP. Brenner wurde von den Nationalsozialisten für seine Tätigkeit im Widerstand verhaftet und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

spätere IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner und Vertreter einer jüngeren Generation wie der schwer kriegsbeschädigte Kurt Schumacher. Es finden sich aber auch Aktivisten und Funktionäre, die eher im kleineren Kreis wirkten.

Wie sah der Widerstand aus der Arbeiterbewegung gegen das NS-Regime im Einzelnen aus? Und von wem wurde er getragen?

Zunächst gab es eine Reihe kleinerer Gruppen aus dem Umfeld der SPD, in denen überwiegend junge Genossinnen und Genossen Widerstand gegen das braune Regime leisteten. Sie trugen Namen wie „Neu Beginnen“, „Internationaler Sozialistischer Kampfbund“ (ISK), „Rote Kämpfer“ oder „Sozialistische Arbeiterpartei“ (SAP)¹⁶ und hatten sich bereits in der Weimarer Republik gegründet, häufig schon damals mit dem Ziel, den Nationalsozialismus zu bekämpfen.

Fritz Erler¹⁷, der 1964 Fraktionsvorsitzender der SPD wurde, gehörte beispielsweise der Gruppe „Neu Beginnen“ an. Der junge Willy Brandt war in der SAP aktiv, bevor er im April 1933 nach Norwegen ins Exil ging.

Diese Gruppen und Kreise waren häufig radikaler als die SPD selbst und hatten früh ein realistischeres Bild des Nationalsozialismus. Sie kämpften auch über Parteigrenzen hinweg. Ein vermutlich von Willy Brandt verfasstes Flugblatt der Lübecker SAP macht dies deutlich: „Wenn die Arbeiter zusammenstehen, müssen Hitler und Papen stempeln gehen“ (zit. nach Merseburger 2002: 51).

Diese linkssozialistischen Gruppen konnten oft erfolgreicher im Untergrund arbeiten als die älteren und bekannteren Mitglieder der SPD. Ihre jungen – und entschlossenen – Mitglieder standen oft noch nicht unter Beobachtung der Nazis. Aufgrund der überschaubaren Größe der Gruppen und ihrer Vorbereitung auf die Arbeit im Untergrund arbeiteten sie konspirativ und wurden weniger schnell entdeckt.

So konnte etwa der ISK seine Widerstandsarbeit bis 1938 aufrechterhalten. Ihm gelangen einige spektakuläre Aktionen wie die Sabotage der Einweihung der Reichsautobahnen 1935. In der Nacht vor der Einweihung durch Adolf Hitler brachte der ISK an Brücken und Straßenabschnitten regimekritische Parolen an. Der NS-Propagandafilm zur Einweihung der Autobahnen musste daher an zahlreichen Stellen geschnitten werden, damit er Parolen wie „Hitler = Krieg“ nicht mitverbreitete.

*Widerstands-
gruppen im
Umfeld der SPD*

¹⁶ Vgl. zur Abkürzung die Fußnote Seite 35.

¹⁷ Vgl. Seite 96.

Zum Weiterlesen:

Gerhard Beier

(1997), Die illegale

Reichsleitung der

Gewerkschaften, in:

Richard Löwenthal/

Patrick von zur Müh-

len (Hg.) (1997),

Widerstand und

Verweigerung in

Deutschland 1933

bis 1945, Bonn,

S. 25–50.

Ursula Bitzegeio

(2009), Über Partei-

und Landesgrenzen

hinaus: Hans Gott-

furcht (1896–1982)

und die gewerk-

schaftliche Organi-

sation der Angestell-

ten, Bonn.

Prager Exil

Unterstützt wurde der ISK u. a. von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, einem gewerkschaftlichen Dachverband. Den Transportarbeitern gelang es aufgrund ihrer guten Kommunikationswege (Eisenbahn, Schiffsverkehr), den Kontakt zwischen unterschiedlichen Widerstandsgruppen im In- und Ausland aufrechtzuerhalten.

Die Gewerkschaften insgesamt waren – ähnlich wie die SPD – nicht auf Widerstand und die Arbeit in der Illegalität vorbereitet. Dennoch begann unmittelbar nach der Zerschlagung der offiziellen Gewerkschaftsinstitutionen am 2. Mai 1933 auch die Organisation von gewerkschaftlichem Widerstand. Relativ rasch gelang es etwa den Metallarbeitern, ein deutschlandweites Netz von Vertrauensleuten zu schaffen und damit Austausch untereinander zu ermöglichen.

Das Ziel des Widerstands von SPD, Gewerkschaften und linken Gruppen war in der Regel nicht der militante Kampf gegen die Regierung. Sie versuchten vielmehr, Kommunikation untereinander aufrechtzuerhalten, Verfolgte zu unterstützen und über das wahre Gesicht des Regimes aufzuklären.

Das Ziel, durch Aufklärung und Information Veränderungen herbeizuführen, entsprach durchaus der Tradition der Arbeiterbewegung. Entsprechend groß waren die Anstrengungen, „der Welt die Wahrheit zu sagen“ („Neuer Vorwärts“ vom 18. Juni 1933, zit. nach Potthoff/Miller 2002: 158).

Diese Anstrengungen wurden sowohl von den in Deutschland verbliebenen Sozialdemokraten getragen als auch von der sozialdemokratischen Exilorganisation, die seit 1933 unter dem Kürzel Sopade in Prag arbeitete.

Sopade war die Bezeichnung für die SPD-Exilorganisation, die von 1933 bis 1939 zunächst aus dem Exil in Prag, später von Paris und ab 1940 bis 1945 von London aus agierte.

So entstanden im Prager Exil beispielsweise die Deutschlandberichte der Sopade. In ihnen wurden systematisch Informationen über die politische, soziale, ökonomische und kulturelle Lage in Deutschland zusammengetragen, vervielfältigt und verbreitet. Sie lieferten ein detailgetreues Bild über die tatsächliche Situation jenseits der nationalsozialistischen Propaganda. Über systematisch um Deutschland herum errichtete Grenzsekretariate der Sopade wurden Informationen aus dem Land gesammelt und über ein Netz von verlässlichen Aktivisten wieder in Deutschland verteilt.

Zu diesen Aufklärungsmaterialien zählt auch der erste Bericht über ein Konzentrationslager in Deutschland. Gerhart Seger, ehemaliger sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, wurde 1933 im KZ Oranienburg inhaftiert und konnte als einer von wenigen fliehen. Seine Schrift *Oranienburg: erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten* gibt einen umfassenden Einblick in die Anfänge der nationalsozialistischen Lagerregime.

Im europäischen Ausland fanden diese Informationen über das wahre Gesicht Deutschlands oft kein Gehör. Im Gegenteil: Die Berichte wurden teilweise

Der Begriff **Appeasement-Politik** bedeutet so viel wie Beschwichtigungspolitik. Er wird mit der Außenpolitik Großbritanniens, aber auch Frankreichs zwischen 1933 und 1939 verbunden. Die Strategie lautete, außenpolitische Provokationen Hitlers hinzunehmen, um einen Krieg zu vermeiden.

sogar unter Verschluss gehalten, da die Beziehungen zu Deutschland und die Appeasement-Politik nicht gestört werden sollten (vgl. Potthoff/Miller 2002: 160).

Aber welche Wirkung entfaltete diese Form der Aufklärung in

Deutschland? Klar ist, dass die Informationen – ebenso wie der Widerstand insgesamt – das nationalsozialistische Regime zu keinem Zeitpunkt ernsthaft erschüttern konnten. Aber dennoch waren diese Informationen und ihr Austausch wichtig. Sie klärten auf, beugten der Vereinzelung und Isolation der noch aktiven Genossinnen und Genossen vor und bewahrten das sozialdemokratische Werteverständnis.

Mitte bis Ende der 1930er Jahre nahmen diese Widerstandsaktivitäten deutlich ab. Zwei Ursachen waren dafür verantwortlich.

Erstens war es der Gestapo in erheblichem Umfang gelungen, sozialdemokratische Gruppen ausfindig zu machen und sie zu zerschlagen. Bis 1939 waren fast alle konspirativen Widerstandsgruppen enttarnt und viele ihre Mitglieder verhaftet, misshandelt oder ermordet worden.

Zweitens fehlte dem Widerstand zunehmend die soziale Grundlage. Viele Menschen hatten – vor allem durch die Aufrüstung – wieder Arbeit gefunden. Ihre Lebenssituation hatte sich deutlich verbessert und das schrieben sie dem Nationalsozialismus zu. Auch außenpolitisch schien Hitler von einem Erfolg zum anderen zu eilen: von der Saar-Rückgliederung über den „Anschluss“ Öster-

Zum Weiterlesen:

Gerhart Seger (1934), Oranienburg: erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten, Karlsbad.

Widerstand nimmt ab: Ursachen

reichs bis hin zu den ersten „Blitzsiegen“ des Kriegs. Die Mehrheit der Deutschen empfand die zweite Hälfte der 1930er Jahre als „gute Zeit“ und war weit davon entfernt, Widerstand zu leisten oder ihn zu unterstützen.

Unter diesen Umständen konzentrierten sich die noch verbliebenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten häufig darauf, den Zusammenhalt untereinander aufrechtzuerhalten, in scheinbar unpolitischen Nischen die eigene Haltung zu bewahren und sich der Vereinnahmung durch das System zu verweigern. Beim Wandern, in der Kleingartenkolonie oder beim sonntäglichen Ausflug an den Badesee wurde die Lage diskutiert und man stärkte sich durch den Zusammenhalt gegen die nationalsozialistische Propaganda. So konnten zumindest im kleinen Rahmen Reste des starken sozialdemokratischen Arbeitermilieus erhalten bleiben. Quantitativ überschätzt werden darf dies allerdings nicht; schließlich gehörte es zu den „Erfolgen“ der Nazis, dass sie die Arbeitermilieus systematisch unterwandert und nicht zuletzt mit Konkurrenzangeboten fast zerstört hatten.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften im Exil

Auch den im Exil lebenden Teilen der deutschen Arbeiterbewegung wurde immer klarer, dass der Widerstand in Deutschland nicht den Sturz des NS-Regimes herbeiführen konnte. In den ersten Jahren, als in Prag zunächst der Exilvorstand der Sopade aufgebaut wurde und die Gewerkschaften in der Tschechoslowakei die „Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften“ gründeten, bestand noch die Hoffnung, dass die Naziherrschaft nur von kurzer Dauer sein werde. Wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten, aber vor allem der Freiheitswille der Deutschen würden zum Zusammenbruch des Nationalsozialismus führen. Von dieser Annahme ist auch das Prager Manifest der Sopade von 1934 geprägt.

Das **Prager Manifest** entstand im Exil. Es wurde dort vom Exilpartei Vorstand der SPD, der Sopade, am 28. Januar 1934 veröffentlicht und u. a. in Tarnbroschüren nach Deutschland geschmuggelt. Das Prager Manifest rief zum revolutionären Umsturz des nationalsozialistischen Regimes auf und war wesentlich durch die Situation des Exils sowie des Verbots und der Verfolgung in Deutschland geprägt. Es wurde vor allem von Rudolf Hilferding verfasst.

Entsprechend sah der Vorstand der Sopade auch eine zentrale Aufgabe darin, den Widerstand in Deutschland zu unterstützen. Spätestens mit dem Beginn

des Zweiten Weltkriegs mussten die deutschen Exilanten allerdings erkennen, dass der Sturz der Nazis wohl nur durch eine Niederlage Deutschlands im Krieg kommen könne.

Für die Exilanten bedeutete der Krieg in Europa eine erneute Verschärfung ihrer Lebensumstände. Der Exilvorstand der Sopade musste zunächst von Prag nach Paris, dann nach London flüchten. Andere Teile der deutschen Arbeiterbewegung organisierten sich in Skandinavien und den USA neu. Neben dem Verlust ihrer Heimat bedeutete das Exil für viele Betroffene auch schlicht den Verlust ihrer Existenzgrundlage.

In dem besonderen Klima des Exils erschienen ideologische Differenzen und unterschiedliche Bewertungen über die Entstehung des Nationalsozialismus wie unter einem Brennglas vergrößert. Mit der Gründung der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ 1941 wurden diese alten Konflikte zumindest teilweise überwunden. Auch in Schweden gelang die Wiederannäherung verschiedener linker Gruppierungen um Willy Brandt und Bruno Kreisky an die SPD bzw. die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ).

Zugleich entstanden eine Reihe von Denkschriften und programmatischen Entwürfen, die eine wichtige Grundlage für den Wiederaufbau nach dem Ende des Nationalsozialismus sein sollten. Drei Diskussionsstränge sollen hier kurz benannt werden:

1. **Der demokratische Sozialismus**

Bereits früh, noch im Prager Exil, grenzte sich die SPD von den Kommunisten ab, indem sie klar formulierte, dass die Verwirklichung des Sozialismus nicht vom demokratischen Prinzip zu trennen sei. Beide seien vielmehr untrennbar verbunden. Für die deutsche Sozialdemokratie war „die Demokratie nicht irgendein Mittel, sondern ein Prinzip und ein Ziel ihres Kampfes“ (Denkschrift des Parteivorstands zur „Frage der Einheitsfront“, zit. nach Grebing 2007: 117).

2. **Die neue Sozialdemokratie als Volkspartei**

Die Sozialdemokratie sollte weniger als noch in der Weimarer Republik auf ein Milieu beschränkt sein, sondern sich breiten Schichten und Gruppierungen öffnen. Dieser Gedanke der Volkspartei wurde beispielsweise von Erich Ollenhauer, dem späteren Vorsitzenden der SPD, betont.

*Flucht von Prag über
Paris nach London*

Exildiskussionen

3. Einheitsgewerkschaft

In der Diskussion über die Ursachen der nationalsozialistischen Herrschaft wurde auch die „Zerrissenheit“ der deutschen Gewerkschaften kritisiert. Durch eine neu zu schaffende starke Einheitsgewerkschaft sollte diese Zersplitterung überwunden werden.

Alle drei Diskussionsstränge waren bedeutend im Wiederaufbau Deutschlands nach 1945. Zunächst galt es jedoch, das nationalsozialistische Regime zu überwinden.

Der 20. Juli 1944

Auch im Kreis der Hitlergegner des 20. Juli 1944 spielten Repräsentanten der organisierten Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle. Sie waren einerseits praktisch-politisch erprobt und konnten diese Erfahrungen in die Vorbereitung des 20. Juli einbringen. Andererseits war auch den Verschwörern aus dem bürgerlichen Milieu klar, dass ein Umsturz des Regimes nur mit Unterstützung der Arbeiterschaft gelingen konnte. So kam es in Vorbereitung des Attentats auf Hitler zu einem breiten Bündnis unterschiedlicher Strömungen und Gruppierungen, an dem neben Akteuren aus dem Adel, bürgerlichen Kräften und Militärs auch kirchliche, gewerkschaftliche und sozialdemokratische Personen beteiligt waren. Beispielsweise waren der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Julius Leber als Innenminister vorgesehen und der stellvertretende Vorsitzende des aufgelösten Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes,

*Attentatsplanung:
Sozialdemokraten in
erster Reihe*

Julius Leber (1891–1945) war von 1924 bis 1933 Mitglied der Reichstagsfraktion der SPD. Er war Mitglied im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und in der Zeit des Nationalsozialismus im Widerstand aktiv. Der Veteran des Ersten Weltkriegs gehörte zur Gruppe um Claus Graf Schenk von Stauffenberg, die das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 plante, und war für die Zeit nach dem Attentat als Innenminister vorgesehen. Leber wurde aus einem anderen Grund schon vor dem 20. Juli verhaftet und nach dem Scheitern des Attentats zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Wilhelm Leuschner (1890–1944) war ein gelernter Holzbildhauer, von 1928 bis 1933 hessischer Innenminister und zeitweise Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). 1933 wurde Leuschner verhaftet und verbrachte ein Jahr in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Nach seiner Freilassung war er im Widerstand aktiv und an den Planungen für die Zeit nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 beteiligt. Nach dessen Scheitern nahmen die Nationalsozialisten seine Frau als Geisel. Er stellte sich und wurde 1944 hingerichtet.

Wilhelm Leuschner, als Vizekanzler. Der Sozialdemokrat Adolf Reichwein sollte Kultusminister werden. Sie alle wurden, wie viele andere, nach dem gescheiterten Attentat zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Auch über die Verschwörer hinaus nahm nach dem Attentat die Verfolgung durch die Gestapo nochmals neue Züge an. Im Rahmen der „Aktion Gitter“ wurden viele ehemalige Mandatsträger der SPD und KPD verhaftet, auch wenn sie seit 1933 zurückgezogen und unauffällig gelebt hatten. Etliche Verfolgte und Widerstandskämpfer kamen so in den letzten Monaten des Kriegs in Konzentrationslagern um bzw. wurden in den letzten Kriegstagen gezielt ermordet.

Das gute Deutschland bewahrt – die bleibende Wirkung des Widerstands

Der Widerstand gegen das NS-Regime hat große Opfer gefordert. Zugleich war er nie in der Lage, das braune Regime zu Fall zu bringen. Erst die Niederlage im Krieg befreite Deutschland von der NS-Diktatur. Richard Löwenthal, der selbst im Widerstand gekämpft hatte und später SPD-Mitglied und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission wurde, stellte angesichts dessen die Frage: „War der deutsche Widerstand also umsonst?“ (Löwenthal 1997: 24) Er selbst gab die Antwort:

„Natürlich nicht. Die Entschlossenheit der Träger des Widerstands [...] wurde die Grundlage für einen neuen demokratischen Konsens, der sich in den Westzonen und Berlin auch institutionell verwirklichen konnte. Die Menschen, die aus den Gefängnissen und Lagern kamen, wie Kurt Schumacher und Fritz Erler, oder die aus der politischen Emigration heimkehrten, wie Ernst Reuter und Willy Brandt, leisteten einen entscheidenden Beitrag zum demokratischen Wiederaufbau [...]. Sie alle haben so mitgeholfen, über die Jahre der Barbarei hinweg die moralische und kulturelle Tradition zu bewahren, die ein menschenwürdiges Deutschland braucht.“ (Löwenthal 1997: 24)

Zum Weiterlesen:

Michael Schneider (1999), Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn.

Vorstand der SPD (2000), Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, Marburg.

Richard Löwenthal/ Patrick von zur Mühlen (Hg.) (1997), Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Bonn.

Was bedeutet das für die Soziale Demokratie?

- Die SPD kämpfte lange im legalen Rahmen gegen den Nationalsozialismus und für die Weimarer Republik. Sie agierte dabei zunächst geprägt von den Erfahrungen mit dem Sozialistengesetz; der nationalsozialistische Terror erwies sich aber als ungleich verheerender.
- Viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter leisteten aktiven Widerstand gegen den Nationalsozialismus, den sie mit ihrem Leben bezahlten, so auch im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944.
- Die spezifische Kultur und die Milieustrukturen der Arbeiterbewegung wurden durch den Nationalsozialismus weitgehend zerstört. Verbot, Verfolgung und Exil konnten die Idee Sozialer Demokratie aber nicht zerstören. Die Widerstands- und Exildiskussionen schufen eine Grundlage für die programmatische Weiterentwicklung des demokratischen Sozialismus und die Volksparteiwerdung der SPD.
- Die Bildung von Einheitsgewerkschaften nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur war auch eine Reaktion darauf, dass die Zersplitterung der Arbeitnehmervertreter in Richtungsgewerkschaften den Aufstieg der NSDAP begünstigt hatte. Jeder Form totalitärer Ideologie entgegenzutreten ist eine Lehre aus der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur.

Es ist nicht größer als 10,5 x 15 cm und hat einen roten Einband. Auf der ersten Seite stehen Name, Wohnort und Ortsverein, auf den folgenden Seiten können Beitragsquittungen eingeklebt werden. Es findet sich auch das Grundsatzprogramm wieder. Dieses kleine unscheinbare Buch – das **Parteibuch** – dokumentiert die Mitgliedschaft in der SPD.

Für viele war und ist das Parteibuch aber mehr als nur irgendein Mitgliedsnachweis, sondern auch symbolischer Ausdruck ihrer sozialdemokratischen Identität. Es hatte einen entsprechend hohen Stellenwert. Besonders deutlich wurde das in den Zeiten von Verfolgung und Unterdrückung. Nach dem Verbot der SPD während der nationalsozialistischen Diktatur wurden die Parteibücher oft nicht vernichtet, sondern unter größter persönlicher Gefahr aufbewahrt. Ganze Ortsvereine haben ihre Parteibücher – etwa wasserdicht eingepackt am Grunde eines Sees versenkt oder im Wald vergraben – vor den Nationalsozialisten versteckt.

Der Essener Parteitag 1907 beschloss die Einführung einheitlicher Parteibücher. Wichtig waren sie vor der Verbreitung digitaler Datenverarbeitung nicht zuletzt auch für die Organisation der Partei. Nach wechselnder farblicher Gestaltung, etwa über die blauen Parteibücher in den 1950er Jahren und späteres Rosa, sind die Parteibücher heute rot und werden durch eine SPD-Card im Scheckkartenformat ergänzt.

6. NEU- UND WIEDERGRÜNDUNG UND MODERNISIERUNG (1945–1965)

In diesem Kapitel

- wird der Neu- und Wiederaufbau der Sozialdemokratie im Westen und im Osten Deutschlands nach 1945 beschrieben;
- wird die Vereinigung von KPD und SPD in der sowjetischen Besatzungszone als Ergebnis von Zwang und Druck geschildert;
- wird die organisatorische Bündelung der Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund skizziert;
- wird beschrieben, wie sich die SPD erneuerte und so die Voraussetzung für ihren Aufstieg zur Regierungspartei 1966 schuf.

Deutschland 1945

Wer im Mai 1945 durch eine deutsche Großstadt ging, dem bot sich ein Bild der Verwüstung: zerbombte Häuser, Hunger, Mangel an Kleidung und Heizmitteln, vielfach zusammengebrochene Energieversorgung, kein Radio, keine Post, kein funktionierender Güter- oder Personenverkehr. Man sah auf ausgebombte Familien, Menschen in Not: befreite KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter, Millionen Flüchtlinge aus dem Osten, herumirrende Soldaten, oft auf der Suche nach ihren Familien.

Am Ende des vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselten Krieges war die Zerstörung überall sichtbar. Erstaunlich rasch fanden nach der Befreiung Deutschlands durch die Alliierten in allen Teilen des Landes Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zusammen, um ihre Organisation wieder aufzubauen.

Schon am 6. Mai 1945 – zwei Tage vor der endgültigen Kapitulation Deutschlands – hielt Kurt Schumacher in seinem Wohnort Hannover vor sozialdemokratischen Funktionären eine programmatische Rede. Unter der Überschrift „Wir verzweifeln nicht“ untersuchte er die Entstehungs- und Existenzbedingungen des Nationalsozialismus, nahm die aktuelle Lage in den Blick und skizzierte die Leitlinien einer künftigen sozialdemokratischen Politik.

*1945: ein Bild
der Not*

*Schumacher 1945:
„Wir verzweifeln
nicht“*

Hannover: Büro
Schumacher

Zum Weiterlesen:

Peter Merseburger
(1995), *Der schwierige Deutsche.
Kurt Schumacher;
eine Biographie,*
Stuttgart.

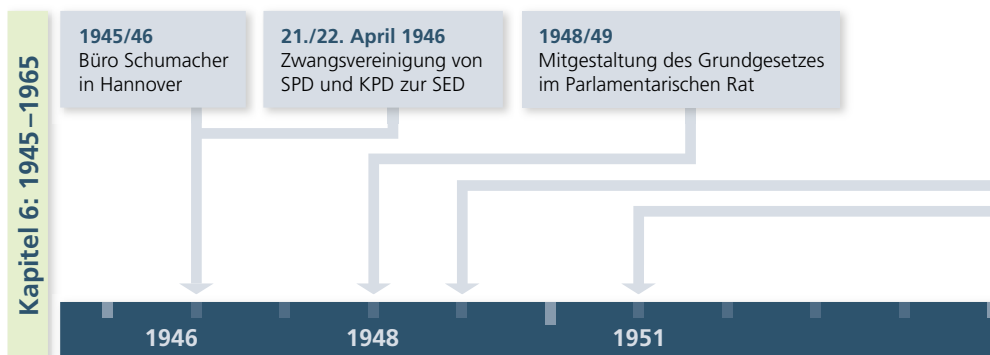
In Hannover hatten sich um Schumacher auch ehemalige Exilanten und jüngere Sozialdemokraten der Weimarer Zeit gruppiert. Alfred Nau, Fritz Heine, Erich Ollenhauer und Annemarie Renger waren dabei wichtige Mitarbeiter. Dieses „Büro Schumacher“ koordinierte und steuerte – so gut es angesichts der nicht zuletzt durch Papiermangel eingeschränkten Kommunikationswege ging – den Wiederaufbau der Sozialdemokratie. Die Mitgliederentwicklung war dabei rasant: Ende 1947 gehörten der SPD in den westlichen Besatzungszonen bereits wieder 700.000 Mitglieder an.

Kurt Schumacher (1895–1952) war von 1946 bis 1952 SPD-Parteivorsitzender und von 1949 bis 1952 Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Schumacher war zweifellos die prägende und bestimmende Gestalt der westdeutschen Sozialdemokratie in der unmittelbaren Nachkriegsphase. Mit seinem von Kriegsverletzungen und KZ gezeichneten Körper, seinem bestimmten und zugleich charismatischen Auftreten und seiner unbedingten demokratischen Orientierung war er auch über die Sozialdemokratie hinaus eine anerkannte Persönlichkeit.

Zwang und Vereinigung: das Ende der Sozialdemokratie im Osten Deutschlands

Auch in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) entwickelte sich die SPD zur größten Partei. Rasch überflügelte sie in ihrer Mitgliederzahl die von der sowjetischen Besatzungsmacht geförderte und gelenkte KPD.

Im Westen wie im Osten Deutschlands gab es nach 1945 in einigen Teilen der Sozialdemokratie den Wunsch, die Spaltung der Arbeiterbewegung in Kommunisten und Sozialdemokraten zu überwinden. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des „Bruderzwistes“ in der Weimarer Republik, der den Aufstieg der Nationalsozialisten begünstigt hatte, schien der Gedanke einer Einheitspartei naheliegend.



Zeitgeschichtlich: Staatsgründung und Wiederaufbau

Die gemeinsame Erfahrung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus beförderte diese Erwägungen.

Kurt Schumacher allerdings erteilte solchen Überlegungen eine deutliche Absage. Er kritisierte energisch das zweifelhafte Verhältnis der Kommunisten zur Demokratie, ihre einseitige Orientierung am sowjetischen Entwicklungsmodell und beschrieb sie wie schon vor 1933 als „rot lackierte Faschisten“. Auch Otto Grotewohl, der Vorsitzende der SPD in der sowjetischen Besatzungszone, stand einem Zusammenschluss von SPD und KPD zunächst skeptisch gegenüber.

Angeichts des raschen Wachstums der SPD und der Wahlen in Österreich und Ungarn 1945 – in beiden Ländern schnitten die Kommunisten schlecht ab – befürchteten die Führung der KPD und die sowjetische Besatzungsmacht einen Bedeutungsverlust für die KPD. Dem sollte durch eine Vereinigung von SPD und KPD in der SBZ vorgebeugt werden.

Entsprechend kam es ab September 1945 seitens der KPD zu einer massiven Kampagne zugunsten eines Zusammenschlusses von SPD und KPD. Mit Resolutionen, Empfehlungen, Zugeständnissen und Überredung sollten die skeptischen Sozialdemokraten überzeugt werden. Wo dies nicht zum gewünschten Ergebnis führte, wurden physischer und psychischer Druck, Nötigung, Zwang und Gewalt angewandt, meist mit Unterstützung der sowjetischen Militäradministration.

„[N]ach ganz vorsichtigen Schätzungen [wurden] in der Zeit von Dezember 1945 bis zum April 1946 mindestens 20.000 Sozialdemokraten gemäßregelt, für kürzere oder auch sehr lange Zeit inhaftiert, ja sogar getötet“ (Erich Ollenhauer 1961, zit. nach Fricke 2002: 34).

*Schumacher über
die KPD: „rot
lackierte Faschisten“*

*Nötigung, Druck
und Zwang zur
Vereinigung*

12. Oktober 1949
Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

**30. Juni bis
3. Juli 1951**
Wiedergründung
der Sozialistischen
Internationale

18.–23. Mai 1958
Stuttgarter Organi-
sationsreform

13.–15. Nov. 1959
Beschluss des Godes-
berger Programms

1958 1959

1946: Aus SPD und
KPD wird SED

Zum Weiterlesen:

Beatrix W. Bouvier/
Horst Peter Schulz
(1991), „... die SPD
aber aufgehört hat
zu existieren“,
Sozialdemokraten
unter sowjetischer
Besatzung, Verlag
J.H.W. Dietz Nachf.,
Bonn.

Während einige Sozialdemokraten tatsächlich hofften, die verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterbewegung überwinden und auch in einer neuen Einheitspartei ihre Überzeugungen bewahren zu können, beugten sich andere dem Druck. Am 21./22. April 1946 kam es schließlich zum Vereinigungsparteitag. Aus SPD und KPD wurde die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED).

Zunächst waren die neu gewählten Gremien noch gleichberechtigt mit Sozialdemokraten und Kommunisten besetzt. Dies änderte sich aber rasch. Viele Sozialdemokraten wurden ihrer Ämter enthoben, teilweise verfolgt und verhaftet. Oft waren es diejenigen, die unter dem NS-Regime verfolgt worden waren, die nun auch unter dem dritten Verbot der SPD in der deutschen Geschichte litten. Wer des „Sozialdemokratismus“ verdächtigt wurde oder als „Schumacherling“ galt, musste ernsthafte Konsequenzen fürchten. Bis zur Neugründung der SPD im Oktober 1989 in Schwante gab es keine organisierte Sozialdemokratie im Osten Deutschlands mehr.

Wiederaufbau oder Neubau – die Sozialdemokratie im Westen Deutschlands

In den westlichen Besatzungszonen wurde die Sozialdemokratie demgegenüber eine politisch wichtige Kraft. Häufig waren es die Mitglieder der Weimarer SPD, die nun den Wiederaufbau der SPD vorantrieben. Sie hatten ihrer Partei über die Zeit der Diktatur die Treue gehalten und wirkten nun daran mit, ihre Organisation wiederherzustellen. Zugleich war es vor allem Schumacher ein wichtiges Anliegen, nicht nur die Weimarer Sozialdemokratie – manchmal als „Traditionskompanie“ beschrieben – wiederaufzubauen, sondern einen Neuanfang zu schaffen. Was war damit gemeint? Vor allem zwei Punkte:

Einerseits sollte sich die SPD in Bezug auf ihre soziale Basis breiter aufstellen. Kern der Bewegung sollten laut Schumacher nach wie vor die Industriearbeiter sein, allerdings müsse sich die Partei auch weiter öffnen, etwa für die Mittelschichten. Es gehe darum, „alle Schaffenden“ zu sammeln.

Andererseits ging es um eine programmatische Erweiterung. Eine Verengung der sozialdemokratischen Programmatik auf einen dogmatischen Marxismus lehnte Schumacher ab. Vielmehr sollte sich die Sozialdemokratie den Werten des europäischen Humanismus weiter öffnen und ganz unterschiedliche Motive für die Entscheidung zugunsten der SPD akzeptieren, „seien sie im kommunistischen

SPD in Westzonen
wichtige Kraft

Zum Weiterlesen:

Helga Grebing (1995),
„Neubau“ statt „Wieder-
aufbau“ der SPD –
die Lehren aus der
Weimarer Republik,
in: Dieter Dowe (Hg.),
Kurt Schumacher und
der „Neubau“ der
deutschen Sozial-
demokratie nach
1945, Friedrich-Ebert-
Stiftung, Gesprächs-
kreis Geschichte, Heft
13, Bonn.

tischen Manifest oder in der Bergpredigt [...] verankert“ (Klotzbach 1996: 58). Das schon früher angedachte Konzept der pluralistischen Volkspartei nahm damit konkrete Gestalt an.

Angesichts dessen schlossen sich durchaus unterschiedliche Gruppierungen und Einzelpersonen der Sozialdemokratie an. Neben Linkssozialisten wie Willy Brandt, Fritz Erler und Heinz Kühn fanden auch ethische Sozialisten wie Willi Eichler, ehemalige Kommunisten wie Herbert Wehner und eher bürgerlich-liberale Persönlichkeiten wie Carlo Schmid und Karl Schiller bis hin zu jüngeren Exsoldaten wie Helmut Schmidt oder Hans Matthöfer ihren Weg in die SPD. So kam es zu einer komplexen und je nach Region auch unterschiedlich ausfallenden Mischung aus Wiederaufbau und Neubau der Sozialdemokratie.

Führungsanspruch und Prinzipien

Gemeinsam teilten alte und neue Mitglieder die Überzeugung, dass die Sozialdemokratie die bestimmende Kraft des neuen Deutschlands sein würde. Die SPD war die einzige politische Kraft, die keine schwankende oder zweifelhafte Haltung zur Demokratie eingenommen hatte. Sie war die einzige deutsche Partei, „die an der großen Linie der Demokratie und des Friedens ohne Konzession festgehalten hat“, so Schumacher (zit. nach Klotzbach 1996: 55). Die SPD verstand sich als Repräsentantin des guten oder, wie Willy Brandt es formulierte, des anderen Deutschlands und leitete daraus den Anspruch ab, eine maßgebliche Rolle beim Neuaufbau des Landes zu spielen.

Willy Brandt beschrieb etwa Schumachers Sicht so:

„Die Sozialdemokratische Partei, die Hitler zerschlagen hatte, deren Führer entweder hingerichtet oder zur Flucht gezwungen worden waren, deren Besitz – Häuser, Zeitungen, Bibliotheken, Gelder – die Nationalsozialisten gestohlen hatten, deren Mitglieder, sofern sie nicht an der äußeren oder inneren Front gefallen waren, nur noch in kleinen Gruppen und Zirkeln ihre politische Verbindung aufrechterhielten – diese Partei sollte wiedererstehen, größer und mächtiger als vor Hitler; sie sollte zur Partei der nationalen Rettung werden und die Macht übernehmen; sie sollte die Macht benutzen, um die Fehler der Vergangenheit auszumerzen.“ (Brandt 1960: 194 f.)

*Zuwachs für die SPD:
u. a. Willy Brandt*

*SPD als Repräsen-
tantin des „anderen
Deutschlands“*

Konkret orientierte sich die SPD in ihrer Politik für den Neuaufbau Deutschlands an einer Reihe von Prinzipien:

1. **Demokratie**

Nur in einem demokratischen System könne die Freiheit des Einzelnen gesichert und könnten zugleich gesellschaftliche Veränderungen gestaltet werden. Der Sozialismus könne sich entsprechend nur in einer Demokratie entfalten. Ein entschiedenes Eintreten für den parlamentarisch-demokratischen Staat durchzog daher alle Politikentwürfe der SPD.

2. **Vergemeinschaftung, Planung und Mitbestimmung**

Aus der Analyse, dass der Aufstieg der Nationalsozialisten von Großkapitalisten befördert und durch die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus – konkret die Weltwirtschaftskrise von 1929 – begünstigt wurde, speiste sich die Forderung nach einer neuen Wirtschaftsordnung. Darüber hinaus waren die Sozialdemokraten der Überzeugung, dass der Aufbau des in Ruinen liegenden Deutschlands nur gelingen könne, wenn wesentliche Schlüsselindustrien, Großbanken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt würden und eine staatliche Rahmenplanung der Wirtschaft erfolge. Für die nicht vergesellschafteten Bereiche der Wirtschaft strebte die SPD eine umfangreiche Mitbestimmung an.¹⁸

3. **Nation erhalten**

Entschiedener als andere politische Kräfte engagierte sich die SPD unter Schumacher für ein selbstbewusstes Auftreten Deutschlands und gegen die sich abzeichnende Teilung des Landes. Als leidenschaftlicher Patriot setzte sich Schumacher entschieden gegen alle Maßnahmen und Regelungen ein, die die Teilung vertiefen oder eine Wiederannäherung der beiden Teile Deutschlands erschweren könnten.

Einige der Forderungen aus diesen drei Prinzipien schienen zunächst zum Greifen nahe. So teilten etwa fast alle politischen Strömungen und Parteien die Forderung nach Vergesellschaftung einzelner Schlüsselindustrien. Selbst die 1945 gegründete CDU sprach sich für Sozialisierungen aus, und zwar 1947 in ihrem für die britische Besatzungszone formulierten Ahlener Programm. Auch der internationale Rahmen schien günstig. Mit der Labour Party hatte 1945 in Großbritannien eine Partei die Regierung übernommen, die eine sozialistische Gesellschaft anstrebte. Michael Schneider spricht daher für die Jahre 1946/47 von einer „sozialistischen Grundstimmung“ (Schneider 2000: 261).

18 Vgl. Lesebuch 6, *Staat, Bürgergesellschaft und Soziale Demokratie*, Kapitel 6.

Gewerkschaften – Einigung und Mitbestimmung

Insbesondere die Forderungen nach Mitbestimmung und Vergesellschaftung wurden in dieser Zeit auch von den Gewerkschaften getragen. Sie hatten sich, ähnlich wie die SPD, oft unmittelbar nach dem Einmarsch der Alliierten (wieder)gegründet. Auf lokaler und regionaler Ebene entstanden so zahlreiche Gewerkschaften.

Mit der Vielzahl der Akteure gingen aber auch unterschiedliche Vorstellungen über die Organisationsprinzipien der Gewerkschaften einher. So stellte sich beispielsweise die Frage, ob man sich eher in Berufsverbänden oder eher in Industriegewerkschaften organisieren sollte.

Einigkeit bestand aber in der Frage einer parteipolitisch neutralen Einheitsgewerkschaft. Nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur und dem gemeinsamen Widerstand galten „weltanschaulich oder parteipolitisch getrennte Richtungsgewerkschaften [...] als überwunden“ (Schneider 2000: 247). „Schafft die Einheit!“ – das war das Vermächtnis, das der ehemalige stellvertretende ADGB-Vorsitzende Wilhelm Leuschner vor seiner Hinrichtung durch die Nationalsozialisten der Nachwelt mitgegeben hatte (vgl. Steinbach 2000: 32).

Die unterschiedlichen Vorstellungen der Besatzungsmächte führten zunächst zu unterschiedlichen Organisationsentwicklungen in den jeweiligen Besatzungszonen. Auch die Gründung eines übergreifenden Gewerkschaftsbundes wurde dadurch zunächst verhindert. Es sollte bis 1949 dauern, bis der Deutsche

Gewerkschaftsbund (DGB) gegründet werden konnte. Im DGB schlossen sich 16 Einzelgewerkschaften zu einem Dachverband zusammen. Stärkste Einzelgewerkschaft war dabei die IG Metall mit 1,35 Millionen Mitgliedern. Die Delegierten des Gründungskongresses wählten Hans Böckler zum ersten Vorsitzenden des DGB. Er war zweifellos eine prägende Gestalt in der deutschen Gewerkschaftslandschaft nach 1945.

Hans Böckler (1875–1951) war ein deutscher Politiker und Gewerkschafter. Er war gelernter Gold- und Silberschläger und trat 1894 der SPD und der Gewerkschaft Deutscher Metallarbeiter-Verband bei. Er unterhielt während des Nationalsozialismus Kontakte zum Widerstandskreis des 20. Juli 1944. Nach dem Ende der NS-Diktatur wurde Böckler der erste Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Er setzte sich in seiner Arbeit für die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit ein – ein Anliegen, dem auch die nach ihm benannte Hans-Böckler-Stiftung des DGB verpflichtet ist.

*Entwicklung hin zu
Einheitsgewerk-
schaften*

*Leuschner: „Schafft
die Einheit!“*

Welche Forderungen vertraten die Gewerkschaften in der Nachkriegsphase? Ähnlich wie die SPD forderten die Gewerkschaften einen grundsätzlichen Wandel der Wirtschaftsordnung. Mitbestimmung und Vergesellschaftung waren dabei die Schlüsselbegriffe. Zur Mitbestimmung formulierte Hans Böckler klar:

„Wir müssen in der Wirtschaft selber als völlig gleichberechtigt vertreten sein, nicht nur in einzelnen Organen der Wirtschaft, nicht in den Kammern der Wirtschaft allein, sondern in der gesamten Wirtschaft. Also der Gedanke ist der: Vertretung in den Vorständen und Aufsichtsräten der Gesellschaften.“
(Böckler, zit. nach Schneider 2000: 256 f.)

Die Forderung nach weitreichenden Vergesellschaftungen erfüllte sich nicht. Insbesondere die US-amerikanische Besatzungsmacht vertrat andere Ordnungsvorstellungen und verhinderte die Sozialisierungspläne.

In Bezug auf die Mitbestimmung konnten dagegen bemerkenswerte Erfolge erzielt werden. Mit der vom Alliierten Kontrollrat 1946 beschlossenen Möglichkeit zur Bildung von Betriebsräten war zunächst die betriebliche Mitbestimmung möglich. Mit erheblichem Druck der Gewerkschaften wurde 1951 schließlich auch die Mitbestimmung in der Montanindustrie vereinbart.

Bei dem Versuch, diese Mitbestimmung mithilfe des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 auch auf andere Bereiche der Wirtschaft auszudehnen, konnten die Gewerkschaften ihre Forderungen jedoch nicht durchsetzen. Dies war auch ein Zeichen dafür, dass sich die Machtverhältnisse nach den Dynamiken der unmittelbaren Nachkriegsjahre nun gefestigt hatten. Die kapitalistische Ordnung war wieder fest etabliert.

„Die marktwirtschaftliche Ordnung hatte sich ebenso wie die Unternehmerposition stabilisiert. Die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes führte den Gewerkschaften überdeutlich die Grenzen ihres politischen Einflusses vor Augen“ (Schneider 2000: 279).

Die **Montan-Mitbestimmung** von 1951, im Wesentlichen zwischen Konrad Adenauer und Hans Böckler ausgehandelt, verwirklichte auch die unternehmerische Mitbestimmung zumindest für die Bereiche Bergbau, Eisen und Stahl. In den Unternehmen dieser Branche mit mehr als 1.000 Mitarbeitern ist der Aufsichtsrat seither gleichberechtigt mit Arbeitnehmer- und Kapitalvertretern besetzt. Hinzu kommt ein weiteres Mitglied, auf das sich beide Seiten einigen müssen.

Erfolge und Ernüchterungen – die ersten Jahre der Bundesrepublik

Einzelne Erfolge, aber auch deutliche Ernüchterungen erlebte ebenfalls die SPD Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre. Als Erfolgsgeschichte kann beispielsweise ihr Engagement bei der Entstehung des Grundgesetzes beschrieben werden.

Elisabeth Selbert (1896–1986) war eine sozialdemokratische Politikerin und Juristin. Sie war Mitglied im Parlamentarischen Rat und eine der „Mütter des Grundgesetzes“.

Herta Gotthelf (1902–1963) war eine sozialdemokratische Politikerin und Redakteurin. Sie war ab 1947 Mitglied im geschäftsführenden Parteivorstand und verantwortlich für die SPD-Zeitschrift „Gleichheit. Organ der arbeitenden Frau“. Im Wesentlichen ist es Elisabeth Selbert und Herta Gotthelf zu verdanken, dass die **Gleichberechtigung von Mann und Frau** im Grundgesetz festgeschrieben wurde. Ihnen gelang es mit der Unterstützung verschiedener Fraueninitiativen und anderer Abgeordneter, die Gleichberechtigung gegen deutlichen Widerstand als Verfassungsgrundsatz fest zu verankern: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, hieß es fortan unmissverständlich in Art. 3 des Grundgesetzes.

Carlo Schmid (1896–1979) war einer der prägenden Staatsrechtler in der SPD. Er wirkte für die SPD im Parlamentarischen Rat mit und war an der Formulierung des Godesberger Programms von 1959 beteiligt.

Im Parlamentarischen Rat – der 1948 eingesetzt wurde, um ein Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zu formulieren – war sie mit einigen herausragenden Persönlichkeiten vertreten. Elisabeth Selbert und Carlo Schmid sollen hier exemplarisch genannt werden.

Carlo Schmid leitete den Hauptausschuss des Parlamentarischen Rats. Er war kollegialer Freund eines der wichtigen Theoretiker der Sozialen Demokratie, Hermann Hellers. Hellers „Staatslehre“ sah eine Soziale Demokratie vor, in der mit einer gerechten Ordnung auch die ökonomischen und sozialen Interessen der Schlechtergestellten angemessen befriedigt werden. Diesen Grundgedanken des sozialen Rechtsstaates brachte Schmid in den Parlamentarischen Rat ein. Der Gedanke hat sich in Art. 20 des

Grundgesetzes insbesondere in der Formulierung „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ niedergeschlagen.¹⁹

Diese für die Geschichte der Bundesrepublik zweifellos wichtigen Erfolge konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die SPD insgesamt weit hinter den von ihr selbst formulierten Ansprüchen zurückblieb. Sie konnte ihre Forderungen nach einem tief greifenden Umbau der Wirtschaftsordnung nicht durchsetzen, sie ver-

*Entstehung des
Grundgesetzes*

Zum Weiterlesen:

Karin Gille-Linne (2011), *Verdeckte Strategien: Herta Gotthelf, Elisabeth Selbert und die Frauenarbeit der SPD 1945–1949*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Zum Weiterlesen:

Christian Krell/Thomas Meyer/Tobias Mörschel (2012), *Demokratie in Deutschland. Wandel, aktuelle Herausforderungen, normative Grundlagen und Perspektiven*, in: Christian Krell/Tobias Mörschel (Hg.), *Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven*, Wiesbaden, S. 9–30.

¹⁹ Vgl. Lesebuch 6, *Staat, Bürgergesellschaft und Soziale Demokratie*, Kapitel 3.3.1 und 3.3.2.

Wahlerfolg der CDU

lor seit 1947 wieder Mitglieder und bei Landtags- und Kommunalwahlen erhielt sie deutlich weniger Stimmen als erhofft. Auch bei der ersten Bundestagswahl 1949 löste sich der erwartete Führungsanspruch nicht ein. Die SPD erhielt mit 29,2 % weniger Stimmen als die CDU mit 31 %. Konrad Adenauer wurde knapp – mit einer Stimme Mehrheit – zum Bundeskanzler gewählt und die SPD fand sich in der Oppositionsrolle wieder.

SPD: „konstruktive Opposition“

Die SPD verstand sich dabei als „konstruktive Opposition“. Entsprechend wurden auch die meisten Gesetze in der ersten Legislaturperiode mit den Stimmen der Sozialdemokraten verabschiedet. So wirkte die SPD maßgeblich bei den Gesetzen zum sozialen Wohnungsbau, zur Eingliederung der Heimatvertriebenen und zur Neuordnung der Rentenversicherung mit (vgl. Potthoff/Miller 2002: 201).

Deutschland- und Außenpolitik

Erhebliche Differenzen zeigten sich allerdings in der Deutschland- und Außenpolitik. Die SPD forderte unter dem von leidenschaftlichem Patriotismus geprägten Schumacher die nationale Selbstbestimmung des Landes und engagierte sich in hohem Maß für ein ungeteiltes Deutschland. Schumacher formulierte etwa, dass Deutschland keinesfalls „in die Position des Unterworfenen sinken“ dürfe und dass die deutsche Einheit für die SPD „kein Fernziel, sondern das Nahziel“ sei (zit. nach Potthoff/Miller 2002: 202).

Diese Haltung begründete die Ablehnung der deutschen Beteiligung an der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ebenso wie die Ablehnung der deutschen Wiederbewaffnung und damit der Integration in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und später die NATO. Die sich abzeichnende Form der westeuropäischen Integration brandmarkte Schumacher als „konservativ, klerikal, kapitalistisch und kartellistisch“ (Schumacher 1950, zit. nach Ritter 1964: 135).

Die Position war klar nachvollziehbar: In jedem dieser Fälle bestand die Sorge, dass eine vertiefte Westintegration der Bundesrepublik die rasche Wiedervereinigung mit dem Osten Deutschlands erschweren würde. Zugleich brachte die Haltung die SPD außenpolitisch immer mehr in die Rolle der „Neinsagerin“.

30%-Turm?

Dieses Image trug sicherlich auch dazu bei, dass das Ergebnis der Bundestagswahl 1953 für die SPD verheerend war. Sie verlor nicht nur abermals Stimmen und erzielte nun nur noch 28,8 %, sondern sie sah sich auch mit einer CDU mit deutlich gewachsenem Stimmenanteil konfrontiert. Mit 45,2 % konnte die CDU/CSU

ihr Ergebnis von 1949 um über 14 Prozentpunkte steigern. Die SPD schien dagegen im „30%-Turm“ gefangen – so eine häufig gebrauchte Wendung jener Tage.

Auf allen Ebenen und in allen Gliederungen der Partei wurden die Ursachen der Wahlniederlage lebhaft diskutiert. Mindestens drei Komplexe hatten zu dem über die Wahl von 1953 hinausgehenden Bedeutungsverlust der Sozialdemokratie beigetragen:

1. Die soziale Trägerschaft der Sozialdemokratie (das Arbeitermilieu und die Arbeiterkulturbewegung) war durch den Nationalsozialismus weitgehend zerstört. Die aufkommende Konsumgesellschaft schwächte die Integrationskraft der klassischen Arbeiterbewegung zusätzlich. Zugleich gelang es nicht ausreichend, andere gesellschaftliche Schichten an die SPD zu binden.
2. Die Politikansätze der SPD schienen aus der Zeit gefallen zu sein. Besonders in der Deutschland- und Außenpolitik schien die Fixierung auf die Wiedervereinigung und ein gleichberechtigtes Deutschland in den Grenzen von 1937 unzeitgemäß. Auch die zumindest von Teilen der SPD noch vertretenen Forderungen nach einer anderen Wirtschaftsordnung wirkten angesichts der wieder etablierten und mit dem beginnenden „Wirtschaftswunder“ bestätigten Wirtschaftsordnung gestrig.
3. Die Organisationsform und die Kultur der Sozialdemokratischen Partei selbst wirkten unmodern und verkrustet. Nach den Dynamiken der unmittelbaren Nachkriegsjahre und der unter der Überschrift „Neubau“ versuchten Öffnung der Partei dominierten nun häufig wieder die alten Personen, Symbole und Gepflogenheiten der Weimarer Jahre.

So niederschmetternd das Wahlergebnis von 1953 auch war – es beschleunigte einen umfassenden Erneuerungsprozess der SPD, als dessen Ergebnis die Kanzlerschaften Willy Brandts und Helmut Schmidts erreicht wurden.

Aufbruch und Erneuerung

In den 1950er und zu Beginn der 1960er Jahre vollzog sich eine tief greifende Erneuerung der SPD auf drei Ebenen:

1. Personelle Erneuerung

Mit Willy Brandt, Fritz Erler, Waldemar von Knoeringen, Herbert Wehner und Carlo Schmid übernahm ein neuer Typus zunehmend Verantwortung in der SPD. Diese Personen vermittelten ein kompetentes und zupackendes Bild der Partei.

2. Organisatorische Erneuerung

Vor allem mit der auf dem Stuttgarter Parteitag 1958 beschlossenen Organisationsreform kam es zu einer dynamischeren innerparteilichen Struktur.

3. Programmatisch-politische Erneuerung

Das Godesberger Programm markierte den Schlusspunkt einer umfassenden programmatischen Erneuerung, die die SPD von einer weltanschaulichen Verengung wegführte und für breite Schichten der Bevölkerung öffnete.

*Wahrnehmung in
den 1950er Jahren*

Mitte der 1950er Jahre waren die SPD und ihre öffentliche Wahrnehmung von einem Funktionstypus bestimmt, der seine Prägung noch in der Weimarer Solidargemeinschaft erfahren hatte. Dieser Typus wurde von Peter Lösche und Franz Walter als „politisch [...] phantasieloser, ja bürokratischer Parteisoldat“ (Lösche/Walter 1992: 186) beschrieben. Konkret wurde damit etwa Erich Ollenhauer verbunden. Der Parteivorsitzende hatte zweifellos im Exil und während des Wiederaufbaus viel für die Sozialdemokratie geleistet, wirkte allerdings auch unmodern und wenig charismatisch. Ihm wurde – nicht ganz gerechtfertigt – ein erheblicher Anteil an der Wahlniederlage 1957 zugeschrieben.

*Jüngere Politiker
drängen nach vorn*

Dagegen gab es eine Reihe jüngerer Politiker, die reformfreudig und dynamisch auftraten und einen neuen Zeitgeist zu verkörpern schienen. Neben dem Berliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt zählten der spätere Fraktionsvorsitzende Fritz Erler, Helmut Schmidt und Carlo Schmid zu den „Reformern“. Auf Ebene der Bundesländer können u. a. Waldemar von Knoeringen aus Bayern, Heinz Kühn aus Nordrhein-Westfalen und Georg August Zinn aus Hessen genannt werden.

*1958: Stuttgarter
Parteireform*

Nach und nach lösten diese „Reformer“ die „Traditionalisten“ in der Partei- und Fraktionsführung ab. Ein wichtiger Schritt in diesem Prozess war die auf dem Stuttgarter Parteitag 1958 beschlossene Organisationsreform. Mit dieser Reform wurden die besoldeten Vorstandsmitglieder abgeschafft. Sie standen aus Sicht vieler in der SPD für einen starren und bürokratischen Funktionärstyp. Ein aus dem Vorstand gewähltes geschäftsführendes Präsidium sollte künftig an die Stelle der besoldeten Mitarbeiter des Parteivorstandes treten.

Neben dieser wichtigen – und gegen den Widerstand des Parteivorsitzenden Ollenhauer durchgesetzten – Organisationsreform gab es auch zahlreiche Debatten über die Organisationskultur der Partei: Das „Genossen-Du“²⁰, die

²⁰ Vgl. S. 146.

rote Fahne, das Singen der alten Arbeiterlieder²¹ – all das schien für einige eher Relikt einer vergangenen Zeit als Ausdruck einer modernen Volkspartei zu sein.

Zweifellos war auch die **Verabschiedung des Godesberger Programms 1959** ein gewaltiger Schritt auf dem Weg hin zu einer modernen Volkspartei. Formal lag der Ursprung dieses Programms in einem Beschluss des Berliner Parteitags 1954, eine Kommission zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms einzusetzen. Tatsächlich allerdings reichen die Diskussionen, die zu diesem Programm geführt haben, bis in die 1920er Jahre zurück. Helga Grebing spricht daher auch vom „lange[n] Weg nach Godesberg“ (Grebing 2007: 145).

Was war das Neue am Godesberger Programm? Es war weniger das Ziel der Sozialdemokratie, das sich veränderte, sondern vielmehr die Begründung dieses Ziels, der Weg hin zu diesem Ziel und die Fundierung der politischen Praxis in Grundwerten, die den neuen Charakter dieses Programms ausmachten.

Das Ziel der Sozialdemokratie blieb auch mit Godesberg unverändert: Es geht im Kern um eine gesellschaftliche Ordnung, die allen Menschen die gleiche Chance gibt, ein selbstbestimmtes Leben in Würde frei zu gestalten.

Während dieses Ziel in einigen früheren Programmen aus der an Marx orientierten Theorie abgeleitet wurde, verzichtete das Godesberger Programm auf eine weltanschauliche Festlegung. Man konnte sich – so das Programm – aus unterschiedlichen Motiven wie der marxistischen Analyse, der christlichen Ethik oder aus philosophischen Überlegungen diesem Ziel anschließen.

Auch in Bezug auf die politische Praxis – den Weg zum Ziel – wurde auf zu enge Festlegungen verzichtet. Die Forderung nach genereller Sozialisierung der Produktionsmittel beispielsweise wurde nicht mehr aufgegriffen. Jedoch wurde beschrieben, wie mit öffentlicher Kontrolle ökonomischer Macht, Mitbestimmung und umsichtiger Planung, Verhinderung von Monopolen auch im Wettbewerb die mit der Sozialisierungsforderung verbundenen Absichten erreicht werden könnten. „Wettbewerb soweit wie möglich Planung soweit wie nötig!“ war die Formulierung im Programm, die diese Anliegen zusammenfasste.

Die konkrete Politik der Sozialdemokratie sollte sich an drei Grundwerten orientieren. Mit Freiheit war die Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben gemeint,

*1959: Godesberger
Programm*

Was war neu?

*Wettbewerb so weit
wie möglich –
Planung so weit wie
nötig!*

.....
²¹ Vgl. S. 41.

die die Freiheit von Not und Furcht voraussetzt. Gerechtigkeit, der zweite Grundwert, ist eine Bedingung der Freiheit. Denn die gleichen Freiheitsrechte verlangen nicht nur eine Gleichbehandlung aller Menschen vor dem Gesetz, sondern auch eine gerechte Verteilung der Chancen auf Teilhabe und soziale Sicherung. Solidarität als dritter Grundwert beschreibt nicht nur ein Verantwortungsgefühl der Menschen füreinander, sondern war auch eine konkrete Erfahrung der Arbeiterbewegung. Dort, wo sich Menschen solidarisieren und füreinander einstehen, können sie auch Unterdrückung, Entrechtung und Armut überwinden.

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Freiheit des Geistes. Sie ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt eine Lebensordnung im Geiste dieser Grundwerte. Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe – Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.“ (Godesberger Programm 1959, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 327)

Die Bedeutung des Godesberger Programms ist kaum zu überschätzen. Mit dem Diskussionsprozess, der zum Programm geführt hatte, gelang die Entwicklung eines breit geteilten Selbstverständnisses innerhalb der Partei.

Godesberger
Programm: ein
Baustein für
spätere Erfolge

Auf der Grundlage des Programms wurden in den folgenden Jahren wichtige Politikinhalte modernisiert, beispielsweise die Wirtschaftspolitik und die Deutschlandpolitik. Mit dem Begründungspluralismus, den das Programm mit Blick auf die Ziele der SPD formuliert, baute die Partei Brücken in andere Bereiche der Gesellschaft. Der enorme Mitglieder- und Wählerzuwachs in den folgenden Jahren weit über die Arbeiterschaft hinaus ist ohne das Godesberger Programm nicht vorstellbar.

Zwar übernahm die SPD nicht unmittelbar bei der nächsten Wahl nach Verabschiedung des Godesberger Programms die Regierungsverantwortung im Bund, aber bei jeder der folgenden Wahlen konnte sie deutliche Zugewinne erreichen: 1961 erzielte sie mit der ersten Kandidatur Willy Brandts 36,5 %; mit dem Wahlergebnis von 1965 (39,3 %) war die Grundlage für die erste sozialdemokratische Regierungsbeteiligung auf Bundesebene geschaffen.

Zugleich ist es zweifellos nicht nur das Programm, das die Grundlage für den Weg der SPD von der Oppositions- zur Regierungspartei war. Klaus Schönhoven beschreibt das Zusammenwirken unterschiedlicher Erfolgsbedingungen prägnant:

„[I]nnerparteilicher Erneuerungswille, programmatisch-politischer Kompetenzerwerb und die persönliche Kooperationsbereitschaft der Spitzenpolitiker [müssen] ineinander verwoben sein [...], wenn man als Partei mehrheitsfähig werden und das Mandat zur Regierungsführung erhalten will.“ (Klaus Schönhoven, Nachwort zur Neuauflage von Klotzbach 1996: 611)

Was bedeutet das für die Soziale Demokratie?

- Die Schaffung von Einheitsgewerkschaften, die die Zersplitterung von Einzelgewerkschaften überwand, war ein wichtiger Erfolg der Nachkriegszeit.
- Obwohl die Sozialdemokraten mit ihrem Widerstand gegen den Nationalsozialismus für das „andere“ Deutschland standen, verwies das Wählervotum sie zunächst in die Opposition.
- Das Godesberger Programm war ein wichtiger Schritt der programmatischen Erneuerung und auf dem Weg zur modernen Volkspartei. Hier schrieb die SPD ihren programmatischen Kompass mit den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit fest.
- Der Erwerb politischer Macht war aber nur in einer Kombination aus Programmatik, Praxis und Parteiorganisation auf der Höhe der Zeit, einem modernen Bild der Partei und innerparteilicher Kooperationsbereitschaft möglich.

Zum Weiterlesen:

*Karl-Wilhelm Fricke/
Peter Steinbach/
Johannes Tüchel
(2002), Opposition
und Widerstand in
der DDR. Politische
Lebensbilder,
München.*

*Kurt Klotzbach
(1996), Der Weg
zur Staatspartei.
Programmatik, praktische
Politik und
Organisation der
deutschen
Sozialdemokratie
1945–1965, Verlag
J.H.W. Dietz Nachf.,
Bonn.*

7. SOZIALER FORTSCHRITT UND NEUE WEGE (1966–1989)

In diesem Kapitel

- wird beschrieben, wie die Sozialdemokratie erstmals in der Bundesrepublik Regierungsverantwortung errang;
- wird die „sozial-liberale Ära“ der Kanzlerschaften Willy Brandts und Helmut Schmidts nachgezeichnet;
- werden Wandel und Erneuerung der SPD vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Herausforderungen und der erneuten Oppositionszeit in den 1980er Jahren nachvollzogen.

1966: erste Regierungsbeteiligung in der BRD

Ende November 1966 einigten sich CDU und SPD auf eine gemeinsame Koalition unter Kurt Georg Kiesinger (CDU) als Bundeskanzler. 17 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland regierte die SPD damit erstmals im Bund mit. Drei Jahre später stellte sie mit Willy Brandt in der sozial-liberalen Koalition auch den Kanzler.

Schlüsselministerien in der Großen Koalition

In der Großen Koalition besetzte die SPD einige Schlüsselministerien: Willy Brandt zog als Außenminister und Stellvertreter des Bundeskanzlers ins Kabinett ein, Gustav Heinemann bekleidete das Amt des Justizministers, Karl Schiller wurde Wirtschaftsminister und Herbert Wehner Minister für Gesamtdeutsche Fragen. Die Fraktion führte Fritz Erler an, der allerdings bereits 1967 verstarb und auf den Helmut Schmidt folgte.

Willy Brandt (1913–1992) war von 1969 bis 1974 der erste sozialdemokratische Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, von 1964 bis 1987 Vorsitzender der SPD und von 1976 bis 1992 Präsident der Sozialistischen Internationale. Für seine Ost- und Friedenspolitik der Entspannung und des Ausgleichs – zum Symbol dafür wurde sein Kniefall in Warschau 1970 – wurde Brandt 1971 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Fritz Erler (1913–1967) war von Beruf Verwaltungsbeamter und zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur im Widerstand aktiv. 1938 wurde er zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt; 1945 floh er aus dem KZ Dachau. Von 1964 bis 1966 war Erler Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Oppositionsführer. Er ist Namensgeber des Fritz-Erler-Forums der Friedrich-Ebert-Stiftung in Stuttgart.

Willy Brandt (1913–1992)	Außenminister und stellvertretender Bundeskanzler
Gustav Heinemann (1899–1976)	Justiz (bis 26. März 1969)
Horst Ehmke (*1927)	Justiz (ab 26. März 1969)
Karl Schiller (1911–1994)	Wirtschaft
Georg Leber (1920–2012)	Verkehr
Lauritz Lauritzen (1910–1980)	Wohnungswesen
Herbert Wehner (1906–1990)	Gesamtdeutsche Fragen
Carlo Schmid (1896–1979)	Bundesrat und Länder
Käte Strobel (1907–1996)	Gesundheitswesen
Hans-Jürgen Wischnewski (1922–2005)	Wirtschaftliche Zusammenarbeit (bis 2. Oktober 1968)
Erhard Eppler (*1926)	Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ab 16. Oktober 1968)

Abb. 9: Sozialdemokratische Minister in der Großen Koalition 1966–1969

Nach dem Scheitern der Kanzlerschaft Ludwig Erhards wurde die Große Koalition vor dem Hintergrund ökonomischer und demokratischer Krisenphänomene gebildet. Auf der einen Seite sah man sich mit Rezession, Haushaltsdefizit und neuer Arbeitslosigkeit konfrontiert, auf der anderen Seite mit der Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) 1964 und deren ersten Einzügen in die Landtage von Hessen und Bayern 1966. Beides war für die junge Republik nach Jahren hohen Wirtschaftswachstums und Vollbeschäftigung ungewohnt und eine Herausforderung.

In der Sozialdemokratie war die Koalitionsentscheidung umstritten. Mit der Union sah vor allem Herbert Wehner 1966 größere Schnittmengen in den beschriebenen Problemfeldern und vertraute stärker auf die Verlässlichkeit und Stabilität einer Großen Koalition mit entsprechender Mehrheit. Bereits 1966 wurde die Bildung einer sozial-liberalen Koalition mit der FDP diskutiert, zu der es dann 1969 kam. An der Spitze der Koalition trafen mit Kurt Georg Kiesinger

Debatte: Große oder sozial-liberale Koalition

und Willy Brandt ein ehemaliger Nationalsozialist und ein Exilant und Widerstandskämpfer aufeinander.

Chance: Regierungsfähigkeit beweisen

Die SPD sah die Chance, in der Großen Koalition ihre Regierungsfähigkeit zu beweisen, Vertrauen aufzubauen und Zustimmung zu mehrern und so künftige Erfolge bei Bundestagswahlen vorzubereiten. Auf Landesebene hatte sie zu dieser Zeit bereits Erfolge feiern können und Regierungsverantwortung übernommen. Nicht zuletzt ist hier das „rote Hessen“, sozialdemokratischer Modellstaat unter Ministerpräsident Georg August Zinn und Gegenbild zur „Adenauer-Republik“, zu nennen, darüber hinaus Bremen, Berlin, Hamburg und Niedersachsen.

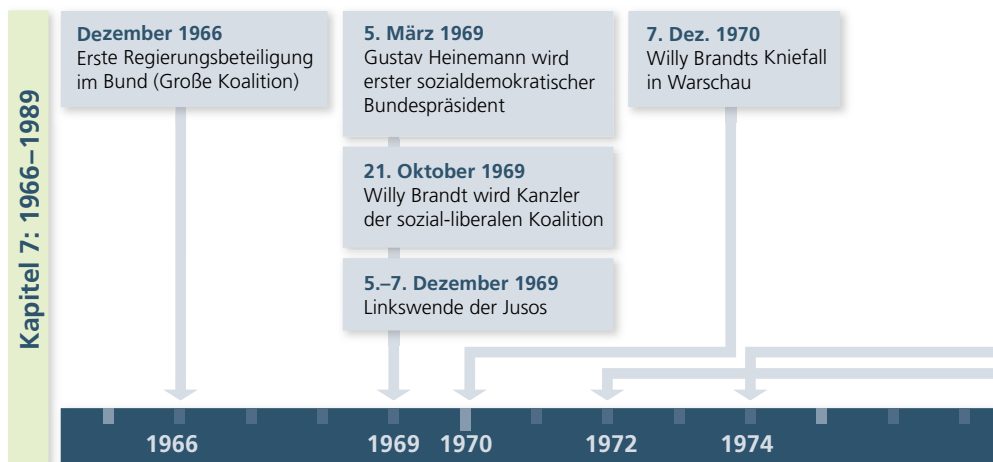
Georg August Zinn (1901–1976) war Rechtsanwalt. Er wurde 1919 Mitglied der SPD und war Mitglied im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Von 1950 bis 1969 war Zinn Ministerpräsident des Landes Hessen.

1966: stärkste Kraft in NRW

In der Landtagswahl 1966 wurde die SPD zudem im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen stärkste Kraft. Beginnend mit der Ministerpräsidentschaft von Heinz Kühn konnte sie sich hier in den folgenden Jahrzehnten eine Vormachtstellung sichern. Das Ergebnis der NRW-Wahl war auch Ausdruck eines gesellschaftlichen Wandels, im Speziellen der Säkularisierung.

Heinz Kühn (1912–1992) trat an seinem 18. Geburtstag in die SPD ein, arbeitete u. a. als Journalist und war Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Kühn war von 1966 bis 1978 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. 1978 wurde er der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung²² und war von 1983 bis 1987 Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung.

²² Vgl. Lesebuch 5, *Integration, Zuwanderung und Soziale Demokratie*, Kapitel 7.1.



Erstmals gelangen der SPD Wahlerfolge in katholischen ländlichen Räumen. Die mit dem Godesberger Programm angestrebte gesellschaftliche Öffnung der SPD trug Früchte.

Als **konzertierte Aktion** bezeichnet man die Abstimmung verschiedener wirtschaftspolitischer Akteure. Die „konzertierte Aktion“ 1967 brachte u. a. Vertreter von Regierung, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und der Bundesbank zusammen. Das 1999 von Rot-Grün initiierte „Bündnis für Arbeit“ war ein Ansatz in dieser Tradition.

Das **Stabilitäts- und Wachstumsge-
setz** legte 1967 das magische Viereck, also das Gleichgewicht von Preisniveaustabilität, hohem Beschäftigungsstand, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und angemessenem und stetigem Wirtschaftswachstum, als wirtschaftspolitisches Ziel der Bundesrepublik fest.

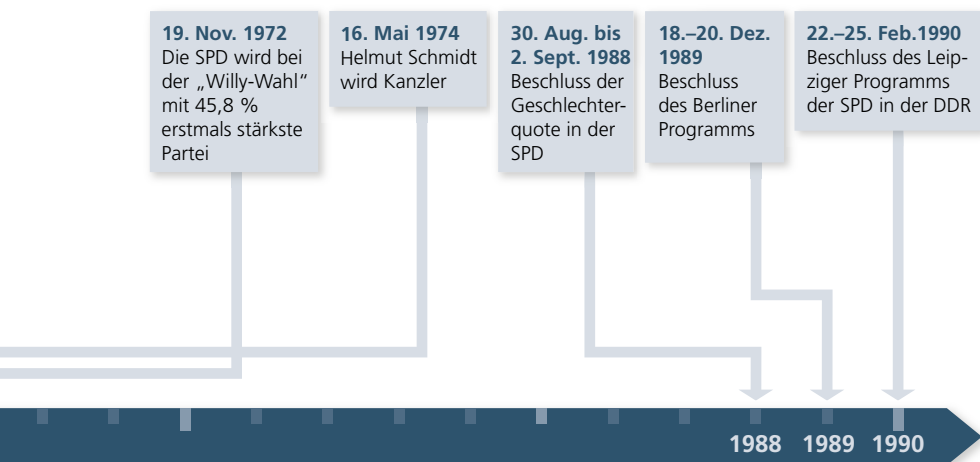
Zur Lösung der ökonomischen Probleme setzten die SPD und Karl Schiller als Wirtschaftsminister auf eine keynesianische, auf Nachfrage orientierte Politik. Dabei erwiesen sich besonders Formen des koordinierten Wirtschaftens, wie die „konzertierte Aktion“ mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, als erfolgreich. Sie sollten die ökonomische Steuerung zwischen Staat und Sozialpartnern auch in späteren Jahren bestimmen. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz wurde ebenfalls in der Großen Koalition beschlossen.

Karl Schillers Unionspendant war der Bundesfinanzminister und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß. Die beiden arbeiteten überraschend gut zusammen, wurden als „Plisch und Plum“ bezeichnet und es gelang der Großen Koalition, die Arbeitslosigkeit wieder zu senken und Produktion und Wachstum anzustoßen.

Zum Weiterlesen:

*Lesebuch 2,
Wirtschaft und
Soziale Demokratie,
Kapitel 2.3, John
Maynard Keynes:
die Steuerung des
Kapitalismus.*

„Plisch und Plum“



Zudem konnte Willy Brandt in der Außenpolitik gemeinsam mit dem kongenialen Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt Egon Bahr erste entspannungspolitische Akzente setzen. Sie konnten später im Gewand der „neuen Ostpolitik“ verstärkt werden. Beispielsweise wurden diplomatische Beziehungen zu Jugoslawien wieder aufgenommen und Verhandlungen mit der DDR und der Sowjetunion vorbereitet. Brandt ergänzte somit die bisher stärker an den westlichen Nachbarn orientierte Außenpolitik um eine – insbesondere für die Deutschlandpolitik und die europäische Einigung – wesentliche Säule. Er selbst wies diese als „Politik der aktiven Friedenssicherung“ aus.

Egon Bahr (*1922) ist gelernter Industriekaufmann und arbeitete später u. a. als Journalist. Er war einer der entscheidenden Vordenker und Mitgestalter der „neuen Ostpolitik“ von Willy Brandt. Bahr war von 1972 bis 1974 Bundesminister für besondere Aufgaben und von 1974 bis 1976 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Innenpolitisch wurde die SPD in der Debatte über die Notstandsgesetze vor eine Zerreißprobe gestellt. Die Verfassungsänderung, die mit der nötigen Zweidrittelmehrheit von CDU/CSU und SPD verabschiedet wurde, ergänzte das Grundgesetz um Regelungen für den Verteidigungsfall oder den Fall schwerer Unglücke. Sie sieht in diesem Fall eine Stärkung der Exekutive vor und ermöglicht die Einschränkung von Grundrechten.

Die Debatte wurde in und außerhalb der SPD gerade im Hinblick auf die Erfahrungen der Vergangenheit höchst emotional geführt. Die Befürworter forderten eine klare Notstandsregelung, um Missbrauch und Unterhöhlung der Demokratie wie am Ende der Weimarer Republik mit Präsidialregimen zu verhindern. Die Kritiker fürchteten ebenjene Konsequenz und sahen die Notstandsgesetze als elementaren Angriff auf die Demokratie und die im Grundgesetz formulierten Grundrechte. Die Debatte zeigte in jedem Fall: Demokratiebewusstsein und -erwartung waren in Deutschland gewachsen. Bernd Faulenbach spricht von einer „Fundamentalpolitisierung“ (Faulenbach 2011: 182) der jungen Republik.

Diese Dynamik trieb auch die „Außerparlamentarische Opposition“ (APO) voran und mobilisierte stark unter Jugendlichen und in der Studierendenschaft. Die alten und die neuen Studierendenverbände SDS und SHB und innerparteilich die Jusos nach ihrer „Linkswende“ sowie die Falken setzten aber auch andere Themen auf die Agenda: die Kritik am Vietnamkrieg, die Frage nach Schuld und

Verantwortung der Elterngeneration in der NS-Zeit sowie grundsätzliche Kritik am kapitalistischen System. Radikale Teile der APO waren darüber hinaus überzeugt, neue faschistische Tendenzen zu erkennen.

Die Jusos beschlossen auf dem Bundeskongress 1969 in München ihre **Linkswende**. Seitdem versteht sich die Jugendorganisation der SPD als „sozialistischer Richtungsverband“ innerhalb der SPD.

Der Umgang damit war für die SPD nicht einfach. Einerseits musste die Partei diese Gruppen mit ihren ide-

alistischen, politisierten und kritisch denkenden Menschen gewinnen, um gemeinsam einen demokratischen und sozialen Aufbruch zu gestalten. Häufig forderte aber andererseits deren Unbequemlichkeit die Parteiführung und die pragmatische Politik der SPD heraus.

Einigkeit bestand jedoch darin, dass die Große Koalition nicht von Dauer sein sollte. Im Bundestag gab es zu dieser Zeit nur drei Fraktionen. Neben den zwei wählerstarken, großen Fraktionen der SPD und CDU/CSU war die FDP somit in der Frage der Regierungsbildung das „Zünglein an der Waage“.

Die Bundespräsidentenwahl 1969 war in diesem Sinne ein deutliches Zeichen der Annäherung von SPD und FDP und ein Vorbote der späteren sozial-liberalen Koalition. Am 5. März kandidierten Verteidigungsminister Gerhard Schröder (CDU) und Gustav Heinemann (SPD). Im dritten Wahlgang konnte sich Heinemann mit den Stimmen von SPD und FDP durchsetzen und wurde somit der erste sozialdemokratische Bundespräsident.

Bundespräsidentenwahl 1969

Gustav Heinemann (1899–1976) war von 1969 bis 1974 der erste sozialdemokratische Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Er war von Beruf Anwalt und von 1945 bis 1952 Mitglied der CDU. Er wurde 1949 Innenminister im Kabinett Adenauer, trat aber 1950 aus Protest gegen die Wiederbewaffnung zurück. 1952 gründete Heinemann die Gesamtdeutsche Volkspartei, 1957 wurde er Mitglied der SPD. Vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten war er von 1966 bis 1969 Justizminister in der ersten Großen Koalition.

Die Annäherung von Sozialdemokraten und Liberalen spiegelte die gewachsene Liberalität in der Gesellschaft wider: Autoritäten wurden hinterfragt, es gab Wider-

stand gegen traditionelle Geschlechterrollen, Selbst- und Mitbestimmung wurden eingefordert. Die „konservative Demokratie“ (Potthoff/Miller 2002: 228) Nachkriegsdeutschlands hatte sich im Verlauf der 1960er Jahre erschöpft und wurde zunehmend durch ein offeneres Gesellschaftsklima ersetzt.

stand gegen traditionelle Geschlechterrollen, Selbst- und Mitbestimmung wurden eingefordert. Die „konservative Demokratie“ (Potthoff/Miller 2002: 228) Nachkriegsdeutschlands hatte sich im Verlauf der 1960er Jahre erschöpft und wurde zunehmend durch ein offeneres Gesellschaftsklima ersetzt.

1969: Willy Brandt
wird Kanzler

Mehr Demokratie wagen im sozial-liberalen Bündnis

Gesellschaftlicher Wertewandel und Reformsehnsucht kamen der SPD zugute. Im Bundestagswahlkampf 1969 gelang es ihr, auch unter Bezugnahme auf Reform-erfolge der Großen Koalition, diese Stimmungen als „zeitgemäße Reformpar-
tei“ aufzunehmen und zu repräsentieren. Getragen von Stimmenzuwächsen bei Angestellten und Beamten in den Mittelschichten erreichte sie ein Ergebnis von 42,7 %. Das war eine Verbesserung von 3,4 Prozentpunkten verglichen mit der Bundestagswahl von 1965. Sie blieb zwar zweitstärkste Kraft hinter der Union (46,1 %), allerdings reichten die 5,8 % der FDP für eine gemeinsame Regierungsmehrheit. Den Ausschlag für die erfolgreiche Koalitionsbildung soll-
ten die gemeinsamen, an Verständigung und Ausgleich orientierten Positionen in der Außen- und Deutschlandpolitik geben. Mit der Wahl Willy Brandts am 21. Oktober 1969 zum Bundeskanzler führte 20 Jahre nach Gründung der zwei-
ten deutschen Republik erstmals ein Sozialdemokrat eine Bundesregierung an.

„Die Regierung kann in der Demokratie nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird vom demokratischen Engagement der Bürger. Wir haben so wenig Bedarf an blinder Zustimmung, wie unser Volk Bedarf hat an gespreizter Würde und hoheitsvoller Distanz. Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten.

Das Selbstbewußtsein dieser Regierung wird sich als Toleranz zu erkennen geben. Sie wird daher auch jene Solidarität zu schätzen wissen, die sich in Kritik äußert. Wir sind keine Erwählten; wir sind Gewählte. Deshalb suchen wir das Gespräch mit allen, die sich um diese Demokratie mühen.

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren haben manche in diesem Lande befürchtet, die zweite deutsche Demokratie werde den Weg der ersten gehen. Ich habe dies nie geglaubt. Ich glaube dies heute weniger denn je.

Nein: Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an. Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn werden im Innern und nach außen.“
(Brandt 1969: 223 f.)

„Mehr Demokratie
wagen“

In seiner Regierungserklärung umschrieb er mit der berühmt gewordenen Formel „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ das Leitmotiv der Koalition. Sowohl auf poli-
tischer als auch auf sozialer Seite wurde versucht, ein Mehr an Freiheit zu erzielen: Das Wahlalter wurde von 21 auf 18 Jahre gesenkt, das Demonstrationsrecht liberaler
gestaltet, der Sozialstaat ausgebaut, Beteiligungsrechte der Bürger wurden erweitert,

Arbeitnehmerrechte gestärkt, die Mitbestimmung in den Unternehmen wurde ausgebaut, die Studienförderung BAföG eingeführt und das Rechtssystem liberalisiert.

Jahr	Bereich	Regelungen u. a.
1969	Reformen in der Sozialgesetzgebung	Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter und Angestellte; flexible Altersgrenzen in der Rente
1969/ 1970	Reform des Strafrechts	Ehebruch, Kuppelei und Homosexualität (unter Erwachsenen) werden als Straftatbestände abgeschafft, das Demonstrationsstrafrecht wird liberalisiert.
1970	Senkung des Wahlalters	Aktiv von 21 auf 18, passiv von 25 auf 21 Jahre
1969/ 1971	Reformen in der Bildungspolitik	Verstärkter Hochschulbau; Einführung des BAföG
1972/ 1976	Ausbau der Mitbestimmung	Betriebs- und Mitbestimmungsgesetz
1976	Reform des Ehe- und Scheidungsrechts	Beide Ehepartner dürfen berufstätig sein, der Name des Mannes ist nicht mehr automatisch Familienname.
1979/ 1980	Reform des Familienrechts	„Elterliche Gewalt“ wird durch „elterliche Sorge“ ersetzt, Kinderrechte werden gestärkt.

Abb. 10: Ausgewählte sozial-liberale Reformen

Umstritten war der Radikalenerlass vom Januar 1972. Er sah die strenge Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den Staatsdienst vor und richtete sich letztlich insbesondere gegen Linksradike. Diese Einschränkung der freien Berufswahl und Meinungsfreiheit verdeutlicht, wie sehr der Ost-West-Konflikt und die Sorge vor kommunistischer Unterwanderung und Umsturz auch die Innenpolitik der Zeit beschäftigten. Gleichzeitig fügte er sich in eine ganze Reihe konsequenter Abgrenzungen der SPD von kommunistischen Ideen, Systemen, Organisationen und Personen ein, die in entsprechenden Erklärungen, Partei-ausschlussverfahren und Unvereinbarkeitsbeschlüssen ihren Ausdruck fanden.

Zum Weiterlesen:

Helga Grebing/Gregor Schöllgen/Heinrich August Winkler (Hg.) (2001), Willy Brandt, Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974, Berliner Ausgabe, Band 7, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Peter Borowsky (2002), Sozialliberale Koalition und innere Reformen, Informationen zur Politischen Bildung (Heft 258).

Der Radikalenerlass 1972

Die „neue Ostpolitik“

Die klare Abgrenzung der Sozialdemokraten vom Kommunismus förderte die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in die Außen- und Deutschlandpolitik der SPD. Diese Ost- und Entspannungspolitik sollte als „neue Ostpolitik“ in die Geschichtsbücher eingehen und ist untrennbar mit der Kanzlerschaft Brandts verbunden. Sie ergänzte die von Adenauer geprägte Westpolitik und -verankerung der Bundesrepublik. Grundlegender Ansatzpunkt der Ost- und Entspannungspolitik war die Überzeugung, „dass der Schlüssel für eine Auflockerung bei der Sowjetunion lag“ (Potthoff/Miller 2002: 230).

Die Prämisse der Ostpolitik neben der Abgrenzung vom Kommunismus war das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West – ein Punkt, der später zum Konfliktthema wurde, insbesondere zum Ende der 1970er Jahre und während der Kanzlerschaft Helmut Schmidts. Die militärische Aufrüstung ließ die neuen Friedensbewegungen entstehen.

*Ziel: europäische
Friedensordnung*

Das Ziel der Ostpolitik war eine europäische Friedensordnung. Ihr sollte ein europäisches Sicherheitssystem vorausgehen und als wichtige Wegmarke dorthin die Frage der deutschen Teilung gelöst werden. Zwischenzeitlich galt es, mit den östlichen Nachbarn Verträge zu schließen. Brandt führte in der Außenpolitik also fort, was er in der Großen Koalition begonnen hatte. Er setzte auf Verständigung und Ausgleich, Wandel durch Annäherung und löste die hergebrachte, konservative „Politik der Stärke“ in der Ostpolitik endgültig ab.

Einer der ersten Schritte war die Aufnahme direkter Gespräche mit den Nachbarn, darunter nicht zuletzt auch erste Gespräche auf höchster Ebene zwischen den beiden deutschen Staaten: Willy Brandt und Willi Stoph, Vorsitzender des DDR-Ministerrates, trafen sich im März 1970 in Erfurt bzw. im Mai 1970 in Kassel. Mit der UdSSR wurden ein Abkommen zum gegenseitigen Gewaltverzicht und die Moskauer bzw. Warschauer Verträge geschlossen. Es folgten das Vier-Mächte-Abkommen sowie der Grundlagenvertrag mit der DDR.

„Historische Tat“

Die Ost- und Entspannungspolitik gilt als „historische Tat“ (Potthoff/Miller 2002: 231). Und tatsächlich: Im Ergebnis führten die Verträge zu deutlichen Fortschritten in der Friedenssicherung und Verständigung zwischen Ost und West. Sie sicherten den Status Westberlins. Reisen von West nach Ost und vereinzelt auch von Ost nach West wurden wieder möglich. Der Dialog mit der

DDR machte die deutsche Teilung für die Bevölkerung beider Länder erträglicher. Zudem erkannte die Bundesrepublik mit den Ostverträgen die Grenzen und die DDR selbst an.

Die Aussöhnung mit dem Osten vollzog sich jedoch nicht nur auf der Ebene von Diplomatie und Verträgen, sondern auch im politischen Klima. Das vom früheren Exilanten und ehemaligen Widerstandskämpfer repräsentierte Deutschland nahm die Verantwortung für die Gräueltaten des nationalsozialistischen Deutschlands an und bat um Vergebung. Zum Symbol dieser Haltung wurde der Kniefall Brandts vor dem Ehrenmal der Helden des Gettos in Warschau im Dezember 1970.

Die Bundesrepublik gewann mit der neuen Ostpolitik an internationalem Einfluss, Anerkennung, Vertrauen und letztlich auch Handlungsfähigkeit. Eine besondere Anerkennung stellte die Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt im Oktober 1971 dar. Brandt, der seit seiner Zeit im Exil den Begriff des „anderen Deutschlands“ geprägt hatte, wurde zum Symbol eines neuen, modernen, friedlichen und toleranten Deutschlands. Die Erfüllung des sozialdemokratischen Traums von Weimar, die Verbindung von republikanischem und parlamentarischem Staat und gesellschaftlich lebendiger Demokratie, erschien greifbar.

Die internationale Zustimmung zu dieser Politik spiegelte sich in der Bundesrepublik nur bedingt wider. Insbesondere für die CDU/CSU und das konservative gesellschaftliche Lager insgesamt bedeutete die Anerkennungspolitik Brandts den Ausverkauf deutscher Interessen, obwohl die Brandt'sche Politik lediglich die Realitäten der Folgen des Zweiten Weltkriegs anerkannte. Jedoch regte sich auch innerhalb der FDP und der SPD vereinzelter Widerstand. Es kam zu Fraktionsaustritten und -übertritten zur CDU/CSU, sodass sich die sozial-liberale Koalition ihrer Mehrheit nur noch bedingt sicher sein konnte. Diese Situation versuchte die Union im April 1972 zu nutzen. Sie stellte ein Misstrauensvotum und schickte Rainer Barzel als Kanzlerkandidaten gegen Willy Brandt ins Rennen. Brandt gewann die Abstimmung jedoch unerwartet mit zwei Stimmen Vorsprung.

Die Freude darüber hielt allerdings nur für kurze Zeit an. Nach dem Verlust eines weiteren Abgeordneten an die CSU standen sich Opposition und Regierung im Patt gegenüber. Keine von beiden Seiten verfügte über die notwendige Kanzlermehrheit, und so einigte man sich auf Neuwahlen.

*Kniefall Brandts
1970*

Zum Weiterlesen:
Alexander Behrens (Hg.) (2010), *Durfte Brandt knien? Der Kniefall in Warschau und der deutsch-polnische Vertrag. Eine Dokumentation der Meinung,* Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn, S. 218–224.

Helga Grebing/Gregor Schöllgen/Heinrich August Winkler (Hg.) (2005), *Willy Brandt. Ein Volk der guten Nachbarn, Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974,* Berliner Ausgabe, Band 6, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

1972:
„Willy wählen!“

Die Bundestagswahl 1972 geriet aufgrund der politischen Kontroversen und Schärfe „zu einer Art von Plebiszit über die Verständigungs-, Ausgleichs- und Friedenspolitik und über den charismatischen Friedensnobelpreisträger Willy Brandt“ (Potthoff/Miller 2002: 233). Die Mobilisierung war ungeahnt hoch – die Wahlbeteiligung betrug mehr als 91 % – und führte die Sozialdemokratie in ihrem „Willy-wählen!“-Wahlkampf zu ihrem bislang besten Ergebnis bei einer Bundestagswahl überhaupt.

Mit 45,8 %
stärkste Kraft

Mit 45,8 % der Stimmen wurde die SPD erstmals zur stärksten Kraft im Bund. Die höchsten Stimmenzuwächse gelangen ihr dabei gerade bei den sozialen Gruppen, die auch im Zentrum der innen- und sozialpolitischen Reformen standen: junge Menschen, Frauen, Arbeitnehmer. Nicht zuletzt Willy Brandts integrative Wirkung eröffnete darüber hinaus neue Wählermilieus innerhalb der neuen Mittelschichten, Protestbewegungen und Kirchen.

Auch die FDP konnte ihr Ergebnis steigern, sodass die sozial-liberale Koalition mit der erneuten Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler am 14. Dezember 1972 gesichert fortgesetzt werden konnte. Die Verbindung aus fortschrittlichem, liberalem Bürgertum und Arbeiterbewegung – als „neue Mitte“ der Gesellschaft beschrieben – gelang.

Der Wechsel von Brandt zu Schmidt

Die zweite Kanzlerschaft Brandts begann mit zahlreichen politischen Problemen und mit Krisen, die das Ansehen und den Rückhalt Brandts beschädigten.

Der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner äußerte sich über Brandt bei einem Moskaubesuch herablassend, Brandt jedoch scheute den offenen Konflikt. Ein zweiter Punkt war die Affäre um gekaufte Stimmen bei dem von Brandt knapp

Herbert Wehner (1906–1990) war von 1927 bis 1942 Mitglied der KPD, dann ab 1946 Mitglied der SPD. Er war von 1966 bis 1969 Minister für gesamtdeutsche Fragen und lange Zeit Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion (1969–1983).

überstandenen Misstrauensvotum 1972. Dann gab es ökonomische Probleme und gesellschaftliche Auswirkungen: den ersten „Ölpreisschock“ 1973 und den mehrmonatigen Streik der Fluglotsen. Hinzu kamen der Streik und der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst 1974, der die Löhne und Gehälter um rund 11 % anwachsen ließ und – anders als heute – deutlich über der Produktivität lag

Zum Weiterlesen:

Christoph Meyer
(2006), Herbert
Wehner, Biographie,
München.

und zu finanziellen Mehrbelastungen führte. Schließlich kam es auch im Parafeld der Regierung, der Ost- und Entspannungspolitik, zu Rückschlägen. So entstand insgesamt das Bild eines durchsetzungsschwachen Kanzlers. Politisch geschwächt, wurde Brandt dann mit der Guillaume-Affäre konfrontiert, die zum Anlass des Endes seiner Kanzlerschaft wurde.

Günter Guillaume war Mitarbeiter im Kanzleramt und ab 1972 als persönlicher Referent enger Mitarbeiter Brandts. Vor allem war er aber ein Spion, ein Offizier im besonderen Einsatz des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Die größte Spionageaffäre in der Geschichte der Bundesrepublik war geboren. Auch wenn Brandt keine individuelle Schuld anzulasten war, sah er sich doch außerstande, sein Amt fortzuführen, und erklärte am 6. Mai 1974 seinen Rücktritt. Dessen Notwendigkeit war nicht unumstritten – insbesondere auch, weil der Verfassungsschutz in der Affäre eine unrühmliche Rolle gespielt hatte. Der damalige Verfassungsschutzpräsident Günther Nollau und Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher hatten Brandt gedrängt, Guillaume zur Beobachtung auf seiner Position zu belassen, auch als es gegen ihn schon einen begründeten Verdacht gab. Der Bundeskanzler wurde damit quasi als Ermittlungsgehilfe instrumentalisiert.

Die Guillaume-Affäre

Helmut Schmidt (*1918) war von 1974 bis 1982 der zweite sozialdemokratische Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Er diente als Offizier im Zweiten Weltkrieg, geriet in britische Kriegsgefangenschaft und studierte nach dem Krieg Volkswirtschaft. Schmidt trat 1945 der SPD bei. Seit 1983 ist er Mitherausgeber der Wochenzeitung *Die Zeit*.

Es gab keine Neuwahlen. Helmut Schmidt, der bisherige Finanzminister, wurde von den Fraktionen von SPD und FDP am 16. Mai 1974 zum Kanzler gewählt und wurde damit Brandts Nachfolger in diesem Amt. Brandt blieb allerdings Parteivorsitzender und wurde 1976 Präsident der Sozialistischen Internationale.

1974: Helmut Schmidt wird Kanzler

Wirtschaftlich stand der Beginn der Kanzlerschaft Schmidts unter keinem guten Stern. Die Wachstumsraten waren gering und erholten sich erst wieder ab 1976. Inflation und Arbeitslosigkeit stiegen. Um die drohende Rezession abzuwenden, setzte Schmidt auf Haushaltskonsolidierung und Versuche, die Konjunktur zu beleben. Helmut Schmidt vertraute in seinem Kabinett flügelübergreifend stärker auf Pragmatiker aus Partei und Gewerkschaften wie etwa auf Hans Apel oder Hans Matthöfer.

Helmut Schmidt erfuhr in seinem neuen Amt schnell Anerkennung. Er führte eine sachorientierte, nüchterne Koalition des Krisenmanagements in unruhigen Zeiten. Dies bestätigte sich auch bei der Bundestagswahl 1976, der ersten mit dem Spitzenkandidaten Helmut Schmidt. Die SPD fiel zwar wieder hinter die Union zurück, SPD und FDP konnten aber trotz Stimmenverlusten ihre Mehrheit knapp verteidigen.

Auch die zweite Amtszeit Helmut Schmidts ab 1976 war von Kontinuität geprägt. Es gelang, die wirtschaftliche Krise abzumildern. Obwohl die Union unter Franz Josef Strauß stärker auf Konfrontationskurs ging, konnte sich die Koalition auch in der Deutschland- und Ostpolitik durchsetzen.

Mit der größten Herausforderung seiner Amtszeit war Schmidt 1977 im sogenannten deutschen Herbst konfrontiert. Der Terror der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) spitzte sich immer weiter zu. Zu nennen sind hier die Entführung und Befreiung der Lufthansa-Maschine Landshut, die Entführung und Ermordung des Präsidenten von BDA und BDI Hanns Martin Schleyer und der kollektive Selbstmord der in Stammheim einsitzenden ersten Generation der RAF. Die lange als „vaterlandslose Gesellen“ und Umstürzler dargestellten Sozialdemokraten waren es nun, die unter der Führung von Helmut Schmidt den Rechtsstaat und das staatliche Gewaltmonopol erfolgreich verteidigten, auch wenn innerparteilich viele Maßnahmen zur Terrorabwehr höchst strittig diskutiert wurden.

In Europa gewann das deutsch-französische Verhältnis eine neue Qualität. Helmut Schmidt und der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing arbeiteten eng zusammen und bestimmten insbesondere die wirtschaftspolitische Entwicklung Europas. Sie schufen mit den Weltwirtschaftsgipfeln internationale Foren der wirtschaftspolitischen Koordinierung. Ein weiterer Beitrag zur Internationalisierung der Politik und der Durchsetzung von Menschenrechten gelang im Rahmen der OSZE-Schlussakte der Helsinki-Konferenz am 1. August 1975, in der sich die USA, Europa, aber eben auch die Sowjetunion und mit ihr die DDR auf politische und soziale Grundrechte verständigten.

Vor einer veränderten Situation stand die Politik des militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West. Weltweit verschoben sich nach dem Ende des Vietnamkrieges und der Niederlage der USA zusehends die Kräfteverhältnisse. Die Sowjetunion und China verspürten Aufwind. Der Nahostkonflikt schwelte

auch nach dem Jom-Kippur-Krieg zwischen Israel und Ägypten sowie anderen arabischen Staaten weiter. Der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan und die atomare Aufrüstung der UdSSR mit SS-20-Raketen verdeutlichten die Kräfteverschiebungen ebenfalls.

Schmidt setzte sich für eine westliche Nachrüstung im Falle des Scheiterns von Verhandlungen mit der Sowjetunion ein, wenn nur dies ein Gleichgewicht erzielen könne. Diese Position erfuhr viel Kritik, nicht nur in der Breite der Partei; auch der Fraktionsvorsitzende Wehner und der Parteivorsitzende Brandt zeigten sich kritisch. Auf dem Berliner Parteitag 1979 lag ein entsprechender Antrag vor, der die Positionierung der Sozialdemokratie vor dem NATO-Doppelbeschluss vornehmen sollte. Tatsächlich konnte sich Schmidt auf dem Parteitag durchsetzen. Gesellschaftlich war dieser Konflikt jedoch nicht befriedet, wie die Demonstrationen im Bonner Hofgarten später zeigten.

Auch in einem weiteren gesellschaftlichen Konfliktfeld, welches ebenso auf dem Parteitag 1979 verhandelt wurde, entzündete sich eine scharfe Debatte: in der Atompolitik, die von Teilen der Partei nach wie vor als wichtiges Element der Energiepolitik angesehen wurde. Beides, Atompolitik und Nachrüstung, führte exemplarisch vor Augen, dass die Sozialdemokratie in wichtigen Konflikten an Deutungshoheit und Integrationskraft in der politischen Linken verloren hatte.

Die Bundestagswahl 1980 brachte trotz allem eine leichte Erholung der Koalition, dank des Kanzlerbonus und vermutlich auch dank des polarisierenden Gegenkandidaten Franz Josef Strauß (CSU). SPD und FDP konnten ihre Ergebnisse leicht verbessern und die SPD stellte mit Helmut Schmidt weiterhin den Kanzler.

Die Partei verändert sich

Innerhalb der Sozialdemokratie, die die symbolträchtige Mitgliedermarke von einer Million in den 1970er Jahren wieder überschritt, nahmen die Vielfalt und Unübersichtlichkeit in dreifacher Hinsicht zu.

Zum einen im Hinblick auf die Mitgliedschaft: Die sozialen Hintergründe und Biografien wurden akademischer und die Werte stärker postmateriell. Der große Mitgliederzuwachs war zudem von vielen jungen Menschen getragen, sodass auch Generationenkonflikte hinzukamen.

*Der NATO-
Doppelbeschluss*

*Vielfältigere
Mitgliedschaft*

Zum Zweiten organisatorisch: Arbeitsgemeinschaften wurden gegründet, um bestimmten sozialen Gruppen und ihren Themen und Interessen gerecht werden zu können. Zu den Jusos, die seit ihrer Linkswende 1969 als „fast autonomer Kampf-bund“ (Grebing 2007: 183) in der Partei wirkten, gesellte sich 1972 die an Fragen der Gleichstellung orientierte Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF).

Schon 1973 war die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) gegründet worden. Sie organisierte sich neben den territorialen Parteistrukturen auch in Betriebsgruppen und sollte zur Repräsentation von Arbeitnehmerinteressen beitragen. Diese Gründung illustrierte die gestiegene Heterogenität in der ehemaligen Arbeiterpartei ganz besonders. Es folgten weitere Arbeitsgemeinschaften für Selbstständige, Juristen, Ärzte oder zu Bildungsfragen.

Einen bedeutenden gleichstellungspolitischen Schritt vollzog die SPD 1988 in Münster mit der Einführung der **Geschlechterquote**. Vorstände und Delegationen müssen seitdem jeweils zu mindestens 40 % von jedem Geschlecht besetzt sein.

Und drittens vollzog sich eine verstärkte programmatisch motivierte Flügelbildung: ein „Leverkusener Kreis“ auf der Linken, die „Kanalarbeiter“ auf der Rechten und stärker zentristisch der „Godesberger Flügel“. Unter ihrem langjährigen Bundesgeschäftsführer Peter Glotz professionalisierte sich die Partei in den 1980er Jahren in Bezug auf die Parteiorganisation und im Hinblick auf wissenschaftliche Beratung.²³

Der Charakter der Sozialdemokratie hatte sich im Spiegel der gesellschaftlichen Modernisierung gewandelt. In gewisser Weise war dieser Wandel jedoch „diffus“ (Grebing 2007: 178). Eindeutig war die Zeit der ausschließlichen Arbeiter- und vormaligen Klassenpartei jedoch vorbei. Die Partei prägten nun immer stärker „soziale Bewegungen, Institutionen und Organisationen nach der Arbeiterbewegung [...], für die die Ideen der Arbeiterbewegung zwar immer noch Geltung besitzen, die aber keine Arbeiterbewegung mehr sind“ (Grebing 2007: 178).

Mit der neuen Unübersichtlichkeit war ein autoritärer Führungsstil nicht zu vereinbaren. Willy Brandt setzte als Parteivorsitzender dementsprechend auf einen moderierenden Stil und auf diskursive Formen der Führung, die die Integration und Wertschätzung aller Beteiligten anstrebte und politischen Streit als fruchtbar für die Willensbildung wahrnahm, solange er parteiintern ausgefochten wurde.

23 Auf Glotz geht auch die Gründung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD zurück, die er 1981 anregte und die 1982 unter der ersten Vorsitzenden Susanne Miller erstmals zusammentrat; heute ist Bernd Faulenbach der Kommissionsvorsitzende.

Dieser Stil korrespondierte zudem mit dem Selbstverständnis der SPD als Mitgliederpartei. Auch Brandt war jedoch klar: Jede politische Debatte muss letztlich zu einer Entscheidung führen, die per Mehrheit gefällt und gemeinsam getragen werden muss.

Die **Sozialistische Internationale** (SI) ist ein weltweiter Zusammenschluss von sozialistischen, sozialdemokratischen und Arbeiterparteien mit Sitz in London. Ihr gemeinsames Ziel ist der demokratische Sozialismus. Die Sozialistische Internationale wurde 1951 wiedergegründet und sieht sich in der Tradition der Zweiten Internationale, die 1889 in Paris gegründet wurde und 1914 zerfiel.

In der Prinzipienerklärung heißt es u. a.: „Die Sozialisten ringen um eine Welt des Friedens in Freiheit, um eine Welt, die die Ausbeutung und Knechtung von Menschen durch den Menschen und von Völkern durch andere Völker ächtet, um eine Welt, in der die Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen die Voraussetzung ist für die fruchtbare Entwicklung der ganzen Menschheit“ (Prinzipienerklärung der SI, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 275).

► www.socialistinternational.org

Die Klammer um die verschiedenen Gruppen und Kreise der Sozialdemokratie gelang Brandt dank seiner integrativen Wirkung und Glaubwürdigkeit: national in der SPD und international in der Sozialistischen Internationale (SI). Er war zur „Integrations- und Identifikationsfigur jenseits der Konfliktlinien“ (Münkel 2000: 55) geworden, trotz mancher Kritik und Spannungen im engen sozialdemokratischen Führungskreis und von Herbert Wehner und Helmut Schmidt, die zusammen mit Willy Brandt die damalige sozialdemokratische Troika bildeten.

Der demokratische Staat als Garant für mehr Freiheit

Eine programmatische Formel der Zeit war das sozialdemokratische „Modell Deutschland“. Das Modell Deutschland setzte auf eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und zielte darauf ab, Ungleichheiten abzubauen. Die Rolle des Staates war darin eine intervenierende, planerische mit gesamtwirtschaftlicher Steuerung. Die sozialen Belange und Interessen der Arbeitnehmerschaft sollten so im Sinne der Sozialpartnerschaft ebenso berücksichtigt werden wie die Investitions- und Erfolgsanfordernisse auf unternehmerischer Seite. Das Dreieck aus Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden stand dabei im Zentrum politischer Koordinierung.

Für die Sozialdemokratie war die weitere demokratische Durchdringung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat ein weitgehender und wichtiger Aspekt. Die Mitbestimmungsgesetzgebung, eine der zentralen Säulen der sozial-liberalen Reformprojekte und unmittelbare politische Verbindung von Gewerkschaften und Partei, bot jedoch immer wieder Konflikte mit der FDP. Die Vorstellungen

*Das „Modell
Deutschland“*

der SPD waren in diesen Fragen, wie auch in Umverteilungsfragen, weitgehender als die der FDP. Die FDP entwickelte sich zunehmend zu einer Partei der Interessenvertretung der Kapitaleseite.

SPD und Gewerkschaften verband jedoch auch über die Mitbestimmung und eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik hinaus eine Vielzahl zentraler Reformprojekte. Hierzu sind insbesondere die Arbeitszeitverkürzung („35-Stunden-Woche“) und die Humanisierung der Arbeitswelt zu nennen. In Zeiten wirtschaftlicher Rezession zeigten sich die Grenzen des Modells Deutschland deutlich. Politisch-ideell stand dem Demokratisierungsaufbruch und dem weiteren Ausbau sozialer Freiheiten ein nunmehr „neoliberal aufgeladene[r] Konservatismus“ (Grebing 2007: 181) entgegen, der bremste, wo er konnte, und Union, FDP und Gesellschaft zunehmend bestimmen sollte.

Aufgrund zurückgehender Wachstumsraten und entstehender Arbeitslosigkeit konnte zudem den Interessen der eigenen Kernklientel, der Arbeitnehmerschaft, nämlich Vollbeschäftigung, Ausbau sozialer Sicherung, produktivitätsorientierte Lohnentwicklung, nicht mehr im vorherigen Maße entsprochen werden.

Das Ende der „sozial-liberalen Ära“

Ohnehin erfuhr die insbesondere von der SPD gemeinsam mit den Gewerkschaften getragene Wachstums- und Industrieorientierung einen Dämpfer: Die These von der Endlichkeit der Ressourcen, die „Grenzen des Wachstums“, wie der einflussreiche erste Bericht des Club of Rome²⁴ es beschrieb, beförderte eine Identitätskrise der Sozialdemokratie. Anders als bei der sozialen Frage gelang es der SPD nicht, die ökologische Frage zu repräsentieren. Deren gesellschaftliche Bedeutung zeigte sich in der Gründung und raschen Etablierung der Partei der Grünen. Teile der neuen sozialen Bewegungen mit Friedens-, Umwelt-, Frauen- und Demokratiethemen hatten sich bereits von der Sozialdemokratie abgewandt.

Ein Wandel ließ sich auch beim Koalitionspartner FDP beobachten. Die Differenzen zwischen SPD und FDP in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen wurden größer. Mit einer Kabinettsumbildung im April 1982 versuchte Helmut Schmidt, die Regierung zu stabilisieren. Bundesfinanzminister Hans Matthöfer übernahm das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen. Neuer Finanzminister wurde

24 Der Club of Rome ist ein Zusammenschluss an ökologischer Nachhaltigkeit orientierter Wissenschaftler und Experten.

Manfred Lahnstein, Minister für Arbeit und Sozialordnung Heinz Westphal und Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit Anke Fuchs, heute Ehrenvorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Mit dem „Lambsdorff-Papier“ wurde aber deutlich, dass sich die FDP von ihrer bisherigen sozial-liberalen Ausrichtung der „Freiburger Thesen“ verabschiedete und sich gegenüber dem aufstrebenden Neoliberalismus öffnete. Im September 1982 kündigte die FDP die Koalition mit der SPD auf und besiegelte somit das Ende der „sozial-liberalen Ära“. Die FDP-Minister traten zurück, im Oktober folgte ein konstruktives Misstrauensvotum, bei dem sich Helmut Kohl gegen Helmut Schmidt durchsetzen konnte.

Von nun an suchte die FDP auf Bundesebene bei der CDU ihr Wohl. Bei der Bundestagswahl 1983 erhielten eine gestärkte CDU (48,8 %, plus 4,3 Prozentpunkte) und eine geschwächte FDP (7,0 %, minus 3,6 Prozentpunkte) eine Mehrheit. Die SPD verlor 4,7 Prozentpunkte und rutschte unter die 40%-Marke auf 38,2 %. Das Parlament veränderte jedoch sein Gesicht auch in anderer Form: Die Grünen zogen erstmals in den Bundestag ein.

Programmatische, strategische und personelle Erneuerung in den 1980er Jahren

Neben eine programmatische Erschöpfung trat somit die eingeschränkte Fähigkeit der SPD, Regierungsmehrheiten zu organisieren. Das alte Dreiparteiensystem²⁵ mit den zwei großen Fraktionen von SPD und CDU/CSU sowie der FDP als „Zünglein an der Waage“ hatte sich überlebt und an seine Stelle traten nun zwei politische Lager. Während Konservative und Liberale in Geschichte und damaliger Regierungsgegenwart miteinander vertraut waren, sortierte sich das linke Lager neu.

Die postmaterialistisch und radikaldemokratisch geprägten, friedens- und ökologiebewegten Grünen waren von neuen sozialen Bewegungen getragen, die in der SPD aufgrund ihres hergebrachten Wachstumsmodells, ihrer Energiepolitik und des an Hierarchien orientierten Politikstils keine politische Heimat gefunden hatten.

Gleichzeitig verband beide Parteien der Wille zu gesellschaftlicher Demokratisierung, zum Vorrang der Demokratie vor kapitalistischer Marktmacht, zur

1982: Die FDP verlässt die Koalition

1983: die Grünen erstmals im Bundestag

Vom Dreiparteiensystem zu zwei Lagern

.....
²⁵ Beziehungsweise Vierparteiensystem, falls man CDU und CSU einzeln betrachtet.

unbedingten Notwendigkeit eines ausgebauten Sozialstaates und zur Gleichstellung der Geschlechter, später auch ein in der SPD kritischer Umgang mit Atomenergie und militärischer Rüstung. Mit der Zeit näherten sich beide Parteien an: Erste Tolerierungs- und Koalitionserfahrungen konnten in Hessen unter Holger Börner gesammelt werden und in der SPD fanden die linksalternativen Forderungen von Erhard Eppler zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft oder Peter von Oertzens zur umfassenden Demokratisierung von Ökonomie und Gesellschaft zunehmend Unterstützung.

Holger Börner (1931–2006) war gelernter Betonfacharbeiter. Er war von 1976 bis 1987 Ministerpräsident des Landes Hessen und führte u. a. die erste rot-grüne Regierung auf Landesebene. Von 1987 bis 2003 war Börner Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Erhard Eppler (*1926) ist von Beruf Lehrer. Er war von 1968 bis 1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und von 1975 bis 1991 Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission.

Eine andere Strategie wählte die SPD unter Johannes Rau²⁶ in Nordrhein-Westfalen. In dem durch Industrie- und Bergbau geprägten Bundesland setzte sie bei der Landtagswahl von 1985 erfolgreich auf eine absolute Mehrheit. Nach diesem Erfolg trat Rau auch als Kanzlerkandidat an. Die Bundestagswahl 1987 ging jedoch verloren. Die Anschlussfähigkeit der SPD gegenüber den neuen sozialen Bewegungen war noch zu gering ausgeprägt, das Bilden neuer sozialer und parteilicher Bündnisse mit den Grünen lag Rau zum damaligen Zeitpunkt fern.

Heidmarie Wieczorek-Zeul (*1942) ist von Beruf Lehrerin. Von 1974 bis 1977 war sie Bundesvorsitzende der Jusos und von 1998 bis 2009 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Zum Weiterlesen:

Sonja Profitlich (2007), Politische Generationen in der Sozialdemokratie, OnlineAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Auf Willy Brandt als Parteivorsitzenden folgte 1987 Hans-Jochen Vogel, der auch die SPD-Bundestagsfraktion anführte. Auf personeller Ebene strebte die Generation der „Enkel Brandts“ nach vorne: Björn Engholm, Gerhard Schröder, Rudolf Scharping, Heidmarie Wieczorek-Zeul und Oskar Lafontaine²⁷. Besonders auf Letzterem ruhten die Hoffnungen: Er wurde 1990 Kanzlerkandidat.

Björn Engholm (*1939) ist studierter Politikwissenschaftler und arbeitete als Dozent in der Jugend- und Erwachsenenbildung. Er war von 1988 bis 1993 Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein und von 1991 bis 1993 Parteivorsitzender der SPD.

26 Vgl. Seite 125

27 Vgl. Schröder: Seite 123, Scharping: Seite 122, Lafontaine: Seite 118.

In ihrer Programmatik zeigte sich die Sozialdemokratie für die veränderten gesellschaftlichen Werteeinstellungen und Diskurse empfänglich. Das zeigte das **Berliner Grundsatzprogramm** von 1989. Das neue Grundsatzprogramm schickte sich an, die Themen der Zeit sozialdemokratisch zu deuten. Ihm voraus gingen die Diskussionen der Grundwertekommission²⁸ zu einer Aktualisierung des Godesberger Programms seit Beginn der 1970er Jahre, das 1975 beschlossene und mittelfristig orientierte Aktionsprogramm „Orientierungsrahmen '85“ sowie 1986 der wenig erfolgreiche „Irseer Entwurf“ eines neuen Grundsatzprogramms.

*1989: das Berliner
Programm*

Das Berliner Programm versuchte Brücken über die diversen der Sozialdemokratie nahestehenden Milieus zu schlagen, die immer beweglicher wurden und endgültig nicht mehr den vergleichsweise starren Strukturen des 19. Jahrhunderts entsprachen. Das Programm war eine Weiterentwicklung des Godesberger Programms und blieb an die drei Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gebunden. Es berücksichtigte jedoch stärker die ökonomische Struktur der Gesellschaft. Auch am demokratischen Sozialismus wurde festgehalten: „Diese Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus“ (Berliner Programm 1989, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 358).

*Versuch, Brücken
zu schlagen*

Einen Wandel der politischen Einstellungen konnte man hingegen in Fragen des Wachstums- und Fortschrittsverständnisses ablesen. Die Sozialdemokratie nahm die ökologische Frage in ihre grundsatzprogrammatischen Überlegungen auf und positionierte sich kritischer und differenzierter zu beidem. Sie plädierte für einen ökologischen Umbau der Industriegesellschaft und band Wirtschaftswachstum und ihr Fortschrittsverständnis an qualitative Kriterien wie Lebensqualität zurück. Das Programm bestimmte das sozialdemokratische Bild vom Menschen entlang seiner Würde und Vernunftbegabung und berief sich in aller Deutlichkeit auf die Menschenrechte, deren Realisierung sich die Sozialdemokratie verpflichtet fühlte. Es rief eine neue Kultur des Zusammenlebens aus, öffnete den Arbeitsbegriff über Lohnarbeit hinaus für alle gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten und trat für einen qualitativen Umbau des Sozialstaats ein anstatt für seinen Rückbau. Das Verständnis von „Demokratie als Lebensform“ wird für Staat und Gesellschaft und dabei besonders im Hinblick auf Wirtschaftsdemokratie ausgedeutet.

*Öffnung für ökologi-
sche Fragen*

Die SPD positionierte sich erneut als linke Volkspartei, die ein breites Reformbündnis aus alten und neuen sozialen Bewegungen bilden wollte, um ihr radikalreformerisches Grundsatzprogramm zu realisieren.

²⁸ Die Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD wurde 1973 von Willy Brandt für Fragen „über den Tag hinaus“ berufen. Ihr erster Vorsitzender war Erhard Eppler, aktuell wird sie von Julian Nida-Rümelin geleitet.

Zum Weiterlesen:

Bernd Faulenbach (2011), Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Dieter Groh/Peter Brandt (1992), „Vaterlandslose Gesellen“. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990, München.

Peter Merseburger (2002), Willy Brandt. Visionär und Realist, 1913–1992, München.

Klaus Schönhoven (2004), Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Auch internationaler Fragen (weltweite Demokratisierung, Vertiefung der europäischen Integration, Überwindung des Nord-Süd-Konflikts und Abrüstung) nahm sich das Berliner Programm an. Gleichzeitig waren es gerade diese Abschnitte, deren gesellschaftlicher Kontext sich schnell massiv wandeln sollte, da das Programm 1989 am Vorabend der deutschen Einheit verabschiedet wurde. Die Haltung der Sozialdemokratie zur zunehmend wankenden DDR war damals zwiegespalten.

Ein Teil der Partei um Lafontaine, Bahr und Schröder plädierte aus jeweils unterschiedlichen Gründen für weiterhin zwei deutsche Staaten und setzte dabei auf eine Demokratisierung der DDR. Sie trieb die Sorge um, dass ein vereintes Deutschland mit einem aufgeladenen deutschen Nationalismus sich im Widerspruch zur europäischen Einigung entwickeln könnte. Für sie standen soziale Gerechtigkeit und einheitliche Lebensverhältnisse im Vordergrund und weniger hergebrachte nationale Vorstellungen.

Der andere Teil der Partei um Brandt, Rau und Eppler sah keine Möglichkeit der DDR mehr, sich gegenüber ihrer Bevölkerung zu legitimieren, und damit die Einheit in einem deutschen Staat als unausweichlich an. Unabhängig von der Vielstimmigkeit im anfänglichen Umgang mit der deutschen Einheit war aber klar: Die sozialdemokratische Entspannungspolitik trug Früchte.

Was bedeutet das für die Soziale Demokratie?

- Innenpolitisch konnte die Sozialdemokratie in der „sozial-liberalen Ära“ viele demokratische und soziale Reformen zugunsten individueller und gesellschaftlicher Freiheit und sozialer Durchlässigkeit verwirklichen.
- In der Außenpolitik und im Umgang mit der DDR bewährte sich ihre auf Frieden, Entspannung und Verständigung ausgerichtete neue Ostpolitik.
- Die Entwicklung zur Volkspartei zeigte sich auch in der Mitgliederstruktur und -zahl. Die SPD erreichte erstmals eine Million Mitglieder und ihr gelang der Brückenschlag über verschiedene gesellschaftliche Milieus.
- Programmatisch wurde die Sozialdemokratie durch den Wandel im Wachstums- und Fortschrittsverständnis und durch die Friedens-, Umwelt-, Frauen- und Demokratiebewegung in und außerhalb der Partei beeinflusst.

8. DIE MODERNE SOZIALDEMOKRATIE: ZWISCHEN ERNÜCHTERUNG UND ERNEUERUNG (1990–2013)

In diesem Kapitel

- wird die Vereinigung der West-SPD mit der neu gegründeten Ost-SPD beschrieben;
- wird der Weg der Sozialdemokratie in erneute Regierungsverantwortung ab 1998 geschildert;
- werden die Wegmarken und Charakteristika der rot-grünen Regierungskoalition (1998–2005) und der Großen Koalition (2005–2009) aufgezeigt;
- wird neben einer Krisenanalyse der Bundestagswahl 2009 ein Blick auf die Erneuerung der Sozialdemokratie geworfen.

Der Weg der Sozialdemokratie zurück in Regierungsverantwortung war steinig und lang. Als 1998 der Wiedereinzug in eine Bundesregierung gelang, mangelte es neben allen Erfolgen nicht an Kontroversen. Eine Ursache dafür war nicht zuletzt der sich rasant wandelnde politische Kontext.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts beschleunigte sich die Globalisierung. Das Kapital internationalisierte sich ungleich schneller als die Politik. Die deutsche Einheit war ökonomisch eine Herausforderung. Der demografische Wandel zeichnete sich immer klarer ab. Neoliberale Diskurse prägten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Verschwinden der „Systemalternative“ immer stärker den politischen Diskurs. Der Sozialstaat, ein Kernprojekt der Sozialdemokratie, geriet in diesem Kontext ökonomisch und auch in der politischen Debatte unter Druck.

Die deutsche Einheit

Die SPD wurde 1989/90 wie alle anderen Parteien von den sich überschlagenden Ereignissen überrascht. Sie diskutierte verschiedene Varianten der zukünftigen staatlichen Ordnung Deutschlands in der Spannbreite zwischen der Vereinigung beider Teilstaaten und enger Kooperation.

*1998: Wiedereinzug
in die Regierung*

*Gesellschaftlicher
Kontext*

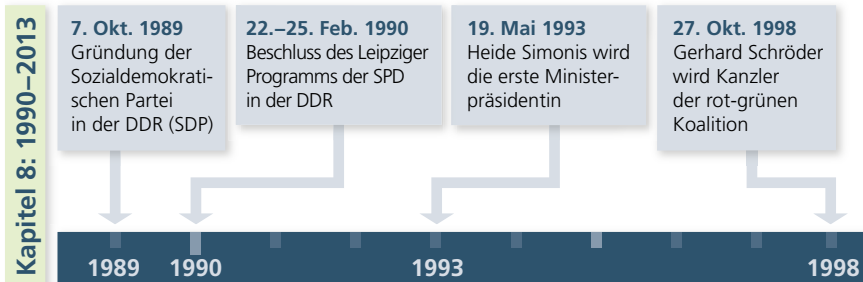
Anders als der Wahlkampf der Konservativen, die die Bundestagswahl 1990 vor allem in den Kontext der Einheit stellten und auf den gestärkten Amtsbonus Helmut Kohls setzten, wies die Kampagne der SPD unter Führung des Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine keine nationale Färbung auf.

Oskar Lafontaine (*1943) ist studierter Physiker. Er war von 1985 bis 1998 Ministerpräsident des Saarlandes, 1990 Kanzlerkandidat der SPD und von 1995 bis 1999 SPD-Parteivorsitzender. Lafontaine trat 1999 als SPD-Vorsitzender und Finanzminister im ersten Kabinett Schröders zurück. Er wurde 2005 Mitglied der Partei WASG und war von 2007 bis 2010 Vorsitzender der Partei „Die Linke“.

Die SPD orientierte und orientiert sich an einem vereinigten Europa. Für dessen Entwicklung sah sie die Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten als eine wichtige Etappe an. Das hatte die Partei schon in der „neuen Ostpolitik“ beschrieben. Die deutsche Vereinigung allein war somit nicht das übergeordnete Ziel.

Insbesondere Oskar Lafontaine plädierte sehr stark für eine transnationale Perspektive. Für ihn war in ihr soziale Gerechtigkeit erreichbar. Mit Blick auf eine mögliche Vereinigung hieß das: Wenn gleiche Lebensverhältnisse und soziale Freiheiten in Ost und West in einem gesamtdeutschen Rahmen realisierbar sind, dann ist die deutsche Einheit zu befürworten. Der Nation wies er keinen eigenen Wert zu. Freiheit und Gerechtigkeit gingen in dieser Sichtweise somit nicht zwingend mit der Nation einher. Vielmehr resultierte Letztere für Lafontaine aus Ersteren.

Eine zentrale Kontroverse im Zusammenhang mit der deutschen Einheit drehte sich um deren Finanzierung. Die Union setzte darauf, die deutsche Einheit über die Sozialversicherungskassen zu finanzieren. Sie vertraute zudem auf



Zeitgeschichtlich: deutsche Einheit, verstärkte europäische Integration, globale Wirtschafts- und Finanzmarktkrise

einen wirtschaftlichen Aufschwung – die berühmten „blühenden Landschaften“. Mit diesem Aufschwung sollte die Einheit sich zum Teil selbst tragen. Die Sozialdemokratie hingegen war überzeugt, dass zusätzliche Mittel erforderlich sein würden. Um gleiche Lebensverhältnisse herstellen zu können, waren aus ihrer Sicht Steuererhöhungen unvermeidlich. Tatsächlich führte die Regierung Kohl 1991 dann den Solidaritätszuschlag ein.

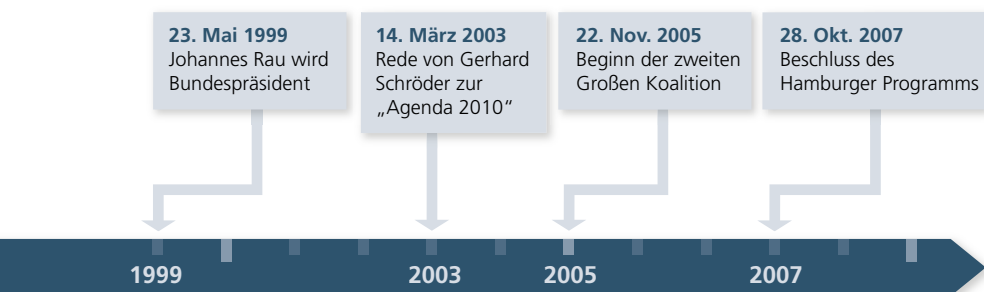
Für solche vermeintlichen „Detailfragen“ schien aber in der Einheitseuphorie die Aufmerksamkeit zu fehlen. In jedem Fall gewann die CDU die Bundestagswahl 1990 deutlich mit 43,8 % der Stimmen. Die SPD erhielt 33,5 %. Der SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine, der während des Wahlkampfes bei einem Messerattentat verletzt wurde, gelang es nicht, Helmut Kohl abzulösen. Die Koalition aus CDU/CSU und FDP konnte ihre Arbeit fortsetzen.

Die ersten gesamtdeutschen Wahlen brachten für die SPD eine Herausforderung mit sich, der sie sich bis heute gegenüber sieht: die Konkurrenzsituation mit der damaligen PDS bzw. heutigen Partei „Die Linke“, also einer für die SPD ungewohnt starken Konkurrenz von links.

Während die SPD in Westdeutschland ein Ergebnis von 35,7 % erzielte, erreichte sie in Ostdeutschland lediglich 24,3 %. Die SED-Nachfolgepartei PDS wiederum kam im Westen mit 0,3 % nicht über den Status einer Splitterpartei hinaus, im Osten jedoch wurde sie mit 11,1 % zur viertstärksten Kraft noch vor den Grünen. Die alten sozialdemokratischen Hochburgen wie Sachsen und Thüringen waren nicht mehr existent, die „totale Entsozialdemokratisierung“ (Grebing 2007: 236) in der DDR erwies sich als nachhaltig.

*1990: Die Ablösung
Kohls misslingt*

*PDS: Konkurrenz
von links*



Gründung der ostdeutschen SDP und spätere Vereinigung mit der SPD

1989: Gründung
der SDP

Im Auf- und Umbruch der Spätzeit der DDR gründete sich am 7. Oktober 1989 – mutigerweise am 40. Jahrestag der DDR – die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP). Die Gründung als Partei und damit in Konkurrenz zur SED unterschied die SDP von anderen oppositionellen Gruppen. Erstmals seit der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED entstand somit wieder eine eigenständige Sozialdemokratie im Osten des Landes. Wie in der friedlichen Revolution insgesamt spielten dabei die Kirchen als Schutzraum eine wichtige Rolle.

Abgrenzung zur SED

Die SDP und später die SPD nahmen keine ehemaligen SED-Mitglieder auf und profitierten nicht vom Vermögen der SED. Die klare Abgrenzung der SDP gegenüber der SED und ihren Mitgliedern ist ein wichtiger Faktor für die andauernde Konkurrenz der SPD zur PDS bzw. der Partei „Die Linke“. Sie erklärte sich aus den Biografien der Sozialdemokraten, die in der SBZ und DDR verfolgt worden waren. Mit Blick auf die gesellschaftlichen Erfahrungen in der DDR war die Abgrenzung letztlich auch ein Ausdruck des Demokratiegebots der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.

Die Sozialdemokratie musste sich in der DDR neu gründen. CDU und FDP vereinigten sich hingegen mit ihren Schwester-Blockparteien. Sie übernahmen dabei deren Vermögen, Mitglieder und Organisationsstrukturen, obwohl die Blockparteien in der DDR das System gestützt hatten.

1990: Leipziger
Programm der SPD
in der DDR

Auch die junge SDP ging 1989 nicht von einer unmittelbar bevorstehenden Vereinigung beider deutscher Teilstaaten aus. Im Gegenteil: Sie erwartete eher eine andauernde Koexistenz, die sie als Folge der NS-Zeit als nicht ungerechtfertigt ansah. Entsprechend suchte sie nach Reformspielräumen in der DDR und beschrieb 1990 schon unter dem Namen SPD in ihrem Grundsatzprogramm, dem **Leipziger Programm**, als Ziel „eine ökologisch orientierte soziale Demokratie“. Sie strebte eine umfassende gesellschaftliche Demokratisierung an. Sie ordnete sich, aufgrund der „Sozialismus“-Erfahrung in der DDR nicht unumstritten, letztlich in eine Tradition des demokratischen Sozialismus ein, den sie nicht der SED-Nachfolgepartei PDS überlassen wollte, und sah sich mit der internationalen Sozialdemokratie verbunden.

Am 28. November 1989 stellte Helmut Kohl seinen „Zehn-Punkte-Plan“ vor, einen Fahrplan zur staatlichen Einheit. Die deutsche Einheit war in den Bereich

des Möglichen gerückt. Die SDP setzte sich nun – ähnlich wie die SPD – für eine schrittweise Vereinigung ein.

Das Milieu, das die SDP trug, unterschied sich von dem der westdeutschen SPD. Während im Westen Arbeitnehmer aus der Privatwirtschaft und Angestellte bzw. Beamte aus dem öffentlichen Dienst überwogen, stützte sich die SDP auf Mitglieder des „linksalternativen intellektuellen Milieu[s] der DDR“ (Grebing 2007: 236), das heißt vor allem auf Naturwissenschaftler, Personen aus technischen Berufen und Pfarrer. Zur letzten Gruppe gehörten auch die zwei einflussreichen Gründungsväter der SDP: Martin Gutzeit und Markus Meckel. Die SDP war weni-

*Milieu von SPD Ost
und West im Ver-
gleich*

Martin Gutzeit (*1952) und **Markus Meckel** (*1952) sind studierte Theologen und waren Mitbegründer der SDP. Meckel war 1990 Außenminister der DDR im Kabinett von Lothar de Maizière und von 1990 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Gutzeit arbeitet heute als Berliner Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen.

ger als die SPD eine Mitgliederpartei und tatsächlich sind die Mitgliederzahlen der ostdeutschen SPD-Landesverbände auch 20 Jahre nach der deutschen Einheit noch deutlich kleiner – ein weiterer Hinweis auf die oben erwähnte nachhaltige „Entsozialdemokratisierung“ der gesellschaftlichen Milieus.

Wolfgang Thierse (*1943) war von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages und der erste ehemalige Bürger der DDR, der dieses zweithöchste Amt der Bundesrepublik Deutschland bekleidete. Thierse war 1990 Vorsitzender der SPD in der DDR und seit der Vereinigung von Ost- und West-SPD bis 2005 stellvertretender Parteivorsitzender und 1991 bis 2009 Vorsitzender der Grundwertekommission. Thierse ist studierter Germanist und Kulturwissenschaftler.

Im Januar 1990 benannte sich die SDP zur SPD um. Sie zog 1990 in die letzte DDR-Regierung unter dem christdemokratischen Konservativen Lothar de Maizière ein und vereinigte sich am 26. September 1990 mit der westdeutschen SPD. Ihr damaliger Vorsitzender war Wolfgang Thierse.

Der Weg zurück in Regierungsverantwortung (1990–1998)

Sowohl bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 als auch bei der nächsten Bundestagswahl 1994 gelang es der Sozialdemokratie nicht, die Union zu übertrumpfen. Zwar konnte sie sich 1994 leicht erholen, blieb aber mit 36,4 % unverändert hinter der Union. Spitzenkandidat der SPD war ihr Parteivorsitzender Rudolf Scharping. Er war als Parteivorsitzender 1993 auf den kommissarischen

Vorsitzenden Johannes Rau gefolgt. Rau war eingesprungen, als Björn Engholm in der Nachfolge der Barschel-Affäre den Vorsitz aufgab. Interessant an der Wahl Scharpings war das Verfahren: Er konnte sich in der bis dahin einzigen Mitgliederbefragung über den Parteivorsitz gegen Gerhard Schröder und Heidemarie Wieczorek-Zeul durchsetzen.

Rudolf Scharping (*1947) war von 1991 bis 1994 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, von 1998 bis 2002 Bundesminister der Verteidigung und von 1993 bis 1995 Parteivorsitzender der SPD. Scharping trat 1994 bei der Bundestagswahl als Kanzlerkandidat der SPD an. Er ist studierter Politikwissenschaftler.

Die Wahlauseinandersetzungen drehten sich in der Bundestagswahl 1994 hauptsächlich um den Abbau der Massenarbeitslosigkeit, unverändert um die Frage der Finanzierung der deutschen Einheit, um die Zukunft des Sozialstaates und die ökologische Umgestaltung der Industriegesellschaft. Zwei öffentliche Debatten in den Jahren vor der Wahl führten zu Kontroversen in der Sozialdemokratie und ihrem Umfeld: die Frage von Auslandseinsätzen der Bundeswehr mit UN-Mandat und die Einschränkung des Asylrechts. Zu beidem entschloss sich die SPD letztlich in der „Petersberger Wende“ 1992.

Die Troika 1994

Bestritten wurde die Wahl 1994 in der ersten Reihe nicht allein vom Spitzenkandidaten Scharping. Stattdessen hatte sich zum zweiten Mal eine sozialdemokratische Troika gebildet. Sie bestand neben Rudolf Scharping aus Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine. Dieses politische Zweckbündnis war aber nur von kurzer Dauer. Der Mannheimer Parteitag von 1995 vollzog den Bruch überdeutlich. Im Verlauf des Parteitages erklärte Oskar Lafontaine nach einer begeisternden Rede, die gegen den Kurs des bisherigen Vorsitzenden Scharping gerichtet war, seine Kandidatur und konnte den Parteivorsitz erringen.

In der Folge führte Lafontaine die SPD in eine deutlich konfliktorientierte Haltung zur schwarz-gelben Bundesregierung. Die SPD hatte nach Wahlerfolgen in den Bundesländern deutlichen Rückenwind erhalten. Unter anderem wurde 1993 in Schleswig-Holstein mit Heide Simonis erstmals eine Ministerpräsidentin gewählt. Im Vorfeld der Wahl 1998 konnte die SPD mit ihrer Mehrheit im Bundesrat viele Gesetzesvorhaben der schwarz-gelben Regierung verhindern.

Schon im Vorfeld hatte die Partei begonnen, mit ihrem Modell der Arbeitsgemeinschaften weitere Zielgruppen und Interessen in die Partei zu integrieren. Ein prominentes Beispiel ist etwa die AG 60plus, die 1994 gegründet wurde.

1998: Der Wechsel gelingt

Am 27. September 1998 war es dann so weit: Die SPD gewann die Bundestagswahl. Im Wahlkampf hatte sie sozialdemokratische Kernanliegen in den Fokus gerückt, vor allem die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Verteidigung sozialstaatlicher Errungenschaften wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Mit ihrem Spitzenkandidaten Gerhard Schröder gelang es der SPD, Helmut Kohl abzulösen. Sie erhielt 40,9 % der Stimmen, die Union kam auf 35,1 %. Damit schnitt die SPD als stärkste Kraft ab – nach 1972 erst zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik.

Das Wahlprogramm stand unter dem Motto: „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“. Nicht zuletzt mit dem Führungsduo Gerhard Schröder und Oskar

Lafontaine, das das Programm verkörperte, gelang der SPD dabei der Spagat über verschiedene Milieus.

Gerhard Schröder (*1944) war von 1998 bis 2005 der dritte sozialdemokratische Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Er war von 1990 bis 1998 Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und von 1999 bis 2004 Parteivorsitzender der SPD. Schröder ist Anwalt.

Das Ergebnis der Grünen von 6,7 % reichte für eine rot-grüne Regierungsbildung aus. Damit wurde

zudem erstmals eine Regierungskoalition vollständig durch eine andere ersetzt. Nach 16 Jahren Opposition zog die SPD wieder in das Kanzleramt ein. Die Grünen bekleideten erstmals Regierungsämter auf Bundesebene. Der Koalitionsvertrag trug die Überschrift: „Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert“.

Von Gerhard Schröder sprach man aufgrund seiner Fähigkeiten zur symbolischen Inszenierung und deren bewussten Einsatzes schnell vom „Medienkanzler“. In Verbindung mit Wirtschaftskompetenz und Wahlerfolgen im lange CDU-regierten Niedersachsen hatte diese Kombination auch Schröders Aufstieg zum Kanzlerkandidaten der SPD begleitet. Außenminister und Vizekanzler wurde Joschka Fischer von Bündnis 90/Die Grünen.

Die dritte zentrale Figur der Regierung war Oskar Lafontaine. Er war Finanzminister und gleichzeitig Vorsitzender der SPD. Nur wenige Monate später jedoch trat Lafontaine im März 1999 überraschend von beiden Ämtern zurück. Dem Rücktritt waren wirtschafts- und finanzpolitische Auseinandersetzungen mit Gerhard Schröder vorausgegangen. Schröder folgte im selben Jahr Lafontaine

1998: Gerhard Schröder wird Bundeskanzler

Erste rot-grüne Bundesregierung

1999: Rücktritt Lafontaines

im Parteivorsitz, der vormalige hessische Ministerpräsident Hans Eichel wurde Finanzminister.

Der Rücktritt Lafontaines, der ein führender Kopf des linken Parteiflügels war, veränderte auch das Machtgefüge zwischen den Flügeln in der SPD. Der konservative Flügel der Partei, der sich im „Seeheimer Kreis“ zusammenfand, profitierte. Neu entstanden war 1998 das „Netzwerk Berlin“, anfänglich ein Generationenbündnis jüngerer Abgeordneter, die sich unabhängig und betont ideologiefreien positionierten. Die Parteilinke organisierte sich in der Bundestagsfraktion in der „Parlamentarischen Linken“.

Rot-grüne Regierungspolitik – gemeinsame Projekte und neue Herausforderungen

An Ereignissen war die rot-grüne Regierungszeit von 1998 bis 2005 nicht arm. Insbesondere auf internationaler Ebene überschlugen sich friedens- und sicherheitspolitische Fragen. Dabei vollzog Rot-Grün eine Zäsur der deutschen Nachkriegspolitik: Erstmals setzte eine deutsche Bundesregierung die Bundeswehr im Ausland ein; im Kosovokrieg 1999 – eine Entscheidung, die im Kontext eines über Deutschland hinausreichenden internationalen Wandels im Sicherheitsverständnis fiel.

Dieser Wandel zeichnete sich dadurch aus, dass der Schutz des menschlichen Individuums stärker in den Fokus rückte und die Unverletzlichkeit von Staaten im Falle von schweren Menschenrechtsverletzungen wie Genoziden zurücktrat. Die zweite kriegsrische Auseinandersetzung folgte im Nachgang zu den Terroranschlägen u. a. auf das New Yorker World Trade Center vom 11. September 2001 gegen das Regime der Taliban in Afghanistan. Die veränderte internationale Sicherheitslage spiegelte sich im Inneren wider: Innenminister Otto Schily (SPD, ehemals Grüne) setzte im Bundestag umfangreiche und umstrittene „Anti-Terror-Gesetze“ durch.

Dem späteren Krieg der USA und ihrer „Koalition der Willigen“ gegen den Irak Saddam Husseins verweigerte sich die rot-grüne Bundesregierung im Bündnis mit Frankreich und Russland. Diese Entscheidung hatte auch einen großen Einfluss auf ihre Wiederwahl 2002.

Die rot-grüne Bundesregierung setzte zwei einschneidende gesellschaftspolitische Reformen durch, die der gesellschaftlichen Vielfalt Rechnung trugen: Sie

erkannte die Tatsache an, dass Deutschland zum Einwanderungsland geworden war, und reformierte das Staatsbürgerschaftsrecht. Sie schuf einen gesetzlichen

Einschneidende gesellschaftspolitische Reformen

Johannes Rau (1931–2006) war von 1999 bis 2004 der zweite sozialdemokratische Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Von 1978 bis 1998 war er Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Rau trat 1987 für die SPD als Kanzlerkandidat an und war 1993 kommissarisch Parteivorsitzender. Rau schloss eine Lehre als Verlagsbuchhändler ab und arbeitete u. a. als Lektor.

Rahmen für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Auch Johannes Rau, der 1999 gewählte zweite sozialdemokratische Bundespräsident, setzte auf einen integrativen und auf Anerkennung und Toleranz beruhenden Kurs.

Jahre	Bereich	Gesetze/Projekte
1999	Vorsorgender Sozialstaat	Programm Soziale Stadt
1999/ 2000	Energie/Umwelt	Ökosteuer, Erneuerbare-Energien-Gesetz (u. a. 100.000-Dächer-Programm), Atomausstieg
2000/ 2004	Integrationspolitik	Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes, erstes Zuwanderungsgesetz
2001	Gleichstellung	Lebenspartnerschaftsgesetz
2001/ 2004	Bildung	Ausbau des BAföG, Ganztagschulprogramm

Abb. 11: Ausgewählte rot-grüne Reformen

Rot-Grün wollte aber nicht nur gesellschaftspolitisch modernisieren – manche sprachen gar von einem „rot-grünen Projekt“ –, auch die ökonomischen Grundlagen des „Standorts Deutschland“ sollten erneuert werden und damit eng verbunden der Sozialstaat.

Zum Weiterlesen:
*Christoph Egle/
 Tobias Ostheim/
 Reimut Zohlnhöfer
 (Hg.) (2003), Das
 rot-grüne Projekt.
 Eine Bilanz der
 Regierung Schröder
 1998–2002,
 Opladen.*

Die Zahl der Arbeitslosen war unter der Regierung Kohl nach der Wiedervereinigung von 2,6 Millionen 1991 auf über 4,2 Millionen 1998 angestiegen. Einen Abbau der Arbeitslosigkeit versprach sich Rot-Grün vor allem von einer stärkeren Angebotsorientierung in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik.

Steuersenkungen

Im Jahr 2000 verabschiedete die Regierung eine umfassende Reform der Einkommenssteuer. Der Eingangssteuersatz sank von 25,9 auf 15 %, der Spitzensteuersatz von 53 auf 42 %. Man hoffte auf einen zusätzlichen Konjunkturimpuls. Von einer Reform der Unternehmensbesteuerung versprach man sich gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit und vermehrte Investitionen.

Ökosteuer

Gleichzeitig beschloss Rot-Grün eine ökologische Steuerreform, die den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft befördern sollte. Vor allem der Verbrauch von Mineralöl wurde stärker besteuert. Zusammen mit dem Atomausstieg und der Förderung von Investitionen in erneuerbare Energien, die zu einem Boom in der Branche führten, wurde die Energiewende eingeleitet.

Ziel: stabile Sozialbeiträge

Die Koalition sah den Sozialstaat als Schlüsselbereich in der Frage der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Haushaltskonsolidierung. Seine Ergebnisse sollten verbessert werden und die Ausgaben gleichzeitig sinken. Rot-Grün setzte darauf, die Beiträge zu den Sozialversicherungen stabil zu halten und möglichst zu senken. Diesen Kurs hatte schon die Vorgängerregierung eingeschlagen.

Niedrige Sozialbeiträge sollten den „Faktor Arbeit“ preiswerter machen. In Zusammenhang mit den steuerlichen Entlastungen sollte dies die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen steigern. Zugleich bestand die Hoffnung, dass die Unternehmen Einsparungen im Lohnbereich in neue Arbeitsplätze reinvestieren würden. Von der ursprünglichen und keynesianischen Idee, Arbeitslosigkeit und mangelndes Wachstum über staatliche Investitionen mittels Konjunkturprogrammen zu überwinden, verabschiedete sich die Koalition. An die Stelle der Nachfrageorientierung trat die Angebotsorientierung, trat die Senkung von Steuern und Sozialbeiträgen.

Sozialdemokratische Orientierungssuche: Sackgasse dritter Weg?

Diese Schwerpunktsetzungen spiegelten sich auch in den programmatischen Diskussionen der Sozialdemokratie in diesen Jahren wider. In der Debatte über einen möglichen „dritten Weg“ unternahm man den Versuch, ein programmatisches und strategisches Angebot zwischen Neoliberalismus und „traditioneller“ Sozialdemokratie zu formulieren. Inspiriert von den „New Democrats“ unter US-Präsident Bill Clinton, wurde diese „Dritter-Weg“-Debatte vom britischen Premier Tony Blair bestimmt. Dessen Umwandlung der Labour Party zu „New Labour“ und der sich anschließende Wahlerfolg wurden auch zum Vorbild Schröders.

Programmatische Diskussionen

Gemeinsam veröffentlichten beide 1999 das „Schröder-Blair-Papier“, dessen eigentlicher Titel „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokratie“ lautet. Im Zentrum dieses Impulses stand die Überzeugung, dass die Globalisierung ein unveränderlicher „fact of life“ sei, in seinen Grundzügen nicht veränderlich. Die Politik müsse daher kompatibel werden zu einem international frei beweglichen Kapital, das auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten im „globalen Standortwettbewerb“ sei.

Diese Thesen deckten sich nahezu vollständig mit der öffentlichen Berichtserstattung in dieser Zeit. Sie wurden auch von dem Großteil wissenschaftlicher Studien, insbesondere aus den Wirtschaftswissenschaften, gestützt, die fast einheitlich neoklassische, das heißt angebotsorientierte Standpunkte vertraten.

Die gewonnenen sozialen Freiheiten könnten demnach nur dann verteidigt oder gar ausgebaut werden, wenn die richtige Anpassungsstrategie gewählt würde. Zentrales Element war dabei eine Neubewertung von Märkten. Märkte wurden, anders als zuvor, nicht mehr als grundsätzlich krisenhaft und Ungleichheiten produzierend betrachtet. Vielmehr vertraute man nun auf ihre Innovationskraft und Effizienz.

Dies hatte auch Folgen für das Verhältnis zwischen Markt und Staat: Dem Markt wurden mehr Raum und Einfluss zugestanden. Marktprinzipien wurden in weite Teile des öffentlichen und des privaten Lebens verlängert, beispielsweise durch die Privatisierung von Teilen des Sozialstaates oder der öffentlichen Daseinsvorsorge. Auch das Gerechtigkeitsverständnis wandelte sich: Die sozialdemokratische Gerechtigkeitsidee wurde von einer stärkeren materiellen Ergebnisgleichheit zu einer Chancengerechtigkeit umgedeutet. Die so insgesamt gewandelte Sozialdemokratie kann als „Marktsozialdemokratie“ (Nachtwey 2009) beschrieben werden. Viele Parteimitglieder und Gewerkschafter sahen in dieser Entwicklung einen Identitätsbruch.

Die „Agenda-Politik“

Die Marktorientierung lässt sich auch deutlich in den Sozialstaatsreformen der Zeit erkennen. Sie wurden teils bereits vor der berühmten Agenda-Rede vom 14. März 2003 und der dort skizzierten „Agenda 2010“ und teils danach umgesetzt. Die Reformen waren jedoch ideell miteinander verbunden.

1999: „Schröder-Blair-Papier“

Verhältnis von Staat und Markt

Zum Weiterlesen:
Oliver Nachtwey (2009), Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden.

Die „Agenda 2010“

Beispielsweise wurde in der gesetzlichen Rentenversicherung das reguläre Leistungsniveau beschnitten und eine zusätzliche private, staatlich geförderte Säule beschlossen: die „Riester-Rente“. Benannt wurde sie nach Walter Riester, dem damaligen Minister für Arbeit und Soziales. Ein Teil der Altersabsicherung wurde somit an private Vorsorge gekoppelt. Teile der SPD hatten gehofft, dass die private Säule als Bonus dem Rentenniveau zugeschlagen werden würde. Die Riester-Rente wurde jedoch als Ausgleich für das absinkende Rentenniveau konzipiert. Nur bei einer sehr günstigen Entwicklung der Finanzmärkte war langfristig ein insgesamt höheres Gesamtniveau anzunehmen. Mit Blick auf die oben erwähnte Orientierung auf Wettbewerbsfähigkeit sollten vor allem trotz der demografischen Entwicklung die Sozialversicherungsbeiträge keinesfalls steigen. Für die unteren Einkommensgruppen war und ist die Riester-Rente aufgrund der niedrigen Lohnentwicklung kaum zu finanzieren.

In der Arbeitsmarktpolitik verabschiedete die Koalition ab 2003 verschiedene Gesetzespakete, die nach Peter Hartz gemeinhin als „Hartz-Gesetze“ bezeichnet werden. Hartz leitete eine Arbeitsmarktkommission, die die Regierung beriet. Die Kommission sah verschiedene Beschäftigungshindernisse: eine Überregulierung des Arbeitsmarktes, ineffiziente Vermittlungsstrukturen und einen zu geringen Anreiz, Erwerbsarbeit aufzunehmen.

Um die Erwerbsquote, also den Anteil der in Beschäftigung Stehenden, zu erhöhen, wurden Mini- und Midijobs eingeführt. Dies waren geringfügige Beschäftigungsformen, die die alten „630-DM-Jobs“ ablösten. Sie sollten einen ersten Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern und einen späteren Wiedereinstieg in den regulären Arbeitsmarkt zur Folge haben.

Tatsächlich wurden jedoch von den Unternehmen nicht selten reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in mehrere der steuerlich begünstigten Mini- und Midijobs umgewandelt. Diese Jobs erwiesen sich oft als Sackgasse und nicht als Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt. Aufgrund des Abbaus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse kam es sogar zu zusätzlichen Einnahmeausfällen der Sozialversicherungen und die erhofften Beiträge zur Haushaltskonsolidierung wurden unterlaufen.

Eine bessere Vermittlung Arbeitsloser und einen erhöhten Arbeitsanreiz versprach man sich von Umstrukturierungen der Agentur für Arbeit, einer Reform des Arbeits-

losengeldes und der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Für das neu eingeführte Arbeitslosengeld I, das in der Regel nach dem Verlust einer Beschäftigung greift, wurde im Vergleich zum alten Modell die Bezugsdauer verringert. Es orientiert sich jedoch nach wie vor an dem Ziel, dass dem oder der Einzelnen eine Beschäftigung entsprechend seiner bzw. ihrer Qualifikation vermittelt werden sollte.

Das damals neue Arbeitslosengeld II (ALG II) wiederum, also die Leistung, die aus der Zusammenlegung der alten Arbeitslosen- mit der Sozialhilfe entstand und im allgemeinen Sprachgebrauch als „Hartz IV“ bezeichnet wird, hatte verschiedene Effekte. Einerseits hatte es eine inklusive Wirkung. Einer Vielzahl von Menschen, die vorher in der Sozialhilfe nur unzureichend in den Genuss von Qualifizierung und Arbeitsvermittlung gekommen waren, eröffnete es neue Ansprüche. Andererseits ist das ALG II mit einem strengen Rechte- und Pflichtenkatalog verbunden. Neben der Höhe der Leistung wurde vor allem die mit diesem Katalog verbundenen Sanktionen und Offenlegungspflichten kritisiert. Protest schürte zudem der Umstand, dass nunmehr auch Arbeit, die unter dem Qualifikationsniveau und vorherigen ökonomischen Status des bzw. der Arbeitssuchenden liegt, als zumutbar gilt.

Die Einschätzungen über die Effektivität der Arbeitsmarktreformen gehen auseinander. Deutschland gewann einerseits massiv an Wettbewerbsfähigkeit und wurde vom „kranken Mann Europas“ zu einer Volkswirtschaft, der selbst die Finanz- und Wirtschaftskrise vergleichsweise wenig anhaben konnte. In einigen europäischen Ländern werden die Arbeitsmarktreformen als nachahmenswertes Beispiel diskutiert. Andererseits verstärkte gerade die unterdurchschnittliche Lohnentwicklung in Deutschland im Kontext der einseitigen deutschen Exportorientierung die wirtschaftlichen Ungleichgewichte im Euroraum.

In jedem Fall war eine Wahrnehmung der Reformen, die auch in Teilen der Partei und ihrem Umfeld geteilt wurde, für die Sozialdemokratie äußerst problematisch, nämlich, dass eine SPD-geführte Bundesregierung über die Etablierung eines Niedriglohnsektors Arbeit entwertet habe und sie die Verantwortung für Arbeitslosigkeit nun dem/der Einzelnen anlaste, anstatt nach volkswirtschaftlichen Ursachen von Arbeitslosigkeit zu suchen und sie zu bekämpfen.

Die Reformen störten das Verhältnis der SPD zu den Gewerkschaften nachhaltig. Die Gewerkschaften verloren seit der deutschen Einheit an gesellschaftlicher und

ALG II

*Einschätzungen
der Reformen*

*Gewerkschaften
und SPD*

betrieblicher Verankerung. Dies schlug sich in niedrigeren Organisationsgraden und eingeschränkter Tarifbindung insbesondere in den östlichen Bundesländern nieder. Ein mutiger Schritt zur besseren Organisation der Beschäftigten in Dienstleistungsbereichen war 2001 die Gründung der branchenübergreifenden Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Der gewerkschaftliche **Organisationsgrad** beschreibt beispielsweise für einen einzelnen Betrieb oder ganze Branchen das Verhältnis der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten zu den nicht organisierten. Ein hoher Organisationsgrad geht für die Beschäftigten meist mit einer starken Position und entsprechenden Abschlüssen in Tarifverhandlungen einher.

Die SPD wiederum profitierte nicht von ihrem neuen Kurs. Sie verlor nicht nur Landtagswahlen und Vertrauen, sondern auch Parteimitglieder. Letztlich verlor sie zwischenzeitlich sogar den Status als mitgliederstärkste Partei Deutschlands. Der öffentliche und parteiliche Druck nahmen zu und auch die Ergebnisse der Reformen waren, zumindest kurzfristig, nicht ermunternd.

Die „Agenda 2010“ wurde in der öffentlichen Wahrnehmung auf die umstrittenen Arbeitsmarktreformen reduziert, obwohl auch viele breit akzeptierte und unstrittige Instrumente der Energiewende oder ein erfolgreiches Ganztagsschulprogramm in den Gesetzespaketen enthalten waren.

Die Neuwahlentscheidung 2005

Das Ende der rot-grünen Regierungskoalition wurde am 22. Mai 2005 eingeleitet. Die Sozialdemokratie verlor die Landtagswahl in ihrem Stammland Nordrhein-Westfalen und landete dort mit fast acht Prozentpunkten hinter der CDU. Noch am Wahlabend selbst, nur rund eine halbe Stunde nach Schließung der Wahllokale, traten Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Parteivorsitzende Franz Müntefering in Berlin vor die Presse. Sie verkündeten – überraschend für die Öffentlichkeit und für den Koalitionspartner –, für den Herbst Neuwahlen anzustreben. Später am Abend begründete Schröder den Schritt mit der Notwendigkeit einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung für die „Agenda 2010“ und die von Rot-Grün insgesamt eingeleiteten Sozialstaatsreformen. Die Bundestagswahl sollte ein entsprechendes politisches Signal zur Fortsetzung des Kurses senden.

*Wahlniederlagen
der SPD*

Zum Weiterlesen:

*Christoph Egle/
Reimut Zohlnhöfer
(Hg.) (2007), Ende
des rot-grünen
Projekts: Eine Bilanz
der Regierung
Schröder
2002–2005,
Wiesbaden.*

*2005: Neuwahlen
im Bund*

Hinter dieser „Flucht nach vorn“ lässt sich der Versuch vermuten, nach einer Reihe von Wahlniederlagen der sich verschärfenden Kritik aus Teilen von Partei und Fraktion sowie dem gewerkschaftlichen Umfeld zuvorzukommen. Im nun anbrechenden Wahlkampf blieb keine Zeit für die Diskussion über programmatische Korrekturen, die der linke Parteiflügel forderte. Auch die Union und eine sich abzeichnende neue parteiliche Konkurrenz von links hoffte man wohl mit der um ein Jahr vorgezogenen Neuwahl überrumpeln zu können.

Die Neuwahlentscheidung wurde kritisiert. Schließlich hätten sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat, in dem die unionsgeführten Bundesländer als Vetospieler auftraten, auch bei einem erneuten rot-grünen Wahlsieg bei der Bundestagswahl nicht verändert. Diesem Argument stand die Hoffnung gegenüber, dass sich die öffentliche Debatte nach einem für Rot-Grün positiven Votum wandeln könne.

Die Bundestagswahl 2005

Für den 18. September 2005 wurden schließlich Wahlen zum Deutschen Bundestag angesetzt. Der Wahlkampf von SPD und Grünen wurde auf die jeweiligen Spitzenkandidaten Schröder und Fischer fokussiert. Er wurde entlang der politischen Lagergrenzen geführt. Rot-Grün wurde dabei als Koalition einer Politik der sozialen Gerechtigkeit präsentiert, die den Sozialstaat gegen eine neoliberal gewendete CDU mit der Spitzenkandidatin Angela Merkel verteidigen müsse. Insbesondere die Gesundheitspolitik stand im Vordergrund. Die Union forderte hier eine Abkoppelung der Beitragshöhe von den Einkommen und eine allgemeine Gesundheitsprämie – von Kritikern auch Kopfpauschale genannt.

Die Steuerpolitik wurde ebenfalls unter Gerechtigkeitsaspekten diskutiert. Die Union sprach sich für eine zweiprozentige Erhöhung der Mehrwertsteuer aus. Sie setzte darüber hinaus in der Einkommenssteuer auf ein Stufensystem. Dies hätte eine Abkehr vom Prinzip der progressiven Besteuerung bedeutet. Der von der Union als Finanzminister vorgesehene Steuer- und Verfassungsrechtler Paul Kirchhof forderte sogar die Einführung einer „flat tax“, also eines einheitlichen Steuersatzes für alle. Die SPD lehnte die Erhöhung der Mehrwertsteuer und auch die Einkommenssteuerpläne der Union ab. Im Wahlkampf spielte zudem die Atompolitik wieder eine Rolle: Union und FDP strebten eine Abkehr vom unter Rot-Grün verhandelten Atomausstieg an.

*Polarisierter Wahl-
kampf 2005*

Der SPD im Wahlkampf gelang mit Zuspitzung und Polarisierung eine vergleichsweise beachtliche Mobilisierung und parteiliche Geschlossenheit. SPD und Grüne verloren jedoch ihre Mehrheit. Die SPD fiel um 4,3 Prozentpunkte auf 34,2 % und somit einen Prozentpunkt hinter die Union, und auch die Grünen verloren leicht (minus 0,5 Prozentpunkte). In Umfragen hatte die SPD im Mai 2005 noch bis zu 18 Prozentpunkte hinter der CDU gelegen.²⁹

Gewinner der Wahl war neben der Union mit ihrer Spitzenkandidatin Angela Merkel die Parteiformation Linkspartei.PDS. Dahinter verbarg sich die PDS, die mit offenen Listen zur Wahl antrat, auf denen auch Mitglieder der im Januar gegründeten westdeutschen Partei „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ kandidierten. Gemeinsam traten beide Parteien mit Gregor Gysi und Oskar Lafontaine an der Spitze zur Wahl an und konnten 8,7 % der Stimmen hinter sich vereinen, dabei durchschnittlich 4,9 % im Westen und 25,3 % im Osten.

2007 vollzogen beide Quellparteien die Fusion zur neuen Partei „Die Linke“. In den östlichen Bundesländern kommt die Partei, getragen von den Strukturen der ehemaligen PDS, vielerorts einer Volkspartei nahe. Ihre West-Landesverbände speisen sich vor allem aus ehemaligen Sozialdemokraten, gewerkschaftlichem Mittelbau (insbesondere aus der IG Metall und ver.di) und Mitgliedern kleiner linker Splittergruppen.

Sie haben eine oppositionelle Haltung gegen den Neoliberalismus und vor allem traditionelle Positionen in Fragen des Sozialstaates, der Lohn- und Beschäftigungspolitik und an Umverteilung orientierter Steuerpolitik. Dazu gesellt sich eine unbedingte Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Ein Blick auf die Wähler der Partei „Die Linke“ zeigt, dass männliche Gewerkschaftsmitglieder und Arbeitslose mittlerer Jahrgänge zu den größten Wählergruppen zählen. Die Partei „Die Linke“ konnte in Wahlen vielfach von Proteststimmen gegen die SPD profitieren – eine Folge der gesunkenen Repräsentations- und Integrationskraft der SPD in ihren traditionellen Wählergruppen.

Weiterregieren: Die zweite Große Koalition

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 war, dass weder die SPD mit den Grünen noch CDU/CSU mit der FDP eine Mehrheit im Bundestag erreicht hatten. Koalitionen mit mehr als drei Fraktionen waren politisch nicht zu realisieren.

²⁹ Infratest dimap vom 27.5.2005

So stand am Ende der ersten Sondierungen fest: Die Bundesrepublik wird zum zweiten Mal von einer Großen Koalition regiert werden. Angela Merkel folgte auf Gerhard Schröder und die SPD fand sich als Juniorpartner in der Koalition wieder. Vizekanzler

Franz Müntefering (*1940) ist gelernter Industriekaufmann. Er war 1998 bis 1999 Minister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und 2005 bis 2007 Vizekanzler und Minister für Arbeit und Soziales. In der SPD war er 2004 bis 2005 und 2008 bis 2009 Parteivorsitzender, 2002 bis 2005 Vorsitzender der Bundestagsfraktion und 1999 bis 2002 Generalsekretär.

und Minister für Arbeit und Soziales wurde Franz Müntefering. Außenminister wurde der vormalige Leiter des Kanzleramts unter Gerhard Schröder, Frank-Walter Steinmeier³⁰. Das Ministerium der Finanzen bezog Peer Steinbrück³¹, der bis zur Wahlniederlage im Mai in Nordrhein-Westfalen als Ministerpräsident regiert hatte.

Bevor die Große Koalition ab September 2008 vorrangig mit dem Platzen der Spekulationsblase auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt und der anschließenden Finanz- und Wirtschaftskrise konfrontiert war, verfolgte sie eine Reihe innenpolitischer Projekte:

- In den Föderalismusreformen I und II wurden neue, vor allem im Bildungsbereich umstrittene Aufgaben- und Mittelzuteilungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen beschlossen.
- Mit der Einführung des Elterngeldes wurde ein Anreiz zur Familiengründung geschaffen. Das in Skandinavien erfolgreiche Modell hatte schon die ehemalige SPD-Familienministerin Renate Schmidt befürwortet.
- Mit dem Gesundheitsfonds konnte ein Kompromiss zwischen den Positionen von Union und SPD gefunden werden. Die Einbeziehung der privaten Krankenversicherungen gelang jedoch nicht.

Ungleich kontroverser waren jedoch drei weitere Entscheidungen:

- Entgegen den Aussagen im Wahlkampf einigte sich die Koalition auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Als Verbrauchssteuer belastet sie untere und mittlere Einkommen stärker, da deren Sparquote geringer ist und der Konsumanteil entsprechend höher ausfällt. Pikant war die Höhe, auf die man sich verständigte: Während die Union im Wahlkampf zwei Prozentpunkte gefordert und die SPD eine Erhöhung abgelehnt hatte, einigte man sich nach der Wahl auf drei Prozentpunkte.

30 Vgl. S. 139.

31 Vgl. S. 140.

- In das Grundgesetz wurde eine „Schuldenbremse“ eingebaut, die anhand einer Defizitgrenze bis 2020 ausgeglichene Haushalte vorsieht. Die Schuldenbremse wurde von Teilen der SPD kritisiert, da mit ihr die Gefahr verbunden ist, dass weiterer Druck auf die Ausgabenseite entsteht. Unter Druck können damit aufgrund ihres Volumens vor allem Sozialstaatsleistungen kommen, wenn nicht auch Steuern, also die Einnahmenseite des Staates, in den Blick genommen werden.
- Die für die Sozialdemokratie schwerste Entscheidung war die Rentenreform. Die „Rente mit 67“ sieht eine schrittweise Erhöhung der allgemeinen Regelaltersgrenze von früher 65 auf zukünftig 67 Jahre vor. Insbesondere die Gewerkschaften waren empört. Sie verwiesen darauf, dass die Arbeitslosenquote älterer Arbeitnehmer überdurchschnittlich hoch ist. Die Erhöhung der Altersgrenze könnte daher in letzter Konsequenz vielfach eine Rentensenkung bedeuten. Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie wurde erneut auf die Probe gestellt.

Die Finanzmarktkrise: Krisenmanagement

Der 15. September 2008 sollte diese Fragestellungen jedoch in ihrer Bedeutung zurücktreten lassen: Die US-amerikanische Investmentbank Lehman Brothers meldete an diesem Tag Insolvenz an. Die Spekulationsblase auf dem amerikanischen Immobilienmarkt war geplatzt. Zahlungsausfälle im Geflecht aus ungedeckten und teils zweifelhaften Finanzprodukten folgten und ein weltweiter Dominoeffekt war nicht auszuschließen. Das unter Druck geratene international verflochtene Bankensystem insgesamt, die wirtschaftliche Entwicklung und internationale kapitalgedeckte Pensionsfonds waren bedroht.

Die Große Koalition reagierte darauf mit einem Dreischritt. Erstens wurden angeschlagene Banken im Rahmen eines „Bankenrettungsschirms“ mit öffentlichen Mitteln gestützt und vor der unmittelbaren Insolvenz gerettet – dies betraf insbesondere die Hypo Real Estate und die Commerzbank.

Um eine wirtschaftliche Rezession infolge von Kreditausfällen zu vermeiden, wurden zweitens Konjunkturpakete aufgelegt. Sie sollten zu Wirtschaftswachstum führen und wiederum Staatseinnahmen und Beschäftigungssicherung zur Folge

15. September
2008: Lehman
Brothers

Kurzarbeit ist eine vorübergehende Verringerung der regelmäßigen Arbeitszeit. In Krisenzeiten sollen mit Kurzarbeit betriebsbedingte Kündigungen vermieden und Fachkräfte im Unternehmen gehalten werden. Bei Kurzarbeit wird ein verringerter Lohn gezahlt, der mit dem **Kurzarbeitergeld** von der Bundesagentur für Arbeit teilweise ausgeglichen wird. In der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ab 2008 wurde die maximale Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes deutlich verlängert und so ein wichtiger Grundstein für den schnellen späteren wirtschaftlichen Wiederaufschwung gelegt.

haben. Als besonders wirkungsvolle Elemente sind dabei die Förderung energetischer Gebäudesanierung, Infrastrukturmaßnahmen von Städten und Kommunen sowie die sogenannte Abwrackprämie zur Stützung der Automobilwirtschaft zu nennen. Letztere sah staatliche Zuschüsse beim Ersatz älterer durch neue Pkw vor. Drittens verfolgte man mit dem großflächigen Einsatz von Kurzarbeit in den Betrieben und einer

Anpassung beim staatlichen Kurzarbeitergeld das Ziel, Beschäftigung zu sichern.

Das Krisenmanagement der Großen Koalition wurde im Wesentlichen von den sozialdemokratisch geführten Ministerien der Finanzen, unter Leitung von Peer Steinbrück, bzw. für Arbeit und Soziales, mittlerweile unter Olaf Scholz, getragen. Die SPD-Bundestagsfraktion führte Peter Struck. Anders als in den Jahren zuvor setzte die SPD dabei wieder auf nachfrageorientierte, keynesianische Politik und

*Krisenmanagement
von SPD-Ministerien
getragen*

Peter Struck (1943–2012) war von 2002 bis 2005 Bundesverteidigungsminister sowie von 1998 bis 2002 und von 2005 bis 2009 Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Von 2010 bis 2012 war Struck Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung.

wurde dafür belohnt: Deutschland kam vergleichsweise gut und stabil durch diese erste Phase der Krise des Finanzmarktkapitalismus.

Nach der ersten Stabilisierung der Bankenlandschaft blieben weitere

schnelle Erfolge in Bezug auf die internationale Regulierung des Finanzmarktes jedoch aus. Auch eine krisensichere Umstrukturierung des Bankensystems, also ohne Banken, die so groß sind, dass sie aufgrund ihrer Bedeutung im Notfall immer wieder gerettet werden müssen, ohne Banken also, die „too big to fail“ sind, gelang nicht.

Die Lage verschärfte sich in einer zweiten Phase sogar, und zwar in dem Sinne, dass aus der Finanz- und Wirtschaftskrise vielerorts eine Staatsschuldenkrise wurde. Die Bankenrettungspakete, mit denen die Verluste Privater sozialisiert werden mussten, und die Konjunkturpakete hatten die Staatshaushalte stark belastet und zu hohen Haushaltsdefiziten geführt. Betroffen waren davon sowohl

zuvor wirtschaftlich sehr stabile Staaten wie Irland und Spanien, die zeitweise sogar Haushaltsüberschüsse erzielt hatten, als auch ohnehin wirtschaftlich angeschlagene Staaten wie Griechenland. Aus der Finanzmarktkrise wurde über eine Staatsschuldenkrise so eine „Eurokrise“.

Ursachen dieser Krise waren drei U: Unterregulierung der Finanzmärkte, Ungleichgewichte im Außenhandel und ausgeprägte Ungleichheiten in der Reichtums- und Vermögensverteilung weltweit und in Europa. Diese Faktoren verstärkten sich gegenseitig und bestimmten die Dynamik der Krise.³²

Wer glaubte, der Neoliberalismus sei als Konsequenz aus der Krise geschwächt worden, nun böte sich die Möglichkeit zum Umsteuern, irrte sich. Die Deregulierungs- und Privatisierungspolitik zugunsten der Finanzmärkte hatte zwar maßgeblichen Anteil an der Krise; in der Eurokrise, die nach dem Ende der Großen Koalition in der schwarz-gelben Regierungszeit einsetzte, gerieten die Staaten gegenüber den Märkten jedoch noch weiter in die Defensive.

Die Große Koalition kann für sich ein kluges Krisenmanagement in der ersten Phase der Krise beanspruchen. Die an Nachfrage und Beschäftigungssicherung orientierte Politik, die die SPD durchsetzte, entspannte auch ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften. Über die Krisenbewältigung hinaus fand diese Entspannung ihren Ausdruck in gemeinsamen Projekten und etwa dem Einsatz für „Gute Arbeit“, gesetzliche Mindestlöhne und ein soziales Europa.

Zum Weiterlesen:

*Christoph Egle/
Reimut Zohlnhö-
fer (Hg.) (2010), Die
zweite Große Koali-
tion. Eine Bilanz der
Regierung Merkel
2005–2009,
Wiesbaden.*

Das Hamburger Programm: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im Angesicht der Globalisierung

2005 erfolgte an der Spitze der SPD ein Wechsel. Es sollte nicht der einzige in den nächsten Jahren bleiben – ohnehin macht ein Blick auf die Zeit nach Willy Brandt deutlich, welche Ausnahme seine 23 Jahre als Vorsitzender darstellen.

Neuer Parteivorsitzender wurde Matthias Platzeck, der Ministerpräsident Brandenburgs. Franz Müntefering hatte nach einer Abstimmungsniederlage über die Besetzung des Postens des/der SPD-Generalsekretärs/-sekretärin seinen Rücktritt angekündigt. Platzeck gab sein Amt aus gesundheitlichen Gründen jedoch nach rund einem halben Jahr wieder auf und Kurt Beck, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, übernahm den Vorsitz.

³² Mehr Informationen zum Thema in den Publikationen der Internationalen Politikanalyse der FES (www.fes.de/ipa) und der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (www.fes.de/wiso) sowie in Horn 2009a, 2009b und 2009c.

Unter ihm wurde der seit 1999 andauernde und mit wechselnder Intensität geführte Programmprozess mit einem neuen Grundsatzprogramm abgeschlossen. Im Vorfeld der Bundestagswahl trat Kurt Beck nach Unstimmigkeiten über die Benennung

Kurt Beck (*1949) war von 1994 bis 2013 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und von 2006 bis 2008 Parteivorsitzender der SPD. Beck ist gelernter Elektromechaniker. Seit 2010 ist er stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung.

des Kanzlerkandidaten im September 2008 zurück. Auf ihn wiederum folgte bis zur Bundestagswahl 2009 erneut Franz Müntefering.

Häufige Wechsel an der Parteispitze, kontroverse Regierungsent-

scheidungen, Flügelauseinandersetzungen sowie Wandel und Beschleunigung der Politik im 21. Jahrhundert insgesamt steigerten das Bedürfnis der Partei nach Selbstvergewisserung. Ein Integration und Orientierung stiftendes Parteiprogramm sollte diesem Bedürfnis nachkommen und die Frage beantworten, wofür die Sozialdemokratie der Gegenwart steht.

Das **Hamburger Programm** ist der Versuch, Antworten auf die voranschreitende Internationalisierung zu formulieren, damit auf viele Probleme, die über einzelne Nationalstaaten hinausweisen, etwa die Klima- und Umweltkrise. Dabei erweitert es die grundsätzliche politische Orientierung der Sozialdemokratie explizit um die Idee einer Sozialen Demokratie (vgl. Kapitel 9) und zielt somit auf die (globale) Durchsetzung politischer und sozialer Grundrechte ab.

Zur Gestaltung der Globalisierung plädiert das Hamburger Programm für eine vertiefte europäische Integration, die jedoch zwingend um eine Form europäischer Sozialstaatlichkeit ergänzt werden müsse. Die Agenda der Europäischen Union bedürfe somit mehr sozialer Mindeststandards, Beschäftigungsorientierung und Wirtschaftskoordination.

Das neue SPD-Grundsatzprogramm legt ein verstärktes Augenmerk auf das Verhältnis von Staat und Markt sowie die Frage, welche Aufgaben und Güter privat, also über den Markt, und welche öffentlich, also über den Staat, bereitgestellt werden sollen. Einer Ökonomisierung weiterer Gesellschaftsbereiche will sich die Sozialdemokratie entgegenstellen, damit der gesellschaftliche Zusammenhalt und somit letztlich die Demokratie nicht gefährdet werden. Die Forderungen nach einem Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge oder nach einem entgeltfreien Bildungssystem sind Beispiele für solche Grenzziehungen zwischen Staat und Markt. Anders als es in den rot-grünen Regierungsjahren teils zu beobachten

*Hamburger
Programm:
Antworten auf die
Globalisierung*

war, bescheinigt die Sozialdemokratie dem Staat im Hamburger Programm wie zuvor im Berliner Programm eine aktive, intervenierende und gestaltende Rolle.

Nach den kontroversen sozialpolitischen Reformen erfuhr das neue sozialdemokratische Leitbild für den Sozialstaat besondere Aufmerksamkeit. Hier plädiert das Hamburger Programm für einen „Vorsorgenden Sozialstaat“. Der Vorsorgende Sozialstaat setzt stärker auf Prävention und will Lebensrisiken so verhindern oder in ihrer Tragweite zumindest vermindern. Er setzt zudem stärker auf öffentliche Dienstleistungen, besonders den Ausbau des (frühkindlichen) Bildungssystems. Die Versicherungssysteme, die bisher in private und gesetzliche Kassen zweigeteilt sind, sollen in einer gemeinsamen Bürgerversicherung zusammengefasst werden. Die Bürgerversicherung soll alle Einkommensgruppen und -arten berücksichtigen.

Diese Orientierung macht deutlich, dass die Sozialdemokratie nach den stärker liberalen Einflüssen in der „Dritter-Weg“-Debatte nun Anleihen in den sozialdemokratisch geprägten skandinavischen Ländern nimmt. Die SPD verortet sich im Hamburger Programm weiterhin als „linke Volkspartei“. Sie formuliert das Ziel, die „solidarische Mehrheit“ der Gesellschaft zu repräsentieren, und sucht den engen Schulterschluss mit Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen.

Zurück im „30%-Turm“? Die Bundestagswahl 2009 und ihre Konsequenzen

Die Bundestagswahl 2009 wurde zum Realitätscheck der gesellschaftlichen Akzeptanz der SPD und ihrer Fähigkeit zu mobilisieren. Im Jahr 2009 war bereits die Europawahl deutlich verloren worden. Auch die Landtagswahlergebnisse ließen nichts Gutes erahnen.

Die SPD hoffte, mit den Gerechtigkeitsthemen Mindestlohn, Bürgerversicherung und einer Beteiligung der Banken an den Krisenkosten sowie dem Einsatz für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien und dem Festhalten am Atomausstieg trotzdem überzeugen zu können.

Die Partei wurde nicht müde, auf das erfolgreiche Krisenmanagement der Großen Koalition zu verweisen, das von SPD-Ministern getragen worden war. Als Spitzenkandidat trat der bisherige Außenminister und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier an. Mit einem „Deutschlandplan“ unter dem Titel „Die Arbeit von morgen“ ergänzte er das Wahlprogramm.

Frank-Walter Steinmeier (*1956) ist Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Er war 2009 Kanzlerkandidat der SPD, von 2005 bis 2009 Außenminister, von 2007 bis 2009 Vizekanzler und in der Regierung Schröder Chef des Kanzleramtes. Steinmeier ist promovierter Jurist.

Der **Deutschlandplan** beschrieb ein Konzept, mit dem in den Bereichen Industrie, Gesundheit, Kreativwirtschaft und Dienstleistungen Wachstum und Beschäftigung und bis zu 4 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollten. Wie auch im Hamburger Programm spielte dabei die Idee einer „green economy“, einer ökologischen Industriepolitik, ebenso wie Investitionen in Bildung und Weiterbildung eine große Rolle.

2005 waren mit 11,2 Prozentpunkten erdrutschartig. Seit dem strahlenden Wahlergebnis von 1998 hatte die SPD in absoluten Zahlen rund 10 Millionen Wählerinnen und Wähler verloren.

Die SPD fuhr somit ihr schlechtestes Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik ein. Interessanterweise profitierte von den Verlusten nicht die Union. Sie verlor ebenfalls, wenn auch nur leicht (minus 1,4 Prozentpunkte). Vielmehr waren es die nun gar nicht mehr so „kleinen Parteien“, die als eigentliche Sieger aus der Wahl hervorgingen. Die FDP, die Partei „Die Linke“ und Bündnis 90/Die Grünen erhielten zweistellige Ergebnisse. Die von Union und FDP angestrebte schwarz-gelbe Koalition gewann eine klare Mehrheit und die SPD kehrte nach elf Regierungsjahren zurück in die Opposition.

Frank-Walter Steinmeier wurde zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt. Im Parteivorsitz fand ein erneuter Wechsel statt: Franz Müntefering kündigte an, auf dem Dresdner Parteitag im November 2009 nicht mehr anzutreten. Der vorherige Bundesumweltminister Sigmar Gabriel wurde

Zum Weiterlesen:

*Christoph Egle/
Reimut Zohlnhöfer
(Hg.) (2010),
Die zweite Große
Koalition. Eine
Bilanz der Regierung
Merkel 2005–2009,
Wiesbaden.*

*Wahlniederlage:
23 %*

*Gabriel wird in
Dresden 2009
Parteivorsitzender*

zum Vorsitzenden der Partei gewählt, Generalsekretärin wurde Andrea Nahles. In seiner Rede bezeichnete Gabriel den Verlust an Deutungshoheit und die Aufgabe einer eigenständigen, originär sozialdemokratischen Gesellschaftsvision als ursächlich für den Profil-, Glaubwürdigkeits- und Attraktivitätsverlust der SPD:

„Nicht überall, aber doch in wichtigen Bereichen haben wir nicht mehr um die Deutungshoheit unserer eigenen Antworten gekämpft. Statt die Mitte zu verändern, haben wir uns verändert. Wir haben uns schrittweise der damals herrschenden Deutungshoheit angepasst, und mit uns viele andere sozialdemokratische Parteien in Europa. Wenn es eine Lehre aus der Wahlniederlage gibt – bei uns und in anderen Teilen der Welt –, dann die, dass sich die SPD nie anderer Leute Deutungshoheit anpassen darf, sondern dass wir immer um unsere Deutungshoheit kämpfen müssen. [...] Aber wir haben eben in der Anpassung an die herrschende Lehre, die wir für die Mitte gehalten haben, auch Politikkonzepte entwickelt, die schon große Teile unserer Mitgliedschaft innerlich nicht akzeptiert haben und die unsere Wählerschaft in ihrem Bedürfnis nach sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit verletzt haben und bei ihnen nicht etwa Aufstiegsfreude, sondern Abstiegsängste geweckt haben.“ (Gabriel 2009: 7, Rede auf dem SPD-Bundesparteitag in Dresden)

Begonnener Erneuerungsprozess

Am Vorabend ihres 150-jährigen Jubiläums und der nächsten Bundestagswahl im Jahr 2013, in die sie mit Peer Steinbrück als Kanzlerkandidat ziehen wird, befindet sich die Sozialdemokratie in einem in Dresden begonnenen Erneuerungsprozess. In der Steuer-, Renten- und Arbeitsmarktpolitik hat sie sich auf Konzepte rückbesonnen, die wieder stärker klassische Anliegen der Sozialdemokratie wie Verteilungsgerechtigkeit und soziale Sicherung in den Mittelpunkt stellen. Beispielsweise soll der Spitzensteuersatz wieder erhöht und der Arbeitsmarkt wieder stärker reguliert werden. Darüber hinaus hat die SPD eine Organisationsreform beschlossen, die eine stärkere gesellschaftliche Öffnung der Partei zum Ziel hat und über die eigentliche Mitgliedschaft hinaus Nichtmitglieder an der Willensbildung der Partei teilhaben lassen soll.

Peer Steinbrück (*1947) ist Diplom-Volkswirt und seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er war 2002 bis 2005 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und 2005 bis 2009 Bundesminister der Finanzen und stellvertretender Vorsitzender der SPD. Die SPD hat Peer Steinbrück auf ihrem außerordentlichen Parteitag in Hannover am 9. Dezember 2012 zum SPD-Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2013 gewählt.

Das dominierende Thema ist Ende 2012 jedoch die Zukunft der Europäischen Währungsunion und der Europäischen Union insgesamt. Die SPD tritt für eine Politik ein, die Wachstum und Beschäftigung sichern soll. Anders als Konservative und Liberale will sie die Haushalte nicht vorrangig über Einsparungen, also auf der Ausgabenseite, konsolidieren. Die SPD stellt auch die Frage nach der gesellschaftlichen Verteilung von Einkommen und Vermögen neu.

Der Zuspruch zur SPD an der Wahlurne hat sich wieder erhöht. Allein im Jahr 2012 gelang es ihr, nach allen drei Landtagswahlen – u. a. auch wieder in ihrem „Stammland“ Nordrhein-Westfalen – in die jeweiligen Regierungen einzuziehen. Wie ihr Jubiläumsjahr politisch verlaufen wird, muss an dieser Stelle offenbleiben. Sicher ist jedoch, dass sich die Sozialdemokratie in der Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen politischen Herausforderungen und den eigenen Entscheidungen der Vergangenheit als lernfähig erwiesen hat. Es scheint, als vermag sie Glaubwürdigkeit und politische Stärke wieder zurückzugewinnen.

Was bedeutet das für die Soziale Demokratie?

- Die Sozialdemokratie konnte und musste sich 1989 in der DDR als Partei neu gründen. Sie nahm keine ehemaligen SED-Mitglieder auf und unterschied sich damit von Konservativen und Liberalen, die sich mit ihren Schwester-Blockparteien vereinigten.
- Die rot-grünen Regierungsjahre waren programmatisch ein Lernprozess, in dessen Verlauf sich die Sozialdemokratie anfänglich stärker am britischen Modell von „New Labour“, schließlich aber am skandinavischen Modell eines Vorsorgenden Sozialstaates und koordinierten Kapitalismus orientierte.
- Die Entwicklung der Sozialdemokratie in den 2000er Jahren zeigte die Notwendigkeit, eigene, alternative und zur eigenen Identität und Programmgeschichte passende Politikentwürfe zu formulieren.
- Die Finanz- und Wirtschaftskrise bestätigte die sozialdemokratische Analyse, dass Märkte strenge Regeln benötigen, damit sie die Demokratie und den Sozialstaat nicht gefährden. Die voranschreitende ökologische Modernisierung zeigt jedoch beispielhaft, dass Politik auch unter den Bedingungen der Globalisierung gestaltet werden kann.

Die SPD gewinnt an Stärke zurück

Zum Weiterlesen:
Wolfgang Merkel
u. a. (2005), *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa*, Wiesbaden.

Max Reinhardt
(2011), *Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei*, Baden-Baden.

9. SOZIALE DEMOKRATIE: WOHIN ZIEHT DIE NEUE ZEIT?

In diesem Kapitel

- wird der Frage nachgegangen, ob sich die Sozialdemokratie „zu Tode“ gesiegt hat;
- wird die *Theorie der Sozialen Demokratie* beschrieben;
- werden Zukunftsfragen und Herausforderungen der Sozialen Demokratie beschrieben.

*Ende der Sozial-
demokratie
(Dahrendorf)?*

Der liberale Intellektuelle Ralf Dahrendorf sprach 1983 vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“. „An seinem Ende sind wir (fast) alle Sozialdemokraten geworden“, so Dahrendorf (1985: 16). Seiner Auffassung nach waren die Forderungen der Sozialdemokratie nicht mehr umstritten. Im Gegenteil: Die Sozialdemokratie habe ihre Kernanliegen (Demokratie und Sozialstaatlichkeit) realisiert; sozialer Aufstieg sei breiten Schichten der Gesellschaft in einem Maße möglich wie nie zuvor.

Es waren zwar durchaus würdigende Worte, die so oder ähnlich nicht nur von Dahrendorf formuliert wurden. Die Botschaft, die damit vermittelt werden sollte, war jedoch klar: Die Sozialdemokratie habe ihre historische Aufgabe erfüllt, eine Soziale Demokratie sei erreicht, das Ende der Sozialdemokratie nahe.

Wie steht es heute – 30 Jahre nach Dahrendorfs Prognose – um die Soziale Demokratie? Ist die soziale Frage tatsächlich gelöst, ist die Demokratie gesichert, akzeptiert und lebendig?

*Im Gegenteil:
Bedeutung steigt!*

Man stellt schnell fest: Die Fragen, die die Sozialdemokratie seit ihrer Gründung gestellt hat, die beiden verwobenen und kontinuierlichen Traditionslinien der Sozialdemokratie, das unbedingte Streben nach politischen wie sozialen Freiheiten – das alles hat im Gegenteil an Bedeutung gewonnen. Der Grund dafür sind nicht zuletzt die vergangenen neoliberalen Dekaden und die Krise, in der der ungezügelte Finanzmarktkapitalismus Ende 2008 eskalierte.

Lässt sich die Aufgabe der heutigen Sozialdemokratie vor diesem Hintergrund auf die Verteidigung dessen reduzieren, was die Sozialdemokratie in den ver-

gangenen Jahrhunderten erreicht hat? Diese These stellte der 2010 verstorbene britische Historiker und einer der Vordenker der Sozialen Demokratie Tony Judt in seinem Buch *Dem Land geht es schlecht* auf.

*Tony Judt:
Verteidigung des
Erreichten?*

Zuzustimmen ist ihm auf jeden Fall insofern, als einmal erreichte Fortschritte nie sicher sind. Aber einerseits ist es wichtig, die globale Perspektive nicht zu verlieren. Global waren und sind die grundlegenden Probleme von Krieg, Armut und Hunger, die Klimakrise, die Ressourcenkrise und die lediglich eingeschränkte reale Geltung von Menschenrechten weiter ungelöst. Ihre Lösung muss im Rahmen von internationalen Konfliktlösungen, Regelwerken und Institutionen wie EU und UNO gefunden werden. Schließlich ist die Soziale Demokratie keine Idee für westliche Industrienationen, sondern sie formuliert einen universellen Anspruch.

Andererseits, bezogen auf die Industrienationen: Defensive ist keine sozialdemokratische Tradition. Das britische Wissenschaftlerduo Richard G. Wilkinson und Kate Pickett hat in seinen Forschungen zu sozialer Ungleichheit gezeigt, wie entscheidend gesellschaftliche Gleichheit die Lebensqualität und den Grad der Freiheit in einer Gesellschaft beeinflusst. Der deutsche Titel ihrer Studie bringt dies zum Ausdruck: „Gleichheit ist Glück“. Eine moderne Soziale Demokratie darf sich daher nicht darauf beschränken, die soziale Absicherung zu verteidigen. Sie muss auch für mehr gesellschaftliche Gleichheit kämpfen. Mit zeitgemäßen Antworten und Instrumenten muss sie eine überzeugende, glaubwürdige und mobilisierende politische Erzählung eines besseren Morgen formulieren.

*Defensive ist keine
sozialdemokratische
Tradition!*

Der Blick zurück zeigt die Programmgeschichte der Sozialdemokratie als einen Prozess ständiger Anpassung mit gleichzeitig stabilem Wertefundament. Es ging und geht darum, politische Ziele zu verwirklichen sowie Mehrheitsfähigkeit und Deutungshoheit zu erlangen.

Zuletzt hat die SPD ein neues Grundsatzprogramm beschlossen: das Hamburger Programm. Dabei hat sie ihre grundsätzliche Orientierung am demokratischen Sozialismus durch einen expliziten Bezug zur Idee Sozialer Demokratie erweitert:

„Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres Handelns ist die soziale Demokratie.“
(Hamburger Programm 2007: 16 f.)

Aber was genau ist gemeint mit „Sozialer Demokratie“? Soziale Demokratie ist nicht nur eine politische Bewegung – die die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften umfasst –, sondern auch ein politisch-programmatisches Konzept, das sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung nach und nach entwickelt hat. Um das Konzept Sozialer Demokratie zu beschreiben, müssen drei Dimensionen betrachtet werden:

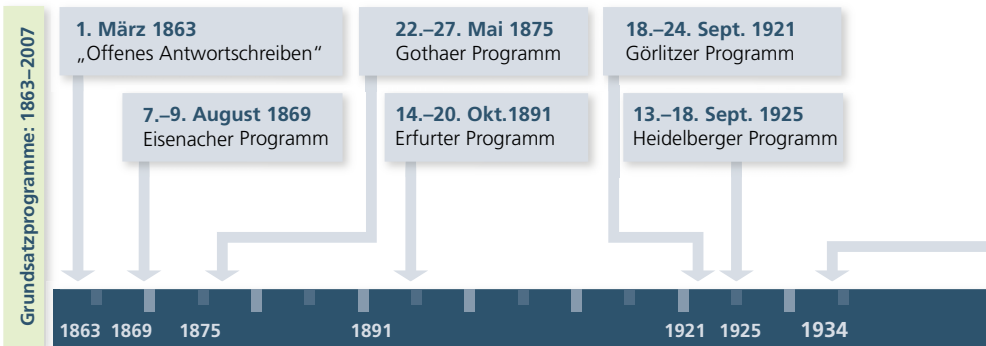
- 1. Grundwerte
- 2. Grundrechte
- 3. Praktische Politik

Diese drei Dimensionen sind eng miteinander verbunden, können aber zugleich voneinander abgegrenzt werden.

1. Grundwerte

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – so werden seit dem Godesberger Programm von 1959 (vgl. Kapitel 6) die Grundwerte der Sozialen Demokratie beschrieben. Zweifellos ist ihre Geschichte schon deutlich älter: Der Ruf der Französischen Revolution von 1789 „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ deutete den Dreiklang der Grundwerte der Sozialen Demokratie bereits an. In allen Programmen der Sozialdemokratie gibt es Bezüge zu diesen Werten. Als systematisch durchdachte und zueinander in Bezug gesetzte sittliche Grundwerte tauchen sie allerdings erst im Godesberger Programm 1959 auf.

Freiheit bedeutet zunächst die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben. Nur wer frei ist von Fremdbestimmung, kann seine Persönlichkeit entfalten. Freiheit bedarf aber weiterer Voraussetzungen. Wirkliche Freiheit ist dann erreicht, wenn auch die ökonomischen Voraussetzungen zum Gebrauch der Freiheit geschaffen sind. In Not und Armut kann es keine Freiheit geben. Die Soziale Demokratie betont dabei, dass es Freiheit nicht nur für einige – etwa die Vermögenden oder die Stär-



keren – geben darf, sondern dass allen Menschen unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Religion und Vermögen die gleiche Freiheit zusteht.

Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt nicht nur Gleichheit vor dem Gesetz, sondern auch ein gewisses Maß materieller Gleichheit. Denn Ungleichheiten bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen bedeuten immer auch Ungerechtigkeiten in Bezug auf die Freiheitschancen.

Solidarität ist einerseits die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen. Sie befördert so eine menschenwürdige Gesellschaft, auch über gesetzliche Regelungen hinaus. Andererseits ist Solidarität eine historische Erfahrung der Arbeiterbewegung. Wenn sich unterdrückte, fremdbestimmte oder ausgeschlossene Menschen solidarisieren, kann eine Kraft entstehen, die die Gesellschaft verändert.

Entscheidend für das Verständnis Sozialer Demokratie ist das Verhältnis der Grundwerte zueinander. Sie sind gleichrangig, sie bedingen sich und sie stützen sich wechselseitig. Aber sie begrenzen sich auch. Das unterscheidet die Soziale Demokratie von anderen politischen Strömungen. Liberale etwa würden den Wert der Freiheit viel stärker gewichten als die Gerechtigkeit oder Solidarität. Damit gehen aber erhebliche Gefahren einher. Denn wenn die Freiheit des/der Einzelnen nicht durch Gerechtigkeit begrenzt würde, liefe dies zweifellos auf Freiheit für wenige – für die Starken in der Gesellschaft – hinaus. Soziale Demokratie betont, dass die drei Grundwerte nicht gegeneinander abgewogen werden können, sondern wechselseitig Voraussetzung füreinander sind.

Gerechtigkeit

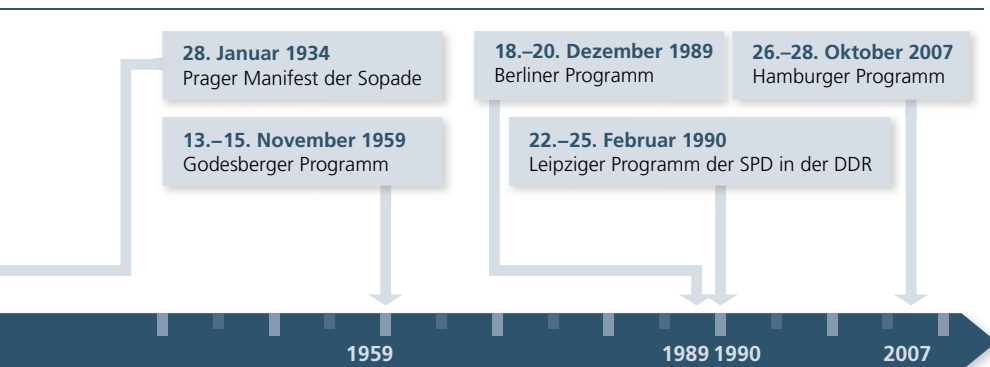
Solidarität

Zum Weiterlesen:

Hermann Heller
(1934), *Staatslehre*,
Gerhart Niemeyer
(Hg.), Leiden.

Thomas H. Marshall
(1965), *Class*,
Citizenship and
Social Development,
New York.

Thomas Meyer
(2005), *Theorie der*
Sozialen Demokrati-
e, Wiesbaden.



Das „Du“ gehört zur SPD wie ihr rotes Logo oder das Parteibuch. Es ist eng verknüpft mit der Anrede als „Genosse“ oder „Genossin“.

Das war allerdings nicht immer so. In den Anfangsjahren der SPD war es besonders den Lassalleanern wichtig, bürgerliche Umgangsformen zu wahren. Entsprechend war die Ansprache mit „Herr“ oder „Frau“ und „Sie“ selbstverständlich. Erst während des Verbots der SPD in der Zeit des „Sozialistengesetzes“ (1878–1890) setzte sich die Anrede als „Genosse“ durch. Das „Sie“ blieb jedoch zunächst erhalten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war es dann schließlich die sozialistische Jugendbewegung, die das Duzen in der Partei insgesamt etablierte.

Nicht von ungefähr verbreitete sich das **Genossen-Du** zu dieser Zeit. Die Identität der Arbeiterbewegung breitete sich immer stärker aus. Prägend waren nicht nur gemeinsame Interessen, sondern auch ähnliche Muster in der Lebensführung. Man kämpfte nicht nur für die gemeinsame Sache, man lebte auch zusammen. Eine „sozialdemokratische Solidargemeinschaft“ (Lösche/Walter: 1989) entstand. Ausdruck dessen waren nicht zuletzt die in dieser Zeit entstandenen Freizeitorganisationen wie der Arbeiter-Turn- und Sportbund (1882), die Naturfreunde (1895) oder der Arbeiter-Schachbund (1912) (vgl. Grebing: 2007: 43 ff.).

In der wechselvollen Geschichte der SPD gab es immer wieder Diskussionen über das Duzen oder die Anrede als „Genosse“. Neue Mitglieder reagierten und reagieren bisweilen überrascht. Selbst Herbert Wehner, der anderweitig für seine klaren und eindeutigen Aussagen bekannt war, positionierte sich in dieser Frage uneindeutig. Als er von einem einfachen Genossen gefragt wurde, ob er ihn duzen dürfe, hat Wehner geantwortet: „Das können Sie halten, wie du willst.“

Allen Diskussionen zum Trotz: Das „Genossen-Du“ ist geblieben und bis heute Ausdruck der solidarischen Beziehung der Parteimitglieder zueinander. Unabhängig von Differenzen in einzelnen Fragen und unabhängig von der jeweiligen Herkunft verweist das „Genossen-Du“ auf das gemeinsame Anliegen, mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen.

2. Grundrechte

Theoretiker der Sozialen Demokratie beschreiben Soziale Demokratie als Verhältnis von Grundrechten zueinander, die jedem und jeder gleichermaßen zustehen. Grundrechte können unterschieden werden in negative und positive Freiheitsrechte.

Negative Freiheitsrechte

Negative Freiheitsrechte sind abwehrende Rechte, die die Einzelnen vor willkürlichen Eingriffen der Gesellschaft oder des Staates schützen. Dabei geht es beispielsweise um das Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit. Wenn der Staat die freie Meinungsäußerung oder die freie Wahl einschränken will, schützen verfassungsgemäß garantierte negative Freiheitsrechte davor.

Positive Freiheitsrechte

Positive Freiheitsrechte sind dagegen ermöglichende Rechte. Sie sollen den Einzelnen ermöglichen, ihre Freiheitsrechte aktiv auszuüben. Dazu gehören etwa das Recht auf Arbeit, auf frei gewählte Bildung und soziale Sicherheit. Die positiven

Freiheitsrechte sind Voraussetzung für die Nutzung der negativen Freiheitsrechte. Ein Beispiel: Wer nicht über ein Mindestmaß an Bildung verfügt, wird sein Recht auf freie Meinungsäußerung nicht in vollem Umfang ausüben können.

Deshalb betont die Soziale Demokratie, dass positive und negative Freiheitsrechte gleichrangig sind. Wiederum ist der Blick auf andere politische Strömungen hilfreich: Einige Vertreter des Liberalismus würden betonen, dass negative Freiheitsrechte absoluten Vorrang vor positiven Freiheitsrechten haben müssen, da positive Freiheitsrechte die negativen einschränken können. Aus Sicht Sozialer Demokratie sind die positiven Freiheitsrechte aber ganz entscheidend für die gleichberechtigte Ausübung der negativen Freiheitsrechte.

Nur wenn die ermöglichenden, positiven Freiheitsrechte verwirklicht sind, wird auch jeder und jede in der Lage sein, seine/ihre negativen Freiheitsrechte tatsächlich auszuüben. Soziale Demokratie zielt demnach auf die weltweite Verwirklichung positiver und negativer Freiheitsrechte für jeden Menschen gleichermaßen.

Positive und negative Freiheitsrechte sind gleichrangig!

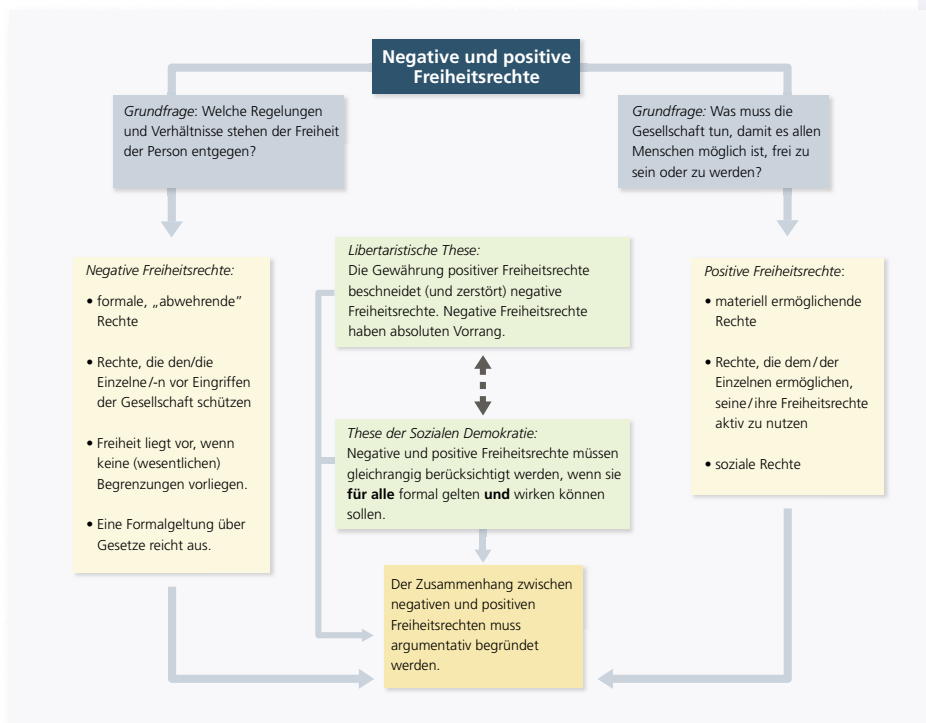


Abb. 12: Negative und positive Freiheitsrechte

3. Praktische Politik

Für die praktische Politik ergeben sich aus den drei Grundwerten und der Idee gleicher Grundrechte sehr konkrete Aufgaben. Eine Politik, die sich an diesen Werten orientiert, wird etwa eine ausreichende materielle Mindestsicherung für jede und jeden anstreben, ebenso wie freie Bildung und Ausbildung, eine angemessene Gesundheitsvorsorge, die Gleichstellung der Geschlechter oder eine voll entwickelte Demokratie mit funktionierender Öffentlichkeit.

In der Geschichte der Arbeiterbewegung tauchen diese Motive immer wieder auf – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. In unterschiedlichen Ländern sind diese konkreten Politiken Sozialer Demokratie unterschiedlich verwirklicht, sodass im internationalen Vergleich durchaus eine Rangfolge Sozialer Demokratien beschrieben werden kann.

Die skandinavischen Staaten können mit ihren umfassenden Sozialsystemen, der Tatsache, dass sie Bildungschancen relativ unabhängig von der sozialen Herkunft gewährleisten, und ihren gut funktionierenden Demokratien in diesem Vergleich in hohem Maße als Soziale Demokratien charakterisiert werden.

Die Vereinigten Staaten von Amerika können dagegen nicht als Soziale Demokratie beschrieben werden. Dort werden die negativen Freiheitsrechte weit höher bewertet als die positiven – mit entsprechenden Konsequenzen für die politische Praxis: schwach ausgeprägter Sozialstaat mit hoher Armutsquote, hohe Ungleichheit, starke Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom sozialen Hintergrund und sowie zunehmend fragmentierte und polarisierte Öffentlichkeit, die die demokratische Willensbildung deutlich erschwert. Die Ursachen für diese unterschiedlichen Praktiken und damit auch die Ursachen für die sehr unterschiedlichen Lebensrealitäten von Menschen sind zweifellos auch in der Geschichte der Sozialen Demokratie in den jeweiligen Ländern zu suchen.

Die Idee Sozialer Demokratie ist eng verknüpft mit einem spezifischen Menschenbild. Die Soziale Demokratie geht nicht – wie verschiedene kommunistische Vorstellungen – davon aus, dass man einen „neuen Menschen“ schaffen könne, der einseitig auf das Gute festgelegt ist. Zugleich geht sie nicht von einem auf das Schlechte festgelegten Menschen aus, wie er etwa im Bild des rational kalkulierenden und nutzenmaximierenden Egoisten – des Homo oeconomicus – der Libertären zum Ausdruck kommt. Die Soziale Demokratie nimmt beim

*Ableitung konkreter
Aufgaben*

*Soziale Demokratie
in unterschiedlichen
Ländern*

Skandinavien

USA

*Unterschiedliche
Menschenbilder*

Menschenbild eine realistische Perspektive ein und betont, dass die Menschen sich unterschiedlich entwickeln können. Sie sind zwar zum Bösen in der Lage, aber auch zum Guten befähigt. Ob der Mensch die Fähigkeit zum Guten in verständigungsorientiertes, freiheitliches Handeln umsetzt, hängt nicht zuletzt von gesellschaftlichen Umständen und Institutionen ab.

Damit ist das Konzept Sozialer Demokratie beschrieben. Klar ist, dass der Kampf um gleiche Freiheit für jeden nie abgeschlossen sein kann. Denn es ist keine Gesellschaftsordnung vorstellbar, die abschließend frei, gerecht und solidarisch organisiert und gegen Rückfälle gesichert ist. Ein Blick in die unmittelbare Vergangenheit macht das deutlich. In fast allen Ländern Europas kam es – mit besonderer Ausnahme der skandinavischen Länder und Frankreichs – unter dem Eindruck eines deutungsmächtigen neoliberalen Diskurses zu einer Politik, die faktisch zu weniger Freiheit und zu weniger Gleichheit geführt hat.

Angebotsorientierte Wirtschafts- und Steuerpolitik, der Abbau von Regeln in Wirtschaft, Finanzwesen und auf dem Arbeitsmarkt sowie die Privatisierung in Teilbereichen des Sozialstaates und der öffentlichen Daseinsvorsorge hatten Folgen. Sie führten zu einer Polarisierung in der Vermögensverteilung, einem wachsenden Lohngefälle, steigenden Armutsquoten, hohen Ungleichgewichten im Außenhandel und zunehmenden Staatsschulden. Diese Politik hatte nicht nur ihren Anteil an den Instabilitäten der Eurozone und der Weltwirtschaft, sondern verschlechterte ganz unmittelbar die materiellen Lebensumstände vieler Menschen.

Das sozialdemokratische Versprechen erlebbarer Freiheit und politischer Selbstbestimmung im Sinne einer Sozialen Demokratie wurde so unterlaufen. Die Sozialdemokratie verlor an Zuspruch, Wählern, Mitgliedern und Unterstützung der Umfeldorganisationen, insbesondere der Gewerkschaften. Sie wurde nicht mehr als Kraft für eine gerechte Gesellschaft und als gesellschaftliche Alternative wahrgenommen. In ihr nahestehenden gesellschaftlichen Milieus, insbesondere bei der Stammwählerschaft der gewerkschaftlich organisierten Facharbeiter, entstand der Eindruck, sie habe das Gespür für deren Belange verloren.

Der mit der verlorenen Bundestagswahl 2009 einsetzende Erneuerungsprozess hat deshalb das Ziel, an Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft zurückzugewinnen sowie die fachpolitischen Entscheidungen zu überprüfen und zu korrigieren.

Zum Weiterlesen:

*Richard Saage/
Helga Grebing/
Klaus Faber (Hg.)
(2012), Sozialdemo-
kratie und Men-
schenbild. Histori-
sche Dimension und
aktuelle Bedeutung,
Marburg.*

*Ringens um Soziale
Demokratie: nie
abgeschlossen*

*Das sozialdemokra-
tische Versprechen
erneuern!*

Thema	Aus Forderungen ...	... werden Reformen.
Freie Schulbildung (1869; 1919)	„Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.“ (Eisenacher Programm 1869, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 161)	In der Weimarer Verfassung werden 1919 in Art. 145 die allgemeine Schulpflicht und unentgeltlicher Unterricht und Lernmittel in Volks- und Fortbildungsschulen festgeschrieben.
Gleiches Wahlrecht (1875; 1919)	„Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahr an.“ (Gothaer Programm 1875, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 165)	Bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung 1919 dürfen Frauen erstmals wählen; das Wahlalter wird von 25 auf 20 Jahre gesenkt.
Achtstundentag (1891; 1918)	„Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstags.“ (Erfurter Programm 1891, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 175)	Der Achtstundentag wird 1918 unter Friedrich Ebert vom Rat der Volksbeauftragten erstmals (vorläufig) verankert.
Arbeitsrecht für Frauen (1921; 1977)	„Allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb.“ (Görlitzer Programm 1921, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 190)	Die sozial-liberale Koalition setzt 1977 durch, dass Ehefrauen u. a. ohne Einwilligung ihres Ehemannes erwerbstätig sein dürfen.
Ausbildungsförderung (1959; 1971)	„Eine großzügige Förderung soll den Studierenden ihre wissenschaftliche Ausbildung sichern.“ (Godesberger Programm 1959 zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 341)	Die sozial-liberale Koalition führt 1971 das BAföG ein.
Wirtschaftsdemokratie (1959; 1972/76)	„Demokratie aber verlangt Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der gesamten Wirtschaft. Der Arbeitnehmer muß aus einem Wirtschaftsuntertan zu einem Wirtschaftsbürger werden.“ (Godesberger Programm 1959, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 400)	Die Betriebsmitbestimmung wird 1972 neu geregelt, die Unternehmensmitbestimmung 1976 ausgeweitet.
Förderung erneuerbarer Energien und Atomausstieg (1989; 2000)	„Wir fördern [...] vor allem aber regenerierbare Energieträger. [...] Plutoniumwirtschaft halten wir für einen Irrweg.“ (Berliner Programm 1989, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 400)	2000 setzt die rot-grüne Koalition das Erneuerbare-Energien-Gesetz und den Atomausstieg durch.
Gleichgeschlechtliche Partnerschaften (1989; 2001)	„Für uns haben aber alle Formen von Lebensgemeinschaften Anspruch auf Schutz und Rechtssicherheit. Keine darf diskriminiert werden, auch die gleichgeschlechtliche nicht.“ (Berliner Programm 1989, zit. nach Dowe/Klotzbach 2004: 371)	2001 setzt die rot-grüne Koalition das Lebenspartnerschaftsgesetz durch.
Mindestlöhne (2007; offen)	„Wir kämpfen für existenzsichernde Mindestlöhne in Deutschland und Europa.“ (Hamburger Programm 2007: 54)	Ein existenzsichernder gesetzlicher Mindestlohn bleibt eine Aufgabe für die Zukunft.

Abb. 13: Beispielhafte programmatische Forderungen mit „visionärem Überschuss“

Lesehinweis:

Die Übersicht zeigt eine Auswahl programmatischer Forderungen der Sozialdemokratie aus ihren Grundsatzprogrammen, die in ihrer Zeit „über den Tag hinaus“ gedacht waren und letztlich realisiert werden konnten.

Aus ihrer Geschichte und Programmatik heraus kann die Soziale Demokratie dabei überzeugende Antworten auf die wichtigen Fragen dieser Zeit bieten:

- **Grundwerte**

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Grundwerte haben sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung als guter Kompass erwiesen. Auf sie kann die Sozialdemokratie auch die Zukunft bauen. Die Grundrechte der Demokratie korrespondieren mit den Grundrechten, die in den beiden Grundrechtspakten der Vereinten Nationen von 1966 niedergelegt sind. Das Ziel der Sozialen Demokratie ist es, die in den UN-Pakten beschriebenen politischen, bürgerlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Grundrechte überall so durchzusetzen, dass sie nicht nur formal gelten, sondern auch real wirken. Die Soziale Demokratie ist im Kern das Programm zur Vollendung von Demokratie und gelebter Freiheit.

- **Koordinierter Kapitalismus und qualitatives Wachstum**

Die zentrale Frage unserer Zeit ist die nach der Regulierung des Kapitalismus. Die Soziale Demokratie setzt sich für einen koordinierten Kapitalismus ein. Der demokratische Staat setzt den Rahmen für den Markt, nicht umgekehrt. Das beinhaltet starke Arbeitnehmerrechte und eine Unternehmensfinanzierung, die an Langfristigkeit orientiert ist. Die Soziale Demokratie setzt auf eine Balance aus Wachstum, sozialem Ausgleich und Nachhaltigkeit. So entsteht ein qualitatives Wachstum, weil wichtig ist, was wächst, und nicht nur, wie viel.

- **Der Vorsorgende Sozialstaat**

Der Vorsorgende Sozialstaat zielt darauf ab, Lebensrisiken nicht nur abzufedern, sondern möglichst zu verhindern sowie Chancengleichheit und Entfaltungsmöglichkeiten für alle zu schaffen. Er setzt daher vor allem auf Bildung und öffentliche Dienstleistungen über den ganzen Lebensweg hinweg. Dem Ausbau frühkindlicher Betreuung kommt eine doppelte Bedeutung zu: aus bildungspolitischer Perspektive, aber auch hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit faktisch vor allem im Hinblick auf die Teilhabemöglichkeiten von Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

- **Das soziale Europa**

Die Zukunft der Europäischen Union ist offen. Für die Soziale Demokratie ist die EU ein wichtiger Akteur, um Grundrechte in, mit und über Europa hinaus zu verwirklichen. Sie bietet die Chance, in einem friedlichen und demokratischen Miteinander Wohlstand, sozialen Ausgleich und Nachhaltigkeit gemeinsam zu verwirklichen. Ein soziales Europa bedeutet auch sozialstaatliche Mindest-

*ASD-Modul:
Grundlagen der
Sozialen Demokratie*

*ASD-Modul:
Wirtschaft und
Soziale Demokratie*

*ASD-Modul:
Sozialstaat und
Soziale Demokratie*

*ASD-Modul:
Europa und
Soziale Demokratie*

standards und fiskal-, wirtschafts- und beschäftigungspolitische Koordinierung. Mit einem vereinten Europa kann es gelingen, das nationalstaatliche Machtdefizit gegenüber dem internationalisierten Kapital auszugleichen.

- **Wechselseitige Anerkennung und Teilhabe**

Moderne Gesellschaften werden in Bezug auf Kulturen und Lebensauffassungen immer vielfältiger. Nicht nur der soziale Status, sondern auch die Frage, welche Wertvorstellungen vorherrschen und im öffentlichen Raum akzeptiert werden, bestimmt, inwieweit jeder und jede seine/ihre Freiheitsrechte leben kann. Entgegen konservativen Vorstellungen einer „Leitkultur“, der sich alle Mitglieder der Gesellschaft zu fügen haben, setzt die Soziale Demokratie auf die Prinzipien Anerkennung und Teilhabe als Basis eines gemeinsam getragenen Gemeinwesens.

- **Lebendige Demokratie in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft**

Der englische Politikwissenschaftler Colin Crouch hat die These von der Aushöhlung der parlamentarisch verfassten Demokratien des Westens entwickelt. In den sich etablierenden „Postdemokratien“, so Crouch, sei es demnach nicht mehr die gewählte Politik, sondern seien es übermächtige Wirtschafts- und Kapitalakteure, die die öffentliche Agenda bestimmten. Die Soziale Demokratie setzt dieser Gefahr einen aktiven und handlungsfähigen Staat, eine lebendige Bürgergesellschaft und mehr Demokratie auch in der Wirtschaft entgegen. So entsteht eine lebendige Demokratie: Räume für Gemeinschaftssinn und gelebte Solidarität und unmittelbare, gesellschaftliche Selbstbestimmung.

- **Solidarische Globalisierung**

Die Soziale Demokratie steht programmatisch in der internationalistischen Tradition der Arbeiterbewegung. Sie setzt sich für die weltweite Realisierung der Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen ein. Eine faire und solidarische Gestaltung der Globalisierung wird nur gelingen, wenn Entwicklungspolitik an den Potenzialen der Entwicklungsländer selbst ansetzt und die internationalen Rahmenbedingungen entwicklungsfreundlich gestaltet werden. Eine wichtige Rolle müssen dabei weltweit freie Gewerkschaften spielen.

- **Frieden und Sicherheit**

Der internationale Anspruch der Sozialen Demokratie, der Anspruch, Grundrechte weltweit zu realisieren, spiegelt sich auch in der Friedens- und Sicherheitspolitik wider. Konfliktprevention spielt hier eine ebenso große Rolle wie eine multilaterale Strategie, die auf internationale Institutionen setzt.

Wer diese Politikansätze und ihre hohe Aktualität in den Blick nimmt, muss Dahrendorfs These vom Ende der Sozialdemokratie widersprechen: Die Sozial-

demokratie hat sich nicht erledigt. Keineswegs sind alle sozialen und demokratischen Fragen geklärt. Solange Menschen mit der Frage nach einer gerechten Ordnung konfrontiert sind, sind sozialdemokratische Identitätsfragen aktuell.

Die Geschichte der Sozialen Demokratie in Deutschland ist eindrucksvoll. Die Sozialdemokratie beweist trotz aller Widerstände, zeitweiliger Verbote und Krisen seit 150 Jahren Ausdauerfähigkeit, langen Atem und Durchsetzungskraft. Sie ist die einzige Kraft im politischen Spektrum Deutschlands, die auf eine ununterbrochene 150-jährige demokratische Geschichte zurückblicken kann. Sie ist die politische Kraft hierzulande, die beständig für Demokratie und sozialen Fortschritt eintrat und Deutschland mit ihrem Freiheitsverständnis prägte.

Ob sie auch künftig Zustimmung für die Idee einer freien und gerechten Gesellschaft finden wird, hängt vor allem davon ab, ob sich Menschen in und für die Soziale Demokratie engagieren. Demokratie und Gerechtigkeit kommen nicht von allein. Friedrich Ebert hat diesen Zusammenhang treffend auf den Punkt gebracht:

„Wenn die deutsche Republik leben soll, so bedarf sie der Arbeit. Sozialismus ist Arbeit!“ (Friedrich Ebert, 1918: 215)

*150 Jahre: Das
Soziale und das
Demokratische!*

Wir möchten Sie einladen, an der Diskussion der Sozialen Demokratie teilzuhaben. Die Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet dafür einen Raum. Acht Seminarmodule setzen sich mit Grundwerten und Praxisfeldern der Sozialen Demokratie auseinander:

Grundlagen der Sozialen Demokratie

Wirtschaft und Soziale Demokratie

Sozialstaat und Soziale Demokratie

Globalisierung und Soziale Demokratie

Europa und Soziale Demokratie

Integration, Zuwanderung und Soziale Demokratie

Staat, Bürgergesellschaft und Soziale Demokratie

Frieden, Sicherheit und Soziale Demokratie

BIBLIOGRAFIE

Udo Achten (Hg.) (1980), *Zum Lichte empor. Maizeiten der Sozialdemokratie 1891–1914*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

August Bebel (2004), *Die Frau und der Sozialismus*, Nachdruck der Ausgabe von 1929, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Alexander Behrens (Hg.) (2010), *Durfte Brandt knien? Der Kniefall in Warschau und der deutsch-polnische Vertrag. Eine Dokumentation der Meinung*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn, S. 218–224.

Gerhard Beier (1997), *Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften*, in: Richard Löwenthal/Patrick von zur Mühlen (Hg.) (1997), *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945*, Bonn, S. 25–50.

Eduard Bernstein (1920), *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Stuttgart.

Eduard Bernstein (Hg.) (1919), *Lassalle, Ferdinand, Gesammelte Reden und Schriften*, Berlin.

Ursula Bitzegeio (2009), *Über Partei- und Landesgrenzen hinaus: Hans Gottfurcht (1896–1982) und die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Friedhelm Boll (2002), *Die deutschen Sozialdemokratie und ihre Medien. Wirtschaftliche Dynamik und rechtliche Formen*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Peter Borowsky (2002), *Sozialliberale Koalition und innere Reformen*, in: *Informationen zur Politischen Bildung* (Heft 258), URL: <http://www.bpb.de/izpb/10109/sozialliberale-koalition-und-innere-reformen>, eingesehen am 26.07.2012.

Beatrix W. Bouvier/Horst Peter Schulz (1991), „... die SPD aber aufgehört hat zu existieren“. *Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/01282.pdf>, eingesehen am 26.07.2012.

Willy Brandt (1992), *Grußwort an den Kongress der Sozialistischen Internationale vom 14. September 1992*, in: Helga Grebing/Gregor Schöllgen/Heinrich August Winkler (Hg.) (2006), *Willy Brandt. Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale*, Berliner Ausgabe, Band 8, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn, S. 514–516.

Willy Brandt (1969), *Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Brandt vor dem Deutschen Bundestag, 28. Oktober 1969*, in: Helga Grebing/Gregor Schöllgen/Heinrich August Winkler (Hg.) (2001), *Willy Brandt, Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974*, Berliner Ausgabe, Band 7, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn, S. 218–224.

Willy Brandt (1960), *Mein Weg nach Berlin*, München.

Colin Crouch (2008), *Postdemokratie*, Berlin.

Ralf Dahrendorf (1985), *Die Chancen der Krise*, Stuttgart.

Dieter Dowe/Kurt Klotzbach (Hg.) (2004), *Programmathe Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Friedrich Ebert (1918), zit. aus dem Protokoll der Reichskonferenz vom 25. November 1918, in: Werner Conze/Erich Matthias (Hg.) (1969), *Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, Band 6/I, Düsseldorf, S. 149–215.

Christoph Egle/Reimut Zohlnhöfer (Hg.) (2010), *Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005–2009*, Wiesbaden.

Christoph Egle/Reimut Zohlnhöfer (Hg.) (2007), *Ende des rot-grünen Projekts: Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002–2005*, Wiesbaden.

Christoph Egle/Tobias Ostheim/Reimut Zohlnhöfer (Hg.) (2003), *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*, Opladen.

Friedrich Engels (1877), *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring)*, 11. Aufl. (1928), J.H.W. Dietz Nachf., Berlin.

Friedrich Engels (1845), *Die Lage der arbeitenden Klassen in England*, textkritische und wissenschaftliche Edition Alexander Bolz (Hg.) (2005), Lüneburg.

Bernd Faulenbach (2011), *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969 – 1982*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Ilse Fischer (Hg.) (2009), *Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Karl-Wilhelm Fricke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (2002), *Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder*, München.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) (1991), *Die Friedrich-Ebert-Stiftung. Geschichte, Aufgaben und Ziele*, Bonn.

Sigmar Gabriel (2009), *Rede auf dem SPD-Bundesparteitag in Dresden am 13. November 2009*, URL: http://alt.spd.de/de/pdf/091113_rede_gabriel_bpt09.pdf, eingesehen am 26.07.2012.

Alto Gebhard (1990), *Hundert Jahre 1. Mai: der Arbeiterkampf- und feiertag in München*, URL: <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/a97-08510.pdf>, eingesehen am 26.07.2012.

Karin Gille-Linne (2011), *Verdeckte Strategien: Herta Gotthelf, Elisabeth Selbert und die Frauenarbeit der SPD 1945–1949*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Helga Grebing (2012), *Freiheit, die ich meinte. Erinnerungen an Berlin*, Berlin.

Helga Grebing (2008), *Die deutsche Revolution 1918/19*, Berlin.

Helga Grebing (2007), *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert*, Berlin.

Helga Grebing (1995), „Neubau“ statt „Wiederaufbau“ der SPD – die Lehren aus der Weimarer Republik, in: Dieter Dowe (Hg.), Kurt Schumacher und der „Neubau“ der deutschen Sozialdemokratie nach 1945, Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Geschichte, Heft 13, S. 73–92. URL: <http://library.fes.de/fulltext/historiker/00574006.htm#LOC9E6>, eingesehen am 26.07.2012.

Zum Weiterlesen:

Das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD) ist die zentrale Aufbewahrungsstätte für Quellen aller Art zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, der aus ihr hervorgegangenen Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften und der in diesen tätigen Personen.

► www.fes.de/archiv

Helga Grebing (1993), Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914, München.

Helga Grebing u. a. (Hg.) (2005), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland, Wiesbaden.

Helga Grebing/Gregor Schöllgen/Heinrich August Winkler (Hg.) (2005), Willy Brandt: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974, Berliner Ausgabe, Band 6, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Helga Grebing/Gregor Schöllgen/Heinrich August Winkler (Hg.) (2001), Willy Brandt: Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974, Berliner Ausgabe, Band 7, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Dieter Groh/Peter Brandt (1992), „Vaterlandslose Gesellen“. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990, München.

Hamburger Programm (2007), Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007.

Horst Heimann (2003), Die Mainelke, in: Vorwärts 5/2003, S. 15.

Hermann Heller (1934), Staatslehre, Gerhart Niemeyer (Hg.), Leiden.

Gustav Horn u. a. (2009a), Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (I). Wie die Krise entstand und wie sie überwunden werden kann. IMK Report, Nr. 38, Düsseldorf.

Gustav Horn u. a. (2009b), Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (II). Globale Ungleichgewichte: Ursache der Krise und Auswegstrategien für Deutschland. IMK Report, Nr. 40, Düsseldorf.

Gustav Horn u. a. (2009c), Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III). Die Rolle der Ungleichheit. IMK Report, Nr. 41, Düsseldorf.

Tony Judt (2011), Dem Land geht es schlecht. Ein Traktat über unsere Unzufriedenheit, München.

Kurt Klotzbach (1996), Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Jürgen Kocka (1990a), Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Band 2: Arbeitsverhältnisse und Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Jürgen Kocka (1990b), Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Christian Krell/Thomas Meyer/Tobias Mörschel (2012), Demokratie in Deutschland. Wandel, aktuelle Herausforderungen, normative Grundlagen und Perspektiven, in: Christian Krell/Tobias Mörschel (Hg.), Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven, Wiesbaden, S. 9–30.

Anja Kruke/Meik Woyke (Hg.) (2012), Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung, 1848 – 1863 – 2013, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Dieter Langewiesche (2003), Liberalismus und Sozialismus. Ausgewählte Beiträge, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Lesebuch 1: Grundlagen der Sozialen Demokratie, Tobias Gombert u. a. (2009), 3. Aufl., Lesebücher der Sozialen Demokratie, Band 1, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Lesebuch 2: Wirtschaft und Soziale Demokratie, Simon Vaut u. a. (2009), 3. Aufl., Lesebücher der Sozialen Demokratie, Band 2, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Lesebuch 3: Sozialstaat und Soziale Demokratie, Alexander Petring u. a. (2009), Lesebücher der Sozialen Demokratie, Band 3, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Lesebuch 4: Europa und Soziale Demokratie, Cäcilie Schildberg u. a. (2010), Lesebücher der Sozialen Demokratie, Band 4, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Lesebuch 5: Integration, Zuwanderung und Soziale Demokratie, Christian Henkes u. a. (2011), Lesebücher der Sozialen Demokratie, Band 5, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Lesebuch 6: Staat, Bürgergesellschaft und Soziale Demokratie, Tobias Gombert u. a. (2012), Lesebücher der Sozialen Demokratie, Band 6, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Peter Lösche/Franz Walter (1992), Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei, Darmstadt.

Peter Lösche/Franz Walter (1989), Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: Geschichte und Gesellschaft, 15. Jahrgang, Heft 4, S. 511–536.

Richard Löwenthal (1997): Widerstand im totalen Staat, in: Patrick von zur Mühlen (Hg.) (1997), Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Bonn.

Thomas H. Marshall (1965), Class, Citizenship and Social Development, New York.

Wolfgang Merkel u. a. (2005), Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa, Wiesbaden.

Peter Merseburger (2002), Willy Brandt. Visionär und Realist, 1913–1992, München.

Peter Merseburger (1995), Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart.

Christoph Meyer (2006), Herbert Wehner. Biographie, München.

Thomas Meyer (2009), Soziale Demokratie. Eine Einführung, Wiesbaden.

Thomas Meyer (2006), Praxis der Sozialen Demokratie, Wiesbaden.

Thomas Meyer (2005), Theorie der Sozialen Demokratie, Wiesbaden.

Thomas Meyer/Susanne Miller/Joachim Rolfes (Hg.) (1988), Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung. Darstellung, Chroniken, Dokumente, erschienen in 4 Bänden, Ergebnisse eines Projektes der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Zum Weiterlesen:
Sozialistenbart,
Otto Wels und Willy Brandt in Erfurt.
Ein neues Portal der Friedrich-Ebert-Stiftung präsentiert Erinnerungsorte der Sozialdemokratie:

► www.erinne-rungsorte-der-sozialdemokratie.de



Zum 150-jährigen Bestehen der Sozialdemokratie als organisierte Partei zeigt die Friedrich-Ebert-Stiftung bundesweit eine Wanderausstellung. Gleichzeitig erscheint statt eines klassischen Ausstellungskatalogs ein hochwertiger Band, der pointierte Essays, Ikonen und historische Quellen mit aktueller Bedeutung präsentiert.

Anja Kruke / Meik Woyke (Hg.) (2012), Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung, 1848–1863–2013, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

► www.fes.de/
150jahre

Walter Mühlhausen (2008), Friedrich Ebert. Sozialdemokrat und Staatsmann, Leinenfelden-Echterdingen.

Walter Mühlhausen (2006), Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Daniela Münkler (Hg.) (2007), „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“. Die Programmgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin.

Daniela Münkler (2000), Einleitung, in: Helga Grebing/ Gregor Schöllgen/Heinrich August Winkler (Hg.) (2000), Willy Brandt. Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947–1972, Berliner Ausgabe, Band 4, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn, S. 19–65.

Oliver Nachtwey (2009), Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden.

Holger Noß/Stefanie Brill/Holger Müller (Hg.) (2004), Das SPD-Buch. Organisation, Geschichte und Personen im Überblick, Juso-Kreisverband Birkenfeld, Birkenfeld.

Franz Osterroth/Dieter Schuster (2009), Chronik der Deutschen Sozialdemokratie. Daten, Fakten, Hintergründe, Band 5: 1987–1990, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Franz Osterroth/Dieter Schuster (2006), Chronik der Deutschen Sozialdemokratie. Daten, Fakten, Hintergründe, Band 4: 1982–1987, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Franz Osterroth/Dieter Schuster (2005a), Chronik der Deutschen Sozialdemokratie. Daten, Fakten, Hintergründe, Band 1: Von den Anfängen bis 1945, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Franz Osterroth/Dieter Schuster (2005b), Chronik der Deutschen Sozialdemokratie. Daten, Fakten, Hintergründe, Band 2: 1945–1974, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Franz Osterroth/Dieter Schuster (2005c), Chronik der Deutschen Sozialdemokratie. Daten, Fakten, Hintergründe, Band 3: 1974–1982, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Kate Pickett/Richard Wilkinson (2010), Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Hamburg.

Heinrich Potthoff/Susanne Miller (2002), Kleine Geschichte der SPD 1848–2002, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Sonja Proffittlich (2007), Politische Generationen in der Sozialdemokratie, OnlineAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, URL: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/06089.pdf>, eingesehen am 26.07.2012.

Max Reinhardt (2011), Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei, Baden-Baden.

Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde (1992), Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871–1914, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Waldemar Ritter (1964), Kurt Schumacher. Eine Untersuchung seiner politischen Konzeption, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Richard Saage/Helga Grebing/Klaus Faber (Hg.) (2012), Sozialdemokratie und Menschenbild. Historische Dimension und aktuelle Bedeutung, Marburg.

Michael Schneider (2000), Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Michael Schneider (1999), Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn.

Klaus Schönhoven (2004), Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Klaus Schönhoven (1989), Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München.

Wolfgang Schroeder / Bernhard Weßels (Hg.) (2003), Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden.

Gerhart Seger (1934), Oranienburg: erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten, Karlsbad, URL: <http://library.fes.de/library/netzquelle/rechtsextremismus/pdf/oranienburg.pdf>, eingesehen am 26.07.2012.

Vorstand der SPD (2000), Der Freiheit verpflichtet, Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, Marburg.

Peter Steinbach (2000), „Schafft die Einheit!“ Wilhelm Leuschner 1890–1944, Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Geschichte, Heft 37, Bonn.

Daniel Friedrich Sturm (2009), Wohin geht die SPD, München.

Daniel Friedrich Sturm (2006), Uneinig in die Einheit: Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Markus Trömmel (2002), Der verhaltene Gang in die deutsche Einheit: Das Verhältnis zwischen den Oppositionsgruppen und der (SED-)PDS im letzten Jahr der DDR, Frankfurt am Main.

Franz Walter (2002), Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin.

Otto Wels (1933), Rede zum „Ermächtigungsgesetz“, Reichstagsprotokoll vom 23. März 1933, 2. Sitzung, S. 32–34, Berlin, zit. nach www.reichstagsprotokolle.de.

Thomas Welskopp (2000), Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Heinrich August Winkler (1985), Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924–1930, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Heinrich August Winkler (1984), Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn.

Ausgewählte Angebote der Akademie für Soziale Demokratie



Teilnehmen und Mitmachen!

Die Akademie für Soziale Demokratie bietet Ihnen verschiedene Angebote, um zu Grundlagen und in ausgewählten Themenfeldern Ihren politischen Kompass zu finden. Unsere Wochenendseminare ermöglichen es im Austausch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Politikerinnen und Politikern sowie anderen Engagierten die großen politischen Fragen in den Blick zu nehmen.



Nachlesen und Mitreden!

Die Lesebücher der Sozialen Demokratie bieten die Möglichkeit, sich den Themenfeldern selbstständig anzunähern. Sie sind klar in der Sprache, fundiert in der Analyse und bieten Zugänge aus Theorie und Praxis. In knapper und verständlicher Form finden Sie hier eine solide Einführung zu den großen Linien und Kontroversen der einzelnen Seminarthemen.

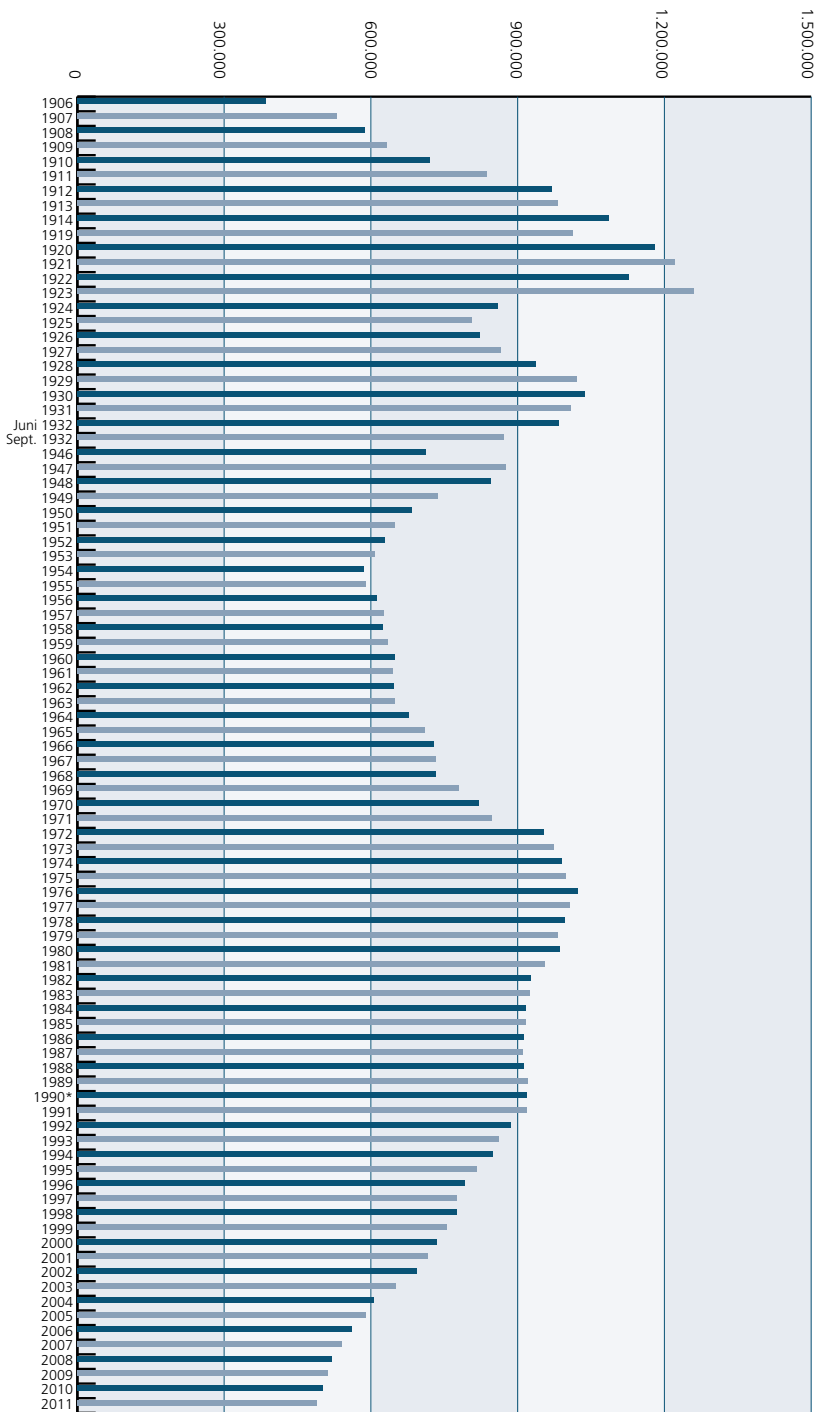


Zuhören und Mitdenken!

Die Hörbücher der Sozialen Demokratie bauen auf den Lesebüchern auf. Das Format Hörbuch bietet Gelegenheit zum Nachhören und Nachdenken – zu Hause, unterwegs und wo immer Sie mögen.

► www.fes-soziale-demokratie.de

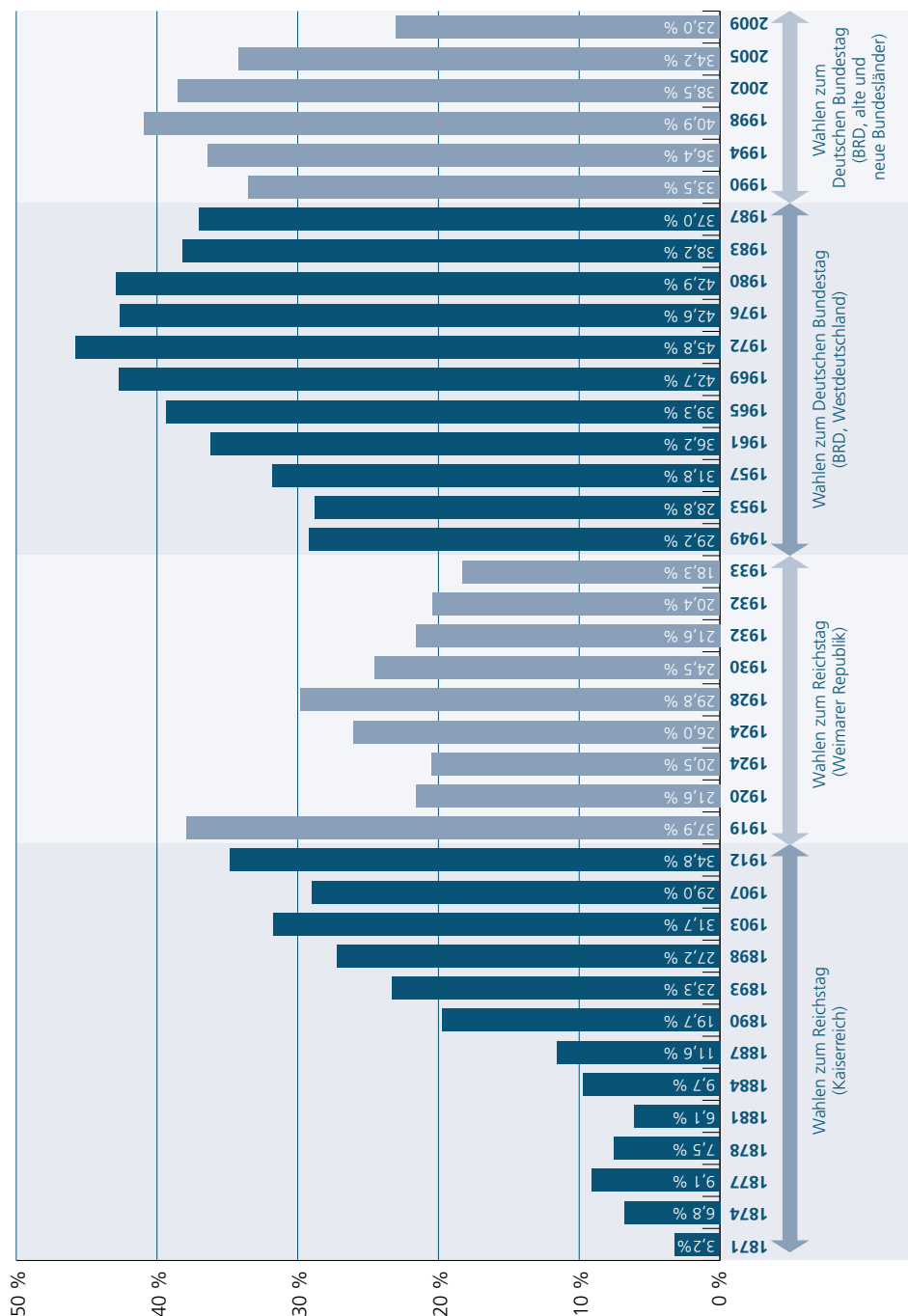
Erläuterung: Der ADAP hatte 1864, ein Jahr nach seiner Gründung, ca. 4.600 Mitglieder, die SDAP 1870, ebenfalls ein Jahr nach ihrer Gründung, ca. 10.000. Beim Zusammenschluss beider Parteien 1875 bestand die SDAP aus ca. 9.000 Mitgliedern, der ADAP aus 15.000 (vgl. Potthoff/Müller 2002: 41). Wilhelm Schröder weist darauf hin: Die „Zahl der organisierten Parteigenossen wurde ziffermäßig zum ersten Male wieder in dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Mannheim 1906 festgestellt“ (Schröder 1910: 333). Für einige Zeiträume, etwa 1933 bis 1945, liegen keine gesicherten Daten vor.



Quelle: SPD-Parteivorstand // * für 1990 zum letzten Mal nur alte Bundesländer

Abb. 14: Mitgliederentwicklung der SPD 1906–2011, Mitglieder zum Jahresende

Erläuterung: Die Zahlen bis 1875 setzen sich aus den Ergebnissen von ADAV und SDAP zusammen. In der Zeit des Sozialistengesetzes (1878–1890) war die Partei zwar verboten, Einzelpersonen konnten aber trotzdem für die Sozialdemokratie kandidieren.



Quellen: Osteroth/Schuster (2005a) sowie www.bundeswahlleiter.de

Abb. 15: Wahlergebnisse von ADAV, SDAP, SPD 1871–2009

[HÖRBUCH]

Neu: Die Lese-
bücher hören.
Die Lesebücher gibt
es nun auch als
Hörbuch: digital
oder als CD-Edition.
Alle Infos unter:
► [www.fes-soziale-
demokratie.de](http://www.fes-soziale-demokratie.de)

Name	Jahr	Inhalt	Kontext	Ausführlich
Hamburger Programm	2007	Soziale Demokratie und Primat der Politik	Verstärkte Globalisierung	S. 136 ff.
Leipziger Programm der Ost-SPD	1990	Ökologisch orientierte Soziale Demokratie und nationale Einheit	Grundsatzprogramm nach Parteigründung	S. 120 ff.
Berliner Programm	1989	Differenziertes Fortschritts- und Wachstumsverständnis	Anschluss an neue soziale Bewegungen	S. 114 ff.
Godesberger Programm	1959	Weltanschaulicher Pluralismus und Bestimmung der Grundwertetrias	Öffnung zur Volkspartei und Ausbau der Mehrheitsfähigkeit	S. 93 ff.
Prager Manifest	1934	Aufruf zum Sturz der nationalsozialistischen Diktatur	Exil und Widerstand gegen die NS-Herrschaft	S. 76 ff.
Heidelberger Programm	1925	Rückorientierung auf das Erfurter Programm von 1891	Vereinigung von MSPD und USPD	S. 60
Görlitzer Programm	1921	Bekenntnis zur Weimarer Republik	Abgrenzung zur KPD und USPD	S. 60
Erfurter Programm	1891	Marxistische Gesellschaftsanalyse und gewerkschaftliche Forderungen	Neuaustrichtung nach Ende des Sozialistengesetzes	S. 38 ff.
Gothaer Programm	1875	Kompromiss zwischen lassalleanischen und marxistischen Vorstellungen von Weg und Ziel der Arbeiterbewegung	Vereinigung von ADAV und SDAP zur SAPD	S. 35
Eisenacher Programm	1869	Verbindung der Vorstellungen von freiem Volkstaat und Abschaffung der Klassenherrschaft	Gründungsprogramm der SDAP als demokratischer Gegenentwurf zum ADAV	S. 33
Offenes Antwortschreiben	1863	Verbindung der demokratischen mit der sozialen Frage	Eigenständige Vertretung der Arbeiterbewegung	S. 31 ff.

Abb. 16: Kurzübersicht zu sozialdemokratischen Grundsatzprogrammen

AUTORINNEN UND AUTOREN / REDAKTION / MITARBEIT

Jochen Dahm (*1981) ist Referent in der Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er studierte in Münster und Málaga Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft und Öffentliches Recht.

Tobias Gombert (*1975) arbeitet als Referent für politische Bildung im SPD-Bezirk Hannover/Landesverband Niedersachsen und als Trainer, Berater und Mediator. Er hat Erziehungswissenschaft, Deutsche Philologie und Philosophie studiert.

Prof. Dr. Helga Grebing (*1930) arbeitet seit ihrer Emeritierung 1995 als Publizistin in Göttingen und nunmehr in Berlin, davor war sie als Professorin mit den Schwerpunkten Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an den Universitäten Göttingen und Bochum tätig, hier auch als Leiterin des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung. Sie studierte auf dem zweiten Bildungsweg Geschichte, Staatsrecht und Philosophie, promovierte an der Freien Universität Berlin und habilitierte im Fach Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt am Main. Sie hat berufliche Erfahrungen in der politischen Bildungsarbeit und als Verlagslektorin und Redakteurin.

Dr. Viktoria Kalass (*1980) ist promovierte Politologin. Sie studierte Politikwissenschaften, Mittlere/Neuere Geschichte und Englische Philologie an der Universität zu Köln. Anschließend promovierte sie an der Universität Kassel im Bereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Dr. Christian Krell (*1977) leitet die Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er studierte Politikwissenschaft, Geschichte, Wirtschaftswissenschaften und Soziologie an der Universität Siegen und der University of York. 2007 promovierte er in Politikwissenschaft zur Europapolitik der SPD, der Labour Party und der Parti Socialiste und hat vielfach zu anderen Fragen der Theorie und Praxis Sozialer Demokratie veröffentlicht, zuletzt 2012 gemeinsam mit Tobias Mörschel: „Demokratie in Deutschland – Zustand, Herausforderungen, Perspektiven“.

Michael Reschke (*1983) ist freier Trainer und Autor sowie Chefredakteur der „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“ (spw). Er studierte in Kassel Politikwissenschaften, Mittlere und Neuere Geschichte und Soziologie. In der Akademie für Soziale Demokratie leitet er Seminare zu den Grundlagen der Sozialen Demokratie.

Dr. Meik Woyke (*1972) ist seit 2009 Schriftleiter des Archivs für Sozialgeschichte, seit 2012 Leiter des Referats „Public History“ im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln. Er studierte Geschichte, Erziehungswissenschaft und Germanistik an der Universität Hamburg. Dort wurde er 2004 promoviert.

Politik braucht klare Orientierung. Nur wer die Ziele seines Handelns eindeutig benennen kann, wird sie auch erreichen und andere dafür begeistern. Daher fragt dieses Lesebuch „Geschichte der Sozialen Demokratie“: Was zeichnet die Geschichte der Sozialen Demokratie aus? Wo liegt ihr Ursprung? Was waren prägende Wegmarken? Wohin führt ihr Weg im 21. Jahrhundert?

Wissen, wohin man geht, im Wissen, woher man kommt: Geschichte bedeutet Identität. Die Akademie für Soziale Demokratie ist ein Beratungs- und Qualifizierungsangebot der Friedrich-Ebert-Stiftung für politisch Engagierte und Interessierte. Ihr Symbol ist ein Kompass.

Weitere Informationen zur Akademie: www.fes-soziale-demokratie.de